

Anträge 38. Landesparteitag die Linke Bremen und Bremerhaven

Im folgenden dokumentieren wir die Anträge an den 38. Landesparteitag der Linken Bremen und Bremerhaven

Inhaltsverzeichnis

R - Regularien

R 00	Geschäftsordnung der Linken Bremen und Bremerhaven	217
R 01	Tagesordnung und Zeitplan	220

L - Leitantrag

L 00-01	Radikal sozial: Für Bremen und Bremerhaven - Teil 1	6
L 00-02	Radikal sozial: Für Bremen und Bremerhaven - Teil 2	9
L 01-00	Bezahlbar Wohnen, bezahlbar Leben	12
L 01-01	Wohnen ist dein Recht, keine Ware! - Teil 1	13
L 01-02	Wohnen ist dein Recht, keine Ware! - Teil 2	16
L 01-03	Wohnen ist dein Recht, keine Ware! - Teil 3	19
L 01-04	Wohnungslosigkeit	23
L 01-05	Stadtentwicklung: Sozial, ökologisch, feministisch & resilient	27
L 01-06	Entlastung	30
L 01-07	Verbraucher*innenschutz	33
L 02-00	Lebenswerte Stadtteile	35
L 02-01	Soziale Infrastruktur und Nachbarschaftspolitik - Teil 1	36
L 02-02	Soziale Infrastruktur und Nachbarschaftspolitik - Teil 2	39
L 02-03	Gesundheit und Pflege - Teil 1	41
L 02-04	Gesundheit und Pflege - Teil 2	44
L 02-05	Drogenhilfe statt repressive Drogenpolitik	47
L 02-06	Sport	49
L 02-07	Jugend	52
L 02-08	Mobilität: Klimagerecht, bezahlbar und für alle! - Teil 1	55
L 02-09	Mobilität: Klimagerecht, bezahlbar und für alle! - Teil 2	59
L 02-10	Klimaanpassung für die soziale Stadt	61
L 02-11	Teilhabe und soziale Infrastruktur in Bremen Nord	64
L 02-12	Bürger*innenbeteiligung, Demokratie und Kommunalpolitik	66
L 03-00	Solidarische Stadtteilgesellschaften	69
L 03-01	Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt - Teil 1	70

L 03-02	Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt - Teil 2	73
L 03-03	Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt - Teil 3	76
L 03-04	Wer Bildungerechtigkeit will, muss in Kitas investieren - Teil 1	79
L 03-05	Wer Bildungerechtigkeit will, muss in Kitas investieren - Teil 2	82
L 03-06	Bildung - Teil 1	84
L 03-07	Bildung - Teil 2	87
L 03-08	Bildung - Teil 3	91
L 03-09	Gute Ausbildung für alle sicherstellen	93
L 03-10	Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt - Teil 1	97
L 03-11	Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt - Teil 2	100
L 03-12	Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt - Teil 3	103
L 03-13	Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt - Teil 4	106
L 03-14	Senior*innen	109
L 03-15	Inklusion und Behindertenpolitik	112
L 03-16	Geschlechtergerechtigkeit - Teil 1	115
L 03-17	Geschlechtergerechtigkeit - Teil 2	118
L 03-18	Geschlechtergerechtigkeit - Teil 3	121
L 03-19	Queer	124
L 03-20	Antidiskriminierung und Partizipation - Teil 1	128
L 03-21	Antidiskriminierung und Partizipation - Teil 2	131
L 03-22	Migration - Teil 1	134
L 03-23	Migration - Teil 2	138
L 03-24	Kultur - Teil 1	141
L 03-25	Kultur - Teil 2	144
L 03-26	Medien	147
L 03-27	Inneres	149

L 03-28	Justiz	153
L 03-29	Antifaschismus und Erinnerungskultur	156
L 04-00	Transformation sozial gestalten	160
L 04-01	Wirtschaft - Teil 1	161
L 04-02	Wirtschaft - Teil 2	164
L 04-03	Wirtschaft - Teil 3	167
L 04-04	Wirtschaft - Teil 4	169
L 04-05	Klimaschutzstrategie	172
L 04-06	Energie, Rekommunalisierung und Daseinsvorsorge - Teil 1	175
L 04-07	Energie, Rekommunalisierung und Daseinsvorsorge - Teil 2	177
L 04-08	Hafen	180
L 04-09	Bremerhaven – Stadt am Wasser - Teil 1	183
L 04-10	Bremerhaven – Stadt am Wasser - Teil 2	186
L 04-11	Wissenschaft	188
L 04-12	Nachhaltig miteinander füreinander: Umwelt-, Natur-, und Tierschutz - Teil 1	191
L 04-13	Nachhaltig miteinander füreinander: Umwelt-, Natur-, und Tierschutz - Teil 2	194
L 04-14	Tierschutz	197
L 04-15	Globale Solidarität und Zusammenarbeit	198
L 04-16	Friedenssicherung in unsicheren Zeiten	200
L 04-17	Digitalisierung und Netzpolitik - Teil 1	202
L 04-18	Digitalisierung und Netzpolitik - Teil 2	205
L 04-19	Für eine moderne Verwaltung und einen zeitgemäßen öffentlichen Dienst	207
L 04-20	Regierungszusammenarbeit: Gleichberechtigt und auf Augenhöhe	210

L 04-21	Haushalt und Finanzen - Teil 1	211
L 04-22	Haushalt und Finanzen - Teil 2	214

Antrag L 00-01: Radikal sozial: Für Bremen und Bremerhaven - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Radikal sozial: Für Bremen und Bremerhaven

- 2 Wir wollen ein Land und zwei Städte, in denen man sich das Leben leisten kann. In
3 denen Schule, Bus, Ärztin und Beratungsstelle da sind, wenn man sie braucht. Und in
4 denen niemand dafür kämpfen muss, dass er oder sie dazugehört. Dafür treten wir
5 2027 an.
- 6 Derzeit läuft die Entwicklung in die andere Richtung. Seit Jahren folgt eine Krise
7 auf die nächste: Pandemie, Energiepreise, Krieg in Europa, Inflation. Wer das
8 aushält, hat den Eindruck, dass Politik nur noch verwaltet, was gerade eben noch
9 geht. Verändert hat sich aber vor allem eines: Aus dem Ausnahmezustand ist ein
10 Dauerzustand geworden, und der Dauerzustand wird inzwischen als Begründung benutzt.
11 Dafür, dass wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können. Dass Gleichstellung
12 ein Luxusthema sei. Dass Klimaschutz warten muss. Dass für Aufrüstung Milliarden da
13 sind und für Kitas, Krankenhäuser und Quartierszentren nicht.
- 14 Im Bund ist daraus längst praktische Politik geworden. Der Sozialstaat wird nicht
15 reformiert, sondern abgebaut. Das Bürgergeld ist zu einer Grundsicherung umgebaut
16 worden, in der Sanktionen härter greifen und die Vermögensfreibeträge sinken. Wer
17 zum zweiten Mal einen Termin im Jobcenter nicht wahrnimmt, verliert 30 Prozent des
18 Regelbedarfs. Wer dreimal nicht erscheint, kann alles verlieren, auch die Kosten
19 der Unterkunft. Für Menschen in der Grundsicherung im Alter gilt bei der Miete seit
20 Juli 2026 eine feste Obergrenze, wo vorher der Einzelfall geprüft wurde. Und über
21 die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren wird verhandelt, als wäre sie ein
22 Geschenk und nicht die Anerkennung eines ganzen Arbeitslebens.
- 23 Wer zur Miete wohnt, weiß, dass die nächste Erhöhung kommt, nur nicht wann. Wer
24 Angehörige pflegt, tut das meistens allein und bezahlt es später mit der eigenen
25 Rente. Wer zwei Jobs hat, hat deshalb noch keine Sicherheit.
- 26 Gleichzeitig wird der Ton härter, und es bleibt nicht beim Ton. Das
27 Bundeskriminalamt hat für 2025 den höchsten Stand politisch motivierter Straftaten
28 seit Beginn dieser Statistik gemeldet. 19.484 davon wurden als ‚fremdenfeindlich‘
29 motiviert, also rassistisch, klassifiziert, fast drei Viertel davon aus dem rechten
30 Spektrum. Das sind mehr als fünfzig an jedem Tag des Jahres. Hasskriminalität gegen
31 Frauen und gegen queere Menschen hat erneut zugenommen. Rassistische,
32 antisemitische, queerfeindliche und antifeministische Gewalt bedroht ganz konkret

33 die Sicherheit und das Leben von Menschen - auch in Bremen und Bremerhaven.
34 Und es wird wieder, auch aus der Mitte des politischen Spektrums, offen infrage
35 gestellt, wer eigentlich dazugehört. Wer als Belastung gilt. Wer sich Unterstützung
36 erst verdienen muss. Wer gefragt wird, woher er oder sie „eigentlich“ kommt. Wenn
37 erst einmal verhandelt wird, für wen ein Gemeinwesen da ist, hält dieses nicht mehr
38 lange zusammen.

39 Am 6. September 2026 hat die AfD in Sachsen-Anhalt 43,8 Prozent geholt und eine
40 absolute Mehrheit nur knapp verfehlt. Wir halten es für falsch, darauf mit Panik zu
41 reagieren, und für genauso falsch, es kleinzureden. Es ist das Ergebnis von
42 Jahrzehnten, in denen Menschen erfahren haben, dass der Staat bei ihnen nicht mehr
43 vorkommt – und von Jahren, in denen die sogenannte demokratische Mitte die
44 Erzählung der Rechten übernommen hat.

45 Aber das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt ist auch eine Kampfansage: Für eine
46 Gesellschaft, bei der nicht alle dazugehören, die sich abschotten will. Für eine
47 Wirtschaft, die sich kurzfristige Wettbewerbsvorteile erkaufen soll, indem sie
48 keine Rücksicht nimmt auf Beschäftigte, Klima, Zukunftsumbau. Für Hierarchie und
49 Entrechtung statt Gleichstellung, Autorität statt Demokratie.

50 Dem stellen wir uns entgegen. Wir stellen diejenigen ins Zentrum unserer Politik,
51 die von den Forderungen der Rechten als erstes bedroht werden. Die Menschen in
52 Bremen und Bremerhaven erleben, dass Politik ihr Leben besser macht.

53 **Wo wir stehen**

54 Wir wollen ehrlich anfangen, auch mit uns selbst. Wir sind 2019 in die
55 Landesregierung eingetreten in dem Bundesland mit der höchsten pro-Kopf-
56 Verschuldung. Bremen stand und steht unter dem Spardiktat des Stabilitätsrates und
57 die Bundesregierung sorgt mit ihrer verfehlten Steuerpolitik dafür, dass Kommunen
58 und Bundesländern immer weniger Geld zur Verfügung steht. Die Ausgangslage für linke
59 Politik war und ist also denkbar schlecht - und auch mit unserer
60 Regierungsbeteiligung ist die Armutsquote nicht gesunken, sondern gestiegen. In
61 Bremen und Bremerhaven lebt nach dem Armutsbericht des Paritätischen
62 Wohlfahrtsverbands vom Juni 2026 mehr als jeder vierte Mensch in Armut: 27,5
63 Prozent, über 194.000 Menschen, bundesweit der höchste Wert. Im Jahr davor waren es
64 25,9 Prozent.

65 Und trotzdem sind wir stolz auf vieles, was wir in den vergangenen acht Jahren
66 erreichen konnten.

67 Was in diesen Jahren an konkreter Verbesserung durchgesetzt wurde, wäre ohne uns
68 nicht durchgesetzt worden. Der Landesmindestlohn liegt seit April 2026 bei 14,87
69 Euro und steigt zum 1. Januar 2027 auf 15,17 Euro, weil wir ihn dauerhaft an den
70 Tarif des öffentlichen Dienstes gekoppelt haben. Bremen ist das einzige Bundesland
71 mit einem gesetzlichen Ausbildungsfonds: Seit Januar 2025 zahlen alle größeren
72 Betriebe eine Umlage ein, ausbildende Betriebe erhalten 2.250 Euro pro
73 Auszubildenden zurück, im ersten Jahr rund 27 Millionen Euro – finanziert von der
74 Wirtschaft, nicht aus dem Haushalt. Dazu kommen Housing First, eine zentrale

75 Landes-Antidiskriminierungsstelle, eine unabhängige Polizei- und
76 Feuerwehrbeauftragte und ein beaufsichtigter Drogenkonsumraum. Nichts davon ist von
77 allein gekommen, und jedes Einzelne davon war umstritten.

78 Eine Lehre aus diesen Jahren ist unbequem. Im Juni 2025 hat ArcelorMittal die
79 Dekarbonisierung des Bremer Stahlwerks abgesagt und rund 840 Millionen Euro an
80 bereits zugesagter Förderung von Land und Bund einfach nicht abgerufen. Ein
81 Konzernvorstand hat damit über die industrielle Zukunft Bremens entschieden, und
82 die Öffentlichkeit, die zahlen sollte, hatte nichts zu melden. Der Umbau der
83 Industrie ist nötig und wir wollen ihn. Aber er darf nicht davon abhängen, ob ein
84 Konzern ihn gerade für lohnend hält, und er darf nicht von den Beschäftigten
85 bezahlt werden. Daraus folgt für uns: Wo öffentliches Geld fließt, muss
86 öffentliches Eigentum entstehen und demokratisch mitentschieden werden. Sonst
87 erleben wir dasselbe noch einmal – bei der Energieversorgung, bei der Wärme.
88 Rekommunalisierung ist für uns deshalb keine Ideologie, sondern die praktische
89 Konsequenz.

Antrag L 00-02: Radikal sozial: Für Bremen und Bremerhaven - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Was wir vorschlagen**

2 Dagegen hilft kein Durchhalteappell, sondern Politik, die im Alltag ankommt.
3 Konkret heißt das: Das Mittagessen in der Schule kostet nichts. Die Straßenbahn zum
4 Arzttermin kostet nichts. Das Quartierszentrum ist offen, ohne dass sein Träger
5 jeden Herbst um die Förderung bangen muss. Auf dem Platz stehen Bäume, ein
6 Trinkwasserbrunnen und eine Toilette, die funktioniert. Und wenn die Miete um
7 vierzig Prozent steigen soll, gibt es eine Behörde, die das nicht nur zur Kenntnis
8 nimmt, sondern dagegen vorgeht. Das ist keine Utopie. Das sind Entscheidungen.

9 **Wohnen ist keine Ware.** Die Mieten müssen runter. Wir wollen ein Landesamt für
10 Mieterschutz, das Mietwucher verfolgt, Verfall und Leerstand bekämpft und
11 Ferienwohnungen wirksam reguliert. Problemimmobilien gehören nicht in die Hände von
12 Spekulant*innen, sondern vergesellschaftet. Wir wollen einen öffentlichen Ankauffonds,
13 ein kommunales Bauprogramm und Wohnraum für Studierende, der nicht das halbe BAföG
14 kostet.

15 **Bezahlbarkeit ist eine politische Entscheidung.** Kostenloses Mittagessen in Kitas
16 und Schulen. Kostenlose Krippe und Hort. Günstige Quartiers-Mittagstische und
17 Sozialkaufhäuser in den Stadtteilen. Sozialtarife in Schwimm- und Freibädern. Ein
18 0-Euro-Sozialticket für Kinder und Jugendliche und der Einstieg in den ticketlosen
19 ÖPNV. Wer wenig hat, soll nicht bei jeder Alltagsentscheidung rechnen müssen.

20 **Soziale und gesundheitliche Infrastruktur gehört ins Quartier.** Frauenhäuser,
21 Gesundheits- und Hebammenzentren, Pflegestützpunkte, Jugend- und Altenarbeit,
22 Beratung für Geflüchtete, Mehrgenerationenhäuser, Quartiersmanagement: Das sind
23 keine Projekte, die man jedes Jahr neu beantragen sollte. Wir wollen
24 institutionelle Förderung statt Befristung, Quartierszentren statt
25 Antragsbürokratie und einen sozialen Arbeitsmarkt, der sinnvolle Beschäftigung
26 schafft statt Druck zu erzeugen. Und wir wollen, dass Pflege zu Hause nicht in die
27 Armut führt.

28 **Gute Arbeit heißt Tarif.** Tarifbindung ausbauen und kontrollieren, mehr
29 Allgemeinverbindlicherklärungen, die Landesagentur Weiterbildung und die
30 Beratungsstelle gegen Arbeitsausbeutung umsetzen und weiterentwickeln, einen
31 öffentlichen Dienst, der dauerhaft arbeitsfähig ist und dessen Beschäftigte gesund
32 in Rente gehen.

- 33 **Bildungsgerechtigkeit ist elementar.** Eine Schule für alle, längeres gemeinsames
34 Lernen, kleinere Kita-Gruppen. In Bremen hängt der Bildungserfolg stärker von der
35 sozialen Herkunft ab als in fast jedem anderen Bundesland. Ein Schulkonsens, der
36 diesen Zustand verwaltet, verdient keine Verlängerung.
- 37 **Bremen und Bremerhaven sind für alle da.** Diskriminierungsschutz, Antirassismus,
38 Inklusion, Nachteilsausgleich, ein Migrationsamt, das im Sinne der Menschen
39 arbeitet, einfachere Anerkennung von Abschlüssen, ein Stadtamt, das zu den Leuten
40 kommt. Wer hier lebt, gehört dazu – unabhängig von Pass, Behinderung, Geschlecht
41 oder Kontostand.
- 42 **Feminismus ist kein Zusatz.** Entgeltgleichheit, Vereinbarkeit, Frauengesundheit, das
43 Recht auf Schwangerschaftsabbruch, Unterstützung für Alleinerziehende, flexible
44 Kinderbetreuung mit Randzeiten in jedem Stadtteil, Gewaltschutz und ein
45 durchsetzbares Recht auf einen Schutzhausplatz. Queere Projekte und queere
46 Sichtbarkeit sichern wir ab – gerade jetzt.
- 47 **Klimaschutz und Klimaanpassung gehören zusammen.** Wir wollen die
48 Klimaschutzstrategie aktualisieren und um Hitzeschutz erweitern: entsiegelte
49 Quartiere, Bäume und Verschattung, Trinkwasserbrunnen, öffentliche Toiletten, kühle
50 Räume für heiße Tage. Dazu energetische Sanierung öffentlicher Gebäude,
51 Photovoltaik auf öffentlichen Dächern, eine Solargesellschaft, Förderung von
52 Balkonsolaranlagen. Hitze ist längst eine soziale Frage: Sie trifft die kleine
53 Wohnung unterm Dach am härtesten.
- 54 **Zukunftsfest heißt unabhängig.** Bezahlbare Energie durch eine aktiv gestaltete
55 Energie- und Wärmewende, Daseinsvorsorge zurück in öffentliche Hand. Und ein
56 Wirtschaftsstandort, der auf nachhaltige Branchen setzt, statt sich von der
57 Rüstungskonjunktur abhängig zu machen. Konjunkturen enden. Regionen, die sich auf
58 eine einzige verlassen haben, kennen wir aus unserer eigenen Geschichte – der
59 Bremer Westen und Norden wissen, was die Schließung einer Werft bedeutet.
- 60 **Umverteilen statt Kürzen.** All das ist finanzierbar, aber nicht aus dem Nichts. Wir
61 wollen Einnahmen erhöhen statt Leistungen kürzen, Gebühren und Preise konsequent
62 sozial staffeln, Monopolprofite zurückdrängen, verdeckte Subventionen beenden und
63 Unternehmen direkt in die Pflicht nehmen, statt alles über öffentliche
64 Extraförderung zu regeln. Im Bundesrat werden wir gegen jede Sozialkürzung und jede
65 weitere Belastung von Ländern und Kommunen arbeiten und für Vermögens-, Erbschafts-
66 und Übergewinnsteuer streiten. Klimaschutz wollen wir nicht gegen Bildung und
67 Soziales ausspielen, sondern die notwendigen erheblichen Zusatzausgaben über eine
68 Ausnahme von der Schuldenbremse durch das Erklären einer Klimanotlage finanzieren.
- 69 **Ohne Die Linke läuft es nicht gerecht**
- 70 Man sieht den Unterschied dort, wo wir nicht mitregieren. In Bremerhaven, wo SPD,
71 CDU und FDP Krisenhaushalte beschließen, bei denen zuerst das Soziale und die
72 Kultur unter Druck geraten, gibt es bis heute kein Sozialticket. Dass Menschen mit
73 wenig Geld dort den vollen Fahrpreis zahlen, ist keine Sachnotwendigkeit, sondern
74 eine Entscheidung. Wir wollen sie ändern.

75 Wir sind in den letzten Jahren deutlich mehr geworden: Seit dem Sommer 2026 sind
76 wir über 2.000 Mitglieder im Land Bremen, seit Anfang 2025 hat sich unsere Zahl
77 mehr als verdoppelt. Es zeigt, dass viele Menschen das, was hier gerade passiert,
78 nicht als Naturgesetz hinnehmen. Diese Kraft brauchen wir – an Haustüren, an
79 Werkstoren, in Beiräten, in Betrieben und in der Bürgerschaft.

80 Uns geht es nicht darum, Verhältnisse zu verwalten, die wir für falsch halten. Dass
81 Wohlstand und Lebenschancen so ungleich verteilt sind, ist kein Betriebsunfall des
82 Kapitalismus, sondern seine Funktionsweise. Und für die Klimafrage bleibt keine
83 Zeit mehr, notwendige Entscheidungen an Markt und Profit scheitern zu lassen. Wir
84 wollen eine Gesellschaft, in der Herkunft, Geschlecht und Einkommen nicht darüber
85 entscheiden, wer etwas hat und wer etwas zu sagen hat. Dazu gehört die Arbeit, die
86 niemand bezahlt und die trotzdem jeden Tag gemacht werden muss: Kinder, Pflege,
87 Haushalt, das Organisieren des Ganzen. Sie wird bis heute überwiegend Frauen
88 überlassen und stillschweigend vorausgesetzt. Das alles zu ändern kostet die einen
89 Privilegien und bedeutet für alle anderen Freiheit.

90 Das ist unser Kompass. Danach machen wir konkrete Politik für Bremen und
91 Bremerhaven.

92 Vielen Menschen wird gerade etwas weggenommen. Wir halten dem keine Beschwichtigung
93 entgegen und auch keine Aufforderung, das eben auszuhalten. Wir halten dagegen, was
94 möglich ist: ein Land und zwei Städte, in denen das Geld bis zum Monatsende reicht,
95 in denen man sich auf das Gemeinwesen verlassen kann und in denen niemand um seinen
96 Platz bitten muss. Dafür haben wir einen Plan. Und dafür brauchen wir eine starke
97 Linke und eine politische Mehrheit, die bereit ist, soziale und fortschrittliche
98 Politik zu machen.

Antrag L 01-00: Bezahlbar Wohnen, bezahlbar Leben

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

¹ Bezahlbar Wohnen, bezahlbar Leben

Antrag L 01-01: Wohnen ist dein Recht, keine Ware! - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wohnen ist dein Recht, keine Ware!

- 2 Wir alle brauchen ein gutes und sicheres Zuhause. Eine Wohnung ist mehr als vier
3 Wände mit Strom und Wasser - sie ist der Raum, in dem ein großer Teil unseres
4 Lebens stattfindet, in dem wir Ruhe und Erholung finden, den wir für uns selbst,
5 für Beziehungen und Familie brauchen. Wohnen ist kein Luxus, es muss für alle
6 bezahlbar und verfügbar sein.
- 7 Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Bremische Landesverfassung enthält das Recht auf
8 „eine angemessene Wohnung“ und verpflichtet Land und Stadtgemeinden, sich für die
9 Verwirklichung dieses Rechts einzusetzen. Auch die Revidierte Europäische
10 Sozialcharta enthält das Recht auf Wohnen. (Ausgerechnet diesen Artikel erkennt
11 Deutschland nicht an.)
- 12 Wie und wo man wohnt hat starke Auswirkungen darauf, wie gut oder schlecht man mit
13 Hitze, Kälte und Starkregen zurechtkommt. **Wohnen ist ein zentraler Faktor für**
14 **sowohl psychische als auch physische Gesundheit.** Was angemessenes Wohnen ist,
15 ändert sich im Verlauf der Zeit: durch Alter, Beruf, Familiengründung,
16 Familienverkleinerung. Zum Recht auf Wohnen gehört daher auch, umziehen zu können.
17 Wer davon ausgeschlossen ist, weil die Angebotsmieten unvertretbar höher sind,
18 sitzt fest.
- 19 Weil alle auf eine angemessene Wohnung angewiesen sind, die sicher und bezahlbar
20 ist, lässt sich mit Wohnungen viel Geld machen. Wohnen ist zum Bestandteil einer
21 sogenannten „Rentenökonomie“ geworden: Wer knappe Güter kontrolliert, kann
22 überhöhte Profite machen. Die Kosten für Wohnen steigen schneller als die
23 Einkommensentwicklung. Die Folge: Wohnen macht nicht sicher, sondern **Wohnen macht**
24 **viele arm.** Und einige reich: In Bremen etwa sind die Angebotsmieten in den letzten
25 zehn Jahren um 46 Prozent erhöht worden, das haben Anfragen der Linken ergeben.
26 Wohnkonzerne schütten einen erheblichen Teil der Mieteinnahmen an die
27 Aktionär*innen aus. Jede*r Vonovia-Mieter*in zahlt im Durchschnitt Monat für Monat
28 166 Euro an Dividenden - Geld, das für die Instandhaltung von guten Wohnbedingungen
29 fehlt. Um die Mieter*innen kümmern sich die Wohnkonzerne wenig. Falsche
30 Nebenkostenabrechnungen, kaputte Aufzüge, marode Gebäude sind an der Tagesordnung.
- 31 Es muss sich also etwas ändern. Mieter*innen können sich nur wehren, wenn sie durch
32 eine entschlossene Landes- und Kommunalpolitik unterstützt werden.
- 33 **Senken, was zu hoch ist**

34 Viele Mieten sind selbst nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu hoch.
35 Die Miete darf im laufenden Mietverhältnis maximal um 15 Prozent in drei Jahren
36 erhöht werden, und nur maximal bis zur „ortsüblichen Vergleichsmiete“. Das ist
37 keine feste Zahl, sondern lässt sich mit dem Mietspiegel nach Lage, Baujahr und
38 Ausstattung genau berechnen. Bei Wiedervermietung darf die Miete maximal um 10
39 Prozent oberhalb der „ortsüblichen Vergleichsmiete“ liegen. Voraussetzung ist, dass
40 die Stadt Bremen weiterhin von der Landesregierung zum „angespannten Wohnungsmarkt“
41 erklärt wird – davon weichen wir nicht ab, denn die **Wohnungskrise** spitzt sich noch
42 zu. (Für Bremerhaven geht das nicht, hier gelten daher andere Werte.) Viele
43 Mieter*innen kennen diese gesetzlichen Mietbegrenzungen nicht. Einige
44 Vermieter*innen nutzen das aus. Wer einer Mieterhöhung bereits zugestimmt hat, hat
45 schlechte Karten.

46 Noch höhere Mieten sind rundheraus verboten. Liegt die Miete um mehr als 50 Prozent
47 über der ortsüblichen Vergleichsmiete, ist das strafbar. Sind es mehr als 20
48 Prozent, liegt eine Ordnungswidrigkeit („Mietpreisüberhöhung“) vor, die ein
49 erhebliches Bußgeld nach sich ziehen kann.

50 Damit aber alle auch tatsächlich zu ihrem Recht kommen können, wird auf Initiative
51 der Linken die **Miet-Melde-Stelle** eingeführt. Die Miet-Melde-Stelle soll in
52 Kooperation mit den Mietervereinen Mietwucher oder Mietüberhöhung prüfen und
53 ahnden. Wenn die Miete zu hoch ist, wendet sich die Mietmeldestelle an den
54 Vermieter und verlangt eine Mietsenkung. Sie verhängt Bußgelder und geht, wenn
55 nötig, auch vor Gericht. So werden Mieter*innen effektiver gegen überhöhte Mieten
56 geschützt. Mietwucher bleibt nicht länger straffrei, sondern das geltende Recht
57 wird auch durchgesetzt. Zu ihren Aufgaben wird auch die Öffentlichkeitsarbeit
58 gehören: Damit alle erfahren, dass man nicht jede Mieterhöhung schlucken muss. Die
59 Miet-Melde-Stelle kann so auch eine aufklärende und abschreckende Wirkung
60 entfalten.

61 Bei einer Personalstelle für die Miet-Melde-Stelle können wir nicht stehen bleiben.
62 Sie muss weiter wachsen. Wir wollen die Miet-Melde-Stelle zu einem Landesamt für
63 Mieter*innenschutz ausbauen, das Mieter*innen umfassend schützt: Gegen zu hohe
64 Mieten, gegen Vernachlässigung und Verfall der Gebäude, gegen Vermüllung und
65 Verwahrlosung des Wohnumfelds, gegen unzulässigen Leerstand und Zweckentfremdung.
66 Wir wollen die Kompetenzen für Wohnraumschutz und Wohnungsaufsicht beim Landesamt
67 für Mieter*innenschutz bündeln. Es soll zu einer schlagkräftigen Task-Force werden,
68 die Missstände aufsuchend, mehrsprachig und unter Anwendung aller relevanten
69 gesetzlichen Grundlagen sowie behördlichen Zuständigkeiten bearbeitet, mit dem
70 Ziel, Wohnungsmissstände schnell und effektiv zu beseitigen

71 Die **wohnnortnahe Beratung** ist ein wichtiger Baustein. Wir wollen Mietervereine,
72 Sozialberatungsstellen und Verbraucher*innenzentrale bei Bedarf dabei unterstützen,
73 wohnortnah Mieter*innenberatung anzubieten und auch aufsuchende
74 Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. So soll auch besser darüber informiert werden,
75 dass für Menschen im Leistungsbezug die Möglichkeit besteht, den Mitgliedsbeitrag
76 in einem Mieter*innen- Verein vom JobCenter oder Amt für Soziale Dienste erstattet
77 zu bekommen.

78 **Wohngeld für alle, die Anspruch darauf haben**

79 Wohngeld ist kein Almosen. Wohngeld sorgt dafür, dass Wohnen für Haushalte mit
80 geringem Einkommen leistbar bleibt. Die Wohngeld-Plus-Reform hat die Wohnungskrise
81 nachvollzogen und den Kreis der Berechtigten sowie die Ansprüche vergrößert.

82 Nur: Auch das wissen viele nicht. Und der Anspruch auf Wohngeld nützt nichts, wenn
83 die Bearbeitung zu lange dauert und zu kompliziert ist. Wir wollen die
84 Bearbeitungszeiten weiter verkürzen, die **Mehrsprachigkeit ausbauen**, die Formulare
85 soweit wie möglich vereinfachen und deutlicher auf den Wohngeldrechner hinweisen,
86 mit dem man grob abschätzen kann, ob man Anspruch hat oder nicht. Dass die
87 Bundesregierung beim Wohngeld kürzen will, lehnen wir scharf ab.

88 **Hinter jeder Problemimmobilie steckt ein Problemvermieter**

89 Überhöhte Mieten gehen oft einher mit weiteren Problemen: Wenn Wohnraum zum
90 Spekulationsobjekt wird, wenn Häuser als Kapitalanlage betrachtet werden, dann wird
91 die **maximal mögliche Miete herausgepresst** und der geringstmögliche
92 Instandhaltungsaufwand aufgebracht. In der Folge verfallen die Gebäude. Es wird
93 nicht in ein intaktes, sauberes, sicheres und gepflegtes nachbarschaftliches
94 Wohnumfeld investiert, sondern es vermüllt und verwahrlost. Erreichbarkeit,
95 Hausmeister- oder Conciergedienste werden nicht sichergestellt, sondern Vermieter
96 sind nicht erreichbar und beseitigen Mängel nicht. In vielen Häusern in Bremen und
97 Bremerhaven sind die Wohnbedingungen gesundheitsgefährdend, der Gebäudezustand
98 nicht pflichtgemäß und Passant*innen, Nachbarschaft und ganze Quartiere werden in
99 Mitleidenschaft gezogen.

100 Hier muss schneller und entschiedener gehandelt werden. Bei vernachlässigten
101 Gebäuden müssen Instandsetzungsgebote ausgesprochen und durchgesetzt werden. Mehr
102 Quartiere, die von Spekulation und Verfall gezeichnet sind, müssen zu
103 Sanierungsgebieten erklärt und kommunale Vorkaufsrechte ausgeweitet werden. Die
104 Möglichkeit der Treuhandverwaltung muss bei Bedarf genutzt werden, wenn Eigentümer
105 nicht selbst sanieren. Als ultima ratio darf auch die **Enteignung kein Tabu** sein,
106 denn es gibt kein Recht auf Vernachlässigung von Wohnraum, schon gar nicht in der
107 derzeitigen Wohnungskrise. Enteignung als letztes Mittel ist auch jetzt schon
108 möglich, wenn alle milderer Mittel ausgeschöpft sind. Um eine größere
109 Rechtssicherheit herzustellen, wollen wir das Landesenteignungsgesetz für den Fall
110 der Problemimmobilien präzisieren.

Antrag L 01-02: Wohnen ist dein Recht, keine Ware! - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Zurückholen, was privat nicht klappt**

2 Die meisten Probleme für Mieter*innen gibt es in dicht gebauten, in die Jahre
3 gekommenen Großwohnanlagen. Hier haben sich oft profitorientierte Investoren
4 eingekauft, die Geld rausziehen und sich um die Wohnungen wenig kümmern.

5 **Konzerne wie Vonovia oder Grand City Property bauen nicht.** Sie schaffen keinen
6 Wohnraum, sie kaufen und verkaufen nur. Gebaut wurden diese Bestände meistens in
7 den 1970er Jahren mit öffentlicher Förderung und von kommunalen oder gemeinnützigen
8 Wohnungsgesellschaften. Und da gehören sie auch hin. Wohnen in Großwohnanlagen kann
9 gut sein, wenn sich die Eigentümer kümmern, soziale Infrastruktur ermöglichen, in
10 Wohnumfeldverbesserung investieren und eine verantwortliche Mietenpolitik
11 betreiben. Das tun profitorientierte Konzerne nicht.

12 **Wir wollen diese Bestände zurückholen.** Viele dieser Immobilien werden immer wieder
13 mal zum Verkauf angeboten. Der Ankauf durch die Gewoba gestaltet sich häufig
14 schwierig, weil die Gewoba mit einem hohen Sanierungsanspruch an ihre Bestände
15 herangeht und daher beim Kaufpreis nur mit hohen öffentlichen Zuschüssen mitbieten
16 kann. Wir werden deshalb eine **zusätzliche öffentliche Ankaufsgesellschaft** schaffen
17 und mit Anfangskapital ausstatten. Sie soll sich auf den Ankauf von Beständen im
18 niedrigpreisigen Segment konzentrieren, diese auf einen einfachen Grundstandard
19 bringen (die Aufzüge fahren, es ist jemand 24/7 erreichbar, nötige Reparaturen
20 werden zügig ausgeführt, der Müll wird weggeschafft usw.), aber
21 darüberhinausgehende Sanierungen nur langsam angehen. Dadurch bleiben auch die
22 Mieten niedrig.

23 Wir wollen ein Landesgesetz, das uns ermöglicht, hochkonzentrierte, vor mehr als 30
24 Jahren erbaute Großwohnbestände zu **vergesellschaften**. Mit dem Gesetz wird der
25 jeweilige Wohnbestand in das Eigentum einer Anstalt öffentlichen Rechts oder einer
26 öffentlichen Gesellschaft überführt und im Interesse des Gemeinwohls verwaltet. Die
27 Eigentümer werden entschädigt, aber nicht zu Fantasiepreisen, sondern aufgrund
28 einer geregelten Wertermittlung. Die Kosten dafür werden langfristig aus den Mieten
29 abgetragen, es finden keine Gewinnausschüttungen an Investoren mehr statt, die
30 Wohnsituation wird schrittweise verbessert. Bestände, die bereits in einem
31 gemeinnützigen, genossenschaftlichen oder kommunalen Besitz sind, sind von der
32 Vergesellschaftung ausgenommen. Grundlage ist Artikel 15 des Grundgesetzes, der die
33 Vergesellschaftung von Grund und Boden (einschließlich darauf befindlicher
34 Wohnungen) ermöglicht. Wir wollen diese Möglichkeit gezielt für diese Bestände

35 nutzen, bei denen offensichtlich ist, dass sie nicht in private, profitorientierte
36 Hand gehören.

37 **Eigentum verpflichtet**

38 Wer nur ein oder zwei Wohnungen vermietet, fährt ein höheres Risiko und holt
39 weniger raus. Aber wer viele Wohnungen besitzt, der soll seinen Teil dazu
40 beitragen, dass tatsächlich alle mit angemessenem Wohnraum versorgt werden können.

41 Diese Verantwortung wollen wir in einem **Sozialpflichtigkeits-Gesetz auf Landesebene**
42 **konkretisieren**. Wer mehr als 1 Promille des Wohnungsbestandes hält (also etwa 350
43 Wohnungen und mehr), wird dazu verpflichtet, 30 Prozent der freiwerdenden Wohnungen
44 an Sozialwohnungsberechtigte zu vermieten, d.h. Wohnungssuchende mit
45 Wohnberechtigungsschein. (Wohnungen, die in den letzten Jahren neu gebaut oder
46 umfassend modernisiert wurden, werden dabei nicht berücksichtigt.) Da die Wohnungen
47 nicht neu gebaut werden, ist dafür keine öffentliche Förderung erforderlich. Die
48 Mietpreisbindung entspricht der für geförderte Sozialwohnungen. Die an der
49 Universität Bremen für die Berliner Linksfraction erstellte „Kurzstudie zu den
50 Möglichkeiten der Länder zur Ausgestaltung der Gesetzgebungskompetenz im Bereich
51 des Wohnungswesens“ kommt zu dem Ergebnis, dass eine solche Verpflichtung
52 unternehmerischer Vermieter jedenfalls in Gebieten mit „angespanntem Wohnungsmarkt“
53 (wie Bremen) zulässig ist.

54 Dadurch würde der Bestand an Sozialwohnungen, die für die über 100.000 Haushalte
55 mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein zur Verfügung stehen, nach und nach
56 deutlich erhöht. Ein Fünftel dieser Wohnungen (also 6 Prozent der Neuvermietungen)
57 ist für Wohnungsnotstandsfälle zur Verfügung zu stellen – also als Belegwohnungen,
58 die von der Zentralen Fachstelle Wohnen (ZFW) belegt werden können.

59 Zu den besonderen Anforderungen, die das Sozialpflichtigkeits-Gesetz für Eigentümer
60 großer Wohnbestände definieren soll, gehört ferner das Erfüllen von Standards, die
61 bei Großvermietungen erwartet werden können: Eine jederzeitige Erreichbarkeit für
62 die Mieter*innen, das eigenverantwortliche Einhalten aller gesetzlichen
63 Verpflichtungen zur Miethöhe, **transparente und nachvollziehbare**
64 **Betriebskostenabrechnungen** sowie eine diskriminierungsfreie Wohnungsvergabe. Ferner
65 sollen Androhungen von Zwangsräumungen der Behörde angezeigt werden müssen, damit
66 diese die Möglichkeit hat, sich einzuschalten.

67 **Mehr Sozialwohnungen schaffen**

68 Seit 2012 gibt es wieder ein Landes-Wohnraumförderprogramm in Bremen. Trotzdem ist
69 der Bestand an Sozialwohnungen weiter gesunken auf derzeit ca. 6.500, weil zwar
70 neue Sozialwohnungen gebaut werden, gleichzeitig aber viele aus der Bindung
71 herausfallen. Um auch nur den Stand von 2005 wieder zu erreichen, fehlen über
72 10.000 Sozialwohnungen. Als Linke haben wir uns deshalb auch für ein **Ankauf- und**
73 **Verlängerungsprogramm von Sozialbindungen** eingesetzt. Zudem gibt es inzwischen auf
74 unsere Initiative hin einen Zuschlag für teure Wohnlagen, damit Sozialwohnungen
75 nicht nur in günstigen Lagen entstehen, sondern auch dort, wo bezahlbarer Wohnraum
76 noch stärker fehlt. Auch eine Förderschiene für preisgedämpften Wohnraum für 9
77 Euro/qm, die Förderung von Azubi-Wohnen und eine Ausdifferenzierung für kleine und

78 große Wohnungen gibt es inzwischen.

79 Die Weiterentwicklungen der Bremer Wohnraumförderung sind richtig, reichen aber
80 nicht. Über längere Zeit wurde fast nur geförderter Wohnraum gebaut, weil Bauen aus
81 Sicht der Bauwirtschaft zu teuer war. Ein erheblicher Teil der öffentlichen Gelder
82 für die Wohnraumförderung fließt zu privaten Bauunternehmen. Nach 20 oder 30 Jahren
83 läuft die soziale Preisbindung aus und die öffentlich geförderten Wohnungen können
84 zu freien Preisen vermietet werden. Wir wollen die erheblichen Ressourcen stärker
85 **bei öffentlichen Bestandshaltern konzentrieren.** Rekordbeträge wie 140 Millionen
86 Euro Wohnraumförderung in 2026 wären besser angelegt, wenn die mit derart hohen
87 öffentlichen Geldern geförderten Wohnungen dauerhaft bei kommunalen
88 Wohnungsbauunternehmen wären. So kann auf Dauer die soziale Zweckbindung, die
89 Mietpreisgestaltung und demokratische Steuerung sichergestellt werden. Wir wollen
90 deshalb vorrangig kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Baugenossenschaften und
91 gemeinwohlorientierte Bauträger fördern.

92 Wir wollen Grund und Boden stärker im Eigentum der Stadt behalten. Öffentliche
93 Grundstücke wollen wir in Erbbaurecht vergeben, um sie der Spekulation zu entziehen
94 und damit die Stadt langfristig die Kontrolle über die städtebauliche Entwicklung
95 behält. Den Gutachterausschuss, der die sogenannten Bodenrichtwerte feststellt und
96 damit großen Einfluss auf die Entwicklung der Bodenpreise hat, werden wir auch mit
97 Vertreter*innen von Mietvereinen und Genossenschaften besetzen und Richtlinien
98 erlassen, mit denen preistreibende Effekte bei der Ermittlung der Richtwerte
99 verhindert werden.

Antrag L 01-03: Wohnen ist dein Recht, keine Ware! - Teil 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Wohnraum schützen**

2 Wo Wohngebiete an Attraktivität gewinnen, müssen Mieter*innen vor Verdrängung
3 geschützt werden. Wir werden dafür sorgen, dass das Bundesland Bremen endlich auch
4 vom Instrument der sogenannten **Milieuschutzsatzung** Gebrauch macht. Dadurch werden
5 für konkret definierte Gebiete Sanierungen und/oder die Umwandlung in
6 Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig. Die Stadt kann **Luxussanierungen**
7 **verhindern** oder Sanierungen z.B. mit der Auflage genehmigen, die Mieten nur
8 geringfügig zu erhöhen.

9 Auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung der Modernisierungsumlage sowie
10 für ein tragfähiges Konzept zur Warmmietenneutralität ein. Energetische Sanierung
11 im Bestand ist dringend nötig, um den Gebäudesektor klimaneutral aufzustellen und
12 den notwendigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Sie darf aber nicht zur
13 Steigerung der Miete über die Einsparungen bei der Warmmiete hinaus gehen und
14 zulasten derjenigen saniert wird, die den geringsten Puffer und die wenigsten
15 Ressourcen haben: Mieter*innen und Menschen und Familien mit mittleren oder
16 niedrigen Einkommen sowie Leistungsbeziehende. Die Modernisierungsförderung des
17 Landes ist gut, wird aber noch viel zu wenig in Anspruch genommen. Hier wollen wir
18 nachsteuern.

19 Tausende von Wohnungen werden dem Wohnungsmarkt durch Leerstand entzogen, teilweise
20 jahrelang. Wir werden das Wohnraumschutzgesetz nachschärfen und wieder von der
21 bloßen Anzeigepflicht zu einer echten Genehmigungspflicht bei Leerstand übergehen.
22 Das Wohnraumschutzgesetz, welches **Leerstand über sechs Monate untersagt**, wollen wir
23 mit einer Treuhandregelung ergänzen, damit auch die Behörde Leerstand wieder dem
24 Wohnungsmarkt zuführen kann, wenn Eigentümer sich hartnäckig weigern. Für viele
25 Fälle von Leerstand greift das Gesetz nicht, wenn z.B. Bauprojekte, bei denen
26 gewerbliche Immobilien zu Wohnungen umgebaut werden sollen, trotz Baugenehmigung
27 einfach liegengelassen werden. Für diese Fälle werden wir vom Instrument des
28 Baugebots Gebrauch machen. Wir werden die Verlängerung von Baugenehmigungen
29 deutlich restriktiver handhaben und durch ein entsprechendes Förderprogramm dafür
30 sorgen, dass bei Untätigkeit trotz Baugebot die Option der Abtretung an eine
31 kommunale Gesellschaft wirklich realisiert werden kann.

32 **Zweckentfremdung von Wohnungen muss** effektiver reguliert werden. Die Vermietung von
33 Wohnungen durch Anbieter wie AirBnB als Ferienwohnungen verknappt das
34 Wohnungsangebot. Auch hier wollen wir eine Genehmigungspflicht für Wohnraum, der

befristet als Ferienwohnung vermietet wird. Die Ferienwohnungen sollen in einem Kataster erfasst und mit einer Wohnungs-ID versehen werden. Diese Kennzeichnungspflicht soll verpflichtend für ein Inserat sein, um nicht genehmigte und nicht erfasste Zweckentfremdungen zu ahnden.

Wohnen für alle Lebensabschnitte

Wohnraum ist nicht nur die aktuelle eigene Wohnung. Umzüge stehen an spätestens dann, wenn Haushalte sich vergrößern, zum Beispiel weil sie Kinder bekommen, oder wenn sie sich verkleinern, weil die Kinder ausziehen. Wer umzieht, soll die Möglichkeit haben, im bisherigen Stadtteil zu bleiben. Aufgrund der sehr viel höheren Angebotsmieten geht das oft nur, wenn es im Stadtteil ein entsprechendes Angebot an kommunalen Wohnungen und von Sozialwohnungen gibt. Wir wollen daher für eine gleichmäßigere Verteilung über die Stadtteile sorgen. Dazu werden wir die **Sozialwohnungsquote**, die beim Verkauf öffentlicher Grundstücke und bei neuen Bebauungsplänen verlangt wird, zwischen den Stadtteilen differenzieren – damit Menschen in ihrem Viertel bleiben können. Als Linke haben wir bereits einen Beschluss erwirkt, dass die Sozialwohnungsquoten je nach Stadtteil, Miethöhen und Bestand an Sozialwohnungen differenziert werden sollen. Diese Herangehensweise wollen wir verstärken, um **Stadtteilgerechtigkeit** zu schaffen. Denn jeder Stadtteil sollte leistbar sein, auch nach einem Umzug.

Auch ältere Menschen schaffen es aber oft nicht, aus ihrer Familienwohnung oder - Haus auszuziehen, weil sie keine bezahlbare, barrierearme Wohnung im Quartier finden. Dort sind sie aber verwurzelt, kennen Nachbarschaft, Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte und Apotheken. So wird großer Wohnraum durch wenig Personen bewohnt, für die die Stufen und die Reinigung immer beschwerlicher wird. Wir wollen den **Wohnungstausch fördern**. Wir wollen, dass weiterhin barrierearme Wohnungen gebaut, gefördert und hergestellt werden. Die Vermittlungsstelle KomFort - Beratung für Barrierefreiheit sollte auch für Senior*innen, denen die Wohnung zu groß geworden ist, Wohnraum vermitteln, und hierfür ausgestattet werden. Mehrgenerationenwohnen wollen wir fördern und ausbauen.

Erzwungene Umzüge durch Eigenbedarfskündigung oder Zwangsräumung wollen wir möglichst verhindern. Eigenbedarfskündigungen verdrängen ganze Familien aus ihrer Umgebung. Wir wollen, so wie in anderen Städten, eine verlängerte Kündigungsfrist von mindestens fünf Jahren einführen, um die Rechte der Mieter*innen zu stärken und damit der Verkauf nicht gleich in Verdrängung mündet.

Wohnraum für alle Bedürfnisse

Was gebaut wird, richtet sich zu wenig danach, was gebraucht wird. Junge Menschen, die in ein selbstständiges Leben starten wollen, finden kaum geeigneten und bezahlbaren Wohnraum, dasselbe gilt für große Familien. Junge Menschen in der stationären Jugendhilfe finden in der Verselbständigungsphase oft keine Anschlusswohnung, weshalb sie länger als pädagogisch notwendig in der Jugendhilfe bleiben. Das gleiche gilt für Geflüchtete, die oft viel zu lange in Erstaufnahmen, Übergangswohnheimen oder Notunterkünften bleiben müssen, weil sie nicht von der Wohnauflage befreit werden oder keine Wohnung finden.

78 Wir werden deshalb insbesondere mehr Single-Wohnungen und Wohnungen ab vier Zimmern
79 bauen. Das werden wir in der Wohnraumförderung verstärkt verankern. Ebenso werden
80 wir den **Bau von Studi- und Azubi-Wohnheimen** weiter vorantreiben.

81 Wohnen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bremen soll sicherstellen, dass
82 von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder schnell und unbürokratisch
83 Zugang zu sicherem und bezahlbarem Wohnraum erhalten. Dafür wollen wir
84 Belegungsrechte im öffentlichen und geförderten Wohnungsbestand schaffen und
85 **Übergangswohnungen ausbauen**. Wir wollen ein Recht auf eine Schutzwohnung für
86 Gewaltbetroffene verankern, Wohnverpflichtungen für Geflüchtete abschaffen und das
87 Beschlagnahmengesetz, welches die Beschlagnahme von Leerstand bei Wohnungsnotlagen
88 ermöglichte, reaktivieren.

89 **Kommunale Gesellschaften weiterentwickeln, Genossenschaften stärken**

90 Bremen ist nicht Berlin. Die größte Wohnungsgesellschaft im Bundesland ist eine
91 kommunale Gesellschaft, die Gewoba. Zusammen mit der anderen kommunalen
92 Wohnungsgesellschaft, der BREBAU, dem Bremerhavener Pendant, der StäWoG, und
93 verschiedenen Wohnungsgenossenschaften macht der öffentlich-gemeinwirtschaftliche
94 Anteil am Wohnungsmarkt immerhin an die 60.000 Wohnungen aus. In diesem Sektor sind
95 Mieter*innen sehr viel besser geschützt und mit gutem Wohnraum versorgt.

96 Die Kommunen sollten diese Möglichkeit nutzen, um **aktive Wohnungsmarktsteuerung**
97 vorzunehmen. Die kommunalen Wohnungsunternehmen sanieren vorbildlich und müssen
98 hierfür auch Einnahmen generieren. Auf der anderen Seite braucht es eine soziale
99 Mietenstrategie, Mietpreisdämpfung und KdU (Kosten für Unterkunft und Heizung)-
100 Fähigkeit. Die jährlichen Gewinnausschüttungen zugunsten der Aktionäre der GEWOBA
101 fehlen für die Finanzierung von günstigem Neubau oder von Ankauf.

102 Anders als bei der kleinen Schwester, der BREBAU, die zu 100 Prozent in städtischem
103 Besitz ist, ist die öffentliche Steuerung der Gewoba eingeschränkt. Denn die Gewoba
104 ist eine Aktiengesellschaft mit einem privaten Minderheitsgesellschafter, der
105 Sparkasse Bremen. Die Stadt besitzt zwar eine satzungsändernde Dreiviertel-
106 Mehrheit, aber nicht die 80 Prozent, die z.B. für eine Umwandlung in eine GmbH
107 erforderlich wären.

108 Wir wollen die **Gewinnausschüttungen senken, die Mieterhöhungen bremsen** und die
109 Gewoba stärker auf den Ankauf und auf die Wohnungsversorgung auch für die niedrigen
110 Einkommen ausrichten. Daher treten wir dafür ein, die Gewoba zu 100 Prozent in
111 öffentlichen Besitz zu holen. Wir werden prüfen, ob die Gewoba durch
112 Satzungsänderung stärker auf die genannten Ziele orientiert werden kann.

113 Wohnungsbau-Genossenschaften sind eine wichtige Ergänzung zu kommunalen
114 Gesellschaften. Wir werden die Genossenschaftsförderung ausbauen, bei der Vergabe
115 öffentlicher Grundstücke ausschließlich auf Erbpacht setzen und Genossenschaften
116 einen Preisabschlag gewähren, der ihrem Beitrag zur Versorgung mit preisgebundenen
117 Wohnungen entspricht.

118 **Raus aus der Miete: Den Weg zum eigenen Wohneigentum offenhalten**

119 Etwa ein Drittel der Haushalte im Land Bremen lebt in Wohnraum, der ihnen selbst

120 gehört. Das ist unterm Strich nicht immer billiger, aber es verschafft mehr
121 Sicherheit, Selbstbestimmung, Flexibilität und im besten Fall ein Stück
122 Altersvorsorge. Dieser Weg ist für die breite Bevölkerung kaum noch zugänglich,
123 weil die Kaufpreise ebenfalls explodiert sind. Das hat meist wenig mit gestiegenen
124 Baukosten zu tun (die meisten Verkäufe sind Bestandsimmobilien), aber viel mit dem
125 Anstieg der Mieten, der auch die Kaufpreise hochtreibt. Bezahlbare Mieten und
126 bezahlbares eigenes Wohneigentum hängen daher eng zusammen. Eine steile Entwicklung
127 der Immobilienpreise begünstigt diejenigen, denen schon was gehört, auf Kosten der
128 Jüngeren, die diesen Schritt nicht mehr schaffen werden.

129 Den Kauf von Luxusvillen muss niemand fördern. Aber der Weg zu **eigenem Wohnraum**
130 **auch für niedrige und mittlere Einkommen** sollte nicht verbaut werden.

131 Die Grunderwerbssteuer besteuert den Kauf von Boden. Bisher beträgt sie 6,5 Prozent
132 des Kaufpreises, egal ob es die dritte Luxusvilla ist, die zehnte Wohnanlage zum
133 Vermieten oder die erste kleine Eigentumswohnung für die eigene Familie. Unsere
134 Anfrage hat ergeben: Eine **progressive Gestaltung der Grunderwerbsteuer** ist
135 rechtlich möglich. Wir wollen diese Möglichkeit auf Landesebene nutzen: Wer eine
136 größere und teurere Immobilie kauft, wer bereits viel Grund besitzt und diesen zur
137 Gewinnerzielung nutzen kann, wer viel Fläche und Ressourcen verbraucht, zahlt einen
138 höheren Steuersatz. Wer sich nur eine erste, kleinere und bescheidenere Immobilie
139 leisten kann, zahlt weniger.

Antrag L 01-04: Wohnungslosigkeit

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Wohnungslosigkeit**

2 **Wohnungslosigkeit überwinden – Wohnen ist ein Menschenrecht**

3 Ein Zuhause zu haben ist für uns alle der erste Schritt für eine sichere Existenz
4 und ein selbstbestimmtes Leben. Die Reduzierung und perspektivisch die Überwindung
5 von Wohnungslosigkeit ist daher zentral für die Sicherstellung eines Lebens in
6 Würde für Alle. Unser Ziel ist klar: Niemand soll in Bremen ohne Wohnung leben
7 müssen.

8 **Eine ganzheitliche Wohnungslosenstrategie für Bremen**

9 Der Senat hat sich auf unsere Initiative hin das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit
10 bis 2030 zu beenden. Wir entwickeln dafür verbindliche Ziele für Bremen. Allerdings
11 ist es noch ein weiter Weg bis dahin und es wird viel zu wenig gemacht, um es zu
12 realisieren.

13 **Wohnungslosigkeit ist kein individuelles Versagen**, sondern Ausdruck sozialer
14 Ungleichheit und eines Mangels an bezahlbarem Wohnraum. Deshalb braucht Bremen eine
15 ganzheitliche, ressortübergreifende Wohnungsnotfallstrategie – analog zur
16 Drogenhilfestrategie.

17 **Housing First ausbauen**

18 Housing First wurde auf unsere Initiative eingerichtet und ausgebaut. Housing First
19 bedeutet: Menschen ohne Wohnung werden als erstes in einer Wohnung untergebracht -
20 sie müssen nicht vorher clean sein, in einer Notunterkunft gewohnt haben oder
21 andere Voraussetzungen erfüllen. Dieser **international sehr erfolgreiche Ansatz** muss
22 zum Regelinstrument der Wohnungslosenhilfe werden. Das Bremer Modellprojekt hat
23 gezeigt, dass die Vermittlung einer eigenen Wohnung ein sehr wirksamer Weg aus der
24 Wohnungslosigkeit ist. **Housing First** wurde am 11.09.2026 mit dem Preis der
25 Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe **ausgezeichnet**.

26 Wir werden Housing First dauerhaft finanzieren und deutlich ausbauen. Dabei müssen
27 insbesondere Angebote für junge Menschen, Frauen sowie queere Menschen geschaffen
28 werden, deren Bedarfe bislang nicht ausreichend berücksichtigt werden.

29 **Frauen brauchen eigene Schutz- und Unterstützungsangebote**

30 Frauen erleben Wohnungslosigkeit häufig anders als Männer und bleiben deshalb oft
31 unsichtbar. Wir wollen einen Tagestreff für wohnungslose Frauen schaffen, der
32 Schutz, eine Meldeadresse, Dusch- und Waschmöglichkeiten, medizinische Versorgung

33 sowie Beratung bietet. Außerdem setzen wir uns für mehr öffentliche Toiletten ein,
34 die den Bedürfnissen wohnungsloser Frauen gerecht werden. Hier besteht weiterhin
35 eine erhebliche Unterversorgung.

36 Wohnungslose Frauen erleben **überdurchschnittlich häufig Gewalt** und nehmen
37 bestehende Hilfsangebote aufgrund fehlender Schutzräume oft nicht in Anspruch.
38 Deshalb werden wir Frauen-Tages- und Abendtreffs ausbauen, ausreichend geschützte
39 Notunterkünfte für Frauen schaffen sowie das frauenspezifische Streetwork dauerhaft
40 absichern und personell ausbauen. Notschlafstellen sollen für besonders vulnerable
41 Gruppen geschaffen werden und jugendlichen Frauen, Männern und Queers sowie
42 erwachsenen Frauen* offenstehen, **unabhängig vom Leistungsrecht oder**
43 **Aufenthaltsstatus**, um sie vor Übergriffen, sexueller Ausbeutung und Gewalt zu
44 schützen.

45 **(Junge) Menschen besser unterstützen**

46 Die Zahl junger wohnungsloser Menschen ist im vergangenen Jahr gestiegen.
47 Gleichzeitig hat sich die Hilfelandschaft für junge Menschen verschlechtert.
48 Deshalb werden wir Angebote stärken, die junge Menschen **frühzeitig erreichen**,
49 Wohnungslosigkeit verhindern und bestehende Wohnungslosigkeit schnell beenden.

50 Angebote von Vereinen und Freien Trägern zur Versorgung mit Lebensmitteln und
51 warmen Mahlzeiten brauchen nicht nur gute Räume und Küchen, sondern auch
52 finanzielle Absicherung und die Refinanzierung von Sozialarbeit und
53 Beschäftigungsförderung.

54 **Notunterkünfte - nur zur Not**

55 Notunterkünfte für wohnungslose Menschen wird es weiter geben müssen, aber wir
56 wollen sie nur als Puffer haben. Regulär sollen wohnungslose Menschen in Wohnraum
57 vermittelt werden - in Housing First, über OPR-Einweisungen
58 (Obdachlosenpolizeirecht), sozialrechtliche Einweisung, über Kontingente bei den
59 Wohnungsgesellschaften im Rahmen der Wohnraumförderung, den Bau von EinfachWohnen
60 in den Quartiersentwicklungsprojekten wie dem Neuen Hulsbergviertel oder die
61 Bereitstellung von leerstehenden öffentlichen Immobilien. Die Notunterkünfte
62 brauchen Regeln, die ein Zusammensein ermöglichen, gleichzeitig müssen erwachsene
63 Menschen nicht erzogen werden. Eine **Toleranz gegenüber Konsumverhalten** ist deshalb
64 angesagt, solange es nicht erheblich stört. Wir kämpfen weiterhin für
65 Notunterkünfte, in denen obdachlose Menschen unterkommen können die Hunde haben und
66 ansonsten auf der Straße bleiben.

67 **Hitze- und Kälteschutz konsequent umsetzen**

68 **Querverweis Einleitung Wahlprogramm Umwelt und Klima**

69 Die Klimakrise verschärft die Gefahren für wohnungslose Menschen erheblich.
70 Hitzewellen und Kälteperioden bedrohen unmittelbar ihre Gesundheit und ihr Leben.
71 Wir werden den Hitze- und Kälteschutzplan für Bremen konsequent umsetzen, den
72 Aktionsplan gemeinsam mit den Trägern kontinuierlich weiterentwickeln, zusätzliche
73 Aufenthalts- und Schutzräume schaffen, **extremwetterspezifisches Streetwork** und
74 mobile Gesundheitsversorgung stärken und besonders vulnerable Gruppen gezielt in

75 den Blick nehmen. Wir kämpfen wie bisher für mehr Trinkwasserbrunnen und schattige
76 Aufenthaltsmöglichkeiten in den Quartieren. Denn die Klimakrise trifft nicht alle
77 Menschen gleichermaßen.

78 **Zugang zu Hygiene und Gesundheit sicherstellen**

79 Der Zugang zu sanitären Einrichtungen darf nicht von Öffnungszeiten abhängen.
80 Deshalb werden wir öffentliche Dusch- und Waschmöglichkeiten auch an Wochenenden
81 und Feiertagen gewährleisten.

82 Saubere Kleidung und Körperpflege sind Voraussetzungen für Gesundheit, Würde und
83 eine erfolgreiche Wohnungssuche. Die aufsuchende Gesundheitsversorgung von
84 obdachlosen und drogensüchtigen Personen, wie etwa mit dem Arztmobil der
85 Johanniter, werden wir unterstützen und ausweiten. Die Versuche, Suppenausgaben und
86 andere Unterstützungsmaßnahmen am Hauptbahnhof zu verhindern, lehnen wir ab.

87 **Aufsuchende Angebote für Obdachlose** und Drogenabhängige sind keine Störung des
88 Stadtbilds!

89 **Vertreibungspolitik beenden**

90 Die Verdrängung wohnungsloser Menschen aus dem öffentlichen Raum löst keine
91 sozialen Probleme. Platzverweise und ordnungspolitische Maßnahmen ersetzen keine
92 Sozialpolitik. Deshalb werden wir die **aufsuchende Sozialarbeit** aus der
93 Projektförderung in eine dauerhafte Finanzierung überführen, öffentliche Räume für
94 alle Menschen zugänglich halten und Stigmatisierung sowie Kriminalisierung von
95 Armut konsequent entgegenwirken.

96 **Wohnungslosigkeit verhindern, bevor sie entsteht**

97 Der beste Schutz vor Wohnungslosigkeit ist, sie gar nicht erst entstehen zu lassen.
98 Deshalb setzen wir auf den Ausbau sozialer Wohnraumagenturen, die gezielt Wohnungen
99 für Wohnungslose vermitteln, eine frühzeitige Beratung bei Mietschulden, die
100 Stärkung präventiver Hilfen sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Sozialbehörden,
101 Wohnungsunternehmen und Beratungsstellen. Zudem werden wir Zwangsräumungen
aufgrund
102 von Mietschulden bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften minimieren und **Räumungen**
103 möglichst auf Fälle **begrenzen**, wo einzelne Mietende ihre Nachbarschaft massiv
104 belästigen oder die Wohnung ruinieren. Zwangsräumungen "auf die Straße", d.h. ohne
105 Anschlussperspektive, wollen wir unterbinden, insbesondere wenn Kinder und
106 Jugendliche mitbetroffen sind.

107 Wenn Mieter*innen zwei Monatsmieten im Rückstand sind, können sie nach geltendem
108 Mietrecht fristlos gekündigt werden. Gleichzeitig ergeht oft eine ordentliche
109 Kündigung, die auch nicht durch Begleichen der Mietschulden beseitigt werden kann.
110 Viele Zwangsräumungen finden deshalb aufgrund überschaubarer Beträge statt, und die
111 dadurch produzierte Wohnungslosigkeit erzeugt höhere Folgekosten. Deshalb müssen
112 die Gesetzeslage, die Praxis und die Behördenreaktionen darauf verändert werden.
113 Die Sozialämter erhalten Kenntnis über anstehende Zwangsräumungen und können
114 Härtefälle wieder in die gleiche Wohnung einweisen. Diese Möglichkeit wird aktuell
115 kaum angewendet und das wollen wir ändern.

- 116 Um die **Unbewohnbarkeit** von Wohnungen durch Strom-, Gas- oder Wassersperren zu
117 verhindern, wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, Härtefälle über einen Fonds
118 abzufedern oder eine Vereinbarung mit den Versorgern zu treffen, bei der diese auf
119 einen Teil der Forderung verzichten und eine von Energieschuldner*in und
120 Sozialbehörde gemeinsam getragene Teilzahlung akzeptieren.

Antrag L 01-05: Stadtentwicklung: Sozial, ökologisch, feministisch & resilient

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Stadtentwicklung: Sozial, ökologisch, feministisch &** 2 **resilient**

3 ***Querverweis zum Kapitel Geschlechtergerechtigkeit***

4 Städte entstehen nicht von selbst. In ihren Straßen, Häusern und Plätzen sind die
5 gesellschaftlichen Verhältnisse in Stein gegossen. Wer eine Stadt baut und wem sie
6 gehört, entscheidet darüber, wer in ihr gut leben kann und wer verdrängt wird.

7 Stadtentwicklung ist für uns deshalb keine reine Gestaltungsfrage, sondern eine
8 Frage der Verteilung und der Macht. Sie lautet nicht „Wie soll Bremen aussehen?“,
9 sondern: **Wem gehört Bremen - der Rendite oder den Menschen**, die hier wohnen,
10 arbeiten und für andere sorgen?

11 Klima, Umwelt, öffentlicher Raum, Mobilität, Baukultur - nichts davon steht neben
12 der sozialen Frage, alles ist die soziale Frage. Stadtentwicklung ist für uns
13 Ermächtigung. Sie soll den Menschen die Selbstbestimmung über ihr Lebensumfeld
14 zurückgeben, die ein auf Profit getrimmter Städtebau ihnen nimmt.

15 **Boden ist keine Ware**

16 Der stärkste Hebel für eine gerechte Stadt ist der Boden. Solange Grund und Boden
17 Spekulationsobjekte sind, entscheiden Bodenpreise und Renditeerwartungen über die
18 Stadt - nicht die Bedürfnisse der Menschen. Steigende Bodenwerte treiben Mieten,
19 Verdrängung und Zersiedelung an. Wir wollen den Boden Schritt für Schritt dem Markt
20 entziehen.

21 Dafür ist es notwendig, dass städtische Flächen grundsätzlich nicht mehr verkauft,
22 sondern nur noch im Erbbaurecht vergeben werden. **Was einmal öffentlich ist, muss**
23 **öffentlich bleiben.**

24 Wir wollen einen kommunalen Bodenfonds, der Flächen strategisch ankauft und für das
25 Gemeinwohl sichert, für Wohnen, Kitas, Schulen, soziale und kulturelle Nutzung.

26 Wo neues Baurecht entsteht, schöpfen wir den Wertzuwachs ab und führen ihn der
27 Allgemeinheit zu, statt privaten Eigentümer*innen ein leistungsloses Geschenk zu
28 machen. Brachliegende Flächen sollen zuerst der Stadt angeboten werden, bevor neues
29 Baurecht erteilt wird.

30 Kommunale Vorkaufsrechte nutzen wir konsequent. Profitorientierte

31 Immobilienkonzerne wie Vonovia wollen wir zurückdrängen und alte, hochverdichtete
32 Bestände vergesellschaften.

33 **Die Stadt der kurzen Wege ist eine feministische Stadt**

34 Unsere Städte sind für genau einen Menschen gebaut: den erwerbstätigen Mann in
35 Vollzeit, ohne Verantwortung für Kinder, Kranke oder Alte. Wer dagegen diese
36 Fürsorgeverantwortung für andere trägt, verliert in der funktional zerschnittenen
37 Stadt jeden Tag Zeit - auf langen Wegen zwischen Wohnung, Arbeit, Kita, Ärzt*in und
38 Einkauf. Das trifft vor allem Frauen, und es trifft diejenigen, die sich keine
39 private Extrabetreuung leisten können. Feministische Stadtentwicklung ist für uns
40 deshalb keine Frage des Stils, sondern eine Frage der Macht und der gerechten
41 Verteilung von Zeit und Arbeit.

42 Das bedeutet: **Kurze Wege, wohnortnahe Kitas und Schulen**, Quartierszentren,
43 öffentliche Stadtteilkantinen, in denen man günstig essen und sich treffen kann.
44 Öffentliche Infrastruktur, die entlastet, statt Zeit zu rauben. Und wir planen die
45 Stadt aus der Perspektive derer, die sich in ihr unsicher fühlen: Angsträume -
46 schlecht beleuchtete, uneinsehbare, verlassene Orte - wollen wir durch Beleuchtung,
47 Belebung und gute Gestaltung beseitigen. Die kapitalistische Stadt vereinzelt die
48 Menschen und macht sie ohnmächtig. Wir halten dagegen: Eine soziale Stadt verfügt
49 über sozial und funktional gemischte Quartiere statt Schlafstädte und Bürowüsten,
50 sie hat **öffentliche Räume ohne Konsumzwang**, in denen Begegnung gefördert wird. Den
51 öffentlichen Raum, den heute parkende Autos beanspruchen, geben wir Schritt für
52 Schritt den Menschen zurück - für Grün, Spiel und Aufenthalt. Wo ganze Stadtteile
53 abgehängt werden, wird der Wohnort selbst zur Benachteiligung. Deshalb gehört den
54 benachteiligten Quartieren und den Ankunftsquartieren, die eine hohe
55 Integrationsleistung tragen, unsere besondere Förderung.

56 **Klimagerechte, grüne Stadtentwicklung**

57 Die Klimakrise trifft die Stadt ungleich. Die Hitze staut sich dort am stärksten,
58 wo dicht gebaut, viel versiegelt und wenig begrünt ist - und das sind **oft die**
59 **Quartiere mit niedrigen Einkommen und hoher Mietbelastung**. Bei Starkregen laufen
60 hier am schnellsten die Keller voll und werden die Straßen überschwemmt.
61 Klimaanpassung ist deshalb eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

62 Eine klimagerechte Stadt schützt die Bewohner*innen in den benachteiligten
63 Quartieren zuerst. Hier muss entsiegelt und begrünt werden. Für den Fall, dass sich
64 die Hitze tagelang hält und die Wohnungen nicht mehr kühl werden, muss geklärt
65 sein, welche Räumlichkeiten mit Kühlmöglichkeit dann geöffnet und zur Verfügung
66 gestellt werden. Mieter*innen müssen das Recht haben, ihre eigenen Vorkehrungen für
67 den Klimawandel zu treffen – sich eine Klimaanlage einzubauen oder eine Balkon-
68 Solaranlage.

69 All das ändert nichts am Klimawandel, der muss anders bekämpft werden. Aber es
70 sorgt dafür, dass alle dabei unterstützt werden, mit den jetzt bereits
71 unvermeidlichen Folgen so gut wie möglich klarzukommen. Dasselbe gilt für den
72 Schutz vor Lärm und vor Vermüllung. Auch Kleingärten sind ein Weg, trotz beengter
73 Wohnverhältnisse ein Stück grüne Umwelt zu haben und zu gestalten. Das hat

74 Tradition in Bremen, und das ist im Klimawandel aktueller denn je.

75 **Die offene Stadt verteidigen**

76 Die Stadt ist auch politisch umkämpft. Wo der Staat ganze Stadtteile sich selbst
77 überlässt, wächst der Nährboden, auf dem die Rechte ihre Angebote macht. Rechte
78 Netzwerke kaufen gezielt Immobilien, um sich Räume für ihre Organisation zu
79 sichern. Und in Kulturkämpfen um „Heimat“, „Tradition“ und rekonstruierte
80 „Schönheit“ soll ein nationalistisch verengtes, geschlossenes Stadtbild
81 durchgesetzt werden.

82 Dagegen stellen wir die offene Stadt, die für alle da ist und in der alle Platz und
83 Raum finden. **Öffentliche Daseinsvorsorge und öffentlicher Raum bleiben in**
84 **öffentlicher Hand** - die Privatisierung von Staatlichkeit hat in Bremen keinen
85 Platz. Kommunale Vorkaufs- und Eigentumsrechte nutzen wir auch, um rechte
86 Immobilienstrategien zu durchkreuzen. Wir überlassen die Idee der schönen Stadt
87 nicht den Reaktionären. Schön ist eine Stadt, die allen offensteht - plural,
88 modern, solidarisch. Eine Stadt, die von ihren Bewohner*innen angeeignet und
89 mitgestaltet werden kann; in der Bedürfnisse, Infrastruktur und
90 Gemeinschaftlichkeit beim Bauen mitgedacht werden und in der mehr erhalten und
91 angepasst, als abgerissen und neu hochgezogen wird. **Erinnerungskultur** gehört für
92 uns direkt ins Quartier: Gedenkorte, Straßen- und Platznamen, die an Widerstand,
93 Arbeiter*innenbewegung und die Vielen erinnern, statt an Kolonialherren und
94 Militärs, sind gelebte Stadtentwicklung. Auch die Innenstadt darf nicht privaten
95 Investoren überlassen werden, sondern muss von der öffentlichen Hand mitgestaltet
96 werden: über GEWOBA, BREBAU und eigene Ankäufe. Nur so entsteht Raum für
97 bezahlbares Wohnen, junges Wohnen, Kultur und nicht-kommerzielle Nutzungen statt
98 Konsumwüste und Leerstand.

99 **Die Menschen entscheiden**

100 Beteiligung ist uns zu wenig, wenn sie bei Anhörung und Beschwichtigung stehen
101 bleibt. Wir wollen die Möglichkeit, zu entscheiden. Die **Beiräte in den Stadtteilen**
102 sollen verbindliche Entscheidungsrechte über die Entwicklung ihres Quartiers
103 erhalten, nicht nur ein Rederecht. Über Boden, kommunale Wohnungsgesellschaften und
104 öffentliche Infrastruktur soll demokratisch entschieden werden - durch die
105 Menschen, nicht durch Renditeerwartungen. Das ist für uns das Recht auf Stadt:
106 Alle, die hier leben - unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft und
107 Aufenthaltsstatus-, haben das gleiche Recht, ihre Stadt zu gestalten und in ihr gut
108 zu leben. Die Stadt gehört denen, die in ihr wohnen.

109 **Querverweis Kapitel Bürger*innenbeteiligung, Demokratie, Beiräte**

Antrag L 01-06: Entlastung

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Entlastung

2 Das Leben bezahlbar machen

3 Das Leben muss bezahlbar sein. In den letzten Jahren ist die Entwicklung von
4 Einkommen und Ausgaben für viele Menschen erheblich auseinandergegangen. Die Preise
5 für Lebensmittel und Güter des täglichen Lebens sind stark gestiegen. Auch die
6 Mieten sind nach oben gegangen. Viele können sich einen Umzug nicht mehr leisten.
7 Auch Mobilität ist teuer. All das trifft vor allem diejenigen besonders hart, die
8 über weniger Einkommen verfügen.

9 Eigentlich sollten auch Steuersätze und Abgaben „progressiv“ gestaffelt sein. Doch
10 das Gegenteil ist der Fall: **Die höchsten Einkommen zahlen anteilig anihrem**
11 **Einkommen die niedrigsten Steuern.** Der Beitragssatz zur Krankenversicherung ist für
12 alle derselbe, ab der Beitragsbemessungsgrenze sinkt er, und eine private
13 Krankenversicherung kann noch billiger sein. Einkommen aus Aktiendepots wird weit
14 geringer besteuert als Einkommen aus Arbeit. 98% aller Unternehmenserbschaften
15 oberhalb von 26 Millionen blieben im vergangenen Jahr komplett steuerfrei, während
16 auf ein vererbtes „Bremer Haus“ in der Regel Erbschaftssteuer anfällt.

17 Die Bundesregierung will an all dem nichts ändern. Stattdessen treibt sie Kürzungen
18 und Verteuerungen voran: mehr Zuzahlungen bei Medikamenten, höhere Eigenanteile bei
19 Pflegekosten und vieles mehr. Diese Sozialkürzungen bezeichnet sie als „Reformen“.
20 Wichtige Verbesserungen der letzten Jahre werden gezielt zurückgeschraubt: Beim
21 Wohngeld soll wieder gekürzt werden, und vom günstigen Deutschlandticket ist nicht
22 mehr allzu viel übrig. „Entlastung“ soll es nur für große Unternehmen und hohe
23 Einkommen geben – und nicht für diejenigen, die sie am dringendsten brauchen.

24 Was wir im Bereich der Wohnungspolitik tun werden, um das Leben bezahlbar zu
25 machen, haben wir weiter oben ausgeführt. Darüber hinaus wollen wir **Preise**
26 **begrenzen und sozial staffeln. Wir wollen** einkommensergänzende Leistungen schnell
27 und zuverlässig für alle zugänglich machen, die darauf Anspruch haben. Wir wollen
28 eine wohnortnahe soziale Infrastruktur ausbauen, die alle im Quartier günstig oder
29 umsonst nutzen können, und den Landesmindestlohn weiter stärken.

30 Preise begrenzen und sozial staffeln

31 Das StadtTicket soll für bezahlbare Mobilität für alle sorgen, deren Einkommen
32 niedrig ist. Wir haben das StadtTicket für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre

33 kostenlos gemacht; bis 2020 kostete es 30 Euro pro Monat. Das StadtTicket für
34 Erwachsene, das wir auf 25 Euro gesenkt hatten, kostet inzwischen wieder 40 Euro –
35 zu viel. Wir werden am **kostenlosen StadtTicket bis 18 Jahre** festhalten und das
36 StadtTicket für Erwachsene wieder günstiger machen. Außerdem wollen wir den Kreis
37 der Anspruchsberechtigten wieder auf Menschen mit Wohngeldbezug erweitern.
38 Familien mit geringen Einkommen zahlen in Bremen keine Kita-Gebühren und keine
39 Gebühren für das Mittagessen in der Ganztagschule. Das muss so bleiben. Die
40 Möglichkeiten zum kostenfreien Besuch von Museen und Kulturveranstaltungen wollen
41 wir ausbauen. Die Freikarte für Kinder und Jugendliche werden wir erhalten. Wir
42 wollen, dass man in allen Gaststätten kostenlos ein Glas Leitungswasser bekommen
43 kann.

44 Wir werden verhindern, dass eine unzureichende Finanzierung des Studierendenwerks
45 wieder zu extremen Preissteigerungen beim Semesterbeitrag führt. Im Gegenteil: Wir
46 wollen den Beitrag deutlich absenken.

47 Die **quartiersnahe Beratung der Verbraucher*innenzentrale** bauen wir weiter aus,
48 damit Menschen sich besser vor Abzocke im Internet, durch miese Verträge und
49 unberechtigte Forderungen schützen können.

50 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, endlich eine wirksame Preiskontroll-
51 Behörde aufzubauen, die nicht durch die Kostenentwicklung gerechtfertigte
52 Preissprünge bei Lebensmitteln und alltäglichen Gebrauchsgütern unterbindet.

53 **Einkommensergänzende Leistungen müssen funktionieren**

54 Ohne Wohngeld können viele Familien mit Kindern, Alleinerziehende und viele Ältere
55 nicht die Wohnungen bekommen, die sie brauchen. Deshalb muss das Wohngeld für die
56 Menschen funktionieren. Alle, die es bekommen können, müssen davon auch wissen
57 **(siehe Kapitel Wohnen)**. Für den Kinderzuschlag zum Kindergeld gilt dasselbe.

58 Kürzungen durch die Bundesregierung in diesen Bereichen lehnen wir entschieden ab.

59 Wohngeld und Kinderzuschlag sorgen dafür, dass man mit Erwerbsarbeit in Vollzeit
60 mehr hat als mit Bürgergeld – auch Alleinerziehende oder Familien mit mehreren
61 Kindern und nur einer Erwerbsperson. Seit der **Wohngeld-plus-Reform** kommen auch
62 Alleinerziehende durch einen Vollzeitjob aus dem Bürgergeld heraus.

63 Aber: Weil Lohneinkommen vollständig gegengerechnet wird, wird einem jeder Euro,
64 den man mehr Lohn bekommt, auf der anderen Seite wieder bei Wohngeld und
65 Kinderzuschlag abgezogen. Das ist nicht fair und motiviert nicht dazu, für höhere
66 Löhne zu kämpfen oder im Beruf mehr Verantwortung zu übernehmen. Wir setzen uns
67 deshalb auf Bundesebene dafür ein, dass der anteilige Abzug nicht zu 100 Prozent
68 erfolgt – damit sich nicht nur Lohnarbeit, sondern auch mehr Lohn für alle lohnt.

69 **Einkommen sichern: Den Mindestlohn stärken**

70 Leben in der Stadt ist teurer als Leben auf dem Land. Wir wollen nicht, dass
71 Menschen weite Wege zur Arbeit in Kauf nehmen, weil sie sich das Wohnen und Leben
72 in der Stadt nicht leisten können. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist ein
73 funktionierender und wirksam kontrollierter Mindestlohn, der in einem Stadtstaat
74 auch höher sein muss als bundesweit. Wir haben den **Landesmindestlohn an die**

75 **unterste Gehaltsgruppe im öffentlichen Dienst** gekoppelt, sodass er mit den
76 Tarifabschlüssen automatisch und sofort steigt und höher liegt als der
77 Bundesmindestlohn. Wir werden überprüfen, ob das reicht. Wenn der Landesmindestlohn
78 nicht ausreicht, um bei Vollzeitarbeit im Alter nicht von Grundsicherung leben zu
79 müssen, muss er stärker steigen. Dieses Kriterium wollen wir bei der Festsetzung
80 des Landesmindestlohns eigenständig berücksichtigen.

Antrag L 01-07: Verbraucher*innenschutz

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Verbraucher*innenschutz

2 Verbraucher*innenschutz bedeutet Voraussetzungen für selbstbestimmte Entscheidungen
3 zu schaffen, Rechte zu stärken und vor verdeckter Abzocke zu schützen.

4 Informationen zu Dienstleistungen, Preisgestaltung, Lebensmitteln und anderen
5 Produkten müssen zugänglich und verständlich sein. In Zeiten zunehmender
6 Digitalisierung braucht es Schutz vor Missbrauch und Manipulation im Internet, am
7 Telefon und an der Haustür. **Niedrigschwellige und wohnortnahe Beratungsangebote**
8 sind wichtig, um Transparenz herzustellen und einen sicheren Umgang mit den
9 Problemen des Alltags zu schaffen.

10 Alle Generationen profitieren von Verbraucher*innenschutz. Kinder und Jugendliche
11 brauchen früh Orientierung, um sich in einer digitalen Konsumwelt zurechtzufinden.
12 Dazu gehören das Erlernen von Medienkompetenz, Datenschutz, informationelle
13 Selbstbestimmung, aber auch Wissen über Ernährungsrisiken, Konsumverhalten und
14 Schuldenfallen. Uns ist wichtig, dass Kitas, Schulen und außerschulische Lernorte
15 unabhängig und werbefrei bleiben.

16 Mit zunehmendem Alter verändern sich die Anforderungen. Während Junge Erwachsene
17 sich mit Fragen zu Wohnen, Verträgen und Finanzprodukten beschäftigen, sind ältere
18 **Menschen häufig Ziel von Betrugsversuchen und unseriösen Angeboten. Deshalb wollen**
19 **wir Präventions- und Beratungsangebote ausbauen.**

20 Wichtig ist uns, diese Angebote weiter in den Stadtteilen zu etablieren. Eine
21 besondere Rolle kommt dabei der Verbraucherzentrale zu. Das vom Gesundheitsressort
22 geförderte Modellprojekt „Verbraucherrechtsberatung im Quartier“ bietet in 7 Bremer
23 und 2 Bremerhavener Quartieren kostenlose, offene Sprechstunden an. Das werden wir
24 verstetigen, dauerhaft absichern und auf weitere Quartiere ausweiten. Um die gute
25 Arbeit der Verbraucherzentrale dauerhaft zu sichern und auszubauen, muss die
26 institutionelle Förderung an aktuelle Preissteigerungen angepasst werden.

27 Gleichwohl bedeutet Verbraucher*innenschutz auch, niedrigschwelligen Zugang zu
28 Dienstleistungen zu erhalten, wo sie sonst abgebaut werden. Konkret geht es dabei
29 zum Beispiel um Post- und Bankfilialen, die zunehmend ausgelagert werden, oder in
30 den digitalen Raum ausweichen. Der **Borgfelder Beirat** hat sich erfolgreich für den
31 **Erhalt einer Poststelle** eingesetzt und gezeigt, dass man die Abwanderung der
32 Filiale nicht hinnehmen muss.

33 Uns wird zunehmend die Frage beschäftigen, wie Künstliche Intelligenz (KI) unseren

34 Alltag verändert und welche Folgen sich daraus ergeben. Beeinflussung durch KI-
35 generierte Werbung und algorithmisch personalisierten Angeboten nimmt bereits zu
36 und oft ist nicht ersichtlich, wer oder was hinter ihnen steht. Für
37 Verbraucher*innen muss transparent sein, wann sie mit automatisierten Systemen in
38 Berührung kommen. Der einfache Zugang zu KI unterstützen Programmen führt darüber
39 hinaus zu geringeren Hemmschwellen für Missbrauch und digitaler Gewalt. Gerade
40 Frauen laufen Gefahr, dass ohne ihr Wissen Bilder von ihnen – sogenannte Deepfakes
41 – erstellt werden und in sozialen Medien geteilt wird, oft mit pornografischer
42 Darstellung. Wir wollen **stärkeren Rechtsschutz** und brauchen mehr Angebote für
43 psychologische Beratung und Unterstützung. KI darf kein rechtsfreier Raum sein,
44 sondern muss gesetzlich reguliert werden (**siehe Kapitel Digitalisierung und**
45 **Netzpolitik**).
46 (Querverweis auf Fachstelle Digitale Gewalt und Meldestelle Digitale Gewalt im
47 Kapitel Gleichstellung)
48 Unsere Erfahrung mit **Heizkostenchecks** zeigt, dass im Bereich Wohnen vieles im Argen
49 liegt. Wir brauchen mehr Beratungsangebote für Mieter*innen, damit diese ihre
50 Rechte kennen, Abrechnungen verstehen und sich gegen unberechtigte, bzw. überhöhte
51 Forderungen zu Wehr setzen können.
52 Verbraucher*innenschutz soll nicht nur beraten, sondern auch initiativ werden, wo
53 Verbraucher*innen systematisch benachteiligt werden. Wir wollen mehr
54 **Bundesratsinitiativen** für gesetzliche Änderungen, die Verbraucher*innen effektiver
55 schützen. Das gilt z.B. für Missstände beim Inkassowesen. Es gilt für die unfaire
56 Praxis, Versicherungsbeiträge oder Tarife zu erhöhen und nur denjenigen, die
57 daraufhin kündigen, ein günstigeres Angebot zu machen. Gleichbleibende Preise bei
58 geringeren Mengen - auch als Shrinkflation oder Mogelpackung bekannt - erschweren
59 den Überblick beim Vergleich von Preisentwicklungen. Auf großen Online-Plattformen
60 wie Amazon und Temu ist oft nicht auf den ersten Blick ersichtlich, wer Anbieter
61 und wer Hersteller ist und was das für Rückgaberechte bedeutet - hier sind klare
62 Regeln und mehr Transparenz nötig. Wir wollen, dass Werbung für Online-Glücksspiel
63 wieder abgeschafft wird. All das muss auf Bundesebene geregelt werden, aber wir
64 können uns als Bundesland aktiv dafür einsetzen.

Antrag L 02-00: Lebenswerte Stadtteile

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

¹ Lebenswerte Stadtteile

Antrag L 02-01: Soziale Infrastruktur und Nachbarschaftspolitik - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Soziale Infrastruktur und Nachbarschaftspolitik

2 Unser Stadtteil ist der Ort, an dem wir uns begegnen und einen Großteil unseres
3 Lebens verbringen. Er gehört zum Leben unbedingt dazu: Neben der eigenen Wohnung
4 und dem Ort, wo wir zur Arbeit oder zur Ausbildung hingehen, ist er der dritte
5 große Bereich, der für unsere Lebensqualität wesentlich ist. Er muss viele Dinge
6 für uns leisten, die wir brauchen: Begegnung, Versorgung, Erholung, Aufenthalt, und
7 vieles mehr. Das ist die soziale Infrastruktur, die genauso wichtig ist wie die
8 gebaute Infrastruktur, wie Brücken, Busse und Krankenhäuser. **Ohne die soziale**
9 **Infrastruktur**, ohne Nachbarschaftspolitik, verkümmern Menschen, vereinsamen, werden
10 unglücklich und krank.

11 Mit **Nachbarschaftspolitik und sozialer Infrastruktur** meinen wir: Häuser der
12 Familie, Mehrgenerationenhäuser, Spielhäuser, Nachbarschaftscafés,
13 Dienstleistungszentren, Bürgerhäuser, Jugendeinrichtungen, Upcycling-Cafés,
14 Sozialkaufhäuser, Senioren- Mittagstische, Beratungsangeboten für Geflüchtete,
15 Sozialberatung, Quartiersmanagement und vieles mehr. Diese Orte sind Orte der
16 Gemeinschaft und der Solidarität: Sie werden von Menschen verschiedenster Herkunft
17 mit unterschiedlichsten Anliegen genutzt, es kommen Jung und Alt zusammen, es
18 begegnen sich Menschen mit und ohne Behinderung, es kann gemeinsam gegessen,
19 gekocht, gespielt, gegärtnert, genäht, gemalt werden, es findet Betreuung,
20 Förderung und Beratung statt oder es gibt Gesundheitsangebote.

21 In Stadtteilen, wo Menschen leben, die über ein **geringes Einkommen verfügen**, und wo
22 viele Menschen auf engem Raum leben, ist soziale Infrastruktur besonders wichtig.
23 Die eigene Wohnung bietet oft nur bedingt Platz, um ihn als Ort für Begegnung zu
24 nutzen, und der Markt schafft nur Angebote, wo die Kaufkraft stimmt und die er sich
25 bezahlen lässt. Daher sehen wir es als eine besonders wichtige Aufgabe, diese
26 Stadtteile durch gute Nachbarschaftspolitik zu stärken. Gerade wenn die eigenen
27 vier Wände eng sind, brauchen wir Räume, Flächen, Plätze und **Angebote außerhalb der**
28 **eigenen vier Wände**. Die Bewohner*innen der Stadtteile sollen diese Infrastruktur
29 mitgestalten können, sie sollen ein aktiver Teil der Planung und Entwicklung ihrer
30 Nachbarschaft sein.

31 Soziale Infrastruktur in Nachbarschaften leistet einen Beitrag zu mehr
32 Geschlechtergerechtigkeit und zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Sie entlastet

33 diejenigen, die sich um die Versorgung ihrer Familien und Angehörigen kümmern. Sie
34 hilft, das Leben bezahlbar zu halten, wenn sie Angebote bereitstellt, die günstig
35 oder kostenlos sind. Sie sorgt für Inklusion: **Niemand soll durchs Netz fallen.**
36 Deshalb muss nachbarschaftliche Infrastruktur behutsam gefördert, planvoll
37 entwickelt und fair abgesichert werden.

38 **Soziale Infrastruktur gezielt stärken**

39 In Bremen und Bremerhaven gibt es bereits vielfältige soziale Angebote und
40 Anlaufstellen für Menschen jeden Alters. Hier wird wertvolle, zugewandte Arbeit in
41 den Quartieren für die Menschen geleistet, Unterstützung organisiert und
42 Solidarität gelebt. Die materielle Grundlage dafür ist die Verbindung von
43 Landesmitteln (teilweise gebündelt in Programmen wie „Wohnen in Nachbarschaften“ =
44 WiN bzw. „lebendige Städte“), Mitteln der Arbeitsmarktförderung (finanziert über
45 die Jobcenter), und europäischen Fördermitteln (Europäischer Sozialfonds ESF). Es
46 ist eine wichtige strategische Entscheidung, **Mittel der Arbeitsmarktförderung**
47 gezielt für die quartiersnahe Infrastruktur zu nutzen und darüber gleichzeitig
48 einen zweiten Arbeitsmarkt aufzubauen, der niedrigschwellig und inklusiv ist.

49 Diese Struktur ist erheblich unter Druck geraten. Die Mitarbeiter*innen und
50 Projektverantwortlichen leiden unter der **Unsicherheit von Projektförderung**, einem
51 hohen Antrags- und Abrechnungsaufwand und dauernder Befristung. Wenn Fördermittel
52 wegbrechen, wie das etwa durch die Kürzungen seitens der Jobcenter der Fall war,
53 stehen Projekte kurzfristig vor dem Aus.

54 Politik muss daher Verantwortung dafür übernehmen, vorhandene Strukturen
55 abzusichern und planvoll auszubauen. Wir wollen eine **Bestandsgarantie** für
56 notwendige Einrichtungen, die greift, wenn es Probleme gibt. Eigene Landesmittel,
57 flexible Lösungen und gute Planung sind dafür entscheidend.

58 Jeder Stadtteil ist anders, und jedes Angebot hat seine Geschichte und ist
59 gewachsen. Trotzdem gibt es ein paar Standards, die wir in jedem Stadtteil erfüllt
60 sehen wollen: Wohnortnahe Gesundheitsangebote (einschließlich Pflege, psychischer
61 Gesundheit und Frauengesundheit); Rechtsberatung (für Mieter*innen, beim
62 Verbraucher*innenschutz und für spezifische Gruppen); Begegnung und Gestaltung
63 (Treffpunkte, Begegnungsorte, Räumlichkeiten für selbstorganisierte Projekte);
64 Alltagsversorgung (Nachbarschaftscafés mit günstigem Mittagstisch,
65 Sozialkaufhäuser, kleinere Einkaufsmöglichkeiten). Wir werden ein entsprechendes
66 **Mapping** durchführen, um zu identifizieren, was dringend erhalten werden muss und
67 was fehlt. Wir knüpfen damit an die internationale Debatte um „caring cities“ an,
68 die auf solche planvollen Entwicklungen orientiert.

69 Angebote der sozialen Infrastruktur können sich gegenseitig stärken, wenn sie
70 gebündelt werden in gemeinsamen Einrichtungen. Diese Bündelung wollen wir fördern,
71 weil gemeinsam genutzte Immobilien den Projekten mehr Sicherheit geben und weil es
72 von Vorteil ist, Angebote unter einem Dach vorzufinden. In jedem Stadtteil soll es
73 möglichst ein solches **solidarisches Zentrum** geben.

74 Wir wollen auf den Erfahrungen mit demokratischer Partizipation und preislicher
75 Entlastung aufbauen, die es bereits gibt. Beim WiN-Programm wird in Quartiersforen

76 vor Ort gemeinsam entschieden, welche Projekte gebraucht werden und gefördert
77 werden sollen. In der Arbeitsmarktförderung sind Instrumente entwickelt worden, wie
78 man günstige Angebote (vom Mittagstisch bis zur Nachbarschaftshilfe) aufbauen kann,
79 ohne kommerzielle Angebote kaputt zu machen (z.B. indem es das besonders günstige
80 Mittagessen nur für die Quartiersbewohner*innen gibt). Und vor allem: **Der Nutzen**
81 **für die Bewohner*innen vor Ort** muss das entscheidende Kriterium sein, was gefördert
82 wird.

Antrag L 02-02: Soziale Infrastruktur und Nachbarschaftspolitik - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Verlässlichkeit schaffen**

2 Die Planungsmisere bei den Arbeitsgelegenheiten und ESF-Plus-geförderten Projekten
3 haben viel Vertrauen verspielt. Projekte mussten eingestellt werden, Angebote
4 wurden reduziert. Beschäftigte waren großer Unsicherheit ausgesetzt, Teilnehmende
5 standen plötzlich vor dem Aus, manche sind in Sucht oder Depression abgerutscht.

6 Wir konnten durch Umsteuerung von Mitteln einige **bedrohte Projekte**
7 **weiterfinanzieren**. Trotzdem haben sich die Streichungen in der sozialen
8 Infrastruktur vieler Stadtteile als deutlicher Verlust bemerkbar gemacht. Solchen
9 Planungsfehlern muss in Zukunft besser vorgebeugt werden, durch effektiveres
10 Controlling, langfristige, verlässliche Planung im Sinne der Menschen und Quartiere
11 und eine aktive Rolle der Kommune in der Trägerversammlung des Jobcenters. Um den
12 Mittelwegfall zu kompensieren, wurden zudem im aktuellen Doppelhaushalt 38
13 Millionen Euro für die Landesarbeitsmarktpolitik bereitgestellt. Wir wollen die
14 Landesarbeitsmarktstrategie ausbauen und verstetigen. Träger, Beschäftigte und
15 Teilnehmende brauchen **langfristige Perspektiven und Planungssicherheit**, Bremen und
16 Bremerhaven verlässliche soziale Quartiersangebote.

17 Ein Teil der Landesarbeitsmarktmittel steht für den **Sozialen Arbeitsmarkt** zur
18 Verfügung. Hier kann, ergänzend zu den regulären Arbeitsgelegenheiten des
19 Jobcenters, öffentlich geförderte Beschäftigung in Projekten geschaffen werden ohne
20 Leistungsdruck oder Befristung, aber mit leistbaren Anforderungen, Tagesstruktur
21 und Sinn für den Stadtteil. Wir wollen den sozialen Arbeitsmarkt im Land als
22 freiwilliges Angebot für alle, die (noch) nicht in den ersten Arbeitsmarkt
23 zurückkehren können und wollen, ausbauen und damit gerade auch die solidarische
24 Infrastruktur in den Stadtteilen stärken. Diese Projekte müssen auch
25 sozialarbeiterisch und psychologisch begleitet sein, in Form dauerhaft
26 ausfinanzierter Unterstützungsangebote.

27 **(Querverweis zum Kapitel Arbeit)**

28 Klar ist für uns: Arbeitsgelegenheiten auf dem sozialen Arbeitsmarkt müssen
29 freiwillig wahrgenommen werden können und ohne Druck vom Jobcenter. Sie müssen
30 niedrigschwellig auf die verschiedenen Bedarfe der Beschäftigten eingehen und
31 diskriminierungssensibel gestaltet sein. Geförderte Beschäftigung im Sozialen
32 Arbeitsmarkt sollte dauerhaft gesichert sein. Es gibt Menschen, die durch
33 Beschäftigungsförderung in den ersten Arbeitsmarkt kommen. Es gibt aber auch

34 Menschen, für die die Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes zu hoch sind, die
35 sich aber trotzdem einbringen und gebraucht fühlen wollen. **Dauerhafte, geförderte**
36 **soziale Beschäftigung** stabilisiert nicht nur die Teilnehmenden, sondern auch die
37 Quartiere. Projekte des sozialen Arbeitsmarkts leisten einen Beitrag für den
38 sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit in den Stadtteilen und wirken
39 Vereinsamung und Armut entgegen. Wir wollen deshalb solidarische Zentren in jedem
40 armutsbedrohten Stadtteil institutionell absichern. So können soziale Angebote die
41 Arbeit machen, für die sie da sind: mit den Menschen vor Ort, statt mit Antrags-
42 und Abrechnungswust.

43 Es gibt bereits gute Ansätze für soziale und nachhaltige, nachbarschaftliche
44 Angebote. Dazu gehören die Mittagstische, die in einigen Stadtteilen insbesondere
45 für armutsbedrohte ältere Menschen angeboten werden. Dort erfahren sie Gemeinschaft
46 und entkommen der Einsamkeit. Es gibt dort eine günstige gesunde Mahlzeit und
47 gefördert Beschäftigte haben eine sinnstiftende Arbeit, die ihren Lebensunterhalt
48 aufstockt. Diese **sozialen Mittagstische** wollen wir ausweiten. Ob in solidarischen
49 Zentren, in Begegnungsstätten, Mehrgenerationenhäusern, Häusern der Familie oder
50 Bürgerhäusern: unser Ziel ist ein sozialer Mittagstisch in jedem Stadtteil. Eine
51 Herausforderung für die Finanzierung der Arbeitsmarktförderung ist auch die
52 Abhängigkeit von Mitteln des Bundes bzw. der EU. Neben den Planungsfehlern im
53 Bremer Jobcenter hat auch die Änderung der Förderkriterien der Agentur für Arbeit
54 dafür gesorgt, dass Projekte gestrichen werden mussten. Das Jobcenter fördert
55 verstärkt nur noch Projekte bzw. Personen, bei denen eine Chance zur Rückkehr auf
56 den ersten Arbeitsmarkt besteht. Eine enge Auslegung von Arbeitsmarktnähe,
57 „Zusätzlichkeit“ und „Wettbewerbsneutralität“ führt dazu, dass Substanz weggefallen
58 ist und Maßnahmen verschlechtert wurden. So mussten einige Träger zum Beispiel die
59 Stellen der sozialpädagogischen Mitarbeitenden streichen, obwohl sowohl
60 Teilnehmende als auch Nutzende nachhaltig davon profitierten.

61 Das Ziel, Menschen in reguläre Beschäftigung zu bringen ist richtig, sorgt aber
62 dafür, dass die Finanzierung vieler Projekte, die wichtig waren für Menschen, die
63 z.B. aufgrund von Erkrankungen dazu nicht mehr in der Lage sind, gestrichen wurden
64 und diese Personen nun weniger Angebote für Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt haben.
65 Neben den Mitteln des Jobcenters nutzt Bremen gerade auch Mittel aus dem
66 Europäischen Sozialfonds (ESF). Aufgrund der politischen Verschiebungen auf Bundes-
67 und EU-Ebene und des stärkeren Fokus auf Rüstung und Verteidigung werden absehbar
68 die Mittel des Europäischen Sozialfonds sinken. Wir kritisieren diese
69 Schwerpunktsetzung auf europäischer Ebene deutlich und setzen uns für eine **Stärkung**
70 **sozialer und ökologischer Schwerpunkte** ein. Sowohl die strikten Förderkriterien der
71 Arbeitsagentur als auch die absehbaren Förderungsrückgänge auf bundes- und
72 europäischer Ebene bedeuten für uns, dass wir in Bremen und Bremerhaven noch
73 stärker Landes- und kommunale Mittel zur Verfügung stellen müssen, damit nicht
74 wieder Lücken in soziale Infrastruktur und Beschäftigungsangebote gerissen werden.

Antrag L 02-03: Gesundheit und Pflege - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Gesundheit und Pflege

- 2 Wir kämpfen für eine Gesundheitspolitik, die die Versorgung an den Bedarfen in den
3 Quartieren ausrichtet. Dabei ist klar: Gesundheit ist Ausdruck unserer sozialen
4 Lebenssituation. Wohnort, Vermögen, Arbeit, Familie, Geschlecht, und Herkunft – all
5 dies bestimmt über unser Wohlergehen. Das gesundheitliche Versorgungssystem muss
6 damit auch den vielfältigen Lebenslagen der Patient*innen gerecht werden.
- 7 In den vergangenen Jahren haben wir in Bremen gezielt neue Angebote aufgebaut, um
8 Lücken in der gesundheitlichen Versorgung zu schließen. Dahinter stand ein
9 bewusster Perspektivwechsel: weg von einer Betrachtung, die Versorgung in
10 statistischen Kennzahlen auf dem Papier misst, hin zu einer Betrachtung, deren
11 Maßstab es ist, dass die Menschen tatsächlich Zugang zu Versorgung haben. Unter
12 anderem mit dem Aufbau von **Hebammenzentren**, mit **Gesundheitsfachkräften im Quartier**
13 und weiteren niedrigschwelligen Angeboten sowie der Stärkung des Öffentlichen
14 Gesundheitsdiensts (ÖGD) haben wir gezeigt, dass sich Versorgung aktiv durch das
15 Land gestalten lässt.
- 16 Wir müssen aber feststellen: Diese Angebote bleiben eine Ergänzung. Sie
17 kompensieren, was das Gesundheitswesen an anderer Stelle nicht leistet. Und je
18 öfter wir kompensieren müssen, desto klarer wird, wo die eigentlichen Grenzen und
19 Probleme liegen: Wer heute das Gesundheitswesen in Anspruch nehmen muss – sei es
20 Praxis, Krankenhaus oder Pflege – erlebt getrennte Welten, die nach eigenen Regeln
21 funktionieren und nicht darauf ausgerichtet sind, übergreifend die bestmögliche
22 Versorgung für Patient*innen zu gewährleisten. Wer eine Praxis sucht, findet sie
23 nicht dort, wo der Bedarf am größten ist, sondern dort, wo sich vor Jahrzehnten
24 eine Versorgungsstruktur etabliert hat. Dabei sind vor allem armutsbetroffene
25 Stadtteile nicht nur durch eine erhöhte Krankheitslast, sondern auch von
26 **gesundheitlicher Unterversorgung** geprägt. Gleichzeitig erleben wir auf Bundesebene
27 aktuell einen beispiellosen Sozialabbau im Gesundheitswesen, mit dem die
28 Verschlechterung der Patient*innenversorgung sowie der Arbeitsbedingungen von
29 Beschäftigten zu befürchten sind.
- 30 Jetzt braucht es mehr als punktuelle Ergänzungen. Wir brauchen neue
31 Steuerungsinstrumente und eine grundlegend andere Aufgabenverteilung im
32 Gesundheitswesen – mit einem stärkeren öffentlichem Einfluss. Gesundheitliche
33 Versorgung darf **nicht den privaten Profitinteressen** überlassen werden, sondern muss

34 stärker in öffentlicher Verantwortung organisiert werden. Aber auch zwischen den
35 Berufen des Gesundheitswesens braucht es eine neue Aufgabenverteilung, damit
36 Kompetenzen dort eingesetzt werden, wo heute faktisch schon Verantwortung getragen,
37 aber formal ausgebremst wird, weil zum Beispiel Kompetenzen von Pflegepersonal
38 nicht formal anerkannt werden.

39 **Ambulante ärztliche Versorgung erreichbar für alle**

40 Nirgends sonst ist das Versagen des aktuellen Systems so deutlich zu sehen, wie in
41 der ambulanten Versorgung. Ein gutes Gesundheitssystem fußt darauf, dass es eine
42 für alle erreichbare gute ambulante Versorgung gibt – das ist inzwischen im Land
43 Bremen nicht mehr überall gegeben. Vielen engagierten Ärzt*innen im ambulanten
44 Bereich stehen offene Praxissitze gegenüber, die nicht mehr besetzt werden.

45 Wir werden deswegen künftig unser Engagement in den Quartieren noch weiter
46 verstärken, in denen es bereits heute keine ausreichenden Versorgungsstrukturen
47 mehr gibt. Die sehr erfolgreichen Angebote von Gesundheitsfachkräften im Quartier
48 über Hebammenzentren bis zu **Regionalen Fachkräften für psychische Gesundheit von**
49 **Kindern** und Jugendlichen (ReFaps) werden wir dabei stärker miteinander verzahnen.
50 Diese Angebote bieten bereits jetzt Orientierung im Gesundheitswesen sowie akute
51 Hilfe und Unterstützung.

52 Um dem zunehmenden Rückgang ärztlicher Grundversorgung und ihrer ungleichen
53 Verteilung zu begegnen, werden wir mit der flächendeckenden Einrichtung **kommunaler**
54 **medizinischer Versorgungszentren (MVZ)** tätig werden. Diese sollen künftig nicht nur
55 ärztliche Angebote ermöglichen, sondern die darüberhinausgehenden Quartiersangebote
56 bündeln und somit als Gesundheitszentren Anlaufstellen für viele gesundheitliche
57 Anliegen im Stadtteil sein. Lücken im Unterstützungsangebot, etwa in der Phase
58 zwischen der Unterstützung durch Familienhebammen und durch Gesundheitsfachkräfte
59 in den Schulen, werden wir durch entsprechende Angebote schließen.

60 Zusätzlich wollen wir Projekte fördern, die eine **Schnittstelle** zwischen ambulanter
61 ärztlicher Versorgung und unseren beratenden oder präventiven Angeboten oder auch
62 Angeboten des öffentlichen Gesundheitsdienstes aufbauen.

63 **Gesundheit ist keine Ware.** Wir wollen den Einfluss von Investor*innen, etwa durch
64 Private-Equity-Gesellschaften, auf die ambulante Versorgung zurückdrängen. Dafür
65 setzen wir uns auf Bundesebene für ein Verbot investorengeführter Praxen ein und
66 werden ein Landestransparenzregister für medizinische und pflegerische
67 Einrichtungen schaffen.

68 **Krankenhausreform weiter voranbringen**

69 Mit der ursprünglich geplanten Reform der Krankenhausversorgung – von der
70 wohnortnahen Basisversorgung zur hochspezialisierten Komplexbehandlung – hatte die
71 Bundesregierung einen Weg eingeschlagen, der richtig war, im weiteren Verlauf der
72 Abstimmungen jedoch stark verwässert wurde.

73 In Bremen haben wir bereits einige Zeit vor der Krankenhausreform einen
74 partizipativen Prozess mit allen Krankenhäusern gestartet. Durch eine gute
75 Grundversorgung einerseits und mehr Konzentration und Spezialisierung andererseits

76 wollen wir die Versorgung trotz Fachkräftemangels und Finanzierungsproblematiken
77 auf einem hohen qualitativen Niveau halten und gleichzeitig die **Krankenhäuser in**
78 **wirtschaftlich stabile Lagen** bringen.

79 Diesen Prozess werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen und konsolidieren. Wir
80 haben ein neues **Krankenhausgesetz** auf den Weg gebracht, das durch eine gerechte
81 Verteilung des Leistungsgeschehens beide Ziele ermöglicht. Dieser Prozess bedarf
82 jedoch einer soliden Investition in klimagerechte Modernisierung und Sanierung.

83 Den größten Anteil der stationären Versorgung im Land Bremen übernehmen weiterhin
84 die **kommunalen Kliniken**, die Gesundheit Nord in der Stadtgemeinde Bremen und das
85 Klinikum Reinkenheide in Bremerhaven. Wir wollen erreichen, dass diese Kliniken in
86 ihrer Arbeit durch die jeweiligen Träger, also die beiden Stadtgemeinden, gestärkt
87 werden.

Antrag L 02-04: Gesundheit und Pflege - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Gewaltfreie Psychiatrie**

2 In den vergangenen Jahren haben wir in allen 5 Bezirken der Stadtgemeinde Bremen
3 **Gemeindepsychiatrische Verbünde** etabliert, die die Versorgungssteuerung für
4 chronisch psychisch kranke Menschen gewährleisten sollen.

5 Wir haben mit „Bremen ambulant vor Ort (BravO)“ eine Struktur für wohnortnahe
6 Versorgung geschaffen, die die stationäre Behandlung so weit wie möglich reduziert.
7 Ebenso haben wir Genesungsbegleiter*innen etabliert.

8 In den kommenden Jahren wollen wir diesen Weg im Sinne einer weitestmöglich
9 gewaltfreien Psychiatrie fortsetzen, dabei aber die drängenden Bedarfe der
10 stationären Behandlung nicht aus den Augen verlieren. Beengte Verhältnisse in der
11 Psychiatrie schaffen überall in Deutschland vermeidbare Gewalt. Wir werden neue
12 Behandlungszentren für die dezentrale stationäre Versorgung in den Stadtbezirken
13 einrichten, die die menschenwürdige, wohnortnahe zeitgemäße Behandlung „in Stein
14 meißeln“. Die Probleme psychisch kranker Menschen werden z.B. durch Armut,
15 Wohnungslosigkeit und Gewalt (auch im Kontext von Flucht) verschärft. Deswegen
16 werden wir den sozialen Krisendienst in einen leicht erreichbaren
17 **24-Stunden-Krisendienstes** mit aufsuchendem Personal zur Nachsorge und zum Auffangen
18 akuter Krisen weiterentwickeln. Daneben wollen wir in allen fünf Bezirken
19 ergänzende Unterbringungs- und Wohnangebote einrichten. Dabei verfolgen wir weiter
20 den Ansatz des Housing First, denn Genesung braucht eine sichere Wohnsituation.

21 Für Menschen, die sich nicht auf psychiatrische Angebote einlassen können oder
22 wollen - wie etwa gehäuft bei obdachlosen Menschen – werden wir **sukzessive**
23 **aufsuchende Teams** in jedem Stadtbezirk Bremens und in Bremerhaven aufbauen, die
24 aktiv auf diese Menschen zugehen (orientiert am Ansatz des Assertive Community
25 Treatment – ACT).

26 Queere Personen sowie Frauen sind in der Psychiatrie besonders gefährdet. Sie sind
27 oft mit sexualisierter Gewalt konfrontiert und werden mit Ihrer Problematik oft
28 nicht hinreichend gesehen. Queere Menschen sind dabei wegen
29 Diskriminierungserfahrungen überdurchschnittlich oft auf psychiatrische Hilfe
30 angewiesen. Deshalb gibt es **Fortbildungen zu sexueller und geschlechtlicher**
31 **Vielfalt für das Personal**, die verpflichtend werden sollen. Und auch von Rassismus
32 betroffene Personen sind auf ein diskriminierungssensibles Umfeld angewiesen, in
33 dem Rassismus-Erfahrungen ernst genommen und verstanden werden und Rassismus nicht
34 reproduziert wird. Entsprechende Fortbildungsangebote wollen wir stärken. Auch

braucht es weitere geschützte, tatsächlich nutzbare Räume für Queers, Frauen, Rassismus-Betroffene und andere marginalisierte Gruppen.

Autismus im Erwachsenenalter wird noch zu oft übersehen, da das Thema in der Ausbildung von Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen kaum vorkommt. Deshalb braucht es feste Ansprechpersonen (z.B. Autismuscoaches) für die Beteiligten des Gesundheitssystems des Landes sowie weitere **Fortbildungsangebote**.

Es braucht ausreichende, zeitnah verfügbare Psychotherapieplätze. Der Bund aber hat die Honorare für psychotherapeutische Behandlung gekürzt und will nur noch einen reduzierten Maximalbetrag für Psychotherapie zahlen. Dies bedeutet noch längere Wartezeiten in großen seelischen Krisen. Bremen hat sich dem im Bundesrat bereits entgegengestellt. Wer keinen Platz bei eine*r Psychotherapeut*in mit Kassensitz findet, muss niedrigschwellig andere, qualifizierte Behandlung erstattet bekommen. Dies gilt besonders für Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Hier ist Zugang zu **muttersprachlichen kassenfinanzierten Angeboten** zu sichern. Gleichzeitig muss die Ausbildung von Psychotherapeut*innen dringend garantiert werden.

Im Maßregelvollzug, der forensischen Psychiatrie, muss genug Personal eine zwangsarme, menschenwürdige Behandlung ermöglichen. Einfach immer mehr forensische Plätze zu fordern, sehen wir kritisch; wir wollen keine Rückkehr zur Verwahrspsychiatrie durch die Hintertür. Nötig sind bessere Übergänge und spezialisierte Wohnangebote in Bremen, statt Menschen weiter in andere Bundesländer zu schicken.

Pflege: Einrichtungen stärken, Pflege professionalisieren, Angehörige unterstützen

Wir haben in den letzten Jahren die Dienstleistungszentren als wichtige Säule der Vor-Ort -Versorgung und der Unterstützung für pflegende Angehörige gestärkt. Um gleichzeitig die Rechte der Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen zu stärken, sind wir auf dem Weg, die Wohn- und Betreuungsaufsicht (WBA) durch eine Zusammenführung mit dem Gesundheitsamt effektiver aufzustellen.

Wir wollen diese bereits eingeschlagenen Wege fortsetzen. Dafür sollen die **Dienstleistungszentren in den kommenden Jahren professionalisiert** und damit auch auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Die WBA wollen wir personell verstärken und sie in ihrer Rolle als Anlaufstelle für Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen wie auch für An- und Zugehörige weiterentwickeln.

Der Nachwuchskräftemangel in der Pflege bleibt auch künftig ein drängendes Problem und häufig der begrenzende Faktor für Pflegeplätze. Die angebotenen Ausbildungsplätze konnten in den letzten Jahren bereits erfolgreich erhöht werden und durch **Projekte wie „Bleib dran“** und andere wurde der Verbleib in Ausbildung und später im Beruf verbessert. Diese Wege müssen konsequent fortgesetzt werden.

Einen zentralen Baustein soll dabei der Bau einer modernen und vielseitig nutzbaren **Bildungsakademie** bilden. Damit wollen wir die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe zukunftsfähig gestalten. Darüber hinaus setzen wir uns für deutlich mehr originäre eigenständige Handlungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Gesundheitsfachberufe ein. Vor allem für Pflegekräfte sollen auch neue Handlungs-

- 77 und Betätigungsfelder durch den Zuwachs an Kompetenzen erschlossen werden, wie
78 beispielsweise Community Health Nurses.
- 79 Ein weiterhin bestehendes Problem bleiben die sehr hohen Eigenanteile für
80 Pflegeheimplätze. Die von der Bundesregierung mit dem Pflegeneuordnungsgesetz
81 geplante "Reform" wird dieses Problem weiter verschärfen. Dem stellen wir uns
82 entgegen. Wir werden auf Landesebene dazu beitragen, dass **bezahlbares Leben in**
83 **Pflegeeinrichtungen** ermöglicht wird. Notwendige Bausteine dafür sind die Abdeckung
84 der Ausbildungs- und Investitionskosten durch das Land und die Einführung eines
85 Pflege-Wohngelds.
- 86 Der größte Teil der Pflege wird zu Hause von Angehörigen geleistet. Dass der Bund
87 auch hier die ohnehin geringe finanzielle Entschädigung kürzen will, z.B. durch
88 Streichen des Pflegegeldes bei Pflegestufe 1, lehnen wir entschieden ab.

Antrag L 02-05: Drogenhilfe statt repressive Drogenpolitik

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Drogenhilfe statt repressive Drogenpolitik

2 Uns ist es in den letzten Jahren gelungen, eine **integrierte Drogenhilfestrategie** zu
3 entwickeln und umzusetzen. Dadurch konnten wichtige Fortschritte erzielt werden,
4 wie der Ausbau der Drogenhilfeangebote mit Drogenkonsumraum und Regenerationsort
5 sowie die Schaffung zusätzlicher Toleranzräume, die Verbesserung der medizinischen
6 Versorgung und die Sicherung wichtiger niedrigschwelliger Hilfsangebote. Diesen Weg
7 wollen wir konsequent weitergehen und dabei den Fokus vor allem auf den Ausbau von
8 dezentralen Hilfsangeboten setzen. Dabei wollen wir uns auch an internationalen
9 Good-Practice-Modellen der niedrigschwelligen Drogenhilfe orientieren und schlagen
10 deshalb eine Prüfung der Erfahrungen mit dem Züricher Modell vor, das unter anderem
11 den Mikrohandel von Drogen in Konsumräumen und Hilfeinrichtungen toleriert, damit
12 den Konsum sicherer macht, die Konsument*innen schützt und die offenen Drogenszenen
13 eindämmt. Suchterkrankungen müssen endlich als Erkrankungen gesehen werden, die
14 verschiedene Ursachen haben. Dieser Komplexität muss Sucht- und Drogenpolitik
15 gerecht werden.

16 Gute Sucht- und Drogenpolitik misst sich nicht an der Zahl der Platzverweise,
17 sondern daran, ob Menschen gesund bleiben, Unterstützung erhalten und den Weg
18 zurück in ein selbstbestimmtes Leben finden. **Repressive Maßnahmen** sind dabei häufig
19 kontraproduktiv, besonders wenn sie dazu führen, dass Abhängige Hilfeinrichtungen
20 meiden und in umliegende Stadtteile verdrängt werden.

21 Eine **gute Suchtpolitik** bietet dabei sowohl Hilfe für Erkrankte und schafft es
22 gleichzeitig, Nachbarschaften im Umfeld von Drogenhilfeinrichtungen durch feste
23 Ansprechpartner*innen und Konfliktmanagement zu unterstützen.

24 Um Behandlungsangebote in Zukunft zu stärken, ist in Bremen und Bremerhaven der
25 Ausbau spezialisierter **Entgiftungsangebote** erforderlich. Nötig ist auch eine
26 Stärkung der **Substitutionsbehandlung**: Diese muss abgesichert und von genug
27 Ärzt*innen angeboten werden. Fehlende Substitutionsplätze können durch zusätzliche
28 städtische Substitutionsambulanzen ergänzt werden. Bremen muss sich aktiv an
29 Modellprojekten zur Behandlung von Crack- und Kokainabhängigkeit beteiligen und
30 neue medizinische sowie psychosoziale Behandlungsansätze erproben.

31 Bremen braucht endlich ein Angebot der **Diamorphenbehandlung**, also eine ärztlich
32 kontrollierte Heroinabgabe an schwerstabhängige Menschen, so wie es in vielen
33 deutschen Großstädten bereits Teil der suchtmmedizinischen Regelversorgung ist.

34 Ein weiterer zentraler Baustein unserer Strategie ist deswegen die deutliche
35 Ausweitung von **Präventionsangeboten**, um Suchterkrankungen bereits frühzeitig zu
36 verhindern.

37 **Sucht** betrifft Menschen in allen Altersgruppen und Lebenslagen. Sie umfasst nicht
38 nur den Konsum illegaler Drogen, sondern ebenso Alkohol- und
39 Medikamentenabhängigkeit sowie Mediensucht. Diese und viele weitere
40 Suchterkrankungen müssen stärker in den Fokus genommen werden, sowohl im Bereich
41 der Prävention als auch durch Beratungs- und Behandlungsangebote.

42 Die Entkriminalisierung des **Cannabis-Konsums** durch Erwachsene, die seit 2024
43 bundesgesetzlich gilt, war ein wichtiger Fortschritt für eine rationale
44 Drogenpolitik. In Bremen sind (Stand März 2026) bislang vier Anbauvereinigungen
45 zugelassen worden, während z.B. in ganz Bayern nur 9 genehmigt wurden. Wir werden
46 dem Beispiel Niedersachsen folgen und auch für das Land Bremen die Liste der
47 genehmigten Anbauvereinigungen veröffentlichen und laufend aktualisieren.

Antrag L 02-06: Sport

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Sport

- 2 **Breitensport und Teilhabe sind die Schwerpunkte unserer Sportpolitik.** Sport stärkt
3 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Sport und Bewegung sind wichtig für Spaß und
4 Gesundheit, er wirkt inklusiv und integrativ. Wir wollen Sport für alle möglich
5 machen, unabhängig von Alter, Geschlecht, körperlicher Verfassung, vom Wohnort und
6 vor allem unabhängig vom Geldbeutel. Deswegen braucht es diskriminierungsfreie
7 öffentliche Sportstätten und Sportangebote in allen Stadtteilen.
- 8 **Sport ist für uns Daseinsvorsorge.** Sich sportlich betätigen zu können ist aber für
9 viele Menschen immer noch mit Hindernissen verbunden. Insbesondere Menschen mit
10 niedrigem Einkommen, Kindern und Menschen mit Behinderung wird der Zugang
11 erschwert.
- 12 Deswegen wollen wir die **Zugangsmöglichkeiten zu Sportvereinen** durch die Übernahme
13 der Vereinsbeiträge erleichtern. Die bestehenden Förderprogramme „Kids in die
14 Clubs“ und „Kids in die Bäder“ müssen auch zukünftig abgesichert werden.
- 15 Eine weitere Erhöhung der **Eintrittspreise** für Kinder und Jugendliche für die Bremer
16 Freibäder lehnen wir ab. Perspektivisch wollen wir den kostenlosen Eintritt für
17 Kinder und Jugendliche in allen Frei- und Hallenbädern.
- 18 **Sport für alle** bedeutet für uns, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft in den
19 Vereinen und Verbänden abgebildet wird. Sportvereine sind Orte gelebter
20 Solidarität. Hier lernen Menschen, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Diese
21 soziale, integrative und inklusive Arbeit funktioniert nur Dank der Arbeit und des
22 Engagements vieler Ehrenamtlicher. Diese Arbeit unterstützen wir vorbehaltlos!
- 23 Wir wollen daher auch in der nächsten Legislatur die Ausbildungsförderung von
24 **Übungsleiter*innen und Trainer*innen** fortsetzen und ausbauen. Die
25 Übungsleiter*innenpauschale muss weiter erhöht werden.
- 26 Wir werden die Förderung für den **Inklusionssport** deutlich erhöhen und insbesondere
27 den Bremer Landesverband der Special Olympics Deutschlands gezielt fördern.
- 28 Wir werden **queere Sportangebote** in Bremen stärker fördern und ausbauen.
29 Vereine und Verbände müssen stärker bei der Präventionsarbeit unterstützt werden.
30 Die Erarbeitung von **Schutzkonzepten** für den Kinder- und Jugendschutz, gegen
31 Sexismus, Rassismus und Gewalt wollen wir stärken.
- 32 **Sportangebote müssen für uns wohnortnah erreichbar sein.** Insbesondere für Kinder

- 33 und Jugendliche ist es wichtig, dass sie den Weg zur Sporthalle oder ins Schwimmbad
34 selbst zurücklegen können. Deswegen muss dringend mehr Geld in den Erhalt und **Aus-**
35 **und Neubau** von Sportanlagen, Schwimmhallen und Freibädern investiert werden.
- 36 Das Förderprogramm „Sport-Invest“ muss auch über 2027 hinaus abgesichert und
37 ausgebaut werden.
- 38 Die (energetische) **Sanierung der kommunalen Sportstätten**, insbesondere der
39 Kunstrasenplätze, Sporthome und Kabinen, muss intensiviert werden.
- 40 Sanierungs-, Aus- und Neubaupläne für Sportanlagen und Schwimmbäder von Vereinen
41 und Verbänden unterstützen wir. Der Neubau des Kabinentrakts des Stadion am
42 Panzerberg wollen wir finanziell absichern. Auf dem Rennbahnareal wollen wir
43 angemessene Sportanlagen ermöglichen.
- 44 **Schwimmen darf für uns kein Luxus sein.** Schwimmen ist gesund und gerade in unseren
45 heißen Sommern ist es wichtig, dass Menschen sichere Schwimmmöglichkeiten haben.
46 Die Zahl der Badetoten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Auch in
47 Bremen sterben jedes Jahr Menschen, weil sie nicht schwimmen können oder die
48 Gefahren unterschätzen. Um dies zu verhindern, braucht es wohnortnahe Hallen- und
49 Freibäder, in denen Kinder bereits im frühen Alter das Schwimmen erlernen können.
- 50 Wir werden keinen weiteren Abbau von Wasserflächen zulassen. **Wasserflächen müssen**
51 **ausgebaut werden.** Die Planungen für das Schwimmbad Vegesack mit Freibad müssen
52 intensiviert werden.
- 53 Die Stadtteile Mitte, Östliche Vorstadt, Hastedt und Hemelingen sind nach der
54 Schließung des Hansewasserbades mit Wasserflächen unterversorgt, daher unterstützen
55 wir sowohl die Planungen für eine Schwimmhalle am Stadionbad als auch die Pläne des
56 Bremer-Sport-Clubs für den Bau zweier Lehrschwimmbecken am Hastedter Osterdeich.
- 57 **Das Schulschwimmen** muss intensiviert werden. Der Schwimmunterricht muss von der
58 dritten auf die zweite Klasse vorgezogen werden.
- 59 Wir stellen sicher, dass auch das Schwimmen an unseren **Seen** sicher ist. Der DLRG
60 muss stärker unterstützt werden. Die Wasserqualität des Unisees und des
61 Achterdieksee muss verbessert werden. Das Wassermanagementkonzept für die
62 Eindämmung der Wasserpest am Werdersee muss auch langfristig finanziell abgesichert
63 werden.
- 64 **Sport ist für uns Teilhabe.** Sportliche Betätigung muss auch außerhalb der
65 Mitgliedschaft in einem Verein oder kommerzieller Angebote und ohne
66 Leistungsgedanken möglich sein.
- 67 Wir wollen den Ausbau von **frei nutzbaren Sportgeräten im öffentlichen Raum** wie z.B.
68 Fitnessgeräten, Calisthenics-Parks, Bolzplätzen, Skate-Anlagen und
69 Tischtennisplatten verstärken. Flächen in öffentlichen Grünanlagen müssen für
70 sportliche Betätigungen stärker nutzbar gemacht werden und insgesamt
71 niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangebote gestärkt werden.
- 72 Die Sportstätten wie der **Sportgarten** die bisher über die Mittel der Offenen Kinder-
73 und Jugendarbeit finanziert wurden, wollen wir stärker institutionell absichern.

- 74 Eine lebendige Fankultur ist uns wichtig. Wir lehnen **Repression gegen Fußballfans**
75 **und -Ultras** ab und fordern besseren gesetzlichen Schutz und
76 Aussageverweigerungsrechte für Mitarbeiter*innen der Fanprojekte.

Antrag L 02-07: Jugend

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Jugend

2 Jugendliche Mitbestimmung, Freiräume und Schutz gezielt ausbauen

3 Jugendliche brauchen keine Bevormundung, sondern Vertrauen, echte Mitbestimmung und
4 sichere Orte. Sie brauchen Räume, um sich auszuprobieren, gemeinsam zu feiern und
5 sich selbst zu organisieren – und zwar unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern.

6 Unser Ziel bleibt unverändert: Wir streiten für eine Stadt, die allen jungen
7 Menschen gleiche Chancen auf die Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit,
8 auf echte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben garantiert.

9 In den letzten Jahren haben wir als Linke das Leben von Jugendlichen in Bremen
10 konkret verbessern können. Aber es bleibt viel zu tun. Angesichts wachsender
11 psychischer Belastungen und schwindender Freiräume müssen diese Anstrengungen
12 weiter intensiviert werden.

13 Wir haben in der Regierungsverantwortung und durch parlamentarischen Druck wichtige
14 Meilensteine für die Bremer Jugend durchgesetzt. Wir haben erfolgreich dafür
15 gestritten, dass möglichst alle Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in
16 Bremen erhalten bleiben. Das ehrenamtliche Engagement junger Menschen hat endlich
17 mehr Anerkennung erfahren. Die Jugendleiter*innencard (Juleica) wurde spürbar
18 aufgewertet. Wir haben die Strukturen der Freiwilligendienste im Land Bremen
19 gestärkt, um den rund 1.000 Freiwilligen im Jahr die Wertschätzung und Begleitung
20 zu garantieren, die sie verdienen. Die langjährige Forderung nach ausreichenden
21 sanitären Anlagen an den beliebten jugendlichen Treffpunkten im Sommer haben wir
22 realisiert – die Toiletten am Osterdeich stehen. Über die Lernplattform itslearning
23 haben wir erfolgreiche Abfragen für die Jugendbeiräte gestartet, um die politische
24 Mitbestimmung direkt in den Alltag der Jugendlichen zu bringen.

25 Offene Jugendarbeit finanziell absichern

26 Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) und unsere **Jugendfreizeitheime** sind das
27 Rückgrat der sozialen Infrastruktur für junge Menschen. Sie sind unverzichtbare
28 Orte der kritischen Auseinandersetzung, Solidarität und Entwicklung alternativer
29 Lebensentwürfe für junge Menschen. Sie dürfen nicht länger von finanziellen
30 Einsparungen bedroht sein.

31 Rund **6 Millionen Euro mehr** braucht es für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Das
32 entspricht einer auskömmlichen und verlässlichen Absicherung. Nur so können wir

- bestehende Angebote dezentral in allen Stadtteilen langfristig sichern, gute Arbeitsbedingungen bei den Trägern garantieren und zielgruppenspezifische Angebote für queere, geflüchtete oder Jugendliche mit Behinderung ausbauen.
- Für die **Sportstätten und Kinder- und Jugendfarmen** braucht es verlässliche finanzielle Strukturen auch über die Offene Kinder- und Jugendarbeit hinaus.
- Konsumfreie Räume und lebendige Jugendkultur fördern**
- Viele zentrale Orte in unseren Städten sind nicht auf die Bedürfnisse von Jugendlichen ausgerichtet. Nach dem großen Erfolg von Projekten wie „Umzu“ wollen wir die Zwischennutzung von leerstehenden Gebäuden und Plätzen ausweiten. Vorbild ist hier unter anderem das Lübecker Modell für **kreative Freiräume**.
- Zudem werden wir bei den neuen Gebäudearealen in der **Innenstadt** (ehemaliges Parkhaus Mitte und Hortenkaufhaus) sicherstellen, dass es konsumfreie Räume gibt, die auch Jugendlichen und jungen Menschen zur Verfügung stehen.
- Feiern muss möglich sein**
- Wir wollen unkomplizierte, neue Regelungen für **Freiluftpartys** im kleineren Rahmen. Junge Menschen brauchen klare Flächen und verlässliche Angebote, in denen sie ohne bürokratische Hürden draußen feiern dürfen.
- Außerdem soll die Stadt selbst Immobilien ankaufen und Jugendlichen, Initiativen und Kollektiven zur Verfügung stellen. Wir wollen die Partymeile am Breitenweg (z. B. im ehemaligen Stubu) gezielt wiederbeleben, um jungen Menschen sichere, bezahlbare und wetterunabhängige **Feierräume** zu bieten.
- Um feiernde Menschen vor verunreinigten Substanzen zu schützen, setzen wir uns für eine unkomplizierte Möglichkeit des **Drug-Checkings** ein.
- Zudem müssen Orte, die von Jugendlichen und jungen Menschen häufig genutzt werden, **hitzeresilienter** werden. Verschattung und Trinkwasserbrunnen werden wir sicherstellen.
- Sicherheit im Nachtleben stärken**
- Feiern und Schutz vor Gewalt und Diskriminierung gehören für uns zusammen. Die neu eingeführten **Awareness-Teams** haben sich bewährt und müssen verstetigt und ausgeweitet werden. Wir wollen sie flächendeckend im Bremer Nachtleben sowie auf den großen sommerlichen Grünflächen (Osterdeich, Werdersee, Neustadtswallanlagen) etablieren.
- Außerdem werden wir sicherstellen, dass kostenlose **Selbstverteidigungsangebote** für junge FLINTA*-Personen ausgebaut werden.
- Mentale Gesundheit in den Fokus rücken**
- Die Krisen der letzten Jahre haben Spuren hinterlassen. Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wurde viel zu lange vernachlässigt. Das wollen wir ändern. Wir fordern eine feste, niedrighschwellige **psychologische Betreuung** direkt vor Ort – an jeder Schule im Bundesland.
- Außerdem braucht Bremen dringend eigene, spezialisierte **Kapazitäten für psychische Gesundheit**. Wir fordern den Erhalt, den konsequenten Aufbau und die Erweiterung von

74 stationären und ambulanten Plätzen in Bremen und eine eigene Suchtklinik für Kinder
75 und Jugendliche direkt im Land Bremen.

76 **Echte Mitbestimmung für Jugendliche durchsetzen**

77 Demokratie lernt man, indem man sie lebt. Wir wollen Jugendlichen echte Werkzeuge
78 an die Hand geben, um ihre Stadt zu gestalten. Die Mittel für die **Jugendbeiräte** in
79 den Stadtteilen müssen deutlich angehoben werden. Zudem treiben wir die
80 Jugendbeiratswahlen aktiv voran. Wir richten einen unbürokratischen Topf für
81 Jugendprojektmittel ein. Egal ob lose Jugendinitiative oder Schulklasse – wer eine
82 Idee für den Stadtteil hat, bekommt hier unkompliziert Geld. Die Beratung und
83 Unterstützung dazu organisieren wir direkt über die Schulen und Freizeits.

Antrag L 02-08: Mobilität: Klimagerecht, bezahlbar und für alle! - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Mobilität: Klimagerecht, bezahlbar und für alle!

- 2 Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, unabhängig vom Geldbeutel
3 oder Behinderung, so mobil zu sein, wie sie es wollen. Um das Klima zu schützen,
4 setzen wir dabei vorrangig auf umweltfreundliche Verkehrsmittel. Wir wollen die
5 Mobilität in unseren beiden Städten so organisieren, dass alle Menschen sicher,
6 nachhaltig, barrierefrei und schnell mobil sein können.
- 7 Wer auf das eigene Auto als Verkehrsmittel angewiesen ist, soll dies auch weiter
8 nutzen können. Für alle anderen wollen wir die Verkehrsmittel des Umweltverbundes
9 so attraktiv machen, dass sie zur **echten Alternative zum Auto** werden. Daraus
10 resultiert, dass ein größerer Teil der Wege mit Bus, Bahn, Fahrrad, zu Fuß oder per
11 Car-Sharing zurückgelegt wird. Der Autoverkehr soll bis 2030 um ein Drittel
12 reduziert werden. So werden wir es schaffen, die Klimaziele einzuhalten. Und das
13 hilft auch denjenigen, die weiter das Auto nutzen wollen, denn weniger Autos führen
14 zu weniger Stau.
- 15 Unser Ziel ist außerdem, dass alle Menschen sicher in Bremen und Bremerhaven
16 unterwegs sein können. Konkret verfolgen wir die **Vision Zero**, also dass es im
17 Bremer Straßenverkehr keine Toten oder Schwerverletzten mehr zu beklagen gibt.
- 18 Straßenräume sollen außerdem in allen Quartieren mehr **Lebens- und**
19 **Aufenthaltsqualität** bieten, so dass Kinder sicher spielen können und es Spaß macht
20 in Bremen spazieren zu gehen.
- 21 Um dieser Vision näher zu kommen, sind erheblich größere Anstrengungen nötig. Der
22 Verkehrssektor ist aktuell der einzige Bereich, in dem die klimaschädlichen
23 Emissionen nicht sinken. Die **Luftqualität** ist in Bremen und Bremerhaven an vielen
24 Stellen schlecht und teilweise sogar gesundheitsgefährdend.
- 25 In den letzten fünf Jahren gab es im Durchschnitt jährlich rund 10 Verkehrstote im
26 Land Bremen. Das hängt auch damit zusammen, dass **Verkehrsregeln** zu wenig überwacht
27 und Verstöße zu selten sanktioniert werden.
- 28 In vielen Stadtteilen werden insbesondere Wohnstraßen vor allem als Abstellflächen
29 für die immer größer, breiter und länger werdenden Autos genutzt. Das führt zu
30 Nutzungskonflikten um den öffentlichen Raum und verschärft die Hitzesituation in
31 den Straßen mit enger Bebauung, denn Autos sind tagsüber Hitzespeicher, die sie

32 nachts wieder abgeben.

33 **Öffentlicher Nahverkehr**

34 Um konkurrenzfähiger zum Auto zu werden, muss der öffentliche Nahverkehr in Bremen
35 mindestens so ausgebaut werden, wie es bereits der **Verkehrsentwicklungsplan**
36 vorsieht.

37 Zentral sind dafür mehr Linien und eine engere Taktung auch in Tagesrandzeiten und
38 am Wochenende. Dabei müssen vor allem die Stadtteile berücksichtigt werden, die
39 bisher noch nicht so gut vom ÖPNV abgedeckt werden. Wir setzen dabei vor allem auf
40 die **Straßenbahn** als klimaneutrales, sicheres und komfortables Verkehrsmittel. In
41 der kommenden Legislaturperiode sollen die Planungen für die Straßenbahnstrecken in
42 die Überseestadt, zwischen dem Weserwehr und Malerstraße, sowie nach Osterholz
43 abgeschlossen werden und in die Bauumsetzung gehen. Gleichzeitig wollen wir die
44 Planungen für neue Straßenbahnstrecken nach Oslebshausen, sowie nach Findorff und
45 Woltmershausen beginnen. Für eine größere Resilienz im Straßenbahnnetz sind
46 langfristig außerdem neue Querverbindungen oder zusätzliche Wendeschleifen
47 sinnvoll.

48 Gleichzeitig wollen wir mehr **Expressbuslinien**, die die Menschen aus den
49 innenstadtfernen Stadtteilen mit wenigen Halten ins Stadtzentrum bringen. Denn
50 damit die BSAG eine echte Alternative zum Auto wird, muss sie vor allem
51 zuverlässiger und schneller werden. Weitere Maßnahmen dafür sind eine konsequente
52 Vorrangschaltung für Busse und Bahnen an Ampeln und - dort wo es möglich ist -
53 eigene Busspuren, damit der ÖPNV nicht im Stau steht.

54 Den **barrierefreien Ausbau** der Haltestellen mit stufenlosen Bahnsteigen und taktilen
55 Leitsystemen wollen wir beschleunigen. Denn zum einen sind behinderte Menschen in
56 besonderem Maße auf den ÖPNV angewiesen. Zum anderen bedeutet der stufenlose
57 Einstieg mehr Komfort für alle und beschleunigt die Ein- und Ausstiegszeiten, so
58 dass Bus und Bahn insgesamt schneller werden.

59 Bei Sanierung und Neubau von Straßenbahnstrecken setzen wir, auch um eine optimale
60 finanzielle Förderung durch den Bund zu erreichen, konsequent auf **Rasengleise**.

61 **S-Bahn/Eisenbahn**

62 Wir wollen die **Regio-S-Bahn** zu einer "richtigen" S-Bahn mit deutlich erhöhter
63 Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit, einem hohen Takt, sowie mehr Haltepunkten und
64 eigener Infrastruktur ausbauen. Wir wollen statt vieler unabgestimmter
65 Einzelmaßnahmen ein integriertes Gesamtkonzept zum S-Bahnausbau entwickeln. Den Bau
66 neuer barrierefreier Haltepunkte wollen wir weiter vorantreiben. Es braucht auf
67 allen Strecken mindestens einen 30-Minuten Takt, nach Bremen-Nord braucht es eine
68 S-Bahn alle 10 Minuten. Für Takterhöhungen und um eine hohe Pünktlichkeit
69 sicherzustellen, braucht die S-Bahn langfristig eigene Gleise. So können langsame
70 und schnelle Eisenbahnverkehre voneinander getrennt werden. Dafür muss die
71 Infrastruktur massiv ausgebaut werden, weswegen wir uns gegenüber dem Bund und der
72 DB InfraGO u.a. für einen viergleisigen Ausbau zwischen Achim, Burg und Bremerhaven
73 einsetzen.

74 Der ÖPNV soll zudem auch weiter **über die Stadtgrenzen hinaus** ausgebaut werden –
75 mehr Buslinien in Umlandgemeinden und bessere Park-and-Ride-Angebote.

76 **Ticketloser ÖPNV**

77 Mobilität ist auch eine soziale Frage und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir
78 setzen uns daher schon lange für den sozial ausgestalteten ticketfreien ÖPNV ein.

79 Die **Finanzierung** soll über einen Mix verschiedener Maßnahmen erfolgen. Einzelne
80 Bausteine dafür sind eine Erhöhung der Grundsteuer, die Erhöhung der City-Tax für
81 Tourist*innen, die Einführung eines ÖPNV-Beitrags für alle Bremer*innen ausgenommen
82 Kinder und Sozialleistungsbeziehende, sowie die Erhöhung der Einnahmen aus
83 Parkraumbewirtschaftung. Unternehmen sollen durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer
84 ihren Beitrag leisten.

85 **Ticketpreise senken**

86 Solange der ticketfreie ÖPNV nicht Realität ist, setzen wir uns für **bezahlbare und**
87 **sozial gestaffelte Ticketpreise** ein. Wir haben das StadtTicket für Kinder im
88 Leistungsbezug umsonst gemacht. Daran halten wir fest. Den Preis für das
89 StadtTicket für Erwachsene wollen wir senken und ein ermäßigtes DeutschlandTicket
90 einführen. Das TIM-Ticket soll ebenfalls in ganz Deutschland gelten. In Bremerhaven
91 will Die Linke ebenfalls ein Sozialticket einführen.

92 **Fuß- und Radverkehr stärken**

93 Bremen ist eine Fahrradstadt. Den Ausbau der **Radpremiumrouten** wollen wir schneller
94 als bisher vorantreiben. Außerdem wollen wir mehr Fahrradstraßen und sogenannte
95 protected-bike-lanes. Aber auch alle übrigen **Rad- und Fußwege** müssen stets in gutem
96 Zustand gehalten und die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt
97 werden.

98 Um die Barrierefreiheit und den Radverkehr zu fördern, wollen wir da, wo es
99 sinnvoll ist und keine städtebaulichen Erwägungen entgegenstehen,
100 **Kopfsteinpflasterstraßen** um glatte Fahrrad-Mittelstreifen und glatte
101 Querungstreifen ergänzen. Hier beginnen wir insbesondere bei Straßen, bei denen
102 für Kanalsanierung o.Ä. sowieso Bauarbeiten vorgenommen werden. So können wir die
103 Sickerfähigkeit weitgehend erhalten und trotzdem einen barrierefreien und für den
104 Fahrradverkehr attraktiven Verkehrsraum schaffen.

105 Zur Förderung des Fußverkehrs setzen wir uns für die Einhaltung der **Gehwegbreiten**
106 nach den Empfehlungen für Fußverkehrsanlagen (EFA) der FGSV Forschungsgesellschaft
107 für Straßen- und Verkehrswege (FGSV), insbesondere bei Neubauten ein.

108 Das **Bike-Sharing** wollen wir ausbauen und dabei auch die Möglichkeit der Leihe von
109 Lastenrädern berücksichtigen. Dies muss preisgünstig möglich und insbesondere für
110 junge Menschen, z.B. Studierende, erschwinglich bleiben.

111 Wenn aufgrund von Baustellen zeitweise Umleitungen notwendig sind, dürfen **Rad- und**
112 **Fußverkehr** nicht hinter den Bedürfnissen des Autoverkehrs stehen.

113 Um die **Querung der Weser** für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen zu erleichtern,
114 setzen wir uns weiterhin für den Bau der Wesersprünge Mitte und West ein, sowie für

- 115 eine Brücke über das Europahafenbecken. Durch eine Integration von Fuß- und
116 Radwegen beim Neubau der A1-Weserbrücke zwischen Hemelingen und Arsten wird der
117 Wesersprung Ost obsolet. Im Zuge der Neuplanungen der großen Weserbrücken müssen
118 Rad- und Fußverkehr ausreichend Platz bekommen.

Antrag L 02-09: Mobilität: Klimagerecht, bezahlbar und für alle! - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Sichere Straßen für alle**

2 Wir wollen ein Bremen, in dem sich alle Menschen – vom Kleinkind bis zur Seniorin –
3 sicher, selbstbestimmt und klimaneutral bewegen können. Deshalb verpflichten wir
4 uns der „**Vision Zero**“, das heißt keine Toten und Schwerverletzten mehr im
5 Straßenverkehr. Wir setzen uns für eine Stadt der kurzen Wege ein, die durch
6 Entsiegelung und Begrünung widerstandsfähig gegen den Klimawandel ist.

7 Moderne Mobilität ist für uns ein **Gewinn an Lebensqualität**: Weniger Lärm, sauberere
8 Luft und ein öffentlicher Raum, der nicht länger in erster Linie als Abstellfläche
9 für Pkw, sondern als Ort der Begegnung, für Außengastronomie, Grünflächen,
10 Spielplätze und andere konsumfreie Orte genutzt wird. Um dies zu erreichen, senken
11 wir die Zahl der Pkw pro Einwohner*in weiter durch ein faires Zusammenspiel aus
12 attraktiven Alternativen (Pull-Faktoren) und Lenkungsmaßnahmen (Push-Faktoren).

13 Für mehr Sicherheit und Lebensqualität in den Quartieren wollen wir **Tempo 30** als
14 neue Normalität: Wir wollen der Empfehlung des Umweltbundesamtes folgen und Tempo
15 30 als Regelgeschwindigkeit, Tempo 50 nur als begründete Ausnahme auf großen
16 Einfallstraßen und wichtigen ÖPNV-Trassen umsetzen.

17 Wir wollen die **Verkehrsüberwachung** stärken! Dies gilt sowohl für den fließenden,
18 als auch den ruhenden Verkehr und heißt konkret: Mehr Personal in der
19 Verkehrsüberwachung von Polizei und Ordnungsamt, mehr mobile Blitzer und der
20 Einsatz moderner Instrumente wie Scancars.

21 Raser und Autoposer werden wir effektiv stoppen. Wir setzen auf fest installierte
22 Geschwindigkeitskontrollen und verkehrsberuhigende Maßnahmen (z.B.
23 Fahrbahnverengungen, Bremsschwellen, Blumenkübel), vor allem an sensiblen Orten wie
24 Schulen, Kitas oder Haltestellen.

25 Wir werden nach dem Vorbild vieler anderer Städte ein stadtweites **Sommerstraßen-**
26 **Programm** etablieren: Bürger*innen sollen unkompliziert eine Sommerstraße für ihre
27 Nachbarschaft beantragen können. Diese Straßen werden dann von Juni bis August
28 verkehrsberuhigt oder sogar autofrei und die freien Flächen können für Konzerte,
29 Open-Air Kino, Flohmärkte oder einfach den konsumfreien Aufenthalt genutzt werden.
30 Unbedingt notwendig ist dabei die Beteiligung der Anwohnenden und der Menschen aus
31 dem Stadtteil.

32 Wir werden **Quartiere** durch Verkehrsberuhigung aufwerten (Superblocks): Durch den

33 gezielten Einsatz modaler Filter (z.B. Diagonalsperren) nehmen wir den reinen
34 Durchgangsverkehr dauerhaft aus Wohnvierteln und geben den Straßenraum der
35 Nachbarschaft zurück. Die temporären „Sommerstraßen“ machen diese neue
36 Lebensqualität erlebbar.

37 **Parken und Kfz-Verkehr**

38 Der öffentliche Straßenraum ist begrenzt. Gleichzeitig werden die Autos immer
39 länger, breiter und höher. Das geduldete **Gehwegparken** führt insbesondere in den eng
40 bebauten Straßen der innenstadtnahen Stadtteile dazu, dass Bürgersteige nicht mehr
41 barrierefrei nutzbar sind. Auch die Verkehrssicherheit, insbesondere von Kindern,
42 wird durch versperrte Sichtachsen gefährdet.

43 Wir stehen daher voll hinter der bereits begonnen **Neuordnung des Parkens** in der
44 Neustadt, Walle, Schwachhausen, Findorff, Mitte und der Östlichen Vorstadt. Konkret
45 wollen wir ein konsequentes Vorgehen gegen das Gehwegparken und mehr Kontrollen!

46 Wir werden **Parkraumbewirtschaftung** flächendeckend einführen. Der öffentliche Raum
47 ist ein kostbares Gut und darf nicht länger verschenkt werden. Aktuell parken in
48 den Bremer Straßen rund 15 % Auswärtige. Wir setzen uns daher für flächendeckendes
49 Bewohnerparken in den innenstadtnahen Stadtteilen ein – so werden die Anwohnenden
50 bevorzugt. Die Gebühr für einen Bewohnerparkausweis sollte 15 € pro Monat
51 betragen. Repräsentative Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit von 85% der
52 Bremer*innen diesen Preis für angemessen hält. Die dadurch eingenommenen Gelder
53 wollen wir nach der Devise „Verkehr finanziert Verkehr“ in den Ausbau des
54 Umweltverbundes stecken.

55 Für Handwerksbetriebe, Pflegedienste, Hebammen und Physiotherapeut*innen gibt es
56 Ausnahmen, deren Wirksamkeit wir konstant evaluieren wollen.

57 Gleichzeitig müssen Alternativen wie **Car-Sharing** und mehr Abstellflächen für
58 Fahrräder und E-Scooter ausgebaut werden.

59 Wir setzen uns für eine Ausweitung dieser Ideen in weitere Stadtteile ein, um auch
60 dort Menschen eine bessere Teilnahme am Straßenverkehr gewährleisten zu können. Das
61 **Taxigewerbe** ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine,
62 insbesondere für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen, wichtige Ergänzung
63 zum ÖPNV. Um das Taxigewerbe vor Dumping-Preisen zu schützen, wollen wir das
64 Mietwagengewerbe regulieren und die Einhaltung der Regeln, wie bspw. der
65 Rückkehrpflicht, konsequenter als bisher kontrollieren.

66 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass es in Bremen nachts ein **Frauen-Nachttaxi**
67 gibt.

68 Für eine bessere Verkehrsplanung und ein klügeres Baustellenmanagement wollen wir
69 das Amt für Straßen und Verkehr und die zuständige senatorische Behörde personell
70 stärken.

Antrag L 02-10: Klimaanpassung für die soziale Stadt

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Klimaanpassung für die soziale Stadt**

- 2 Alle Menschen haben unabhängig von ihrem Einkommen ein Recht auf eine gesunde
3 Umwelt. Wir machen aus Bremen und Bremerhaven **Schwammstädte**, die den
4 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wortwörtlich „gewachsen“ sind: Regenwasser
5 muss gehalten werden, statt es einfach nur der Kanalisation zuzuführen. Wir wollen
6 Entsiegelung, Dach- und Fassadenbegrünung, mehr Stadtbäume und Alleen, deutlich
7 mehr öffentliche Trinkbrunnen und kühle, frei zugängliche Orte - zuerst in den
8 heißesten und ärmsten Quartieren.
- 9 Wir wollen Städte, in denen Mensch und Natur gemeinsam gedacht werden, in denen es
10 ökologisch wertvolle Grünflächen mit Nutzen für Menschen und Tiere gibt und in
11 denen Tiere nicht als reine Ressource oder als Störfaktor gesehen werden. Eine
12 Stadt mit Biotopen für Pflanzen und Tiere ist auch eine lebenswerte Stadt für
13 Menschen.
- 14 Eine leistungsfähige **blau-grüne Infrastruktur** ist unverzichtbar für lebenswerte
15 Städte. Grünflächen, Bäume und Gewässer verbessern das Mikroklima, speichern
16 Wasser, fördern die Biodiversität und schaffen Räume für Erholung. Sie leisten so
17 einen unentbehrlichen Beitrag zu Klimaanpassung und Naturschutz.
- 18 In einem **städtischen Grünplan** wollen wir Flächen für aktive Erholung und naturnahe
19 Biotope weiterentwickeln, auch um mikroklimatisch wichtige Gebiete zu fördern und
20 Wasser am Boden zu binden. Dies ist zentral vor dem Hintergrund längeranhaltender
21 Wetterlagen durch den Klimawandel mit langen Dürre- und Regenperioden.
- 22 Monotone Rasenflächen wie z.B. in der Vahr wollen wir durch ökologisch wertvolle
23 Bepflanzung mit heimischen Arten ersetzen. **Blühstreifen** sollen insbesondere an
24 Rand- und Mittelstreifen von Straßen sowie auf anderen geeigneten öffentlichen
25 Flächen entstehen. Außerdem wollen wir Bäume und Sträucher mit essbaren Früchten in
26 öffentlichen Parks pflanzen lassen. Auf öffentlichen Flächen Bremens und
27 Bremerhavens muss es einen konsequenten Verzicht auf Pestizide geben.
- 28 **Kleingärten** sind wertvoll für das Stadtklima, die Artenvielfalt und das soziale
29 Miteinander. Deshalb lehnen wir ihre Bebauung oder Umwidmung für gewerbliche Zwecke
30 ab. Grün- und Kleingartenflächen, Grüngürtel und Biodiversität schützen wir als
31 öffentliche Güter.
- 32 Besonders in dicht bebauten Stadtteilen mit wenig öffentlichem Grün wollen wir

33 Flächen entsiegeln, Brachen aufwerten und neue Grünflächen schaffen. **Entsiegelung**
34 sowie Dach- und Fassadenbegrünung dienen dabei nicht nur der Klimaanpassung. Sie
35 schaffen zusätzliche Lebensräume für Insekten, Vögel und andere Tiere und stärken
36 so gleichzeitig die biologische Vielfalt. Maßnahmen der Schwammstadt und des
37 Naturschutzes müssen deshalb konsequent gemeinsam geplant werden.

38 Gute Luft, wohnortnahe Parks und Schutz vor Lärm dürfen **keine Frage des Wohnorts**
39 sein. Deshalb wollen wir insbesondere belastete Stadtteile wie die Bahnhofsvorstadt
40 oder Bremerhaven-Mitte gezielt ökologisch aufwerten und die bestehende sozial-
41 ökologische Ungleichheit abbauen. Besonders in diesen Gebieten ist eine
42 Entsiegelung und Begrünung von Flächen sehr wichtig. Beim Aufwerten von Brachen
43 wollen wir „Natur auf Zeit“ ermöglichen, d.h. die gezielte Bepflanzung von Flächen,
44 die aktuell nicht bebaut werden.

45 Urban Gardening und Gemeinschaftsgärten fördern wir als grüne, selbstorganisierte
46 Orte der Nachbarschaft. Dass aus versiegelten, ungenutzten Plätzen grüne
47 Treffpunkte für alle werden können, zeigen der von Nachbar*innen erkämpfte Lucie-
48 Flechtmann-Platz und der Zolli in Bremerhaven-Lehe. Dieses Prinzip übertragen wir
49 verbindlich auf den Geschosswohnungsbau: Öffentliche und gewerbliche
50 Wohnungsbaugesellschaften, allen voran GEWOBA und BREBAU, verpflichten wir per
51 Landesvorgabe, die großflächigen, ökologisch wertlosen **Abstandsgrünflächen und**
52 **Scherrasen** zwischen den Wohnblocks schrittweise in artenreiche Wildblumenwiesen,
53 naturnahe Gehölzstrukturen und essbare Nachbarschaftsgärten umzuwandeln. Zwischen
54 den Blocks, wo heute monotone Grünflächen im Sommer vertrocknen und Insekten
55 verhungern lassen, schaffen wir lebendige Trittsteinbiotope für Wildbienen und
56 Vögel. Die Mieter*innen erhalten ein Mitspracherecht bei der Gestaltung und werden
57 bei der partizipativen Bewirtschaftung unterstützt; Pflegeumstellungen dürfen dabei
58 keinesfalls als Modernisierungskosten auf die Betriebskostenabrechnungen der
59 Mieterschaft abgewälzt werden.

60 Den **Lärmaktionsplan** wollen wir so weiterentwickeln, dass verbindlichere Maßnahmen
61 zur Lärmreduzierung möglich werden und es keine Aufweichung bestehender Grenzwerte
62 gibt.

63 Der weitgehend geschlossene **Grüngürtel um Bremen** muss dauerhaft erhalten und seine
64 Funktionen für Klimaschutz, Wasserhaushalt und Hochwasserrückhalt dauerhaft
65 gesichert werden. Wir stellen uns weiteren Baugebieten im Bremer Umland und an den
66 Verbindungen nach Niedersachsen entgegen. Das Bauen auf der grünen Wiese muss der
67 Vergangenheit angehören – es darf zu keiner innerstädtischen Nettoversiegelung mehr
68 kommen. Das heißt für uns eine konsequente Innenentwicklung statt Außenerschließung
69 mit Aufwertung bestehender Gewerbeflächen und effizienter Nutzung bereits
70 versiegelter Standorte. Wir setzen auf den Erhalt von Grünflächen statt ihrer
71 Bebauung, um kurzfristigen Einzelinteressen eine langfristige und nachhaltige
72 Vision einer klimagerechten Stadt entgegenzusetzen.

73 Wir wollen den Bestand an Bäumen, Grünstreifen, Parks und Kleingärten erhalten,
74 ausweiten und miteinander verbinden. So soll perspektivisch ein geschlossener
75 **Biotopverbund** entstehen.

76 Klima- und Umweltschutz darf aber nicht zum Vorwand für **Verdrängung** werden. Eine
77 „grüne“ Aufwertung, die die Mieten hochtreibt und ärmere Menschen aus den
78 sanierten, begrünten Quartieren drängt, lehnen wir ab. Wo energetisch saniert und
79 aufgewertet wird, müssen Sozialbindung und Milieuschutz erhalten bleiben. Eine
80 grüne Stadt, die sich nur noch Wohlhabende leisten können, ist keine gerechte
81 Stadt.

Antrag L 02-11: Teilhabe und soziale Infrastruktur in Bremen Nord

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Teilhabe und soziale Infrastruktur in Bremen Nord

- 2 Bremen-Nord benötigt eine verlässliche soziale und wirtschaftliche Infrastruktur,
3 die allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Teilhabe umfasst
4 demokratische Mitbestimmung und Bildung, sowie den Zugang zu Arbeit,
5 Gesundheitsversorgung, Nahversorgung, Mobilität und sozialen Angeboten. In vielen
6 Bereichen bestehen in Bremen-Nord weiterhin strukturelle Defizite, die den Alltag
7 vieler Menschen erschweren.
- 8 Kinder und Jugendliche benötigen wohnortnahe soziale Räume und verlässliche
9 Angebote außerhalb von Schule und Familie. Jugendzentren, offene Treffpunkte und
10 Freizeitangebote leisten einen wichtigen Beitrag für soziale Integration, Bildung
11 und gesellschaftliche Teilhabe. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt und Ausbau
12 dieser Angebote ein. Angebote zur Sprach- und Bildungsförderung müssen insbesondere
13 für Menschen mit Migrationsgeschichte ausgebaut werden. Förderprogramme wie „Wohnen
14 in Nachbarschaft“ müssen dafür gezielt weiter genutzt werden.
- 15 Besondere Herausforderungen bestehen für **ältere Menschen, Menschen mit**
16 **Behinderungen, chronisch Kranke und Menschen mit Pflegebedarf**. Viele
17 Dienstleistungen und Unterstützungsangebote sind in Bremen-Nord nur eingeschränkt
18 verfügbar oder schwer erreichbar. Dies betrifft auch wichtige Behörden und
19 öffentliche Einrichtungen. Wir fordern eine bessere wohnortnahe Versorgung und eine
20 stärkere Berücksichtigung der besonderen Bedarfe in Bremen-Nord.
- 21 Leerstände und der Rückgang des Einzelhandels prägen zahlreiche Ortsteile in
22 Bremen- Nord. Dadurch verschlechtern sich sowohl die **Nahversorgung** als auch die
23 wirtschaftlichen Perspektiven vor Ort. Wir setzen uns für eine aktive
24 Stadtteilentwicklung ein, die die lokale Wirtschaft stärkt und die Versorgung der
25 Menschen sichert. Statt einer weiteren Konzentration wirtschaftlicher Angebote auf
26 wenige Zentren braucht Bremen-Nord eine dezentrale Infrastruktur mit kurzen Wegen.
- 27 Besonders in den Gebieten zwischen Burg und Oslebshausen, sowie im Umfeld der
28 Alwin-Lonke-Straße sollen die bestehenden Defizite in der sozialen Versorgung und
29 Infrastruktur ausgeglichen werden. Ergänzend fordern wir ein **Sozialkaufhaus** in
30 Blumenthal, um Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu günstigen
31 Alltagsgütern zu erleichtern.

- 32 **Soziale Beratungsangebote** wie Schuldner- oder Erwerbslosenberatung und weitere
33 Unterstützungsangebote leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Stabilität in
34 Bremen-Nord. Wir setzen uns für ihren langfristigen Erhalt und eine verlässliche
35 Finanzierung ein.
- 36 Zur **wirtschaftlichen Entwicklung** Bremen-Nords gehört auch die Förderung kleiner
37 Unternehmen, Solo-Selbstständiger und lokaler Initiativen. Viele Menschen schaffen
38 sich durch Selbstständigkeit eine eigene wirtschaftliche Perspektive. Wir fordern
39 deshalb einen leichteren Zugang zu Beratung, Förderung und Finanzierung sowie den
40 Abbau unnötiger bürokratischer Hürden.
- 41 Eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist ein **leistungsfähiger**
42 **öffentlicher Nahverkehr**. Viele Ortsteile in Bremen-Nord sind bislang unzureichend
43 angebunden. Wir fordern deshalb den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und eine
44 bessere Anbindung innerhalb Bremen-Nords sowie zu den restlichen Stadtteilen
45 Bremens. Dazu gehört eine zusätzliche Haltestelle in Grambke im Zusammenhang mit
46 dem Ausbau des dritten Gleises Richtung Walle und Bremerhaven. Auch die Gebiete
47 rund um die Alwin-Lonke-Straße und dem Fockengrund müssen besser an den ÖPNV
48 angebunden werden. Ergänzend sollen flexible Minibus-Angebote geprüft werden. Das
49 bestehende Angebot der Nordwestbahn ist überlastet und besonders störanfällig.
50 Daher braucht es zusätzliche Beförderungsmittel, die mit einer höheren Frequenz bis
51 Farge eingesetzt werden.
- 52 Wir setzen uns für den Ausbau der **Unterstützungsangebote für suchtkranke Menschen**
53 in Bremen-Nord ein. Niedrigschwellige Hilfsangebote und geschützte Räume sind
54 wichtige Bestandteile einer sozialen Drogenpolitik, die bedarfsgerecht
55 weiterentwickelt werden muss.
- 56 Um die Entwicklung des Quartiers und der Wohnbedingungen der dort lebenden Menschen
57 besser steuern zu können, streben wir den Ankauf der **Grohner Düne** durch die Stadt
58 an.
- 59 Die Planung des **Berufsschulcampus** wird unter Berücksichtigung einer lebenswerten
60 Umgebung für die Auszubildenden konsequent umgesetzt. Bremen-Nord benötigt eine
61 Politik, die soziale Infrastruktur stärkt, wohnortnahe Versorgung sichert und allen
62 Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die Linke steht für eine
63 solidarische Stadtentwicklung, die Ausgrenzung entgegenwirkt und gleichwertige
64 Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen schafft.
- 65 Das **Trinkwasserschutzgebiet** wollen wir vor Einträgen aus dem ehemaligen Tanklager
66 Farge schützen und die Sanierung durch den Bund beschleunigen.

Antrag L 02-12: Bürger*innenbeteiligung, Demokratie und Kommunalpolitik

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Bürger*innenbeteiligung, Demokratie und Kommunalpolitik

2 Die Stadtteile Bremens sind lebendige Orte, in denen die Menschen gemeinsam wohnen,
3 arbeiten und sich treffen. In den Quartieren stehen wie nirgends sonst politische
4 Entscheidungen und deren Auswirkungen so dicht und direkt beieinander. Dies kann
5 man besonders in **Ortsbeiratssitzungen** erkennen, wo Bürger*innen das Recht haben,
6 selbst zu sprechen, eigene Ideen vorzutragen und Forderungen zu stellen.

7 Beiratspolitiker*innen stehen damit in der vordersten politischen Reihe und sind
8 jederzeit für Bürger*innen ansprechbar. Diese Stadtteil-Parlamente sind somit nicht
9 nur bloße Verwaltungsebene. Deshalb brauchen wir starke Beiräte, über die die
10 öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet
11 werden können.

12 Wir fordern die Stärkung der Ortsteilbeiräte. Bremen muss diskutieren, ob diese
13 Gremien in Bezirksverordnetenversammlung nach dem Hamburger oder Berliner Modell
14 umgewandelt werden. Für die Arbeit der Beiräte müssen Voraussetzungen geschaffen
15 werden, damit die ehrenamtlich Aktiven bereit sind sich zu engagieren: Dazu gehört
16 eine optimale Ausstattung der Stadtteil-Politiker*innen. Ohne elektronische Geräte
17 ist es heute nahezu unmöglich, in den Beiräten gute Arbeit zu leisten. Wir fordern
18 u. a. die kostenfreie Bereitstellung von Tablets für alle Mitglieder des Beirats.
19 Weiterhin schlagen wir für die Aufwandsentschädigung ein Verfahren vor, mit dem
20 nicht mehr die jeweilige Sitzung abgerechnet wird. Die **Sitzungsgelder** könnten durch
21 differenzierte Pauschalbeträge abgelöst werden, die jedoch nicht auf die SGB-II-
22 Bezüge angerechnet werden sollten. Die Höhe der monatlichen Pauschalbeträge richtet
23 sich nach der Stellung des jeweiligen Beiratsmitglieds.

24 Analog zur Stadtbürgerschaft soll diese Aufwandsentschädigung an die jährliche
25 Inflationsrate angepasst werden. Beiratsmitglieder, die während ihrer Legislatur
26 Kinder im eigenen Haushalt betreuen, erhalten monatlich zusätzlich einen weiteren
27 Pauschalbetrag, bis ihre Kinder in eine weiterführende Schule eintreten. Gleiches
28 gilt für Beiratsmitglieder, die pflegebedürftige Angehörige versorgen.

29 Wir wollen, dass alle, die dazu in der Lage und willens sind, sich gesellschaftlich
30 engagieren können. Ehrenamtliche Arbeit in Beiräten und Vereinen wollen wir
31 weiblicher machen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Beiräte und andere
32 ehrenamtlich Engagierte nicht durch äußere Bedingungen an einem gesellschaftlichen

33 Engagement gehindert werden. Bei Beiratssitzungen wollen wir **Kinderbetreuung und**
34 **hybride Treffen** ermöglichen.

35 In den Bremer Stadtteilen leben seit Jahren auch viele Menschen, die weder die
36 deutsche noch eine andere EU-Staatsbürgerschaft haben. Obwohl sie sich im Quartier
37 wohlfühlen und dort bestens integriert sind, dürfen sie sich in die Politik nicht
38 in gleicher Weise einbringen wie alle anderen und sind deshalb nicht an politischen
39 Entscheidungen und Prozessen beteiligt. Wir setzen uns dafür ein, dass alle
40 Menschen, die seit fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland
41 haben und aktuell in Bremen leben, auch das **Wahlrecht für die Beiräte** erhalten.

42 Beiräte dürfen zwar zu vielen Belangen, die den Stadtteil betreffen, mitreden. Sie
43 wollen aber selbst entscheiden über Themen, die Auswirkungen auf das Quartier
44 haben. Wir schlagen vor, dass die bisherigen Beteiligungsrechte möglichst
45 weitgehend in **Entscheidungs- und Zustimmungsrechte** umgewandelt werden.

46 Wir halten an der Forderung fest, dass alle Stadtteile ein eigenes Ortsamt erhalten
47 und diese mit ausreichendem Personal ausgestattet werden. Die Wahlzeit der
48 Leitungen dieser Ortsämter soll von zehn auf acht Jahre reduziert werden, weil die
49 derzeitige Amtsdauer aus unserer Sicht zu lang ist.

50 Neben den sogenannten Globalmitteln haben die Stadtteile derzeit nur noch ein
51 Stadtteilbudget für den Bereich Verkehr, über das sie verfügen können. Wir
52 unterstützen die Beiräte in ihrem Wunsch, weitere **Stadtteilbudgets** zu erhalten.

53 Während der Corona-Pandemie konnten oftmals keine Präsenzsitzungen der Beiräte
54 stattfinden. Die Tagungen wurden online über Videokonferenzen durchgeführt. Um die
55 Öffentlichkeit trotzdem zu beteiligen, wurden diese Gremiumssitzungen in die
56 sozialen Medien gestreamt – mit großem Erfolg. Die Beiräte sollten auch nach der
57 Pandemie die Möglichkeit erhalten, ihre dann wieder in Präsenz durchzuführenden
58 Sitzungen zu streamen. Die Ortsämter müssen rechtlich, technisch und finanziell in
59 die Lage versetzt werden, die Online-Übertragungen selbst vorzunehmen.

60 **Stärkung der Freiwilligenarbeit im Land Bremen**

61 Rund 240.000 Freiwillige ab 14 Jahren engagieren sich im Land Bremen, bringen
62 kritisch ihre Stimme ein, gestalten das kulturelle, politische, sportliche Treiben,
63 setzen sich für andere aktiv ein und machen das Leben an der Weser insgesamt
64 lebenswerter. Dieses Engagement schätzen wir, wenn es unabhängig und klar
65 abgegrenzt von Erwerbsarbeit vollzogen wird.

66 Eine aufrichtige Wertschätzung der freiwilligen Arbeit zeigt sich aber auch durch
67 gute Rahmenbedingungen, wie es im Prozess der Bremer Engagementstrategie bereits
68 deutlich wird: So muss durch entsprechende Förderung von Projekten und
69 Institutionen sichergestellt sein, dass Freiwillige hauptamtliche
70 Ansprechpartner*innen vorfinden. Das Förderwesen muss vereinfacht werden, um
71 Vereine von Bürokratie zu entlasten und Förderzeiträume müssen über ein Jahr hinaus
72 ermöglicht werden, um Planungssicherheit in den ohnehin oft prekär finanzierten
73 sozialen Einrichtungen zu gewährleisten. Zudem braucht es eine Unterstützung von
74 kleinen Organisationen und Räume, die zur Verfügung stehen. Daher unterstützen wir

- 75 die Idee eines „**Engagement-Hubs**“ oder „**Engagement-Hauses**“ für Freiwillige und
- 76 Freiwilligenorganisationen in Bremen mit Beratungs- und Qualifizierungsangeboten,
- 77 Möglichkeiten zum Know-how-Transfer und gemeinsam genutzter Fläche und Technik.

Antrag L 03-00: Solidarische Stadtteilgesellschaften

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

¹ **Solidarische Stadtteilgesellschaften**

Antrag L 03-01: Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt 2 stellt

3 Die Bedingungen zu schaffen für eine sozial gerechte, solidarische Gesellschaft,
4 die Überwindung von Armut und ein Leben in Würde für alle Menschen ist für uns
5 eine zentrale Aufgabe von Politik. Soziale Gerechtigkeit ist Querschnittsthema
6 aller Politikbereiche. Ob bei Bildung, Wohnen, öffentliche Daseinsvorsorge,
7 Wirtschaft oder Gesundheitspolitik: es muss immer darum gehen, die soziale Spaltung
8 zwischen arm und reich abzubauen, den Trend zu mehr Ungleichverteilung von
9 gesellschaftlichem Wohlstand zu stoppen und Chancengerechtigkeit herzustellen.

10 Zentral für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit sind die in
11 jahrzehntelangen Auseinandersetzungen erkämpften **Errungenschaften des Sozialstaats**
12 **und seiner sozialen Sicherungssysteme**. So können für viele Menschen existenzielle
13 Nöte abgewandt, Nachteile ausgeglichen und ein selbstbestimmtes Leben für alle
14 ermöglicht werden. Wir alle sind auf einen funktionierenden Sozialstaat angewiesen:
15 wenn wir pflegebedürftig werden, wenn wir Rente beziehen und davon leben müssen,
16 wenn wir Kinder aufziehen, wenn wir uns weiterbilden wollen, wenn wir krank werden,
17 wenn wir den Job verlieren, wenn man auf eine bezahlbare Wohnung angewiesen ist,
18 wenn man eine Behinderung hat, neu eingewandert ist, von Obdachlosigkeit bedroht
19 ist, aus einem gewaltvollen Elternhaus oder Beziehung flieht.

20 Trotzdem werden viele der sozialen Errungenschaften angegriffen bzw. abgebaut. Die
21 neue Grundsicherung mit der Wiedereinführung vieler Sanktionen von Hartz IV,
22 Kürzungen der Bundesregierung bei der Rente, der Krankenversicherung, der Pflege,
23 der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe, dem Wohngeld, den
24 Integrationskursen und dem Unterhaltsvorschuss bedeuten für viele Betroffene ein
25 Einengen von Entscheidungsmöglichkeiten, oft auch existenzielle Not und noch mehr
26 Abhängigkeit von Entscheidungen der Sozialämter. Wir sprechen uns in aller
27 Deutlichkeit gegen diese Politik der sozialen Kälte aus. Das Ergebnis ist die
28 Verschärfung und Verfestigung von Armut und unwürdigen Lebenssituationen und das
29 Zurückdrehen von Gleichstellung. Die unter dem Deckmantel der Sparpolitik
30 beschlossenen Kürzungen können nicht einmal ihren eigenen Anspruch erfüllen, da sie
31 Obdachlosigkeit, Chronifizierung von Krankheiten, verwehrte Bildungschancen und
32 Perspektivlosigkeit produzieren und damit für weitreichende Folgekosten sorgen.

33 Dieser **Klassenpolitik von Oben** treten wir entschieden entgegen. Wir werden im Falle
34 einer Regierungsbeteiligung keinen sozialpolitischen Verschärfungen im Bundesrat
35 zustimmen.

36 Auf landespolitischer Ebene haben wir im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern
37 viele der sozialpolitischen Errungenschaften aus der Corona-Pandemie nicht
38 abgebaut, sondern erhalten. Wir werden weiter diese politische Linie verfolgen und
39 nach Möglichkeit die Auswirkungen der fatalen Bundespolitik abmildern. Wir wollen
40 auf Verwaltungsebene alle **Handlungsspielräume** ausreizen, um zugunsten von
41 Betroffenen zu entscheiden. Konkret soll der Senat sich dafür insbesondere in der
42 Trägerversammlung des Jobcenters einsetzen.

43 **Armut bekämpfen - nicht arme Menschen!**

44 In Bremen leben besonders viele armutsbetroffene Menschen: 27,5% aller Bremer*innen
45 sind von Armut betroffen. Für uns ist Armutsbekämpfung deshalb ein zentrales
46 politisches Anliegen und Armut ist kein individuelles, sondern ein
47 gesellschaftliches Versagen: Armut ist Ergebnis von Ausschlüssen und verwehrt
48 Chancen, Ausbeutung zu Niedriglöhnen und einer verfestigten Ungleichheit mit einer
49 Vermögenskonzentration bei wenigen (Über-)Reichen.

50 Armutsbetroffene Eltern verzichten für ihre Kinder auf viel, oft sogar auf Essen,
51 wie eine Studie von sanktionsfrei e.V. zeigt. Alleinerziehende zerreißen sich
52 zwischen Erziehung, Haushalt und Lebensunterhalt, um ihren Kindern eine gute
53 Zukunft zu eröffnen. Menschen reduzieren ihre Arbeitszeit, um ihre Eltern zu
54 pflegen, und rutschen deshalb in den Leistungsbezug. Frauen geraten nach einer
55 Trennung in Existenznot, weil sie vorher auf Einkommen und Alterssicherung
56 zugunsten der Kinder verzichtet haben.

57 Wir sehen all diese Sorgeverantwortungen und unbezahlten Leistungen für Mitmenschen
58 und Gesellschaft. Wir gehen von einem positiven Menschenbild aus und wissen um die
59 Ressourcen und Träume, die alle Menschen mitbringen. Daran wollen wir anknüpfen und
60 einen stärkeren Fokus darauf legen, allen Menschen **Chancen für Qualifizierung und**
61 **Teilhabe** zu bieten. So entstehen auch für Bremen als Bundesland neue Chancen – als
62 einziges Bundesland, das jünger wird und als Bundesland, in das viele Menschen neu
63 ankommen. Klar ist: das kann nur gemeinsam gehen.

64 Jede Arbeit muss zum Leben und für ein **Älterwerden in Würde** ausreichen. Wir stehen
65 für gute Löhne ein und lehnen Beschäftigung zu Niedriglöhnen ab. Sanktionen als
66 Mittel, um Menschen in unpassende oder schlecht bezahlte Jobs zu zwingen, lehnen
67 wir ab.

68 Wir halten es für entwürdigend, dass jede*r zweite Neurentner*in in Bremen und
69 Bremerhaven unterhalb der Armutsgrenze liegt. Insbesondere Frauen und migrantische
70 Rentner*innen sind besonders von Altersarmut betroffen. Wir wollen deshalb gezielt
71 **kostenlose, quartiersnahe Angebote** für lebenserfahrene Menschen
72 ausbauen. Dienstleistungszentren, günstige Mittagstische und Bewegungsangebote
73 schaffen Gemeinschaft, bezahlbare Verpflegung und fördern die Gesundheit.

74 Wir wollen das Risiko reduzieren, dass Pflegebedürftigkeit zur Armutsfalle wird.

75 Dafür wollen wir alle Möglichkeiten mobilisieren, um ein **Landes-Pflege-Wohngeld**
76 einzuführen.

77 Um den Querschnittscharakter von Armutsbekämpfung abzubilden braucht es
78 ressortübergreifende Aktionspläne. In einer **ressortübergreifenden Arbeitsgruppe**
79 **„Armutsbekämpfung“** soll unter struktureller Einbindung gesellschaftlicher
80 Akteur*innen und Verbände ein Masterplan für die Bekämpfung von Armut erarbeitet
81 und umgesetzt werden. Ziel ist die Bekämpfung von Armutsursachen, -lagen und -
82 folgen sowie die Verbesserung der Stadtteilgerechtigkeit in Bremen. Für Bremerhaven
83 sollte dies ebenso geschehen, unter Einbindung des Magistrats und kommunaler
84 Akteur*innen.

85

Antrag L 03-02: Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Kinder- und Familienarmut abfedern und bekämpfen**

2 In Bremen und Bremerhaven muss jedes dritte Kind in Armut aufwachsen. Armut ist
3 nicht nur ein Mangel an Geld, sondern auch an Teilhabe, Zukunftsperspektiven und
4 gesunder Entwicklung. Wir wollen eine Landeskommision zur **Prävention von Kinder-**
5 **und Familienarmut** und eine ressortübergreifende Strategie zur Verbesserung der Lage
6 von armen und armutsgefährdeten Kindern, Jugendlichen und deren Familien unter
7 Einbeziehung der Armutskonferenz.

8 Wir setzen uns weiter für eine echte, armutsfeste **Kindergrundsicherung** ein und
9 fordern die Einführung auf Bundesebene.

10 Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen möglichst günstig oder kostenlos
11 für Kinder sein. Der **Kindereintritt** in Frei- und Schwimmbäder soll 1 Euro betragen.
12 Das kostenlose Sozialticket für Kinder und Jugendliche haben wir erkämpft, es soll
13 auch zukünftig kostenlos bleiben. Für Kommunalkinos, Museen, Theater und
14 Bibliotheken wollen wir soziale Kindertarife.

15 Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein, sie sind unsere Zukunft und brauchen den
16 Stellenwert, den sie verdienen. Bereits jetzt werden keine Kita- und Hortbeiträge
17 von einkommensarmen Familien verlangt, somit können Kinder aus leistungsbeziehenden
18 Familien kostenlos in Kitas und Schulen Mittagessen. Die Trennung von Kindern nach
19 dem finanziellen Status ihrer Eltern bringt Stigmatisierung mit sich. Unser Ziel
20 bleibt deshalb: Bildung soll für alle kostenlos sein, von Anfang an. Ein gesundes
21 **kostenloses Mittagessen in Kita und Schule** für alle Kinder ist unser Ziel. So
22 entlasten wir Familien, die Mehrbelastungen und Zukunftssicherung tragen.

23 Auch die **FreiKarte** atmet diesen Geist: Entlastung von Familien und stigmafrie
24 Teilhabe von Kindern. Wir wollen sie deshalb erhalten und viele weitere
25 Annahmestellen gewinnen. Voraussetzung für diese freiwillige Leistung ist jedoch,
26 dass die Regelsysteme für Kinder und Jugendliche gut ausgestattet sind.
27 Gleichzeitig wollen wir nicht dauerhaft Großkonzerne wie beispielsweise Multiplex-
28 Kinos mit öffentlichen Geldern fördern. Wenngleich auch der dortige Kinobesuch
29 Teilhabe bedeutet, soll mit den Betreibern von größeren Unternehmen verhandelt
30 werden, damit sie abgesenkte Preise für FreiKarten-Nutzende anwenden. So können am
31 Ende alle profitieren.

32 **Familien in ihrer Vielfalt fördern**

33 Familien sind so vielfältig wie die Lebensweisen und -entwürfe der Menschen in
34 Bremen und Bremerhaven. Paare mit und ohne Kinder, hetero- und homosexuelle Paare,
35 Ein- und Zwei-Eltern- oder Patchwork-Familien: Für uns ist Familie da, wo du
36 zuhause bist. Wo du im Idealfall sein darfst wie du bist, wo du dich frei entfalten
37 kannst. Wo du Unterstützung findest, wenn du sie brauchst.

38 Doch nicht alle Familien haben die gleichen Ressourcen. Kinder zu erziehen fordert,
39 und überfordert manchmal. **Alleinerziehende** sind ganz unterschiedlich, aber sie alle
40 tragen eine große Verantwortung. Sie sollten dabei bestmöglich unterstützt werden -
41 durch verfügbare Kita-Plätze, auch an Tagesrandzeiten, damit die alleinerziehende
42 Krankenschwester ihren Beruf nicht an den Nagel hängen muss. Kinder von
43 Alleinerziehenden müssen weiter Vorrang haben bei der Kita-Platzvergabe und auch
44 unterjährig aufgenommen werden können. Angebote wie MOKI wollen wir ausweiten und
45 in weiteren ‚Häusern der Familie‘ anbieten, um niedrigschwellig bei der Betreuung
46 zu unterstützen, z.B. durch Babysitting, Einkaufshilfe oder Unterstützung im
47 Krankheitsfall. Alleinerziehende sollten das Recht auf familienverträgliche
48 Arbeitszeiten haben und gezielt beruflich gefördert und bei Behörden unterstützt
49 werden. (Alleinerziehende auch im Kap. Frauen/Feminismus/Gleichstellung)

50 ‚Häuser der Familie‘, Familienhebammen, Erziehungs- und Familienberatungsstellen
51 wollen wir langfristig absichern. Mit einem **Familienfördergesetz** für Bremen und
52 Bremerhaven wollen wir der Familienförderung einen Rahmen von Qualität, tragfähigen
53 Strukturen und langfristiger Finanzierung geben.

54 **Kinder- und Jugendhilfe: ausfinanziert und bedarfsgerecht aufgestellt**

55 Wir wollen die **Sozialzentren** zu ganzheitlichen Anlaufstellen weiterentwickeln, die
56 Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien unter einem Dach organisieren und
57 neben behördlichen Aufgaben auch Beratungs-, und Unterstützungsangebote
58 bereitstellen. Daran anknüpfend wollen wir das niedrigschwellige Angebot der
59 Erziehungsberatung weiter ausbauen und für Familien leichter zugänglich machen.
60 Auch die bereits bestehenden Trennungs- und Scheidungsberatungen müssen gestärkt
61 und flächendeckend zur Verfügung gestellt werden. Im Bereich der frühen Hilfen
62 wollen wir das Angebot der Familienhebammen ausbauen, da diese eine wichtige
63 Unterstützung für junge Familien sind.

64 Bei den **Hilfen zur Erziehung** legen wir den Fokus darauf, bedarfsgerechte
65 Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen, anstatt vorrangig
66 auf Kosteneinsparungen, etwa durch pauschale Befristungen der Hilfedauer, zu
67 setzen. Im Rahmen der stationären Kinder- und Jugendhilfe muss von allen
68 Beteiligten sichergestellt werden, dass die Jugendlichen nach Beendigung der Hilfe
69 in Anschlusswohnungen (bzw. WGs) ziehen können, anstatt sie in anderen
70 Einrichtungen unterzubringen. Um Inobhutnahmen möglichst zu vermeiden, wollen wir
71 mehr Eltern-Kind- Einrichtungen schaffen.

72 Mit dem Fachdienst „Flüchtlinge, Integration und Familien“ (F9) wurde eine eigene
73 Sozialverwaltung für geflüchtete Menschen geschaffen, die eine Zwei-Klassen-
74 Struktur fördert und repressive Verwaltungslogiken begünstigt. Daher wollen wir den
75 F9 mit dem Ziel einer **inklusiven Sozialverwaltung für alle** auflösen und die

76 geflüchteten Personen wohnortbezogen den jeweiligen Sozialzentren zuordnen.
77 Um einen wirksamen Kinderschutz zu gewährleisten, ist es notwendig, im Amt für
78 Soziale Dienste ausreichend Personal bereitzustellen. Wir werden die
79 **Personalbemessung** konsequent umsetzen und eine automatische Fallzahlquote von 1:28
80 für Casemanager*innen einführen. Bezüglich der Amtsvormundschaften stellen wir
81 sicher, dass eine Person maximal 50 Mündel betreut.

82 Auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit als ein wichtiger Bestandteil des
83 Jugendhilfesystems wollen wir weiter stärken, indem Angebote in Freizeit auf eine
84 dauerhaft und stabil gefördert werden (**mehr dazu im Kapitel Jugend**). Zusätzlich
85 sollen auch aufsuchende Elemente gestärkt werden, wie beispielsweise Streetwork. Um
86 Teilhabeausschlüsse von migrantischen Communities zu reduzieren wollen wir ein
87 Programm für **Community-Sozialarbeit** aufbauen. In dessen Rahmen nehmen Menschen aus
88 Communities, die bei der gesellschaftlichen Teilhabe bisher unterrepräsentiert
89 sind, eine Brückenfunktion ein. Diesen Peer-Ansatz wollen wir sowohl in der freien
90 als auch in der öffentlichen Sozialarbeit generell stärken. Präventive Ansätze wie
91 Jugendarbeit durch Sport, Diskriminierungsschutz, Partizipationsangebote wollen wir
92 stärken, ebenso Deradikalisierungs-, Präventions- und Ausstiegsprogramme, um
93 besorgniserregenden Tendenzen des Antifeminismus, der Queerfeindlichkeit, des
94 religiös begründeten oder des völkischen Faschismus' entgegenzuwirken.

Antrag L 03-03: Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt - Teil 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Soziale Verwaltungslogiken: für und nicht gegen Antragstellende und**
- 2 **Leistungsbeziehende!**
- 3 Im Jobcenter und anderen Ämtern werden täglich Entscheidungen getroffen, die
- 4 existenzielle Auswirkungen auf Menschen haben. Dabei sorgt die Arbeitsweise der
- 5 Ämter oft für zusätzliche und unverschuldete Belastung für die
- 6 Leistungsbeziehenden. Insbesondere bei Erstanträgen ist die Bearbeitung oft mühsam
- 7 und problembehaftet. Antragstellende erhalten erst nach langwierigen Prüfungen
- 8 Leistungen, in der Zwischenzeit sind sie oft ohne Unterstützung um sich angemessen
- 9 um ihre Grundbedürfnisse kümmern zu können, wie zum Beispiel die Zahlung der
- 10 Krankenversicherung oder die Deckung der Kosten der Unterkunft. Diese Probleme
- 11 betreffen Erwerbslose, Geflüchtete, und andere vulnerable Gruppen, die auf
- 12 zuverlässige Leistungen angewiesen sind. In den Ämtern kommen strukturelle Probleme
- 13 und kritische Entwicklungen zusammen. Es gibt zu wenige Mitarbeitende und die
- 14 Ausstattung ist unzureichend. Strukturelle Defizite und bürokratische Vorgaben
- 15 sorgen oft dafür, dass motivierte und engagierte Mitarbeiter*innen Bürger*innen
- 16 nicht oder nur auf Kosten der eigenen Gesundheit sinnvoll fördern können.
- 17 Wir wollen die personelle Ausstattung in der **Antragsbearbeitung** und somit die
- 18 Arbeitsbedingungen in den Ämtern verbessern und Prüfprozesse vereinfachen, sodass
- 19 bei der Ausgestaltung von Ermessensspielräumen Existenz und Gesundheit der
- 20 Antragstellenden priorisiert werden.
- 21 Wir unterstützen die **Forderung der Bremer Beratungsstellen** nach stärkerer Nutzung
- 22 vorläufiger Leistungsbewilligungen, kürzeren Bearbeitungszeiten, geringerer
- 23 Fluktuation im Jobcenter und attraktiverer Gestaltung der Arbeit dort sowie einer
- 24 besseren Digitalisierung.
- 25 Insbesondere wollen wir dafür sorgen, dass **vorläufige Zahlungen** auch vor
- 26 vollständiger Prüfung der Anträge regelmäßig ermöglicht werden, damit Betroffene
- 27 nicht mittellos bleiben. Dafür müssen Ermessensspielräume im Sinne der
- 28 Leistungsbeziehenden genutzt und auch durch Verwaltungsanweisungen rechtssicher
- 29 abgesichert werden.
- 30 Sprachbarrieren stellen ein großes Problem dar, da viele Menschen mit
- 31 unterschiedlichen Muttersprachen mit Ämtern interagieren müssen. Wir wollen
- 32 (wieder) **Dolmetscher*innen**, Sprachmittler*innen sowie digitale Übersetzungstools
- 33 einsetzen. Für Mitarbeiter*innen wollen wir darüber hinaus das Angebot an

34 Sprachkursen sowie an Schulungen zur Sensibilisierung gegenüber Gewaltbetroffenen
35 und zu Antirassismus verbessern und die regelmäßige, freiwillige Teilnahme
36 erleichtern. Außerdem wollen wir eine unabhängige Beschwerdestelle für die
37 Sozialverwaltung einrichten.

38 Eine konsequente und **barrierearme Digitalisierung** ist der Schlüssel für eine
39 bürger*innenfreundliche und effiziente Verwaltung. Derzeit wird die Digitalisierung
40 jedoch unzureichend bzw. nicht angemessen zielgerichtet betrieben. Inkonsequente
41 Umsetzungen und Medienbrüche führen für Mitarbeiter*innen zu Dopplungen in der
42 Arbeit und schaffen für viele Betroffene zusätzliche Hürden – gerade dort, wo
43 Sprachbarrieren und mangelnde Erfahrung mit digitalen Tools vorliegen. Wir wollen
44 die bestehenden Anwendungen überprüfen und unter Beteiligung von
45 Antragssteller*innen und Verwaltungsmitarbeitenden verbessern. Es muss für alle
46 Ämter die Möglichkeit der digitalen UND der analogen Antragstellung geben - nur so
47 kann Barrierefreiheit für alle gewährleistet werden. Erinnerungsbriefe oder
48 Benachrichtigung über die App über den Ablauf von Bewilligungsfristen müssen an die
49 Leistungsbeziehenden gesendet werden, um zu verhindern, dass Lücken im
50 Leistungsbezug und im schlimmsten Fall fristlose Wohnungskündigungen die Folge
51 sind. Zudem sollten Möglichkeiten, Leistungskürzungen auszusetzen, geprüft werden –
52 auch mit Blick auf die Folgekosten, zum Beispiel bei Wohnungslosigkeit.

53 Die **Sachbearbeitenden im Jobcenter** haben keinen Fallbestand mehr, sodass keine
54 persönliche Beziehung entstehen kann. Wir wollen kein anonymes, unerreichbares
55 Jobcenter ohne persönliche Ansprechpartner*innen und keine Fließbandarbeit für die
56 Beschäftigten, sondern Bedingungen, die die Menschen auf beiden Seiten des
57 Schreibtisches sieht. Wenn sich Druck auf dem Amt entlädt, braucht es zudem
58 wirksame Schutzmechanismen für die Beschäftigten, Schulungen und Supervision.

59 Wie in anderen Bundesländern und früher auch in Bremen wollen wir **Zuwendungen für**
60 **Sozialträger** und Projekte nur noch stichprobenartig prüfen. Damit reduzieren wir
61 den Aufwand bei Trägern und Verwaltung. Bei anstehenden Kürzungen von Zuwendungen
62 sollen betroffene Träger frühzeitig eingebunden werden.

63 **Bedarfsdeckende Finanzierung der Wohlfahrt und sozialen Arbeit in Bremen**

64 Wir wollen eine bedarfsdeckende, verlässliche und nachhaltige Finanzierung der
65 Wohlfahrt in Bremen sicherstellen. Die Sozialwirtschaft muss so ausgestattet sein,
66 dass sie ihre Leistungen dauerhaft in hoher Qualität erbringen kann und die
67 Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen und Löhne erhalten. Dafür braucht es eine
68 Finanzierung, die den tatsächlichen Bedarfen entspricht, Kostenentwicklungen
69 berücksichtigt und den Trägern langfristige Planungssicherheit bietet.

70 Deshalb wollen wir die **städtische Planungsreserve** streichen, damit bewilligte
71 Mittel den Trägern vollständig zur Verfügung stehen und sie ihre Angebote
72 verlässlich planen und umsetzen können. Die Tarifentgelte der Beschäftigten der
73 freien Wohlfahrtspflege müssen vollständig refinanziert werden. Gleichzeitig setzen
74 wir uns für eine gleichwertige Finanzierung kommunaler und freier Träger ein,
75 insbesondere bei Verwaltungs- und Regiekosten. Projektförderungen wollen wir
76 schrittweise zugunsten einer langfristigen institutionellen Förderung

- 77 zurückdrängen. So schaffen wir stabile Rahmenbedingungen, sichern bewährte soziale
78 Angebote und ermöglichen den Trägern eine nachhaltige Personal- und
79 Angebotsplanung.
- 80 Auch die **Verbandsarbeit der freien Wohlfahrt** muss auskömmlich finanziert werden,
81 damit sie ihre koordinierenden, beratenden und fachpolitischen Aufgaben zuverlässig
82 wahrnehmen können. Darüber hinaus wollen wir die Verpflichtung gemeinnütziger
83 Träger zur Erbringung von Eigenmitteln reduzieren.
- 84 Ziel aller Maßnahmen muss sein, dass die soziale Infrastruktur **in allen Stadtteilen**
85 bedarfsdeckend vorhanden ist.

Antrag L 03-04: Wer Bildungerechtigkeit will, muss in Kitas investieren - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wer Bildungerechtigkeit will, muss in Kitas investieren

2 Ein gerechtes Bildungssystem, das alle Kinder fördert und Benachteiligungen
3 ausgleicht, beginnt in der Kita. Hier erleben die Kinder soziales Miteinander,
4 Gruppendynamiken, Alltagsroutinen, gesunde Ernährung, Bewegung und Spiel sowie
5 Sprachförderung. Ausreichend Kitaplätze sind eine entscheidende Voraussetzung für
6 Frauenerwerbsbeteiligung und Armutsbekämpfung. Deswegen stärken wir Kitas als das
7 Fundament unseres Bildungssystems und statten sie insbesondere in den Stadtteilen
8 am besten aus, in denen viele Familien von sozialer Benachteiligung betroffen sind.

9 Damit alle Kinder in der Kita Lernerfahrungen machen können, müssen weiter Kita-
10 Plätze ausgebaut werden. Unser Ziel ist eine Versorgungsquote von 60 Prozent mit
11 **Krippenplätzen** für Kinder ab dem ersten Lebensjahr, damit Familien ihr Recht auf
12 einen Kita Platz in Anspruch nehmen können. Dieser Platz soll nicht nur für die
13 Bezieher*innen von Transferleistungen beitragsfrei sein, sondern auch für Familien
14 mit geringem Einkommen. Daher werden wir die Kita-Beitragstabelle deutlich zur
15 Entlastung dieser Einkommensgruppe verändern. Mittelfristig soll die Krippe für
16 alle beitragsfrei werden.

17 Im **Elementarbereich** (3-6jährige) streben wir eine Versorgungsquote von 110 Prozent
18 an, um Luft im System zu haben und jedem Kind, auch unterjährig, einen
19 Betreuungsplatz anzubieten. Denn spätestens mit fünf Jahren sollten alle Kinder in
20 der Kita angekommen sein. Um dies zu erreichen, setzen wir auf gezielte Ansprache
21 und aufsuchende Arbeit durch Bildungsbehörde und Kita-Träger. So werden Fragen und
22 Ängste abgebaut und mehr Vertrauen in das System Kita geschaffen.

23 Außerdem setzen wir auf den Ausbau von niedrigschwelligen Angeboten, um Eltern und
24 Kinder mit dem System Kita vertraut zu machen. Ein Vorzeigebispiel ist hier das
25 **Kita-Einstiegshaus** in Gröpelingen. Ähnliche Gruppen mit stundenweiser Betreuung für
26 Kinder und Beratung für Eltern braucht es in allen benachteiligten Stadtteilen.

27 Auch bei sinkenden Geburtenzahlen in den kommenden Jahren wollen wir für die Kitas
28 verlässliches Arbeiten ermöglichen und die Schließung von Einrichtungen vermeiden.
29 Dazu gehört für uns auch eine verlässliche Trägerstruktur. Insbesondere **Kita Bremen**
30 als kommunaler Eigenbetrieb der Stadt Bremen hat für die Sicherung der
31 Grundversorgung in allen Stadtteilen eine zentrale Bedeutung. Diese Bedeutung zeigt
32 sich auch darin, dass Kita Bremen mit den Spielhäusern Angebote über die

33 Kindertagesbetreuung hinaus anbietet. Dies sind Freizeittreffs für Kinder zwischen
34 6 und 13 Jahren und müssen als wichtige Anlaufpunkte in ihren jeweiligen Quartieren
35 erhalten bleiben.

36 **Jede Kita braucht inklusive Qualität**

37 Nachdem in den letzten Jahren der Fokus auf dem Ausbau von Plätzen gelegen hat,
38 müssen wir nun stärker die **Bildungsgerechtigkeit** und die **Qualität** in den Blick
39 nehmen. Als erstes wesentliches Instrument wollen wir die Gruppenverkleinerung in
40 benachteiligten Quartieren umsetzen, dort sollen künftig 15 Kinder bei
41 gleichbleibender Personalausstattung statt bislang 20 betreut werden. In kleineren
42 Gruppen erfahren Kinder eine intensivere Betreuung, es gibt mehr Sprachanlässe
43 zwischen Fachkraft und Kind, Lautstärke und Stresslevel reduzieren sich. Fachkräfte
44 haben so mehr Zeit pro Kind und können ihrem Anspruch an frühkindliche Bildung
45 besser gerecht werden.

46 Wir wollen Kitas als Orte der **inkluisiven frühkindlichen Bildung** stärken, dabei
47 spielen Sprachbildung und Sprachförderung eine besondere Rolle. Die
48 **alltagsintegrierte Sprachförderung** werden wir verbessern, auch durch den Ausbau von
49 Fortbildungsformaten für Fachkräfte. Außerdem wollen wir zusätzliche Angebote der
50 Sprach- und Bewegungsförderung in den Kitas etablieren, insbesondere in Quartieren
51 mit großen sozialen Herausforderungen.

52 Das Modell der Schwerpunktkitas, in die Kinder mit Förderbedarf bevorzugt gehen,
53 wurde von der Realität längst überholt. Zukünftig sollen alle Kinder in allen Kitas
54 willkommen sein und dort, wo sie in die Kita gehen, die Förderung erhalten, die sie
55 benötigen. Um den Förderbedarfen gerecht werden zu können, werden wir Kitagruppen
56 mit mehreren Förderkindern verkleinern. Das Modellprojekt der
57 Inklusionsberater*innen in Kitas werden wir evaluieren und ggf. ausweiten. Das
58 Pilotprojekt der **systemischen Assistenzen** möchten wir auf alle Kitas ausweiten,
59 ohne Einschränkung des individuellen Rechtsanspruchs auf Begleitung! Dann können
60 alle Kitas auf die Unterstützung von heilpädagogischen und therapeutischen
61 Fachkräften zugreifen.

62 Kita Bremen sollte perspektivisch Träger eines eigenen **Frühförderzentrums** werden.
63 Damit sollen bürokratische Hürden abgebaut, Wege verkürzt und Personaleinsatz
64 flexibler und gleichzeitig im Interesse der Kinder mit Förderbedarfen verbindlicher
65 werden. Dies ist für uns ein Beitrag, die Frühförderung von Kindern strukturell
66 weiterzuentwickeln. Darüber hinaus bedarf es einer intensiven Fachdiskussion,
67 welche Maßnahmen zur Weiterentwicklung einer inklusiven Kita notwendig sind.

68 Wir wollen das Modellprojekt **Gesundheitsfachkräfte** in den Kitas ausweiten, denn in
69 den Kitas können Kinder und Eltern niedrigschwellig und präventiv erreicht werden.
70 Dies gilt auch für die sozialpädagogischen **Netzwerksstellen** im Rahmen der
71 Elternbegleitung und zur Absicherung des Kindeswohls.

72 Dem **Kinderschutz** kommt eine wichtige Bedeutung zu. Verbindliche Schutzkonzepte in
73 allen Einrichtungen, geschultes Personal, klare Meldewege bei Verdacht auf
74 Kindeswohlgefährdung sowie räumliche Anpassungen sind inzwischen die Standards in
75 Kitas, auf deren Einhaltung wir kontinuierlich achten.

- 76 Zu einer guten Kita gehört auch ein gutes Frühstück. Wir wollen das **kostenfreie**
77 **Frühstück** für Kitas in benachteiligten Lagen erhalten und perspektivisch wieder in
78 allen Bremer Kitas anbieten. Wir unterstützen den Erhalt von Frischeküchen in
79 Kitas, denn auch Küchen sollen Lernorte für Kinder sein.
- 80 Bei allen **Neu- und Umbauten** achten wir auf eine **hitzeresiliente** und klimaneutrale
81 Anpassung der Gebäude.

Antrag L 03-05: Wer Bildungsgerechtigkeit will, muss in Kitas investieren - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Kitas brauchen mehr Entlastung!**

2 Zur Qualitätsentwicklung gehört auch eine **gute Leitungsstruktur**. Wir werden die
3 Leitungszeiten ausweiten, da die Bedarfe bei Kindern und Eltern gestiegen und die
4 multiprofessionellen Teams größer geworden sind. Hinzu kommen mehr
5 Kooperationszeiten durch die Stärkung der stadtteilbezogenen Verbundarbeit mit
6 Grundschulen im Rahmen des Bildungsplans 0-10.

7 Damit Fachkräfte in die Lage versetzt werden, hochwertige frühkindliche Bildung
8 anzubieten, brauchen sie verbindlich abgesicherte Team- und Vorbereitungszeit sowie
9 Zeit zur Dokumentation und für Elterngespräche. Diese muss in der **Arbeitszeit**
10 gleichwertig zur Arbeit mit Kindern berücksichtigt werden.

11 Durch die Umstellung der schulischen Ausbildung zum*zur Erzieher*in werden in
12 Zukunft deutlich mehr Auszubildende in Bremer Kitas arbeiten, teilweise mit nur
13 geringen Vorkenntnissen. Um die Auszubildenden qualitativ gut begleiten zu können,
14 brauchen wir mehr **Entlastungsstunden für Anleiter*innen** und eine neu aufgestellte
15 Mentor*innen-Fortbildung.

16 All diese Entlastungen müssen kommen, um Motivation im Beruf erhalten zu können:
17 wir wollen nicht zulassen, dass immer mehr Personal die Kitas verlässt oder die
18 Arbeitszeit reduziert, weil die **Rahmenbedingungen** die eigenen Ansprüche an gute
19 Arbeit nicht verwirklichen lassen!

20 **Kitas müssen verlässlich für Eltern sein**

21 Kitas in Bremen haben nicht nur in den Wintermonaten Probleme mit hohen
22 Krankenständen beim Personal. Notdienste oder reduzierte Betreuungszeiten stellen
23 Eltern oft vor extreme Herausforderungen. So ist die Kita aus Elternsicht oft nicht
24 verlässlich. Um Kitapersonal und Eltern zu entlasten, werden wir einen möglichst
25 trägerübergreifenden **Vertretungspool** einsetzen, der es ermöglicht, Notdienste
26 spürbar zu reduzieren und Kitas wieder verlässlicher zu machen.

27 Die Betreuungszeiten der meisten Bremer Kitas sind von 08:00-16:00 Uhr.
28 Arbeitszeiten von Arbeitnehmer*innen gehen oft darüber hinaus. Um Eltern ein
29 längeres Betreuungsangebot zu ermöglichen, wollen wir in jedem Stadtteil mindestens
30 eine Kita mit **längeren Öffnungszeiten** etablieren, um Vereinbarkeit von Beruf und
31 Familie, insbesondere auch für Alleinerziehende, zu erhöhen.

32 **In die Ausbildung investieren**

33 Der Bedarf an Erzieher*innen wird auch trotz Rückgang der Kinderzahlen hoch
34 bleiben. Wir brauchen mehr Erzieher*innen, um kleine Gruppen zu ermöglichen und um
35 den schulischen Ganzttag mit Fachpersonal versorgen zu können.

36 Um mehr Menschen dazu zu motivieren, künftig mit Kindern zu arbeiten, müssen auch
37 die ersten Ausbildungsschritte zur sozialpädagogischen Assistenz (SPA) bzw.
38 Kinderpflege vergütet werden. Die **Aufstiegsfortbildungsprämie** muss wieder auf das
39 ursprüngliche Niveau von 4.000 Euro angehoben werden.

40 Wer bereits als Kindertagespflegeperson in einer Kita arbeitet, soll aufgefordert
41 werden, berufsbegleitend die Ausbildung zur SPA/Kinderpflege zur absolvieren. Im
42 Kitagesetz (BremKTG) wurden 2025 temporär Standardabsenkungen im Kitapersonal
43 aufgrund des Fachkräftemangels ermöglicht. Als Linke setzen wir uns dafür ein, dass
44 diese Standardabsenkungen spätestens 2028 auslaufen und nicht verlängert werden.
45 Die pädagogische Arbeit in Kitas sollte in der Regel von Erzieher*innen übernommen
46 werden, dies gilt insbesondere in der Inklusion und in benachteiligten Stadtteilen.
47 Geringere **Qualifikationsniveaus** sollen nicht mehr als maximal 25% des pädagogischen
48 Personals ausmachen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass es für
49 Sonderpädagog*innen, Psycholog*innen und Elementarpädagog*innen attraktiver wird,
50 auch in Kitas zu arbeiten.

51 **Kitas auskömmlich finanzieren**

52 All diese Maßnahmen lassen sich nur erreichen, wenn Kitas finanziell gut
53 ausgestattet werden. Deswegen kämpfen wir nicht nur dafür, dass trotz sinkenden
54 Geburtenzahlen die Finanzmittel für die Kitas weiterhin in unveränderter Höhe
55 bereitgestellt werden, sondern setzen uns auch dafür ein, zur Entlastung
56 benachteiligter Quartiere und für eine gelingende Inklusion **zusätzliche**
57 **Finanzmittel** zur Verfügung zu stellen.

Antrag L 03-06: Bildung - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Bildung

- 2 Vor knapp 20 Jahren wurde mit dem **Schulkonsens** (2008, ohne Zustimmung der Linken)
3 das Bildungssystem im Land Bremen neu geordnet. Seitdem existieren im Anschluss an
4 die Grundschule nur noch zwei Schulformen: eine inklusiv arbeitende Oberschule, die
5 zu allen Abschlüssen führt und das traditionelle Gymnasium mit dem Weg zum Abitur.
6 In der Neuauflage des Konsenses 2018 (diesmal mit Die Linke) vereinbarten die
7 beteiligten Parteien zusätzlich, dass die Schulen im Land Bremen deutlich besser
8 ausgestattet werden sollen und insbesondere die Schulen in den benachteiligten
9 Quartieren gestärkt werden müssen. Dabei hat Die Linke aber nicht ihre
10 grundsätzliche Position aufgegeben: nur langes gemeinsames Lernen aller schafft
11 echte Bildungsgerechtigkeit und es braucht eine Schule für alle.
- 12 In der Bilanz müssen wir nun aber feststellen, dass die wesentlichen Ziele des
13 Schulkonsenses nicht erreicht wurden: immer noch hängt in Bremen der Bildungserfolg
14 massiv vom sozialen Status der Eltern ab. Das können wir nicht akzeptieren!
- 15 Ebenfalls unverändert ist der Abstand bei den **Bildungsausgaben** im Vergleich mit den
16 Stadtstaaten. Laut statistischem Bundesamt gibt Bremen 2.300 EUR weniger pro Jahr
17 und Kind aus als Hamburg und 2.800 EUR weniger als Berlin. Zwar haben alle
18 Bundesländer ihre Bildungsausgaben erhöht – auch Bremen – dabei ist es aber nicht
19 gelungen, aufzuschließen. Diese Unterausstattung bekommen alle am Schulleben
20 Beteiligten täglich zu spüren.
- 21 Es ist gelungen, die **Oberschule** als neue, innovative Schulform zu etablieren. An
22 den Oberschulen werden Kinder gemeinsam inklusiv unterrichtet. Dabei ist der
23 Unterricht auf verschiedenen Anforderungsniveaus inzwischen Standard, es wird viel
24 in Projekten gearbeitet, oft auch jahrgangsübergreifend. In der Praxis kommt es
25 dabei aber immer wieder zu Problemen: Insbesondere die Förderung von behinderten
26 Kindern scheitert im Alltag an den Ressourcen. Fehlendes Personal und zu geringe
27 Stundenausstattungen für den inklusiven Unterricht oder die gemeinsame Vorbereitung
28 im Team prägen den Alltag.
- 29 Das **Gymnasium** blieb in dieser Zeit im Wesentlichen unverändert und durch den
30 Schulkonsens in seiner aus der Zeit gefallene Schul- und Unterrichtsform geschützt;
31 Kinder mit Förderbedarf müssen bis heute nicht aufgenommen werden.
- 32 Gleichzeitig hat sich der Schulkonsens als **Innovationsbremse** bei der
33 Weiterentwicklung von Grund- und Oberschulen herausgestellt: Die Möglichkeit,

34 durchgehende Schulen von der Klasse 1 bis 10 zu bilden, scheiterte in der Praxis am
35 Vetorecht der CDU.

36 Das aktuelle Bremer Schulsystem mit seinen zwei Säulen hat die Segregation der
37 Kinder nach der vierten Klasse nicht beendet. Nach wie vor spielen hierbei soziale
38 Faktoren wie der Bildungsstand des Elternhauses oder die Migrationsgeschichte eine
39 wesentliche Rolle für die weitere Schulwahl. Im Kern hat der Konsens damit sein
40 Versprechen nach mehr Gerechtigkeit im Schulsystem leider nicht erfüllen können.

41 Deswegen wollen wir Erprobungen von gemeinsamen Lernen und Modellschulen, die Zeit
42 und die Mittel zur Verfügung stellen, die sie brauchen, gerne auch über einen neuen
43 Schulkonsens, basierend auf den Ergebnissen der Auswertung des letzten
44 Schulkonsens. Ein einfaches Weiter-so **des Schulkonsens** mit der Festschreibung des
45 zweigliedrigen Schulsystems wird die Linke nicht mittragen.

46 **Unsere Vision: Eine Schule für alle**

47 Die Linke kämpft für eine konsequente Weiterentwicklung der Bremer Schulen zu Orten
48 des gemeinsamen Lernens für alle Kinder, unabhängig von ihrem sozialen Status,
49 ihrem Geschlecht, ihrer Migrationsgeschichte, ihrer Begabungen oder ihres
50 Förderbedarfs. Um dies zu erreichen, braucht es eine grundlegende **Strukturreform im**
51 **Bremer Schulsystem**.

52 Wir setzen uns für gemeinsames Lernen von der Klasse eins bis zur Klasse zehn ein.
53 Dieses Modell wird derzeit in unseren beiden Städten unter dem Namen
54 **Gemeinschaftsschule** diskutiert. Statt einer Aufteilung der Kinder nach vier
55 Grundschuljahren wird das gemeinsame Lernen fortgesetzt, ohne Brüche, ohne das
56 Zerreißen von Freundschaften und ohne eine unzuverlässige und entwicklungshemmende
57 Prognose zur Leistungsfähigkeit eines Kindes. Damit entfällt dann auch das oft
58 Frust auslösende Verfahren der Schulanwahl nach der vierten Klasse. Ab Klasse eins
59 wissen Kinder und Eltern verlässlich, auf welche Schule ihr Kind geht und einen
60 Abschluss machen wird.

61 Es entfällt dann aber nicht nur eine Einsortierung aller Kinder anhand des
62 Regelstandards, auch die Statuierung für einen Förderstatuts kann im vierten
63 Schuljahr entfallen. Alle Kinder erhalten durchgängig eine individuelle **Förderung**
64 anhand ihrer realen Bedarfe. Dies kann nur gelingen, wenn den Schulen eine
65 ausreichende **Ressource für die Inklusion** schon mit der Basisausstattung zugeteilt
66 wird. Förderstunden für Inklusion, Assistenzkräfte, Personal für temporäre
67 Lerngruppen und Differenzierungsräume müssen zur Regelausstattung einer jeden
68 Schule werden, um eine gute Inklusion von Anfang an abzusichern.

69 Wir wollen uns in der neuen Legislaturperiode aber nicht in langen Debatten über
70 ein neues Schulgesetz verzetteln. Bereits das aktuelle Schulgesetz bietet die
71 Option, Grund- und Oberschulen zu **Gemeinschaftsschulen** zusammenzufassen. Wir werden
72 die Möglichkeit schaffen, dass sich benachbarte Schulen einfach als **Modellschulen**
73 bewerben können und schnell unter einem Dach als neue Schule auf einem gemeinsamen
74 Campus durchstarten können. Hierbei werden sie mit einem Budget und zeitlicher
75 Entlastung für Schulentwicklung zusätzlich unterstützt. Wir garantieren dabei, dass
76 alle Kinder an diesen Gemeinschaftsschulen bleiben können. Auch die Gymnasien sind

77 ausdrücklich aufgefordert und werden dabei finanziell unterstützt, sich gemeinsam
78 mit einer Grundschule in eine inklusive Schule für alle umzuwandeln.

79 Die Gemeinschaftsschulen sollen dabei die Möglichkeit erhalten, sich nicht nur der
80 Form nach zu einer neuen Schule zu entwickeln, sondern auch dem Inhalt nach.
81 Demokratisches Schulleben, projektorientiertes Lernen, individualisierte
82 Aufgabenstellungen, Lernstudios, jahrgangsübergreifende Gruppen oder eine Abkehr
83 vom strengen 45-Minuten-Raster können an diesen Schulen etabliert und
84 weiterentwickelt werden. Das längere gemeinsame Lernen macht eine langfristige,
85 stabile und verlässliche pädagogische Erziehungsarbeit möglich. Diese Schulen
86 verzichten bis zur achten Klasse auf Schulnoten und das Lernen im Ganzttag macht
87 Hausaufgaben überflüssig. Wir wollen **Hausaufgaben** deshalb abschaffen.

88 Gemeinschaftsschulen sind offen für den Stadtteil. Sie vernetzen sich mit Kitas, um
89 gemeinsam einen möglichst nahtlosen Einstieg in die Schule zu ermöglichen. Auch mit
90 anderen Bildungs-, Kultur- und Jugendeinrichtungen im Quartier stehen sie im engen
91 Austausch, Sportvereine werden in die Angebote des Ganztags integriert.

92 Parallel zum Austesten des Konzepts Gemeinschaftsschule in der Praxis, bereiten wir
93 eine **allgemeine Schulreform** vor, mit der längeres gemeinsames Lernen für alle
94 Kinder zur Regel wird. Das Gymnasium als Sonderform wird damit mittelfristig
95 überwunden.

96 Zu einer solchen Schulreform muss dann auch die Neugestaltung der Sekundarstufe II
97 gehören. Lange gab es in Bremen mit den Zentren der Sekundarstufe II Orte, an denen
98 allgemeine und berufliche Bildung zusammengedacht wurden. Ohne zwingenden
99 inhaltlichen Grund wurden diese Sek.-II-Zentren zerschlagen und durch kleine
100 gymnasiale Oberstufen ersetzt. In diesen gibt es nun oft ein nur kleines
101 Kursangebot mit wenig Möglichkeiten für Schüler*innen, anhand ihrer Neigungen zu
102 wählen. Wir wollen die Bremer Tradition der **Oberstufenzentren** wiederbeleben und
103 allgemeine und berufliche Bildung wieder integrieren.

Antrag L 03-07: Bildung - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Sofortprogramm für die Schulen**

2 Die Weiterentwicklung der Bremer Schulen zu Gemeinschaftsschulen stellt unsere
3 Vision für eine gerechte Bildungspolitik in Bremen dar. Aber ein neuer Senat muss
4 nach der Bürgerschaftswahl schnell eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, um die
5 Bremer Schulen zu unterstützen:

6 Alle Kinder sollen in der Schule die **gleichen Chancen** haben. Der starke
7 Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft in Bremen muss abgebaut
8 werden. Deswegen stärken wir weiterhin Schulen in benachteiligten Stadtteilen
9 konsequent. Maßnahmen wie kleinere Klassen bei herausfordernder Lage oder
10 zusätzliche Landesmittel für das Startchancenprogramm setzen wir fort.

11 Gute Bildung fängt früh an. Insbesondere unterstützen wir die Grundschulen, in
12 denen das Fundament für einen künftigen Bildungserfolg gelegt wird. In den
13 benachteiligten Stadtteilen wollen wir die **Doppelbesetzung an Grundschulen**
14 flächendeckend in alle Klassen bringen. Diese pädagogischen Fachkräfte werden
15 gemeinsam fortgebildet und systematisch angeleitet, um ein gemeinsames Verständnis
16 der Aufgaben im schulischen Alltag zu entwickeln.

17 Der **Ausbau des Ganztags** wird weiter vorangetrieben, damit alle Kinder bis
18 einschließlich der siebten Klasse einen Nachmittagsplatz bekommen. Unser Ziel
19 bleibt der gebundene Ganztag, da dieser mit seiner Verzahnung von Vor- und
20 Nachmittagsgestaltung sowie der pädagogischen gestalteten Abwechslung von
21 Lernphasen, Sport, kultureller Bildung und Pausen die beste Förderung für Kinder
22 ermöglicht. Dabei muss der Ausbau mit zusätzlichen Plätzen und die qualitative
23 Weiterentwicklung des Ganztags Hand in Hand gehen.

24 Zum Ganztag gehört auch ein hochwertiges **Mittagessen** für alle Kinder. Wir
25 verbessern die Qualität des Essens an Schulen und achten auf ausgewogene Ernährung
26 aus regionaler und biologischer Herstellung. Wir vereinheitlichen die Essenspreise
27 an allen Schulen und halten sie stabil, Familien mit Bremen-Pass zahlen
28 selbstverständlich weiterhin nichts. Unser klares Ziel ist, kostenfreies
29 Mittagessen für alle Kinder anzubieten. Außerdem wollen wir Schulen ermöglichen,
30 nach Bedarf Frühstück-Angebote vor Schulbeginn einzurichten. Solche Angebote werden
31 teilweise schon eigeninitiativ von Schulleitungen und Lehrkräften organisiert und
32 durchgeführt, um zu verhindern, dass Schüler*innen mit leerem Magen lernen müssen.
33 Dafür wollen wir einen Sachmittelfonds zur Unterstützung schaffen.

34 In einigen wenigen Fällen lässt sich aktuell an Grundschulen aus baulichen Gründen

35 kein Ganzttag realisieren. An diesen Standorten übernehmen weiterhin **Horte** die
36 Aufgabe der Nachmittagsbetreuung, deren Angebote wir gebührenfrei machen werden.

37 Der **Schulalltag soll moderner** gestaltet werden: Schulbeginn ab 9 Uhr ist für ältere
38 Kinder deutlich gesünder. Wir wollen mehr Schulen als bisher zu einem späteren
39 Schulbeginn oder zu Gleitzeitmodellen motivieren. Eine Betreuung vor
40 Unterrichtsbeginn muss sichergestellt werden. Hausaufgaben sind aus der Zeit
41 gefallen und sollten durch Selbstlernphasen in der Schule ersetzt werden, wir
42 wollen sie deshalb abschaffen. Pädagogisches Feedback ist notwendig, aber Noten
43 sollten an allen Bremer Schulen nicht vor Klasse acht vergeben werden.

44 Die **schulische Inklusion** sichern wir durch zusätzliches Personal ab. Die Zuweisung
45 mit sonderpädagogischen Fachkräften an die Grundschulen richten wir an den realen
46 Förderquoten aus. Alle Grundschulen werden mit systemischen Assistenzen als fester
47 Personalressource ausgestattet. Zusätzliches Personal für temporäre Lerngruppen
48 wird allen Schulen der Sozialstufen 3 bis 5 zur Verfügung gestellt.

49 **Schulsozialarbeit** etablieren wir an allen Schulen in Bremen und Bremerhaven. Alle
50 Schulsozialarbeiter*innen werden mit Dienst-Tablets ausgestattet. Für eine
51 regelmäßige und systematische Weiterbildung dieser Berufsgruppe wird gesorgt.

52 **Psychische Belastungen** von Kindern und Jugendlichen sind alarmierend; ReBUZ, Kipsy
53 und Beratungsstellen arbeiten oft am Rand der Überlastung. Wir schaffen schulnahe
54 Angebote in Kooperation mit Gesundheitsfachkräften und verfügbaren Psycholog*innen
55 (z. B. durch Beratungszeiten und Gruppenangebote in Schulverbünden) und verkürzen
56 Wartelisten durch zusätzliche, passgenaue Kapazitäten. Zudem werden wir
57 verbindliche Interventionsketten und schulische Anlaufstellen etablieren, die
58 präventive Programme, Krisenintervention und Nachsorge vernetzen. Um dies zu
59 gewährleisten, entwickeln die Ressorts Bildung, Soziales und Gesundheit einen
60 gemeinsamen Aktionsplan zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

61 Zusätzliche **Quartierbildungszentren** (z.B. in Kattenturm und Vegesack) unterstützen
62 die Kinder in den benachteiligten Stadtteilen. Bildungsmanager*innen starten mit
63 der Netzwerkarbeit, auch wenn das Gebäude noch nicht steht.

64 Wir wollen die **Berufsorientierung** verbindlich stärken: längere Praktika, gezielte
65 Unterstützung für Schulen in benachteiligten Quartieren und Ausbau
66 berufsorientierender Angebote innerhalb der schulischen Curricula. Wir fördern
67 Betriebsnetzwerke, die verbindlich Praktikumsplätze für Schulen in sozial
68 belasteten Stadtteilen bereitstellen und regelmäßige Werkstattangebote
69 unterschiedlicher Professionen in den Schulen. Wege für Schüler*innen mit
70 Unterstützungsbedarf in den ersten Arbeitsmarkt wollen wir besonders stärken.

71 Um das Recht auf qualitativ hochwertige **Bildung auch für neu zugewanderte Kinder**
72 **und Jugendliche** sicherzustellen, wollen wir diese schnell und zügig in das reguläre
73 Schulsystem integrieren. Lernangebote in Erstaufnahmeeinrichtungen sollen maximal
74 zwei Monate auf den Schulbesuch vorbereiten. Die **Willkommenschulen** als eigene
75 Förderzentren für Sprache werden nicht über das Jahr 2030 verlängert, sondern als
76 reguläre Oberschulen weitergeführt.

77 Statt dieser Parallelsysteme muss sich das Schulsystem insgesamt auf **Migration als**
78 **Normalfall** einstellen und dauerhaft Ressourcen zur Integration von neu
79 Zugewanderten bereithalten. Insbesondere bedarf es ausreichend Plätze in
80 teilintegrativen Vorkursen, die darauf ausgerichtet sind, dass die neu
81 zugewanderten Kinder und Jugendlichen schnell am Regelunterricht teilnehmen können.
82 Der Erwerb von Deutschkenntnissen auf vollem fachlichen Unterrichtsniveau ist ein
83 mehrjähriger Prozess, so dass auch nach dem Erlangen alltagssprachlicher
84 Fähigkeiten mit Möglichkeiten wie digitalen Übersetzungshilfen und mutter- oder
85 zweitsprachlicher Unterstützung gearbeitet werden muss. Auch für neu zugewanderte
86 Schüler*innen muss das Ziel sein, einen möglichst hohen Schulabschluss zu
87 erreichen. Für die Vorkurse bilden wir mehr DaF/DaZ-Fachkräfte (Deutsch als Zweit-
88 bzw. Fremdsprache) aus und entwickeln ein durchdachtes Bildungsprogramm. Wir
89 fordern außerdem ein Recht auf Schulbesuch bis zum 25. Lebensjahr, damit auch junge
90 zugewanderte Erwachsene noch einen Abschluss erwerben können.

91 Um eine gute Ausbildung für einen guten Start ins Berufsleben zu garantieren,
92 braucht das Land Bremen moderne und zeitgemäß ausgestattete **Berufsschulen**. Hierfür
93 muss sofort nach der Wahl eine aktualisierte Standortplanung erarbeitet werden.
94 Diese muss berücksichtigen, dass gerade große Geburtenjahrgänge an den Schulen
95 hochwachsen und das System der beruflichen Schulen in den 2030er Jahren sehr
96 gefordert sein wird. Mit dem Aus- und Neubau der Schulen muss daher unbedingt in
97 der kommenden Legislaturperiode begonnen werden.

98 Nach wie vor lernen geflüchtete oder behinderte Jugendliche an den Berufsschulen in
99 separierten Ausbildungsgängen. Dies widerspricht der inklusiven Grundanlage des
100 Bremer Schulsystems und muss dringend verändert werden. Wir wollen die **schulischen**
101 **Ausbildungsgänge** daher zusammenführen, umstrukturieren und das gemeinsame Lernen
102 aller auch in die Sekundarstufe II tragen. Dafür müssen dann auch zusätzliche
103 Stunden für Sonderpädagogik/Inklusion an die beruflichen Schulen zugewiesen werden.

104 Um Schüler*innen demokratische Lernerfahrungen zu ermöglichen und
105 antidemokratischen Tendenzen in Bremen entgegenzuwirken, werden wir **partizipative**
106 **Unterrichtsgestaltung und demokratische Schulentwicklung** konsequent an allen
107 Schulen verankern. Unterricht, Schulkultur und Gremien sind demokratisch zu
108 gestalten, nicht als gelegentliches Projekt, sondern als dauerhafter Standard der
109 Schulentwicklung, bei dem Schüler*innen an Leitbild, Hausregeln und
110 Schulentwicklung mit echten Mitbestimmungsrechten beteiligt sind. Um die Arbeit der
111 Schüler*innenvertretungen (SV) zu stärken, orientieren wir uns am von der
112 Gesamtschüler*innenvertretung Bremen (GSV), dem Stadtschüler*innenring Bremerhaven
113 (SSR) und dem Bremer Jugendring entwickelten SV- Konzept, welches unter anderem SV-
114 Schulungen und bessere Beratung für politisch aktive Schüler*innen vorsieht.

115 Auch der aktive **Einsatz gegen Diskriminierung** gehört für uns als
116 Querschnittsaufgabe in den Schulalltag. Hierzu werden Fortbildungen ausgebaut und
117 ein Pflichtmodul für Referendar*innen eingeführt. Darüber hinaus wird unter
118 Berücksichtigung von Betroffenen an jeder Schule ein Schutzkonzept gegen
119 Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eingeführt. Neben den
120 DiBSI-Beratungsstellen etablieren wir bei der Schulaufsicht

- 121 Diskriminierungsbeauftragte, die als formale Beschwerdestelle bei
122 Diskriminierungsfällen dienen können.
- 123 Alle Schulen sollen eigene **Gewaltschutzkonzepte** entwickeln, in denen eine
124 umfassende Gewaltprävention an Schulen etabliert wird, die unter anderem Schutz vor
125 sexualisierten Übergriffen, körperlicher Gewalt, Mobbing und Cybermobbing
126 beinhalten. Schulen und Schulaufsicht müssen klare Meldewege bei Gewalt an Schulen
127 benennen. Wir wollen eine Fachstelle für sexualisierte Grenzüberschreitung in der
128 Bildungsbehörde einrichten, die Schulen sowie Schüler*innen und Eltern berät. Das
129 Beamtenrecht setzt enge Grenzen für die Möglichkeit, Beamte aus dem
130 Dienstverhältnis zu entlassen, sogar im Fall von ernstzunehmenden sexuellen
131 Grenzverletzungen gegenüber Schutzbefohlenen. Die Fachstelle soll eine Strategie
132 für den Umgang mit derartigen Fällen entwickeln.
- 133 Das **Schulschwimmen** muss intensiviert werden. Den Schwimmunterricht werden wir von
134 der dritten auf die zweite Klasse vorziehen.

Antrag L 03-08: Bildung - Teil 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Strukturelle Rahmenbedingungen verbessern**

2 Ein solches Sofortprogramm für die Bremer Schulen kann nur gelingen, wenn die
3 strukturellen Rahmenbedingungen für die Schulen deutlich verbessert werden.

4 Insbesondere muss hierzu die **finanzielle Ausstattung** der Schulen stark verbessert
5 werden. Bremen muss endlich mindestens so viel Geld pro Schüler*in ausgeben wie
6 Hamburg, dafür stocken wir den Bildungshaushalt beginnend ab dem Doppelhaushalt
7 2028/2029 deutlich auf. Sich abzeichnenden sinkende Geburtenzahlen dürfen nicht zu
8 Sparrunden im Bildungsbereich genutzt werden. Im Gegenteil: freiwerdende Mittel
9 müssen konsequent weiter den Schulen zur Verfügung gestellt werden.

10 Wir werden sicherstellen, dass zukünftig eine verlässliche Planung zwischen
11 Einwohnermeldeamt, Statistischem Landesamt, KiTas und Bildungsbehörde klar und
12 verlässliche Zahlen der zu beschulenden Kindern liefert.

13 Die **Ausbildung von Lehrkräften** an der Universität Bremen und am Landesinstitut für
14 Schule (LIS) werden wir weiterhin auf hohem Niveau fortführen und die Kooperation
15 zwischen den beteiligten Institutionen noch weiter vertiefen, z.B. indem wir eine
16 duale Lehramtsausbildung erproben, die Master und Referendariat verbindet. An der
17 Universität schaffen wir zusätzliche Plätze für Inklusive Pädagogik und erleichtern
18 den Zugang durch eine Ausweitung der Fächerkombination. Indem wir alternative
19 Zugangswege zum Studium neben dem NC einrichten, ermöglichen wir einer diverseren
20 Gruppe ein Lehramtsstudium. Über alle Phasen des Studiums verteilt sorgen wir
21 dafür, dass alle zukünftigen Lehrkräfte das Thema Inklusion vermittelt bekommen.

22 Die Zahl der Klassen für **Erzieher*innen und Heilerziehungspfleger*innen** werden wir
23 nicht reduzieren. Wo an Schulen aktuell nicht voll qualifiziertes Personal arbeitet
24 (beispielsweise bei Doppelbesetzungen, in der Assistenz oder im Ganztags), sorgen
25 wir dafür, dass berufsbegleitend diese Qualifikation nachgeholt wird. Wir
26 ermöglichen, dass Grundschulen als Ausbildungsort für Erzieher*innen neben Kitas
27 und der Jugendhilfe angewählt werden können.

28 Sobald erste Daten aus der **Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften** vorliegen, werden
29 wir deren Zeiteinsatz evaluieren und an die Erfordernisse einer modernen Schule
30 anpassen. Hierbei berücksichtigen wir die hohe psychische Belastung von Lehrkräften
31 am Arbeitsplatz Schule. Wir werden mehr Zeit für Kooperation und Teamarbeit, die
32 Beratung von Schüler*innen und Eltern sowie die pädagogische Weiterentwicklung von
33 Unterricht ermöglichen. Bei dieser pädagogischen Weiterentwicklung muss auch das
34 IQHB eine stärkere Rolle übernehmen, das nicht nur Daten erheben, sondern Schulen

35 auch aktiv beraten soll.

36 Zur Entlastung von Pädagog*innen trägt aber auch bei, zusätzliches **Personal für**
37 **IT/Technik und Verwaltung** an Schulen einzustellen. Wir wollen die Aufgaben, die von
38 Sekretariaten übernommen werden können, ausweiten und diese dann auch entsprechend
39 besser vergüten.

40 Aktuell berücksichtigt die **Stundenzuweisung** an die Schulen den realen
41 Unterrichtsausfall nicht ausreichend. Daher werden wir diese Zuweisung auf 110% der
42 Stundentafel erhöhen, damit die Schulen angemessen vertreten können. Um schneller
43 auf langfristigen Unterrichtsausfall bei Mutterschutz/Elternzeit oder längerer
44 Krankheit reagieren zu können, wollen wir einen Vertretungspool für die Schulen
45 dauerhaft etablieren und in diesem per Festanstellung neues Personal an Bremen
46 binden.

47 Um gut lernen, aber auch Kinder und Jugendliche gut unterrichten und begleiten zu
48 können, sind geeignete **Schulräume** unerlässlich. Daher wollen wir Schulen auch
49 baulich neu denken: starre Klassenraumstrukturen werden aufgebrochen; Lerninseln,
50 Gruppen- und Differenzierungsräume, Bereiche für sicheren Aufenthalt und
51 Verpflegung treten an ihre Stelle. Insbesondere aber achten wir darauf, dass
52 Sporthallen und Bewegungsflächen stets allen Schulen zur Verfügung stehen. Bei den
53 Planungen beteiligen wir alle in der Schule Betroffenen von Anfang an („Phase
54 Null“).

55 Wir erstellen ein verbindliches **Sanierungs- und Neubau-Programm für Schulen**, für
56 das vor allem Mittel des Sondervermögens des Bundes herangezogen werden.
57 Grundsätzlich sollen die Schulgebäude in kommunaler Hand bleiben – als Eigentum der
58 jeweiligen Stadt, von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oder der
59 Bildungsbaugesellschaft Bremen. Bei allen Neu- und Umbauten berücksichtigen wir
60 Klimaneutralität und Hitzeresilienz.

61 Den Besuch von Bundeswehr an Schulen lehnen wir nach wie vor ausdrücklich ab. Keine
62 Bremer Schule muss Jugendoffiziere einladen.

Antrag L 03-09: Gute Ausbildung für alle sicherstellen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Gute Ausbildung für alle sicherstellen

2 Eine gute Ausbildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und
3 berufliche Perspektiven. Trotzdem finden jedes Jahr viele junge Menschen keinen
4 Ausbildungsplatz, während Betriebe über Fachkräftemangel klagen. Gleichzeitig
5 werden Auszubildende zu oft schlecht bezahlt, ausgebeutet oder finden keine
6 bezahlbare Wohnung. Wir wollen das in Bremen und Bremerhaven ändern: Jeder junge
7 Mensch sollte eine Ausbildung machen können, unabhängig von Herkunft, Einkommen
8 oder
9 Aufenthaltsstatus.

10 Zugang zu Ausbildung verwirklichen

11 Junge Menschen dürfen nicht ohne Perspektive bleiben. Deshalb setzen wir uns dafür
12 ein, dass jedem jungen Menschen der Abschluss einer Berufsausbildung ermöglicht
13 wird und damit Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet werden. Ein erprobtes
14 Instrument dafür sind die außerbetrieblichen Ausbildungsverbünde. Diese haben in
15 Bremen und Bremerhaven seitdem sie 2020 eingeführt wurden, zahlreiche zusätzliche
16 Ausbildungsplätze geschaffen. Wir wollen sie fortführen und weiterentwickeln.

17 Als einen Schlüssel dazu sehen wir den **Ausbildungsunterstützungsfonds**, den wir als
18 erstes Bundesland eingeführt haben. Den Ausbildungsfonds wollen wir erhalten,
19 ausbildungsfördernde Maßnahmen starten und gemeinsam mit den Auszubildenden
20 konsequent weiterentwickeln. Betriebe, die sich ihrer Verantwortung für Ausbildung
21 entziehen, müssen dabei stärker finanziell in die Pflicht genommen werden. Die
22 Mittel sind gezielt dafür einzusetzen, in mehr Betrieben zusätzliche und bessere
23 Ausbildungsplätze zu schaffen sowie ausbildungsfördernde Maßnahmen zu finanzieren.

24 Dazu gehören insbesondere der Ausbau **ausbildungsbegleitender Unterstützungsangebote**
25 , der Einsatz von Sprachcoaches in der Ausbildung, sowie eine regelmäßige
26 Evaluation und Weiterentwicklung des Ausbildungsfonds, bei der die Perspektiven der
27 Auszubildenden durch einen Sitz im Verwaltungsrat verbindlich einbezogen werden.

28 Darüber hinaus werden wir ein Konzept entwickeln, um in benachteiligten Quartieren
29 **Ausbildungszentren** zu schaffen, die zusätzliche Ausbildungsplätze und
30 unterstützende Angebote bündeln.

31 Auch die **Jugendberufsagentur** wollen wir dauerhaft absichern und stärken. Dazu
32 gehören eine aufsuchende Beratung und eine langfristige Finanzierung ihrer

33 Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere über soziale Medien. Sie soll junge Menschen
34 auch dabei unterstützen, einen Schulabschluss nachzuholen und damit die
35 Voraussetzungen für eine Ausbildung zu schaffen. Dafür wollen wir die Vernetzung
36 mit Bildungsträgern intensivieren.

37 Gerade aufgrund der hohen Anzahl an Schulabgänger*innen ohne Abschluss und
38 weiterhin zu wenig Ausbildungsplätzen in Betrieben müssen wir neue Wege eröffnen,
39 damit mehr Menschen einen Berufsabschluss erreichen. Deswegen bilden
40 **Teilqualifizierungen** einen weiteren wesentlichen Baustein unserer
41 Landesarbeitsmarktstrategie. Neben einem gut organisierten zweiten Bildungsweg
42 können Teilqualifizierungen eine Möglichkeit bieten, in einem anwendungsnahen, klar
43 strukturierten und auch finanziell besser zu vereinbarenden Verfahren berufliche
44 Abschlüsse zu erlangen. Diese dürfen jedoch keine Ersatzform sein, die von
45 Arbeitgebenden als günstige Teil-Ausbildung zu Hilfskraftkonditionen missbraucht
46 werden kann. Daher braucht es Garantien, dass Teilqualifizierungen akkreditiert und
47 geprüft sind, stets alle Module angeboten werden sowie den Beschäftigten
48 selbstbestimmt zugänglich und immer abschlussorientiert vermittelt werden.

49 Für als Hilfskräfte, also z.B. Pflegeassistent*innen oder sozialpädagogische
50 Assistent*innen, qualifizierte Beschäftigte wollen wir Wege zur **Qualifikation als**
51 **Fachkraft** ermöglichen. Dazu gehört der Ausgleich des Verdienstaufschlags, der während
52 der Ausbildung im Vergleich zur regulären Beschäftigung auf dem bisherigen
53 Qualifikationsniveau entsteht, etwa wenn Pflegeassistent*innen eine Ausbildung als
54 Pflegefachkraft machen.

55 **Gute und faire Ausbildung sicherstellen**

56 Ausbildung in **Teilzeit** wollen wir sowohl in der schulischen als auch in der dualen
57 Ausbildung ausbauen. Unternehmen sollen bei der Umsetzung beraten und unterstützt
58 werden. Gleichzeitig wollen wir praxistaugliche Konzepte für den schulischen Teil
59 der Teilzeitausbildung entwickeln. Davon profitieren insbesondere Eltern und
60 Menschen mit Sorgeverantwortung.

61 Auszubildende brauchen **Schutz vor missbräuchlichen Kündigungen**. Systematische
62 Probezeitkündigungen als Geschäftsmodell der Ausbeutung dürfen nicht länger
63 hingenommen werden (**siehe Meldeportal gegen Arbeitsausbeutung**).

64 Von der **Ausbildungsvergütung** muss man leben können. Die gesetzliche
65 Mindestausbildungsvergütung liegt zu niedrig. Wir wollen uns auf Bundesebene dafür
66 einsetzen, diese zu erhöhen und an tarifliche Sätze zu koppeln.

67 **Faire Bedingungen für internationale Auszubildende durchsetzen**

68 Internationale Auszubildende sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und
69 unserer Arbeitswelt. Sie dürfen nicht in aufenthaltsrechtliche Abhängigkeit von
70 einzelnen Ausbildungsbetrieben geraten.

71 Deshalb fordern wir:

- 72 • Der
73 **Aufenthaltsstatus**
74 darf nicht an einen einzelnen Ausbildungsvertrag

75 gekoppelt sein.

76 • Wer seinen Ausbildungsplatz unverschuldet verliert, muss bis zum übernächsten
77 Ausbildungsstart, mindestens aber ein Jahr Zeit erhalten, einen neuen
78 Ausbildungsplatz zu finden, ohne den Aufenthaltsstatus zu verlieren.

79 • Das

80 **Welcome Center**

81 soll für die Vermittlung und Unterstützung internationaler
Auszubildender zuständig sein. Internationale Anwerbung von Auszubildenden
soll transparent, fair und unter wirksamer Kontrolle erfolgen. So verhindern
wir unseriöse Vermittlungsstrukturen und schützen Auszubildende vor Ausbeutung
bereits vor ihrer Einreise. (☐ siehe Welcome Center, Seite x)

82 **Sprache darf keine Hürde sein**

83 Sprachliche Barrieren dürfen nicht verhindern, dass Menschen eine Ausbildung
84 beginnen und erfolgreich abschließen. Deshalb wollen wir **Sprachförderung** als festen
85 Bestandteil der Ausbildung etablieren:

86 • Wo es fachlich möglich ist, soll eine Ausbildung bereits mit
87 Deutschkenntnissen auf B1-Niveau begonnen werden können.

88 • Das notwendige B2-Niveau soll während der Ausbildung durch
89 **integrierten**
90 **Spracherwerb erreicht werden**

91 •

• **Prüfungen**

sollen, soweit rechtlich und fachlich möglich, auch in einfacher
Sprache oder in weiteren Sprachen abgelegt werden können.

92 Dies wollen wir in enger Zusammenarbeit mit Kammern und Gewerkschaften umsetzen.

93 **Ausbildung muss bezahlbar sein**

94 Das Azubiwohnheim am Ellener Hof ist ein großer Erfolg. Dieses Modell wollen wir
95 ausbauen und weitere **Azubiwohnheime** in unterschiedlichen Stadtteilen schaffen. Auch
96 innovative Wohnformen wie das Azubiwohnen im Q45 wollen wir stärken, damit sie den
97 unterschiedlichen Lebensrealitäten von Auszubildenden gerecht werden.

98 Außerdem wollen wir das Bremer **Azubiticket** ohne Preissteigerung zu einem
99 Deutschlandticket für alle Auszubildenden weiterentwickeln.

100 Auszubildende sollen bei der staatlichen Förderung nicht gegenüber Studierenden
101 benachteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für ihre Gleichstellung bei der
102 **staatlichen Förderung** ein. Konkret heißt das: Was für Studierende bereits
103 selbstverständlich ist, muss es für Auszubildende auch sein. Dazu gehören
104 Wohnheimplätze, günstiges Essen in der Nähe der Berufsschulen und eine unabhängige
105 Beratung. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass die
106 Berufsausbildungsbeihilfe auch erhält, wer bei den Eltern wohnt. Und wir wollen,
107 dass die Auszubildenden überhaupt von ihren Ansprüchen erfahren. Die Beratung dazu
108 gehört in die Berufsschulen.

- 109 Alle Auszubildenden wollen wir mit Beginn der Ausbildung einen **Internationalen**
110 **Studierendenausweis** ausstellen, damit sie im Land, aber auch international als
111 Lernende anerkannt und mit Studierenden gleichgesetzt werden.
112 Die fachschulische Ausbildung in den Bereichen **Pflege und Erziehung** soll
113 gebührenfrei und vergütet sein.

Antrag L 03-10: Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt**

- 2 Die politischen Angriffe auf Beschäftigte und Erwerbslose spitzen sich zu: Wir
3 erleben einen Klassenkampf von oben, der grundlegende Errungenschaften guter
4 Arbeit, Vereinbarkeit und sicherer Beschäftigung angreift. Unsere
5 Arbeitsmarktpolitik stellt nicht die Renditen, sondern die Beschäftigten in den
6 Vordergrund, denn sie sind die Grundlage einer funktionierenden Gesellschaft und
7 Wirtschaft. Wir betreiben eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die eingreift und
8 Arbeitsverhältnisse nicht dem freien kapitalistischen Spiel der Kräfte überlässt.
9 Beschäftigung ist die Grundlage von gesellschaftlicher Teilhabe und individueller
10 Entwicklung, und wir setzen uns für Bedingungen ein, unter denen gut und gerne
11 gearbeitet werden kann. Ohne genügend Fachkräfte, ohne Beschäftigte die gut
12 qualifiziert sind, geht es nicht. Zuwanderung, Frauenerwerbsbeteiligung,
13 Weiterbildung sind die entscheidenden Wachstumsfaktoren.
- 14 Die aktuelle Entwicklung könnte nicht widersprüchlicher sein: Im Jahr 2025 wuchs
15 die Wirtschaft in Bremen um 1,4 Prozent, bundesweit um 0,2 Prozent - während die
16 Arbeitslosenquote auf einem hohen Niveau nahezu stagnierte. Tatsächlich stehen zu
17 vielen Menschen in Bremen zu viele Hürden im Weg, um einer existenzsichernden und
18 auskömmlichen Erwerbsarbeit nachgehen zu können: Neben der großen Herausforderung,
19 langzeitarbeitslosen Menschen die Möglichkeit zu bieten, überhaupt wieder im
20 Erwerbsleben Fuß zu fassen, gibt es eine große Zahl von Schulabgänger*innen ohne
21 Abschluss, ein großes Ausmaß an unsicherer und schlecht bezahlter Arbeit, sowie
22 unzureichende Qualifizierung für wachsende Branchen und klimaneutrales
23 Wirtschaften. Während Betriebe über Fachkräftemangel klagen, bleiben offene
24 Ausbildungsplätze unbesetzt und Ausbildungsverträge werden aufgelöst und
25 abgebrochen. Auch Frauen und Menschen mit Migrationsbiografie finden oft keine
26 ausreichenden Möglichkeiten, am Erwerbsleben teilzunehmen.
- 27 Die Notwendigkeit, Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten, stellt sich vor allem für
28 die traditionellen und fossilen Industrien im Land wie Stahlerzeugung und
29 Automobilbau aus. Dort garantieren starke Gewerkschaften und gute Tarifverträge den
30 Beschäftigten noch einen guten Lebensstandard. Durch geostrategische Entwicklungen,
31 auch Spannungen wie z.B. Trumps Zollpolitik, weltweite Marktbewegungen bei teils
32 weniger inländischer Nachfrage und hohe Energiekosten, aber auch durch zunehmenden
33 Einsatz von KI stehen diese Betriebe jedoch zunehmend unter Druck. Entscheidungen
34 werden oft in Konzernzentralen weit weg von Bremen getroffen. Bei Beschäftigten

35 bleibt die Unsicherheit und der Wunsch nach Mitbestimmung über die eigene Zukunft.
36 Zugleich profitieren weitere Wirtschaftszweige im Land, wie etwa der Hafen oder
37 auch die Luft- und Raumfahrt, derzeit stark von öffentlichen Investitionen für
38 Rüstung und Verteidigung. Diese Entwicklung macht zu Recht vielen Menschen Sorgen.
39 Wir stellen uns gegen eine Politik, die öffentliche Mittel für Aufrüstung und Krieg
40 statt für soziale Sicherheit, gute Arbeit und eine friedliche Entwicklung einsetzt.
41 Die Beschäftigten in diesen Branchen sind dafür jedoch nicht verantwortlich. Ihre
42 Rechte, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit müssen geschützt werden.
43 Gleichzeitig stehen sie einem rasant wachsenden Arbeitsvolumen gegenüber, das bei
44 dem aktuellen Fachkräftemangel zu Arbeitsverdichtung und Mehrarbeit führen kann.
45 Damit sich das auflöst, wollen wir **Alternativen zum Rüstungsparadigma** ernsthaft
46 vorantreiben. Gemeinsam mit Belegschaften und Gewerkschaften wollen erarbeiten, wie
47 Standorte, Anlagen und Qualifikationen für zivile Produkte genutzt werden können,
48 abgesichert durch einen Konversionsfonds unter Beteiligung der
49 Wirtschaftsförderung.

50 Neben diesen Wirtschaftszweigen mit traditionell überwiegend männlichen
51 Beschäftigten, ist der **Dienstleistungssektor** gleichermaßen im Fokus unserer
52 Landesarbeitsmarktpolitik. Denn gerade dort gibt es viele Branchen, in denen Frauen
53 in Teilzeit beschäftigt sind, und in denen unsichere und schlecht bezahlte Arbeit,
54 fehlende Tarifbindung, geringe Organisationsgrade sowie eine hohe Arbeitsbelastung
55 die Regel sind.

56 Darüber hinaus erschwert die fehlende oder nur schwer umzusetzende **Vereinbarkeit**
57 **von privaten Care-Tätigkeiten und Beruf** insbesondere Frauen den Zugang zu
58 existenzsichernder Erwerbsarbeit und erhöht damit das Risiko von Armut.

59 Vor dem Hintergrund all dieser Herausforderungen ist es unser Ziel und Anspruch,
60 durch eine **aktive linke Landesarbeitsmarktpolitik** die Rahmenbedingungen zu
61 schaffen, um allen Bremer*innen eine gute Ausbildung, gute Arbeit und weitreichende
62 Mitbestimmung in ihren Betrieben zu ermöglichen.

63 **Sozialen Arbeitsmarkt gestalten**

64 Erwerbsarbeit ist mehr als die Sicherung des Lebensunterhalts. Sie kann soziale
65 Kontakte, Anerkennung, Selbstvertrauen und **gesellschaftliche Teilhabe** ermöglichen.
66 Eine solidarische Arbeitsmarktpolitik muss anerkennen, dass nicht alle Menschen
67 dauerhaft mit den Anforderungen und der Taktung des ersten Arbeitsmarktes
68 zurechtkommen.

69 Wir wollen deshalb einen dauerhaft angelegten **sozialen Arbeitsmarkt** als festen
70 Bestandteil der Landesarbeitsmarktstrategie in Bremen schaffen. Er richtet sich an
71 Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine oder nur sehr eingeschränkte
72 Perspektiven haben. Ziel ist nicht, alle Menschen um jeden Preis in den ersten
73 Arbeitsmarkt zu vermitteln, sondern ihnen sinnvolle, gesellschaftlich wertvolle
74 Beschäftigung und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

75 Der soziale Arbeitsmarkt ermöglicht gesellschaftlich sinnvolle Arbeit dort, wo es
76 wichtige Aufgaben gibt, die sich über den regulären Arbeitsmarkt nicht finanzieren

lassen. Dazu gehören beispielsweise unterstützende Tätigkeiten in sozialen Einrichtungen und Quartieren, im Umwelt- und Naturschutz, in Kultur und Sport oder bei der Begleitung älterer Menschen. Diese Arbeit muss zusätzliche Beschäftigung schaffen und darf keine regulären oder tariflich bezahlten Arbeitsplätze ersetzen. Sie muss **freiwillig** sein: Wer ein solches Angebot nicht annimmt, darf nicht mit Sanktionen oder Leistungskürzungen bestraft werden. **Zum Beitrag der Beschäftigten des sozialen Arbeitsmarkts weiterlesen im Kapitel 2.1 Soziale Infrastruktur und Nachbarschaftspolitik.**

Die Beschäftigten brauchen eine verlässliche und existenzsichernde Entlohnung, die wir am Bremer Landesmindestlohn orientieren wollen. Öffentliche Beschäftigung darf nicht zu einem neuen Niedriglohnsektor werden. Zugleich verbinden wir die Beschäftigung mit **freiwilligen Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten**, etwa durch Sprachförderung, Weiterbildung, Teilqualifizierungen und berufliche Begleitung. Wer einen nächsten beruflichen Schritt gehen möchte, soll dabei unterstützt werden. Wer dagegen mit der bestehenden Tätigkeit zufrieden ist, soll dafür ebenfalls Anerkennung und eine verlässliche Perspektive erhalten.

Der soziale Arbeitsmarkt ist damit kein Ersatz für gute reguläre Beschäftigung und kein Instrument zur Disziplinierung von Erwerbslosen. Er ist Ausdruck eines solidarischen Verständnisses von Arbeit: Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, sich einzubringen, gebraucht zu werden und Teil der Gesellschaft zu sein. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds+ wollen wir weiterhin konsequent für gute Arbeit, Qualifizierung und soziale Teilhabe einsetzen. Wo europäische Fördermittel nicht ausreichen, muss das Land Bremen die notwendigen arbeitsmarktpolitischen Angebote aus eigenen Mitteln **absichern und weiterentwickeln.**

Wir fordern außerdem einen stärkeren Einfluss der Kommunen auf das **Jobcenter** und die **Bundesagentur für Arbeit**, insbesondere bei der Mittelverwendung, der Gestaltung der Maßnahmen sowie der Bekämpfung von Diskriminierung. Beispielsweise sollen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die durch diskriminierendes Verhalten auffallen oder qualitativen Standards nicht entsprechen, nicht weitergeführt werden. Die unabhängigen Beratungsstellen für Erwerbslose wollen wir stärken und dauerhaft aus Landesmitteln absichern, statt sie von befristeter Projektförderung abhängig zu lassen. Alle zwei Jahre soll ein öffentlicher Bericht zur Lage der Erwerbslosen im Land Bremen vorgelegt werden. Und wir wollen eine vom Jobcenter unabhängige öffentliche Beschwerdestelle einrichten — gerade jetzt, wo der Bund die Sanktionen verschärft hat.

Auch bei der Ansiedlung neuer Unternehmen muss Bremen dafür sorgen, dass **öffentliche Wirtschaftsförderung** zur Integration von Menschen in Arbeit beiträgt. Bei der Neuansiedlung von Unternehmen und größeren Investitionsvorhaben, die durch das Land Bremen gefördert werden, wollen wir deshalb verbindliche Beschäftigungsziele für Menschen vereinbaren, die zuvor arbeitslos waren und für die neuen Tätigkeiten qualifiziert wurden. Unternehmen, die diese Beschäftigungsziele nicht erfüllen, sollen eine Ausgleichsabgabe leisten.

Antrag L 03-11: Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Gute Arbeit und Mitbestimmung**

2 Gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung sind keine Selbstverständlichkeit. In
3 einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der der Profit häufig über die
4 Interessen der Beschäftigten gestellt wird, muss der Staat die **Qualität der**
5 **Arbeitsbedingungen** sichern und Mitbestimmung fördern. So können Beschäftigte ihre
6 Interessen durchsetzen und sich gegen Ausbeutung wehren.

7 Starke **Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen** sind eine wichtige
8 Voraussetzung für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir unterstützen deshalb
9 die Gewerkschaften und setzen uns für eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung
10 ein.

11 Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir dafür, dass alle Menschen einen
12 **sicheren Arbeitsplatz** haben und von ihrem Einkommen gut leben können. Wir wollen
13 den exzessiven Einsatz von Leiharbeit bekämpfen und diese in reguläre Beschäftigung
14 umwandeln. Auf Bundesebene werden wir uns für die weitgehende Abschaffung der
15 Leiharbeit einsetzen. Bis dahin fordern wir eine flächendeckende Tarifbindung im
16 Leiharbeitssektor und gleiche Löhne für gleiche Tätigkeiten.

17 Auch **Honorarkräfte** brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte. Deshalb werden wir uns
18 auf Bundesebene dafür einsetzen, dass sie in den Geltungsbereich des
19 Betriebsverfassungsgesetzes einbezogen werden.

20 Die **Arbeitnehmerkammer** Bremen ist eine wichtige Errungenschaft der organisierten
21 Arbeiterklasse. Wir werden sie gegen neoliberale Angriffe verteidigen und in ihrer
22 Verfasstheit stärken. Dafür werden wir sie in der Landesverfassung verankern, im
23 Gleichklang mit den bestehenden Kammern der Wirtschaft.

24 Psychische Belastungen bei der Arbeit nehmen zu und stellen Beschäftigte vor
25 wachsende Herausforderungen. Dennoch kommt die Prävention psychischer Belastungen
26 in vielen Betrieben zu kurz. Wir wollen daher nach dem Vorbild der Hamburger „PAG -
27 Perspektive Arbeit und Gesundheit“ eine **unabhängige Beratungsstelle für psychische**
28 **Gesundheit in der Arbeitswelt** schaffen. Sie soll Beschäftigte ebenso wie Betriebe -
29 insbesondere kleine und mittlere Unternehmen - niedrigschwellig, vertraulich und
30 praxisnah beraten und unterstützen. Das Angebot soll von der Prävention psychischer
31 Belastungen über den Umgang mit psychischen Erkrankungen bis hin zur Rückkehr und
32 Wiedereingliederung in den Arbeitsalltag reichen. Damit stärken wir den
33 betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und die Gestaltung guter und gesunder
34 Arbeitsbedingungen. Damit tragen dazu bei, psychischen Erkrankungen frühzeitig

35 vorzubeugen.

36 **Gute Arbeit auch bei Basisarbeit und Hilfstätigkeiten**

37 In der Arbeitswelt sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen längst nicht alles. Viel
38 zu oft werden Beschäftigte auch über den gesetzlichen Rahmen hinaus massiv
39 ausgebeutet. Von Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz über Mindestlohnverstöße zu
40 mangelnder Arbeitssicherheit: Die Beschäftigten sind den Arbeitgebern oft
41 ausgeliefert, auch wenn sie wissen, dass die Arbeitsbedingungen so nicht rechtens
42 sind. Das gilt insbesondere in Betrieben, wo es keinen Betriebsrat gibt, wo die
43 Fluktuation hoch ist und wo unsichere und prekäre Arbeitsverhältnisse vorherrschen.
44 Deswegen wollen wir ein **Meldeportal gegen Arbeitsausbeutung** einrichten, in dem
45 Missstände am Arbeitsplatz gemeldet werden, wo nötig anonym, in der eigenen Sprache
46 und digital. So müssen sich die Beschäftigten nicht mehr durch einen
47 Behördendschungel kämpfen und der Fall wird direkt an die zuständige Behörde oder
48 an Hilfe- und Beratungsstellen weitergeleitet.

49 Darauf aufbauend wollen wir die Möglichkeit von übergreifenden **Fallkonferenzen zu**
50 **Arbeitsausbeutung** einführen, sodass alle zuständigen Stellen die Fälle gemeinsam
51 bearbeiten.

52 Arbeitgeber, die gegen die Vorschriften verstoßen haben, wollen wir konsequenter
53 von öffentlichen Aufträgen ausschließen. Die **Liste unzuverlässiger Unternehmen** soll
54 analog zur Liste von Gastronomiebetrieben, die von der Lebensmittelüberprüfung
55 beanstandet werden, öffentlich sein.

56 Ergänzt werden soll dies durch die Einrichtung einer **Arbeitsinspektion**, in der alle
57 Kompetenzen des Landes gebündelt werden und die Gesetzeseinhaltung bei allen
58 arbeitsrechtlichen Vorschriften, genauso wie Regelungen des Gesundheitsschutzes in
59 den Betrieben geprüft werden; Rechtsmissbrauch wird direkt geahndet.

60 **Gig-Arbeit und Plattformarbeit** sind besondere Brennpunkte, insbesondere bei der
61 Essenslieferung. Beschäftigte arbeiten häufig als Scheinselbstständige oder ohne
62 ausreichende vertragliche Absicherung. Sie übernehmen dabei viele Pflichten
63 regulärer Beschäftigung, ohne deren Schutz und Sicherheit zu erhalten. Wir wollen
64 Interessenvertretungen für Gig-Worker auf den verschiedenen Plattformen fördern.
65 Außerdem werden wir prüfen, ob öffentliche oder selbstorganisierte
66 Vermittlungsplattformen geschaffen werden können, die unseriöse private Anbieter
67 ersetzen und die Einhaltung guter Mindeststandards sicherstellen. Als Linke werden
68 wir uns auf Bundesebene für eine konsequente Umsetzung der EU- und insbesondere des
69 Direktanstellungsgebots ein. Im Bundesrat erhielt der von uns initiierte Bremer
70 Vorstoß zum Verbot von Werkverträgen in der Paketbranche wiederholt eine Mehrheit.
71 Die Bundesregierung muss diese Forderung zum Schutz von Paketzusteller*innen vor
72 prekärer Beschäftigung endlich umsetzen.

73 **Gleichstellung und Arbeit: Armut durch Erwerbsarbeit bekämpfen**

74 Erwerbsarbeit muss ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und Armut ausschließen
75 statt verfestigen. Ein armutsfester Mindestlohn muss regelmäßig erhöht und
76 kontrolliert werden. Es braucht Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung, um

77 armutsfeste Bezahlung auszuweiten.

78 Daher setzen wir uns auf Bundesebene ein für einen **indexierten Mindestlohn**, der an
79 Tarifverträge gekoppelt ist, wie beim Landesmindestlohn in Bremen; für die
80 Erleichterung von **Allgemeinverbindlicherklärungen**; für das gesetzliche Verbot von
81 sogenannten OT-Mitgliedschaften („ohne Tarifbindung“) von Unternehmen in
82 Arbeitgeberverbänden; und für die Stärkung des Zolls zur Kontrolle des
83 Mindestlohns.

84 Wir setzen uns auf Landes- und kommunaler Ebene bei öffentlichen Aufträgen und
85 Förderungen für gute Löhne und Arbeitsbedingungen sowie die Ausweitung von
86 Tarifbindungen und deren Kontrolle ein. Wir wollen das **Tariftreue- und**
87 **Vergabegesetz** dahingehend verschärfen, dass die Anforderungen an Tariftreue und
88 gute Arbeitsbedingungen bei öffentlichen Aufträgen für die gesamte Leistungskette
89 gelten. Die Weitergabe von Aufträgen an nicht tarifgebundene Subunternehmen darf
90 nicht dazu führen, dass tarifliche Standards unterlaufen werden. Auch bei den
91 Unternehmen und Beteiligungen des Landes Bremen muss Tarifbindung
92 selbstverständlich sein. Wir wollen deshalb, dass alle Unternehmen und
93 Tochtergesellschaften der öffentlichen Hand tarifgebunden sind. Bei
94 Tochterunternehmen soll das Tarifniveau schrittweise an das der jeweiligen
95 Muttergesellschaft angeglichen werden. Das wollen wir gesetzlich verbindlich
96 regeln.

Antrag L 03-12: Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt - Teil 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Chancen durch Weiterbildung erweitern**

2 Aufgrund der vielfältigen Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt fordern wir eine
3 gezielte Schaffung von **Weiterbildungsmaßnahmen**, gerade für Menschen mit niedrigen
4 Bildungsabschlüssen. So können Maßnahmen, die Teilqualifikationen vermitteln,
5 zielgerichteter weiterbilden und Menschen helfen, ihren Lebensstandard zu erhalten
6 und zu steigern.

7 Der Fokus von unterstützenden Weiterbildungsmaßnahmen soll auf Beschäftigten aus
8 dem Niedriglohnbereich und Branchen, die in der Krise liegen, aber auch auf
9 Branchen, die von der KI-Entwicklung besonders betroffen sind, um ihre Chancen in
10 Zukunft zu erhalten und auszuweiten.

11 Unser Ziel ist, dass das Arbeitsamt und das Jobcenter einen lückenlosen Übergang
12 ermöglichen. In diesem Sinne sollen Menschen auch an Maßnahmen teilnehmen dürfen,
13 solange sie entweder in einer gefährdeten Branche beschäftigt sind oder einen
14 fachfremden Übergangsjob ausführen. Um dies zu gewährleisten, muss es ein **Recht auf**
15 **Weiterbildungen** in Teilzeit geben. Auch sollen bei weiterbildenden Maßnahmen von
16 zukunftsunsicheren zu zukunftsweisenden Branchen und bei weiterbildenden Maßnahmen
17 zu systemrelevanten Tätigkeiten Erwerbsausfälle durch die Maßnahme kompensiert
18 werden.

19 Der Weiterbildungs-Check soll wieder eingeführt und Beratung gewährleistet werden.
20 Darüber hinaus muss die (Teil-) **Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland**
21 weiterhin vorangetrieben und beschleunigt werden. Auch dies ist durch
22 Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen zu unterstützen.

23 Wenn sich in bestimmten Bereichen die Anforderungen an die Beschäftigten verändern
24 oder der Arbeitskräftebedarf sinkt, müssen Unternehmen ihren Beschäftigten passende
25 **Qualifizierungsangebote** machen und finanzieren, gegebenenfalls auch für Stellen in
26 anderen Betrieben, zum Beispiel im Rahmen sogenannter Arbeitsmarktdrehscheiben. Ist
27 es trotz Weiterbildung nicht möglich, den betroffenen Beschäftigten eine andere
28 Stelle im gleichen zeitlichen Umfang wie bisher anzubieten oder ist der
29 Stellenwechsel mit einer niedrigeren Eingruppierung verbunden, muss das Unternehmen
30 die Lohneinbußen ausgleichen.

31 **Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sicherstellen**

32 Der **Gender-Pay-Gap** ist in Bremen in den letzten Jahren kontinuierlich und stärker
33 als im Bundesschnitt gesunken. Das begrüßen wir, aber es war auch kein

34 Selbstläufer: Die Landesstrategie „Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit“ war
35 bisher erfolgreich und wir wollen weiterhin an ihr festhalten und sie konsequent
36 fortschreiben. Auch zukünftig muss das Land Maßnahmen ergreifen, um
37 Entgeltungleichheit abzubauen und gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.
38 Dazu gehört auch, Unternehmen bei der Identifizierung und Beseitigung von
39 Entgeltungleichheit zu unterstützen.

40 Frauen sind in **Führungspositionen** weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Das wollen
41 wir ändern. Das Land muss bei seinen eigenen Beteiligungen und Eigenbetrieben mit
42 gutem Beispiel vorangehen und für eine geschlechtergerechte Besetzung von Führungs-
43 und Spitzenpositionen sorgen. Wir wollen daher verbindliche Regelungen für mehr
44 Parität schaffen. Bei der Besetzung von Spitzenpositionen sollen paritätische
45 Vorschlagslisten zum Einsatz kommen. Wo geeignete Frauen in einem Auswahlverfahren
46 noch nicht ausreichend vertreten sind, müssen die zuständigen Stellen aktiv dafür
47 sorgen, weitere geeignete Kandidatinnen zu gewinnen und in das Verfahren
48 einzubeziehen.

49 Um Eltern und ganz besonders Alleinerziehenden den Zugang zu Erwerbsarbeit zu
50 erhalten, braucht es verlässliche **Kinderbetreuung** und eine Ausweitung der
51 Betreuungszeiten, ganz besonders in den Randzeiten (*siehe Kapitel KiTa*). Auch in
52 den Ferienzeiten brauchen Familien verlässliche Betreuungsangebote für Schulkinder.
53 Dabei wollen wir neue Modelle erproben, beispielsweise Modellversuche mit einer
54 geringeren Kinderzahl, um eine verlässlichere und flexiblere Betreuung zu
55 ermöglichen. Weiterhin sprechen wir uns für die Etablierung eines flankierenden
56 Einstiegssystems für Familien mit besonderen Bedarfen aus (*siehe Kapitel Inklusion*).
57 Gerade Alleinerziehende brauchen passgenaue Unterstützung, damit die Aufnahme
58 oder Ausweitung von Erwerbsarbeit nicht an fehlender Betreuung oder bürokratischen
59 Hürden scheitert.

60 Auch selbstständige Frauen brauchen einen verlässlichen **Mutterschutz**. Deshalb
61 setzen wir uns auf Bundesebene für eine Absicherung während Schwangerschaft und
62 Mutterschaft ein, die Existenz und berufliche Perspektive schützt und
63 selbstständige Frauen finanziell nicht schlechter stellt als abhängig Beschäftigte.

64 Im notwendigen Wandel der Wirtschaft ist es wichtig, junge Frauen frühzeitig für
65 MINT-Berufe zu sensibilisieren und die traditionellen Rollenbilder bereits bei der
66 Berufswahl aufzubrechen. Dies gilt gerade auch im Feld der KI. Eine **klischeefreie**
67 **Berufsorientierung** darf nicht erst bei der konkreten Berufswahl beginnen, sondern
68 muss sich durch die gesamte Schullaufbahn ziehen. Deshalb wollen wir erfolgreiche
69 Angebote wie „Be Ok“ weiterentwickeln. Dieses erfolgreiche Angebot braucht ein
70 anschließendes Folgeangebot, damit die Impulse nicht nach einer einzelnen
71 Projektwoche enden. Schülerinnen und Schüler sollen über ihre gesamte Schullaufbahn
72 hinweg Einblicke in unterschiedliche Berufsfelder erhalten und ermutigt werden,
73 auch Berufe zu wählen, die nicht den traditionellen Geschlechterrollen entsprechen.
74 Dabei wollen wir auch Eltern und Unternehmen stärker einbeziehen und Begegnungen
75 mit weiblichen Vorbildern in männerdominierten Berufen ermöglichen (siehe Bildung,
76 Seite x).

77 Wir wollen, dass Projekte wie „F.IT – Frauen in IT“ verstetigt werden, um in enger
78 Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und der Digitalbranche Frauen für
79 **IT-Berufe** zu gewinnen und zu qualifizieren. Gleiches gilt für die
80 Vernetzungsplattform Avanja, die digitale Plattform zur Gewinnung von Frauen als
81 Fachkräfte für die IT-Branche.

82 Auch im **Handwerk** und in anderen männerdominierten Branchen wollen wir die
83 Fachkräfteentwicklung von Frauen stärken. Es reicht nicht, Frauen für eine
84 Ausbildung oder einen Arbeitsplatz in diesen Bereichen zu gewinnen, denn sie müssen
85 dort auch gute Bedingungen vorfinden und langfristig gehalten werden. Wir wollen
86 deshalb Mentoring- und Netzwerkangebote ausbauen und Betriebe dabei unterstützen,
87 weibliche Auszubildende und Beschäftigte zu gewinnen und zu halten. Frauen sollen
88 gezielt bei Weiterbildung, beruflichem Aufstieg und beim Erwerb von
89 Meisterqualifikationen unterstützt werden.

90 Dazu gehört auch ein konsequenter Kampf gegen **Sexismus und Diskriminierung am**
91 **Arbeitsplatz**. Frauen müssen sich darauf verlassen können, dass sie in Ausbildung,
92 Beruf und Führung vor sexueller Belästigung, Sexismus und anderen Formen der
93 Diskriminierung geschützt werden. Wir wollen niedrigschwellige Beratungs- und
94 Beschwerdemöglichkeiten stärken und insbesondere in männerdominierten Branchen
95 Maßnahmen für eine diskriminierungsfreie Arbeitskultur fördern. Unternehmen sollen
96 dabei unterstützt werden, wirksame Schutzkonzepte zu entwickeln und eine
97 Arbeitskultur zu schaffen, in der Sexismus nicht geduldet wird.

98 Da Tarifbindung eine der besten Maßnahmen gegen Willkür ist, setzen wir uns dafür
99 ein, dass sie in kleinen und mittleren Firmen erhöht wird. Weiterhin setzen wir uns
100 dafür ein, dass die Maßnahmen zur Förderung der Diversität in **kleinen und mittleren**
101 **Unternehmen** fortgeführt werden, um Frauen und Minderheiten neue Möglichkeiten zu
102 eröffnen und Firmen durch vielfältigere Fach- und Führungskräfte zu stärken.

103 Das Land muss auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Gleichstellung muss in den
104 eigenen Strukturen und bei den eigenen Beschäftigten konsequent umgesetzt werden.
105 Dazu gehört eine ausreichende Ausstattung mit Ressourcen für Gleichstellungsarbeit.
106 Das **Fortbildungsbudget für Gleichstellungsthemen** muss deshalb deutlich ausgeweitet
107 werden, damit Beschäftigte und Führungskräfte regelmäßig und qualifiziert zu
108 Gleichstellung, Personalvertretungsrecht, Diskriminierung und geschlechtergerechter
109 Arbeitsgestaltung fortgebildet werden können.

110 **Sexismus und sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz** dürfen nicht folgenlos bleiben.
111 Wir wollen deshalb eine landesweite Kampagne gegen Sexismus und sexualisierte
112 Gewalt am Arbeitsplatz auf den Weg bringen. Die bisherige zentrale Beschwerdestelle
113 wegen Sexismus funktioniert nicht ausreichend. Deshalb braucht es eine neue
114 Dienstvereinbarung und eine zentrale AGG-Beschwerdestelle, die Betroffenen einen
115 verlässlichen, niedrigschwelligen und unabhängigen Zugang zu Beratung und
116 Beschwerde ermöglicht.

Antrag L 03-13: Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt - Teil 4

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Care-Arbeit anerkennen und neu verteilen**

2 Auch unbezahlte und oft unsichtbare Arbeit außerhalb von Berufen ist ein
3 essenzieller Teil der Arbeit, die eine Gesellschaft zusammenhält. Diese Arbeit wird
4 noch immer überwiegend von Frauen geleistet und führt häufig zu Nachteilen bei
5 Einkommen, beruflicher Entwicklung, sozialer Absicherung und Rente. Wir setzen uns
6 deshalb dafür ein, dass Care-Arbeit gesellschaftlich stärker anerkannt und
7 gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt wird.

8 Eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit braucht **neue Modelle der Arbeitszeit**. So
9 unterstützen wir Modelle der Vier-Tage-Woche und kurzer Vollzeit. Arbeitszeit muss
10 sich stärker an unterschiedlichen Lebensphasen orientieren können, ohne dass daraus
11 dauerhafte berufliche Nachteile entstehen. Auch wollen wir die Möglichkeit der
12 Arbeit im Homeoffice in den Branchen ausweiten und schützen, in denen es umsetzbar
13 ist.

14 Gerade für **Eltern und pflegende Angehörige** müssen Arbeitszeitmodelle ermöglichen,
15 Erwerbsarbeit und Sorgearbeit miteinander zu verbinden. Dazu gehören flexible
16 Arbeitszeitmodelle, eine bessere Möglichkeit zur Reduzierung und späteren
17 Ausweitung der Arbeitszeit sowie die Möglichkeit, auch in Teilzeit
18 Führungsverantwortung zu übernehmen. Jobsharing und Führung in reduzierter
19 Arbeitszeit können dabei einen wichtigen Beitrag leisten.

20 Unser Ziel ist ein Arbeitsmarkt, auf dem Menschen unabhängig vom Geschlecht gleiche
21 Chancen auf Einkommen, berufliche Entwicklung und Führungsverantwortung haben und
22 Sorgearbeit nicht länger zu einem strukturellen Nachteil für Frauen führt.

23 **Migration und Arbeit**

24 Migration ist für Bremen ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen und
25 wirtschaftlichen Entwicklung. Zuwanderung trägt wesentlich dazu bei, Beschäftigung
26 und Fachkräfteangebot zu sichern und damit die wirtschaftliche Entwicklung Bremens
27 zu stärken. Gleichzeitig stehen Menschen mit Migrationsgeschichte vor besonderen
28 Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt und bei der Durchsetzung ihrer Arbeitsrechte.
29 Deshalb sind sie häufiger betroffen von Arbeitsausbeutung und
30 Scheinselbstständigkeit, aber auch von Fällen zweifelhafter Mietverhältnisse und
31 anderen Gesetzesverstößen.

32 Wir wollen deshalb die **Unterstützung für zugewanderte Beschäftigte** ausbauen. Die
33 MoBA soll langfristig finanziell abgesichert und insbesondere für Beschäftigte aus

34 Nicht- EU-Staaten ausgebaut werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die
35 Sprachförderung für Zugewanderte wieder ausreichend finanziert und dauerhaft
36 gesichert wird. Auch die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse
37 muss weiter beschleunigt und durch geeignete Qualifizierungs- und Beratungsangebote
38 unterstützt werden.

39 Das **Welcome Center** muss ausgebaut werden. Es soll zur zentralen Anlaufstelle für
40 alle internationalen Beschäftigten und Auszubildenden werden - unabhängig davon, ob
41 sie nach Deutschland geflüchtet sind, durch Arbeitsmigration nach Bremen oder
42 Bremerhaven gekommen sind oder eine Arbeitsmigration erst planen. Es soll zu
43 Jobmöglichkeiten beraten, bei der Anerkennung oder Teilanerkennung von Abschlüssen
44 unterstützen, über Weiterbildungsmöglichkeiten informieren und Beschäftigte über
45 ihre Arbeitsrechte aufklären.

46 Gleichzeitig soll das Welcome Center Unternehmen bei der Anwerbung ausländischer
47 Beschäftigter beraten und unterstützen. Dabei müssen gute Arbeitsbedingungen und
48 berufliche Perspektiven für die Angeworbenen ebenso im Blick bleiben wie die
49 nachhaltige Personalgewinnung der Unternehmen.

50 Auch die **Migrationsämter** müssen ihre Rolle beim Ankommen von ausländischen
51 Beschäftigten angemessen wahrnehmen und für zügige Bearbeitungszeiten und sichere
52 Aufenthalte sorgen. Ebenfalls entscheidend für die Verwurzelung von Beschäftigten
53 in unserem Bundesland ist die Möglichkeit der Einbürgerung, für die
54 Bearbeitungszeiten deutlich reduziert werden müssen (selbstverständlich unabhängig
55 vom Beschäftigungsstatus bei vorliegenden Voraussetzungen für die Einbürgerung).

56 **Die Zukunft der Arbeit sichern**

57 Der Klimawandel sowie immer knapper werdende Ressourcen erfordern, dass wir die
58 Wirtschaft und das Leben nachhaltiger und gerechter gestalten. Allein dadurch
59 verändert sich die Arbeitswelt. Aber auch Wettbewerbsdruck und das Streben nach
60 noch mehr Profit führen zu Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, wie Automatisierung
61 und Digitalisierung. Daraus entstehen neue Arbeitsprozesse und Tätigkeiten, die die
62 Zukunft der Arbeit prägen werden. Wir wollen, dass diese **Veränderungen nicht auf**
63 **Kosten der Beschäftigten** gehen. Produktivitätsgewinne müssen ihnen zugutekommen,
64 durch gute Löhne, kürzere Arbeitszeiten und sichere Arbeitsplätze. Gleichzeitig
65 müssen Unternehmen Verantwortung für Qualifizierung und berufliche Perspektiven
66 übernehmen.

67 Künstliche Intelligenz verändert nicht nur, wie viel gearbeitet wird, sondern wie:
68 Algorithmen verteilen Schichten, bewerten Leistung, sortieren Bewerbungen vor. Über
69 Einstellung, Bewertung und Kündigung darf am Ende kein System entscheiden, sondern
70 nur ein Mensch. Betriebs- und Personalräte brauchen dafür Zeit, Schulung und
71 Sachverstand. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein **Beschäftigtendatenschutzgesetz**
72 ein, das diesen Namen verdient.

73 **Klimaneutralität als Motor der Arbeit denken**

74 Gerade die Entwicklung von Arbeitsprozessen und Produkten hin zur Klimaneutralität
75 sehen wir als Chance an. Wir wollen, dass die Beschäftigten diesen Wandel

76 mitgestalten, und werden gemeinsam mit ihnen und den Gewerkschaften für den Erhalt
77 und die Schaffung guter und nachhaltiger Arbeit kämpfen. Gerade in traditionellen
78 Industrien wie der Stahlerzeugung und dem Automobilbau müssen
79 Beschäftigungssicherung und Qualifizierung zusammen gedacht werden. Die
80 Beschäftigten verfügen über Erfahrung und Wissen, die für die Gestaltung des
81 Wandels unverzichtbar sind. Veränderungsprozesse müssen gemeinsam mit
82 Beschäftigten, Gewerkschaften, Unternehmen und Politik gestaltet werden. Deshalb
83 wollen wir **Branchendialoge und Zukunftsforen** stärken und dort gemeinsam Strategien
84 für die Zukunft der Arbeit entwickeln.

85 Qualifizierung muss auch bei Veränderungen von Tätigkeiten und Arbeitsplätzen
86 gesichert sein. Verändern sich Tätigkeiten oder sinkt der Personalbedarf, sollen
87 Unternehmen frühzeitig passende Qualifizierungsangebote schaffen und finanzieren.
88 Dazu gehört auch die Unterstützung beim Wechsel in andere Tätigkeiten oder
89 Branchen. Daher wollen wir eine **Bremer Transitionsgesellschaft** schaffen, wie sie
90 die Arbeitnehmerkammer fordert, die Beschäftigte bei absehbaren Veränderungen
91 frühzeitig berät, Qualifizierung ermöglicht und Übergänge in andere Tätigkeiten
92 oder Branchen unterstützt.

93 Mit dem **Klima-Campus** wollen wir in Bremen einen zentralen Ort für Aus- und
94 Weiterbildung für die klimaneutrale Wirtschaft schaffen und weiterentwickeln. Dabei
95 müssen Land, Unternehmen und Kammern ihren jeweiligen Beitrag leisten.

Antrag L 03-14: Senior*innen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Senior*innen

2 Eine Stadt, die älteren Menschen gute Lebensqualität in den Quartieren, ein
3 selbstbestimmtes und aktives Wirken ermöglicht, ist eine lebenswerte Stadt für
4 alle. Wer ältere Generationen mitdenkt, schafft Strukturen, die
5 generationsübergreifend nützlich sind. Barrierefreiheit und Ausbau von Öffentlichem
6 Personennahverkehr - gerade in weniger gut angebundenen Stadtteilen - sind ebenso
7 bedeutsam für eine **altersfreundliche Stadt** wie Hitzeschutz durch klimatisierte
8 öffentliche Räume, Bäume und Trinkbrunnen. **Flächengerechtigkeit** bedeutet nicht nur
9 mehr Platz für Rollstuhl und Mobilitätshilfe auf dem Gehweg, sondern auch für
10 Kinderwagen.

11 Teilhabe und Mitbestimmung

12 **Gesellschaftliche Teilhabe** bedeutet für uns, nicht finanziell ausgeschlossen zu
13 sein. Lebensqualität darf nicht von Rente oder Pension abhängig sein. Wir wollen
14 bei Eintritten in Museen, Theater und anderen öffentlichen kulturellen
15 Einrichtungen für mehr Vergünstigungen für Rentner*innen sorgen. Außerdem erweitern
16 wir Angebote wie Nachbarschaftsmittagstische, die gerade für Senior*innen mit
17 kleiner Rente eine finanzielle Entlastung darstellen und Gemeinschaft und Begegnung
18 ermöglichen.

19 Viele Bereiche des Alltags werden durch Digitalisierung vereinfacht oder von
20 überall zugänglich. Diese Entwicklung darf jedoch niemanden abhängen. Bestehende
21 Projekte zur Förderung von **Fähigkeiten im Umgang mit der digitalen Welt**, wie zum
22 Beispiel Angebote der Landesmedienanstalt, wollen wir in die Stadtteile bringen und
23 bekannter machen. Gleichwohl darf Digitalisierung nicht die Einschränkung von
24 analogen Angeboten bedeuten. Verwaltung und Dienstleistungen sollen weiterhin über
25 den persönlichen Weg möglich bleiben.

26 Die **Landesseniorenvertretung** hat eine wichtige Funktion für die politische Teilhabe
27 von Senior*innen in Bremen. Wir werden ein Seniorenmitwirkungsgesetz verabschieden,
28 das demokratische Teilhabe und Mitwirkung stärkt.

29 Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Teilhabe von Senior*innen mit
30 Migrationsgeschichte, die häufig vor besonderen Problemen wie Altersarmut stehen.
31 Hier wollen wir die Angebote für kultursensible Beratung, Treffpunkte und Pflege
32 stärken.

33 **Kampf gegen Altersarmut**

34 Die Zahl der Menschen, die als Rentner*innen nicht frei von Armut leben können,
35 nimmt im Land Bremen auf Grund einer falschen Rentenpolitik auf Bundesebene seit
36 Jahren zu. Die Armutsgefährdungsschwelle lag im Jahr 2025 bei 1.445 Euro für
37 Alleinlebende, der durchschnittliche Rentenzahlungsbetrag für Neu-Rentner*innen in
38 Bremen darunter. Während Männer noch durchschnittlich 1.335 Euro erhalten, sind
39 Frauen mit 973 Euro gravierend abgehängt, auch nach 40 oder sogar 45
40 Versicherungsjahren.

41 Wir werden uns auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einsetzen, Kürzungen bei der
42 Rente oder beim Wohngeld zurückzunehmen und die Einnahmehasis für die gesetzliche
43 Rente zu verstärken. Wir kämpfen weiter für eine Solidarische Mindestrente, die
44 Rentner*innen wirksam vor Altersarmut schützt. Damit erkennen wir auch die
45 Lebensleistung von Personen an, die jahrzehntelang zu niedrige Löhne für harte
46 Arbeit hinnehmen mussten oder unbezahlt gesellschaftlich notwendige Aufgaben
47 übernommen haben, wie die Pflege von Angehörigen und die Erziehung der Kinder. Eine
48 kapitalmarktorientierte Reform der Altersvorsorge lehnen wir ab, auch Beamt*innen
49 und Bürgerschaftsabgeordnete sollen in die **Gesetzliche Rente** einzahlen.

50

51 **Generationsfreundliches Wohnen**

52 In Zeiten von rasanten Mietpreissteigerungen ergeben sich gerade für ältere
53 Menschen besondere Schwierigkeiten. Wenn **Sozialbindungen** entfallen, droht
54 langjährigen Mieter*innen der Verlust ihrer Wohnung. Ebenso wollen viele ältere
55 Menschen sich räumlich verkleinern, sind dann aber mit dem Problem konfrontiert,
56 dass neue Wohnungen oft höhere Mietkosten verursachen. Deshalb muss Bremen in der
57 **Wohnraummobilisierung** aktiv werden. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, ihre
58 großen Wohnungen für bezahlbare, barrierefreie Wohnungen im gleichen Quartier zu
59 tauschen, Häuser zu teilen, oder baulich zu ergänzen. Dadurch wird mehr Wohnraum
60 für alle verfügbar.

61 Durch die Wohnbauförderung entstehen mehr **barrierefreie Wohnungen**. Das ist gut,
62 aber das reicht noch nicht. Auch werden viele rollstuhlgerechte Wohnungen als Zwei-
63 Zimmer- Wohnung gebaut, doch es braucht mehr Wohnraum für Paare und Familien mit
64 besonderen Bedarfen.

65 In bestehendem Wohnraum müssen Barrieren weiter abgebaut werden und das Wohnen
66 trotzdem bezahlbar bleiben. Einige Fördermöglichkeiten zum Abbau von Barrieren sind
67 bereits möglich, aber nicht ausreichend bekannt, ebenso wenig der **Lastenzuschuss**
68 für selbstnutzende Wohnungseigentümer*innen mit wenig Einkommen. Das wollen wir
69 ändern: Wir setzen uns dafür ein, dass die Wohnbedarfe älterer Menschen sowie von
70 Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf bei Neubauquartieren von Anfang an
71 systematisch mitgedacht und eingeplant werden.

72 Darüber hinaus wollen wir **nachbarschaftliches** und **generationsübergreifendes Wohnen**
73 fördern.

74 **Sozialer Zusammenhalt**

- 75 Einsamkeit ist ein gesellschaftliches Problem, welches im Alter verstärkt auftritt.
76 Um dem entgegenzutreten, ist es wichtig bestehende Strukturen zu stärken und zu
77 unterstützen. **Begegnungsstätten** und **Nachbarschaftstreffe**s sind wichtige
78 Institutionen in den Stadtteilen und müssen dringend erhalten bleiben.
- 79 Gerade Angebote im Bereich **Sport** oder anderen Vereinen sind bedeutend für die
80 Gemeinschaft und verhindern Isolation. Sie müssen ebenso wie kulturelle Angebote
81 verstetigt werden und bezahlbar sein.
- 82 Im vergangenen Jahr startete ein städtisches Projekt zur **Aufsuchenden Altenarbeit**.
83 Derzeit erhalten Menschen ab 80 automatisch den Brief zum Geburtstag mit weiteren
84 Informationen. Wir wollen das Projekt evaluieren und auf Menschen unter 80
85 ausweiten.
- 86 **Pflege**
- 87 Die Pflege steht angesichts der Bundeskürzungen vor nochmals neuen, auch
88 verschärften Herausforderungen. Gemeinsam mit in der Pflege Tätigen werden wir
89 prüfen, welche ambulanten und aufsuchenden Angebote in welchem Maße verstärkt
90 gehören. Wir wollen ein neues Konzept für Pflegeheime, damit sie die Pflege und
91 Betreuung unter wachsenden Anforderungen gewährleisten können und halten den Aufbau
92 kommunaler und gemeinnütziger Pflegeheime für eine zentrale Möglichkeit, um einen
93 Kulturwandel in der Pflege zu organisieren. // **Verweis zu Gesundheit**

Antrag L 03-15: Inklusion und Behindertenpolitik

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Inklusion und Behindertenpolitik

- 2 Echte Teilhabe für alle bedeutet für uns, dass Menschen mit Behinderungen eine
3 selbstständige Lebensführung in einer barrierefreien Stadt realisieren können.
4 Dafür muss der **Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**
5 (UN-BRK) konsequent und partizipativ zusammen mit den Betroffenen weiterentwickelt
6 und vom Land ausfinanziert werden.
- 7 Den Angriffen der Bundesregierung auf die Finanzierung der persönlichen Assistenz
8 und der Wiedereingliederungshilfe stellen wir uns entschlossen entgegen.
9 **Persönliche Assistenz für behinderte Menschen** hat in Bremen eine lange Tradition
10 und ist ein essenzieller Baustein einer inklusiven Gesellschaft in der alle ein
11 selbstbestimmtes Leben führen können. Dahingehende Bedarfe müssen frühzeitig
12 festgestellt und die notwendige Assistenz auch im Krankenhaus verlässlich,
13 bedarfsgerecht und rechtzeitig bewilligt werden – unabhängig davon, in welchem
14 Assistenzmodell die Leistung organisiert ist. Die Feststellungsverfahren wollen wir
15 deutlich beschleunigen.
- 16 Barrierefreiheit ist für uns ein **Querschnittsthema**, dass sowohl in den Bereichen
17 Arbeit, Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung und Verkehr, als auch beim Gang zu
18 Behörden zügiger als bislang erreicht werden soll.
- 19 Bei der **Bereitstellung von Informationen** in leichter Sprache durch öffentlichen
20 Stellen und der Verfügbarkeit von barrierefreien Webseiten wurden in den letzten
21 Jahren große Fortschritte gemacht. Die öffentliche Hand muss hier weiter mit gutem
22 Beispiel voran gehen und die digitale Barrierefreiheit weiter konsequent
23 vorantreiben!
- 24 Gleichzeitig sollen **analoge Zugänge** zu behördlichen Informationen weiterhin möglich
25 sein.
- 26 Die **Behindertenvertretungen und -Selbstorganisationen** wollen wir ebenso wie das
27 Behindertenparlament stärker fördern und insbesondere finanziell absichern. Das
28 bedeutet, dass staatliche Zuwendungen auch in Zukunft mindestens die Inflation
29 ausgleichen müssen. Wir sehen es als unsere Verantwortung Forderungen von Menschen
30 mit Behinderungen im politischen Prozess Gehör zu verschaffen.
- 31 Ein für die Inklusion zentrales Problem ist nach wie vor der exklusive
32 Arbeitsmarkt: Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten bei den Werkstätten weit

33 unterhalb des Mindestlohns, und zwar auch dann, wenn sie wichtige Produkte für
34 große Firmen herstellen. Das wollen wir ändern: Der **Mindestlohn muss auch in den**
35 **Werkstätten** für behinderte Menschen gelten, ohne dass dies zulasten ihrer aktuellen
36 Rentenansprüche geht. Die momentane Situation verstößt gegen die UN-BRK, da es den
37 Beschäftigten in den Werkstätten nicht möglich ist, ihren Lebensunterhalt selbst zu
38 finanzieren. Solange der Bundesgesetzgeber hier untätig bleibt, wollen wir uns für
39 mehr Sonderzahlungen an die Beschäftigten der Werkstätten einsetzen. Die
40 Werkstätten sollen sich zukünftig zu inklusiven Ausbildungsorten entwickeln, in
41 denen Menschen mit und ohne Behinderung als Angestellte mit allen
42 Arbeitnehmer*innenrechten (Gewerkschaftliche Vertretung, Tarifverträge, Rente usw.)
43 ausgestattet gemeinsam arbeiten und sich so ein selbstständiges Leben finanzieren
44 können

45 Wir wollen mehr **Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt**. Inklusive Beschäftigung
46 muss für Betriebe einen höheren Anreiz darstellen als die Zahlung der
47 Ausgleichsabgabe.

48 Das Amt für Versorgung und Inklusion (AVIB) muss die Einnahmen aus der
49 Ausgleichsabgabe anders als in der Vergangenheit bis auf ein Mindestmaß an
50 notwendigen Rücklagen direkt in Maßnahmen zur Förderung der Inklusion auf dem
51 Bremer Arbeitsmarkt investieren.

52 Wir wollen bestehende **Anlaufstellen und Beratungsangebote** finanziell absichern, die
53 Menschen mit Behinderungen bei einer selbstbestimmten Lebensführung und der
54 Integration in würdige Arbeitsverhältnisse unterstützen.

55 Die Prozesse zur **Feststellung des Schwerbehindertengrades** beim AVIB müssen
56 verschlankt und beschleunigt werden. Es darf nicht sein, dass Menschen, die schon
57 eine festgestellte Schwerbehinderung haben, teilweise Monate auf die Fortschreibung
58 ihres Status warten müssen. Die Wiederbegutachtungszeiträume wollen wir bei
59 Personen, deren Status sich nicht geändert hat, verlängern um das AVIB zu entlasten
60 und eine schnellere Bescheidung von Neuanträgen zu ermöglichen.

61 Wir wollen ein **Schwerhörigen- und ein Taubblindengeld** nach dem Vorbild anderer
62 Bundesländer einführen.

63 Für Menschen, die sich in einer psychiatrischen Behandlung befunden haben, muss
64 schon während des Aufenthaltes in der Klinik eine verzahnte Anschlussbetreuung
65 eingerichtet und abgesichert werden. Das Angebot von **Genesungsbegleiter*innen** zur
66 Bewältigung des Alltags soll ausgebaut werden.

67 Alle **KiTa**s und **Schulen**, auch Gymnasien, sollen sich zu inklusiven
68 Bildungseinrichtungen entwickeln, wie es im Schulgesetz verankert ist. In Schulen
69 und Kitas sollen Kinder mit Beeinträchtigungen von gut ausgebildeten und
70 entsprechend bezahlten Assistenzkräften begleitet werden. Die Absenkung von
71 Standards in diesen Bereichen lehnen wir ab und wollen stattdessen bezahlte
72 Ausbildungsangebote zur Erlangung von anerkannten Abschlüssen erreichen.

73 Inklusion darf nicht mit dem Abschluss der zehnten Klasse enden. Auch das duale
74 Ausbildungssystem muss inklusiv gestaltet werden. Darum fordern wir die Abschaffung

- 75 der exklusiven Werkstufe und die Eingliederung aller Schüler*innen in den
76 regulären, dann **inklusive Berufsschulbetrieb**.
- 77 Wir wollen die Idee eines **Inklusionshotels** in Bremen weiter vorantreiben.
- 78 Wir setzen uns für einen umfassenden **Gewaltschutz** für Menschen mit Behinderungen in
79 gemeinschaftlichen Wohnformen ein. Die gesetzlichen Regelungen sollen so verbessert
80 werden, dass Gewaltprävention verbindlich verankert, Schutzkonzepte umgesetzt und
81 regelmäßige externe Überprüfungen sichergestellt werden. Insbesondere sollen
82 Frauenbeauftragte in diesen Wohnformen etabliert und Menschen mit Behinderungen
83 aktiv an der Gestaltung von Schutzmaßnahmen beteiligt werden.
- 84 Die Bereiche **Stadtentwicklung und Wohnungsbau** müssen zukünftig stärker auf
85 inklusive und barrierefreie Planung und Umsetzung fokussieren, insbesondere im
86 Rahmen des „sozialen Wohnungsbaus“.
- 87 Auch im Bereich des **ÖPNV** muss Barrierefreiheit und Teilhabe sichergestellt werden,
88 ggf. auch durch Taxi-Sonderdienste.

Antrag L 03-16: Geschlechtergerechtigkeit - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Geschlechtergerechtigkeit

2 Repräsentation und Zugänge

Wir wollen ein Bremen, in dem Geschlecht, Herkunft, Sprache oder soziale Lage nicht darüber entscheiden, wer mitreden kann, Zugang zu Ressourcen erhält und Chancen bekommt. Teilhabe und Selbstbestimmung müssen für alle gleichermaßen möglich sein. Dafür bauen wir Barrieren ab, verteilen Ressourcen gerechter und sorgen dafür, dass Frauen, Queers und andere strukturell benachteiligte Gruppen überall dort beteiligt und vertreten sind, wo Entscheidungen getroffen werden. Auch im Bereich Geschlechtergerechtigkeit gilt: Der Markt allein wird das nicht richten.

10 Politische und gesellschaftliche Repräsentation

Frauen sind in politischen Gremien, Führungspositionen und gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen noch immer nicht gleichberechtigt vertreten. Wir wollen deshalb ein **Paritätsgesetz** für die Wahlen in Bremen sowie verbindliche Quoten für Gremien, Veranstaltungen und öffentliche Beteiligungsprozesse. Mehr Frauen müssen Zugang zu Führungspositionen erhalten. Dafür stärken wir inklusive Führungskulturen und bauen strukturelle Benachteiligungen ab. Wir denken dabei nicht-binäre Geschlechter mit, die ebenfalls von patriarchalen Ausschlüssen betroffen sind und finden angemessene Regelungen.

Als Reaktion auf die von CDU-Bundesministerin Prien für viele Projekte geplante Streichung der Förderungen aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fordern wir ein dauerhaft finanziertes **Landesprogramm gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit**. Es soll bedrohte feministische und queere Initiativen in Bremen und Bremerhaven verlässlich absichern. Antifeminismus ist ein gefährliches Scharnier der extremen Rechten. Deshalb darf das Land die zivilgesellschaftliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit nicht im Stich lassen.

Wir begrüßen die Einrichtung der Landesantidiskriminierungsstelle und fordern eine verlässlich finanzierte, niedrigschwellige **Meldestelle für Sexismus** und diskriminierende Erfahrungen. Diese könnte als Kooperation der Landesantidiskriminierungsstelle und der ZGF (Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau) eingerichtet werden. Sie soll Betroffenen Unterstützung bieten, Diskriminierung sichtbar machen und die Grundlage für wirksame Gegenmaßnahmen schaffen.

33 Gleichstellung darf nicht vom Engagement einzelner Einrichtungen oder Ressorts
34 abhängen. Wir wollen **Gender Budgeting** in allen öffentlichen Einrichtungen und
35 Ressorts verbindlich umsetzen und öffentliche Mittel wirksam darauf überprüfen, ob
36 sie Gleichstellung fördern. Feministische Politik ist für uns eine
37 Querschnittsaufgabe: Frauen- und queerpolitische Perspektiven müssen in allen
38 Politikfeldern, bei politischen Entscheidungen und in der Haushaltsplanung von
39 Anfang an berücksichtigt werden.

40 **Geschlechtergerechter Zugang zu Arbeit und wirtschaftlicher Teilhabe**

41 Frauen verdienen noch immer weniger als Männer, arbeiten häufiger in Teilzeit und
42 übernehmen einen überproportionalen Anteil unbezahlter Sorgearbeit. Gleichzeitig
43 ist der Arbeitsmarkt von Geschlechterstereotypen geprägt. Wir wollen diese
44 **strukturellen Benachteiligungen** abbauen und allen Menschen eine selbstbestimmte und
45 existenzsichernde Erwerbsarbeit ermöglichen.

46 Dafür braucht es eine **geschlechtergerechte Arbeitsmarktpolitik** mit einem eigenen
47 Budget. Die Landesstrategie zur Entgeltgleichheit wollen wir weiterentwickeln und
48 verbindliche Maßnahmen gegen den Gender Pay Gap ergreifen. Berufsorientierung muss
49 frei von Geschlechterklischees sein: Mädchen und Frauen wollen wir gezielt für
50 technische, handwerkliche und andere traditionell männlich geprägte Berufe
51 gewinnen, Jungen und Männer für soziale, pflegerische und pädagogische Berufe.

52 Wir wollen das **Landesgleichstellungsgesetz (LGG)** weiterentwickeln. Wir wollen darin
53 die Rechte der Frauenbeauftragten stärken und insbesondere die
54 Freistellungsregelungen verbessern, und wir wollen, dass das LGG auch auf
55 öffentliche Gesellschaften und Beteiligungen Anwendung findet.

56 Gleichstellung darf sich nicht darauf beschränken, mehr privilegierte Personen in
57 Führungspositionen zu bringen, während andere Frauen und Queers in schlecht
58 bezahlter Care-Arbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen verbleiben.
59 Besonders **Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte** und ohne deutsche
60 Staatsangehörigkeit werden wir besseren Zugang zu Weiterbildung und beruflichem
61 Aufstieg ermöglichen: durch bedarfsgerechte Sprachkurse, niedrigschwellige
62 Qualifizierungsangebote und aufeinander aufbauende Aus- und Weiterbildungen sowie
63 gezielte Förderprogramme zur Arbeitsmarktintegration.

64 Wir wollen Frauen bei **Gründung und beruflicher Selbstständigkeit** gezielt
65 unterstützen, unter anderem durch spezifische Förderprogramme für Gründerinnen und
66 frauengeführte Start-ups sowie besseren Zugang zu Finanzierung und Beratung. Auch
67 in Betrieben wollen wir Teilhabe, transparente Aufstiegsmöglichkeiten und inklusive
68 Führungskulturen stärken.

69 **Beratung, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe ausbauen**

70 Soziale Rechte können nur wahrgenommen werden, wenn Menschen ihre Ansprüche kennen
71 und Unterstützung erhalten. Bürokratische, sprachliche oder finanzielle Hürden
72 dürfen nicht dazu führen, dass Menschen ihnen zustehende Leistungen nicht bekommen.
73 Deshalb wollen wir niedrigschwellige, kostenlose und mehrsprachige
74 Beratungsangebote in den Stadtteilen ausbauen, die mehrsprachig bei Anträgen,

- 75 Behördenkontakten und finanziellen Fragen unterstützen. Dafür stärken wir
76 Kooperationen mit der Verbraucherzentrale, Bürgerzentren und weiteren sozialen
77 Einrichtungen.
- 78 Eine gerechte Gesellschaft braucht gleiche Zugänge zu politischer Mitbestimmung,
79 guter Arbeit, Bildung, Beratung, finanzieller Unterstützung und gesellschaftlichem
80 Leben. Gleichstellung darf kein Zusatzangebot sein, sondern muss zum
81 selbstverständlichen Maßstab linker Politik werden.

Antrag L 03-17: Geschlechtergerechtigkeit - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Fürsorge ist die Grundlage unseres Zusammenlebens und keine Privatangelegenheit**

2 Frauen im Land Bremen haben mit 67 Prozent die schlechteste Erwerbstätigenquote
3 bundesweit. Gleichzeitig arbeiten 51 Prozent der Frauen in Teilzeit und Frauen
4 leisten etwa doppelt so viel Hausarbeit wie Männer. Im Land Bremen sind zudem rund
5 70 Prozent aller pflegenden Angehörigen weiblich. Angesichts dieser Zahlen ist es
6 wenig verwunderlich, dass Frauen häufiger unterbrochene Erwerbsbiografien aufweisen
7 und den weitaus größeren Anteil bei der Altersarmut bilden. Die Folgen sind
8 ökonomisch, sozial und vor allem gesundheitlich beträchtlich.

9 **Care-Arbeit** ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Sie darf nicht länger
10 überwiegend im Privaten, auf Kosten von Frauen und unter prekären Bedingungen
11 organisiert werden. Wir wollen die vorhandenen Strukturen sichern und ausbauen,
12 Entlastung wohnortnah organisieren, die innerfamiliäre Verteilung von Sorgearbeit
13 gerechter gestalten und auch Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen.

14 Dabei gibt es bereits viele einzelne Projekte, Einrichtungen und Initiativen zur
15 Verbesserung der Situation. Es gilt, sie auskömmlich auszustatten, miteinander zu
16 vernetzen und institutionell abzusichern, statt sie in ständiger Befristungsangst
17 arbeiten zu lassen. WIN-Mittel, Quartiersarbeit, Nachbarschaftseinrichtungen,
18 Bürgerhäuser bis hin zum sozialen Arbeitsmarkt sind lebenswichtige Bausteine. Dazu
19 kommen die Häuser der Familien, die Frühförderung sowie Hebammen- und
20 Gesundheitszentren. All diese Einrichtungen brauchen eine **verlässliche Finanzierung**
21 **und eine nachhaltige Perspektive.**

22 Wir wollen gesellschaftliche **Angebote für Betreuung und Sorgearbeit** ausbauen: Die
23 aufwachsende Ganztagsgarantie muss lückenlos umgesetzt werden. Wir wollen weg von
24 langen Ferienzeiten ohne ausreichende Betreuung und hin zu verlässlichen
25 Betreuungsangeboten, einschließlich eines Ausbaus der Randzeiten. Der Isolation im
26 häuslichen Alltag muss durch gut ausgestattete Nachbarschaftsunterstützung
27 entgegengewirkt werden, etwa durch Nachbarschaftscafés und tägliche Mittagessen.
28 Auch tagesklinische und ambulante Angebote für Senior*innen und zur Entlastung
29 pflegender Angehöriger müssen ausgebaut werden. Die Möglichkeiten, Care-Arbeit zu
30 delegieren, müssen insgesamt erweitert und niedrigschwellig in wohnortnahen, auch
31 vernetzten Einheiten angeboten werden. Nachbarschaftscafés wollen wir deshalb
32 ebenso unterstützen wie wohnortnahe Angebote für ein tägliches Mittagessen.

33 Staatliche Unterstützungsmaßnahmen müssen die Grundlagen für eine gerechtere
34 Arbeitsteilung innerhalb von Familien und familienähnlichen Zusammenleben schaffen

35 und Care-Arbeit spürbar auffangen. Dazu gehören auch entsprechende Regelungen beim
36 **Elterngeld und eine Vereinbarkeitsprämie.** Rentenansprüche für pflegende Angehörige
37 müssen verdoppelt und nicht halbiert werden. Für die Entlastung pflegender
38 Angehöriger braucht es eine verlässliche Kurzzeitpflege, die unbürokratisch zur
39 Verfügung steht. Ebenso notwendig sind ambulantes Haus- und Pflegepersonal sowie
40 entsprechende Hausbesuche. Auch bezahlbare Wohnangebote, insbesondere
41 barrierefreier Wohnraum, sind ein wichtiger Bestandteil. Bei den städtischen
42 Wohnungsbaugesellschaften muss dafür ein entsprechendes Grundkontingent zur
43 Verfügung stehen.

44 **Sorgearbeit auch in der Arbeitswelt verankern:** Die Verantwortung für den
45 Reproduktionsbereich muss von Unternehmen, Staat und privatem Bereich besser
46 zusammengedacht und miteinander vernetzt werden. Auch Betriebe sind darauf
47 angewiesen, dass Arbeitnehmer*innen ihre Pflege- und Sorgearbeit organisieren
48 können und dabei entlastet werden. Dazu wollen wir ein Projekt zu den Chancen und
49 Risiken von Homeoffice, Digitalisierung und Gleichstellung auf den Weg bringen. Für
50 die Verankerung und Einbeziehung von Gewerkschaften und Betriebsräten braucht es
51 Care- Coaches, die zur Verfügung gestellt werden und entsprechende Programme und
52 Projekte anbieten können. Flexible Arbeitszeiten sind auch für Arbeitnehmer*innen
53 notwendig, müssen aber an ihren Bedingungen ausgerichtet werden. Sie dürfen deshalb
54 nur in Absprache und im Einverständnis mit Betriebsräten und Beschäftigten
55 gestaltet werden. Ergänzend wollen wir Beratungsteams für Betriebe installieren.

56 **Alleinerziehende brauchen Unterstützung, keine Hürden**

57 Ein Schwerpunkt linker Politik in Bremen ist die Verbesserung der Situation von
58 **Alleinerziehenden.** Wir wollen Alleinerziehende bei der Sorgearbeit systematischer
59 unterstützen und auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt gezielter entlasten. Angesichts
60 einer Bundespolitik, die Alleinerziehende aktuell weiter zurücksetzt statt
61 priorisiert, ist landes- und kommunalpolitisches Gegensteuern von herausragender
62 Bedeutung. Dieser Verantwortung werden wir uns stellen, gegen die dramatischen
63 Sozialkürzungen der Bundesregierung.

64 84 Prozent der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 sind in Deutschland weiblich.
65 Dass Alleinerziehende – neben jungen Erwachsenen, Senior*innen und kinderreichen
66 Familien – zu den am meisten armutsgefährdeten Menschen gehören, ist ein
67 politisches Problem, kein jeweils individuelles. Bremen hat mit 27 Prozent die
68 bundesweit höchste Armutsquote und eine hohe Zahl an Alleinerziehenden. Hier für
69 mehr Entlastung und Gerechtigkeit zu sorgen, sehen wir als klaren Arbeitsauftrag.

70 Bereits gestartete Projekte und Programme im Rahmen des **Aktionsplans**

71 **Alleinerziehende** werden wir evaluieren und zu einer ressortübergreifenden
72 Gesamtstrategie für Alleinerziehende ausbauen. Dabei legen wir einen eigenen Fokus
73 auf Menschen mit Migrationshintergrund.

74 Alleinerziehende haben zu Recht einen vorrangigen Anspruch auf **Kinderbetreuung.** Wo
75 es dennoch zu Betreuungslücken bei der Kita-Versorgung kommt, muss nachgestellt
76 werden. Besonders für Alleinerziehende braucht es eine verlässliche Kinderbetreuung
77 auch zu den Randzeiten, die wir in der nächsten Legislaturperiode absichern wollen.

78 Mietkosten sind ein Haupttreiber von Armut und prekarisierenden Kosten. Wir werden
79 uns im Rahmen unserer Mietenpolitik dafür einsetzen, dass ausreichend **bezahlbarer**
80 **Wohnraum gezielt für Ein-Eltern-Haushalte** zur Verfügung steht.

81 **Teilzeitausbildungen** und berufsbegleitende Weiterqualifizierung wollen wir
82 verstärken. **(siehe Ausbildung, Seite X)**

83 Die Kürzungen der Bundesregierung beim Wohngeld, beim **Unterhaltsvorschuss**, in der
84 Jugendhilfe sowie die Streichung des Kinderzuschlags sind Einschnitte, die
85 überwiegend Frauen treffen und die wir als Linke scharf kritisieren. Wir werden
86 Initiativen ergreifen, diese Verschlechterungen wieder zurückzuführen.

87 Gleichzeitig wollen wir eine **Landesförderung für aufsuchende Beratung**, damit
88 bestehende Ansprüche auf z.B. Unterhaltsvorschuss und Wohngeld tatsächlich
89 abgerufen werden – die Quote der Nicht-Inanspruchnahme ist zu hoch.

90 Der von der Bundesregierung abgeschaffte Kinderzuschlag war ursprünglich als
91 Eingangsstufe einer umfassenden **Kindergrundsicherung** gedacht: Dass diese Schritte
92 wieder zurückgedreht statt ausgebaut werden, ist für uns nicht hinnehmbar.

93 Wir wollen das **Ehegattensplitting** zugunsten einer Individualbesteuerung mit
94 besserer Kinderförderung ablösen. Dass Alleinerziehende durch Steuerprivilegien wie
95 das Ehegattensplitting sozial weiter zurückfallen, ist ein unhaltbarer Zustand.

96 Es braucht ein uneingeschränktes **Recht auf Teilzeit** verbunden mit einem
97 Rückkehrrecht in Vollzeit.

98 Der **Unterhaltsvorschuss** muss entfristet und an reale Lebenshaltungskosten gekoppelt
99 werden. Bremens schlechte Rückgriffsquoten gehören auf den Prüfstand, die Verfahren
100 müssen stringenter, säumige Unterhaltungsleistungen ohne Altersgrenze zurückgeholt
101 werden.

Antrag L 03-18: Geschlechtergerechtigkeit - Teil 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Schutz und Bekämpfung patriarchaler Gewalt**

2 Patriarchale Gewalt ist eine systematische Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen
3 sowie gegen Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen
4 Identität von Gewalt betroffen sind. Sie zeigt sich in physischer, psychischer,
5 sexualisierter und digitaler Gewalt und hat ihre Ursache in patriarchalen
6 Machtverhältnissen und Geschlechternormen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der
7 alle Menschen frei von Gewalt leben können.

8 Wir begrüßen den **Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention** in Bremen.
9 Dieser muss konsequent finanziert, umgesetzt, regelmäßig überprüft und
10 fortgeschrieben werden. Die Fortschreibung des Landesaktionsplans ab 2027 muss mit
11 ausreichend finanziellen Mitteln im Landeshaushalt hinterlegt werden.

12 Die Zahlen geschlechtsspezifischer Gewalt zeigen: Gewalt gegen Frauen und Mädchen
13 ist auch in Bremen ein großes gesellschaftliches Problem. Gleichzeitig wissen wir,
14 dass die polizeiliche Statistik nur einen Teil der Gewalt sichtbar macht – viele
15 Betroffene zeigen Gewalttaten nicht an. Deshalb braucht es ein umfassendes
16 Maßnahmenpaket, das **Schutz, Unterstützung, Prävention und gesellschaftliche**
17 **Veränderung** verbindet.

18 Das Hilfe- und Schutzsystem muss bedarfsgerecht ausgebaut werden. **Frauenhäuser und**
19 **Beratungsstellen** brauchen eine verlässliche und langfristige Finanzierung sowie
20 ausreichend Plätze. Auch in Bremerhaven müssen ausreichend Frauenhausplätze
21 bereitgestellt werden und auch die Bremerhavener Gewaltschutzambulanz muss um
22 eine*n Gerichtsmediziner*in erweitert werden. Schutz darf nicht an Barrieren
23 scheitern. Deshalb werden wir niedrigschwellige, mehrsprachige und wohnortnahe
24 Angebote ausbauen, auch durch aufsuchende Beratung in den Stadtteilen. Die
25 Erreichbarkeit von Schutz- und Unterstützungsangeboten muss durch kostenlose ÖPNV-
26 Angebote oder notwendige Fahrtkostenübernahmen sichergestellt werden.

27 Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, brauchen einen
28 sicheren Weg aus der Gewalt. Deshalb müssen ausreichend Frauenhausplätze zur
29 Verfügung stehen und der Zugang zu Schutzangeboten erleichtert werden. Der Übergang
30 in eine eigene Wohnung ist entscheidend für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb
31 wollen wir mehr **bezahlbaren Wohnraum für gewaltbetroffene Frauen** schaffen und
32 Belegungsrechte im öffentlichen und geförderten Wohnungsbestand sowie
33 Übergangswohnungen ausbauen.

34 **Wohnungslose Frauen** sind besonders gefährdet und häufig unsichtbar. Wir wollen

35 deshalb Schutz- und Aufenthaltsmöglichkeiten für wohnungslose Frauen schaffen.
36 Aufgrund bestehender Verdrängung im öffentlichen Raum, etwa durch
37 Aufenthaltsverbote am Bremer Hauptbahnhof, verlieren viele Frauen wichtige
38 Schutzstrukturen. Es braucht sichere Orte, an denen sie sich aufhalten können.

39 **Digitale Gewalt** ist ein wachsendes Feld patriarchaler Gewalt. Cyberstalking,
40 bildbasierte sexualisierte Gewalt, digitale Kontrolle und Hate Speech treffen
41 insbesondere Frauen und queere Menschen. Wir wollen deshalb eine Fachstelle
42 Digitale Gewalt und eine Meldestelle gegen digitale Hasskriminalität schaffen, die
43 Betroffene berät, psychosozial unterstützt und bei der Beweissicherung hilft.
44 Polizei und Justiz müssen für digitale Gewalt besser ausgestattet und geschult
45 werden, damit Täter*innen konsequenter verfolgt werden.

46 Wir wollen ein umfassendes **Femizid-Monitoring** für Bremen einführen.
47 Geschlechtsspezifische Tötungen und versuchte Femizide müssen systematisch erfasst
48 und analysiert werden, um Präventionsmaßnahmen gezielt weiterzuentwickeln. Um
49 schwere Gewalttaten zu verhindern, wollen wir außerdem das Gefährdungsmanagement
50 ausbauen. Bei Hochrisikofällen braucht es verbindliche interdisziplinäre
51 Fallkonferenzen, in denen Polizei, Justiz, Jugendamt und Fachstellen gemeinsam
52 Schutzkonzepte entwickeln.

53 Der Schutz vor Gewalt muss Vorrang vor den Interessen von Tätern haben. Beim
54 **Umgangsrecht** müssen die Erfahrungen und Gefährdungen gewaltbetroffener Frauen und
55 Kinder stärker berücksichtigt werden. Gewalt gegen die Mutter darf nicht als
56 Privatsache behandelt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bei
57 Umgangsentscheidungen eine individuelle Gefährdungsprüfung erfolgt und der Schutz
58 von Frauen und Kindern an erster Stelle steht.

59 Wir stärken den Schutz von Frauen, die von **Menschenhandel, Zwangsprostitution oder**
60 **Zwangsverheiratung** betroffen sind. Gewaltschutz muss immer Vorrang vor
61 aufenthaltsrechtlichen Fragen haben. Die Finanzierung spezialisierter
62 Beratungsstellen wie Nitribitt e. V. und „Marie“ muss genau wie die Beratung von
63 Betroffenen von Zwangsprostitution langfristig gesichert und entsprechende Angebote
64 auch in Bremerhaven ausgebaut werden. Außerdem werden wir Präventions- und
65 Aufklärungsangebote zur Loverboy-Methode stärken, durch die insbesondere junge
66 Frauen und Mädchen - auch über das Internet - in Ausbeutungsverhältnisse gelockt
67 werden.

68 Prävention beginnt früh, endet aber nicht in der Schule. In **Kitas und Schulen**
69 müssen der Abbau patriarchaler Denkmuster und Geschlechterklischees, Gleichstellung
70 aller Geschlechter sowie ein gewaltfreier Umgang mit Emotionen verbindlich in
71 Bildungsplänen verankert werden. Jugend- und Freizeiteinrichtungen müssen gestärkt
72 werden, um junge Menschen in einem respektvollen und gewaltfreien Miteinander zu
73 unterstützen. Auch der aufsuchende Kinderschutz bei Gewalt gegen die Mutter muss
74 ausgebaut werden, insbesondere in Bremerhaven.

75 Auch Erwachsene brauchen mehr **Präventions- und Bildungsangebote**. Wir wollen die
76 Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischer Gewalt, patriarchalen Strukturen und
77 digitaler Gewalt in Betrieben, Vereinen, Stadtteilen und kommunalen Einrichtungen

- 78 stärken. Dazu gehören niedrigschwellige Beratungsangebote für Menschen in
79 Beziehungskonflikten sowie ein flächendeckender Ausbau der Beratungsangebote für
80 gewaltbereite Männer und Täterarbeit.
- 81 Projekte wie „StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt“ zeigen, wie wichtig **Prävention,**
82 **Nachbarschaftsarbeit und Zivilcourage** sind. Diese Ansätze müssen in Bremen und
83 Bremerhaven verstetigt und ausgeweitet werden.

Antrag L 03-19: Queer

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Queer

2 Um queeren Menschen ein selbstbestimmtes, sicheres und erfülltes Leben zu bieten,
3 verknüpfen wir soziale, antirassistische und queer-feministische Politik. Die
4 Auswirkungen des Rechtsrucks und unsozialer Kürzungspolitik drohen auch die
5 Gleichstellung in verschiedensten Bereichen der Gesellschaft nicht nur aufzuhalten,
6 sondern rückgängig zu machen: Wachsende Queerfeindlichkeit und Gewalt sowie die
7 Aushöhlung wichtiger staatlicher Versorgungsbereiche betreffen queere Personen im
8 besonderen Maße.

9 In Bremen und Bremerhaven wollen wir uns sowohl gegen diese gesellschaftlichen
10 Rückschritte stellen als auch Maßnahmen zur Verbesserung queeren Lebens umsetzen.

11 Gleich und sicher leben

12 Gewalt und Diskriminierung gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung
13 oder Geschlechtsidentität findet in allen Sphären des Lebens statt - in familiären
14 und partnerschaftlichen Beziehungen, aber auch z.B. im öffentlichen Raum, in der
15 Schule, in der Bahn oder auf der Arbeit. **Prävention** durch Aufklärung über sexuelle
16 und geschlechtliche Diversität und Sensibilisierung der Gesellschaft räumen wir
17 eine besondere Priorität ein, denn Prävention bedeutet, Gewalt und Diskriminierung
18 zu verhindern, bevor sie überhaupt passiert. Dafür setzen wir uns in öffentlichen
19 Bereichen für den Ausbau und Erhalt von Strukturen und Angeboten, die
20 Diskriminierung vorbeugen und eindämmen, ein.

21 Die Aufklärungsarbeit in Schulen werden wir stärken. Für das aktuelle
22 **Schulaufklärungsprogramm** des Rat & Tat e.V. wollen wir eine eigenständige
23 Finanzierung schaffen. Auch im Öffentlichen Dienst wollen wir
24 Weiterbildungsangebote schaffen, die ein diskriminierungsarmes Klima am
25 Arbeitsplatz ermöglichen. Die Ausweitung des Referats Chancengleichheit und
26 Diversität von den Mitarbeitenden der Uni soll hin zu einem Angebot auch für
27 Studierende erweitert werden.

28 Neben öffentlichkeitswirksamen Kampagnen und präventiven Maßnahmen gegen
29 queerspezifische Gewalt und zur Sichtbarmachung von queerem Leben braucht es
30 verlässliche Zahlen, die die Realität von queerfeindlicher Gewalt abbilden. Um das
31 sicherzustellen, wollen wir eine niedrigschwellige **Meldemöglichkeit für Gewalt**
32 **gegen marginalisierte Gruppen** bei der Landesantidiskriminierungsstelle schaffen.
33 Zusätzlich wollen wir Impulsgeberin sein für ein bei einer geeigneten Institution

34 angeschlossenem Peer- bzw. Allybegleitungsprojekt, bei dem von Gewalt betroffene
35 Personen Unterstützung beim Melden bzw. Anzeigen von Gewalt finden können.
36 Wir werden sicherstellen, dass **Beratungsstellen** wie Trans* Recht e.V. und Rat & Tat
37 Zentrum für Queeres Leben e.V. ausreichend ausgestattet sind. Besonders bei der
38 Beratung von trans* Personen und nicht-heteronormativer Beziehungsgewalt gibt es
39 noch immer Lücken. Dazu wollen wir intersektionale Ansätze von Beratungsangeboten
40 stärken. Alle Berufsgruppen, die potenziell mit Betroffenen von queerspezifischer
41 Gewalt in Kontakt kommen, müssen - am besten schon während ihrer Ausbildung -
42 sensibilisiert und geschult werden.

43 Um eine bessere Verfolgung von Gewalt und Hass auf marginalisierte Gruppen zu
44 gewährleisten, wollen wir ein **Sonderdezernat Hasskriminalität und Verbrechen gegen**
45 **queere Menschen** einrichten. Darüber hinaus wollen wir den Bedarf nach
46 queersensibler Anzeigenaufnahme evaluieren und bei Bedarf das zweiwöchentliche
47 Angebot erweitern und eine Anzeigenaufnahme nach individueller Terminabsprache
48 ermöglichen. Auch die Ansprechperson für LGBTIQ* bei der Bremer Polizei muss
49 langfristig finanziell abgesichert und mit einer zusätzlichen zweiten Stelle
50 ausgebaut werden.

51 **Medizinische und soziale Versorgung intersektional denken - Queersensibilität**
52 **sicherstellen!**

53 Queere Jugendliche, geflüchtete, behinderte, alte und andere vulnerable Menschen
54 sind oft noch stärker von sozialen, psychischen und ökonomischen Problemen belastet
55 und zusätzlichen Gefahren ausgesetzt. Deswegen setzen wir uns ein für die
56 **Inkludierung von queerem Leben in Gewaltschutzkonzepten** in Unterkünften für
57 Obdachlose und Geflüchtete, Kinder- & Jugendwohngruppen und Wohngruppen für
58 Menschen mit Behinderung als auch JVA und psychiatrischen Einrichtungen. Wir werden
59 aber auch spezielle Angebote schaffen und unterstützen, die wie beispielsweise das
60 Berliner Queerhome speziell queeren Wohnungslosen helfen. Das Jugendhilfesystem
61 muss mit guten Unterbringungsmöglichkeiten für queere Jugendliche ausgestattet
62 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in Bremen eine queere
63 Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete geschaffen wird. Weiterhin fordern wir,
64 dass das Migrationsamt klare Richtlinien für den menschenwürdigen Umgang mit
65 queeren Personen mit Fluchterfahrungen schafft und deren besonderen Schutzbedarf
66 anerkennt.

67 **Pflegebedürftige Personen** sind verschärften Gefahren von Diskriminierung und
68 Missbrauch ausgesetzt. Deshalb unterstützen wir spezifisch queersensibel agierende
69 Pflegeangebote, genauso wie einen integrativen Ansatz, um in allen Pflegebereichen
70 die besonderen, auch körperlichen Bedürfnisse queerer pflegebedürftiger Personen
71 mitzudenken. Dafür bedarf es der Fortbildung des Personals sowie der Anerkennung
72 der sexuellen und geschlechtlichen Identität aller Personen, die Pflege benötigen.

73 Auf Bundesebene stehen wir ein für den **Schutz und Ausbau des das**
74 **Selbstbestimmungsgesetzes**, wie z.B. über die Abschaffung des Militärgeschlechts.
75 Geschlechtsangleichende Versorgung muss weiterhin von den Krankenkassen finanziert
76 werden und das nicht nur im Rahmen eines binären Geschlechtersystems. Darüber

77 hinaus fordern wir eine eingehende Aufarbeitung der Fälle von Menschen, die noch
78 nach dem Transsexuellengesetz (TSG) transitionieren mussten, sowie von inter*
79 Personen, denen Konsultationen und Maßnahmen aufgezwungen wurden. Auch eine
80 Untersuchung, wie gut das aktuelle Gesetz zur Behandlung von Kindern mit Varianten
81 der Geschlechtsentwicklung in der Realität funktioniert, halten wir für wichtig.

82 Wir wollen die **medizinische Versorgung** von trans* und inter* Personen in Bremen
83 sicherstellen. Um das zu erreichen, muss Expertise gesichert werden. Wir wollen
84 prüfen, ob die Bündelung von queersensiblen medizinischen Angeboten einen Beitrag
85 zur Ansiedlung und Aufrechterhaltung des Fachpersonals leisten kann. Weiterhin muss
86 Vertrauen geschaffen und erhalten werden, deswegen setzen wir uns dafür ein, dass
87 Ärzt*innen, Pflegepersonal und Hebammen queersensibel geschult werden. Die Arbeit
88 von STI- Beratungsstellen beim Gesundheitsamt oder der AIDS-Hilfe müssen weiterhin
89 finanziert werden. Für queere Menschen wollen wir im Gesundheitsamt einen
90 spezifischen, monatlich stattfindenden Testtag einrichten.

91 **Queere Familien sind Familien - Schluss mit der Diskriminierung queerer** 92 **Elternschaft!**

93 Regenbogenfamilien sind immer noch gesetzlich benachteiligt. Deshalb fordern wir,
94 dass sich Bremen im Bundesrat für eine **Reform des Abstammungsgesetzes** einsetzt, die
95 auch queeren Familien volle Rechte einräumt. Eine solche Reform muss sowohl allen
96 Elternteilen bei der Geburt ermöglichen, als zweites Elternteil des Kindes
97 anerkannt zu werden, die Geschlechtsidentität von trans* Eltern respektieren, als
98 auch die Adoption für queere Paare einfacher machen. Wir sprechen uns für die
99 Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen von altruistischer Leihmutterchaft aus,
100 die den Schutz der Rechte und Bedürfnisse der Gebärenden in den Mittelpunkt
101 stellen. Auch setzen wir uns spezifisch dafür ein, dass die Landesunterstützung zur
102 Kinderwunschbehandlung von lesbischen Paaren in Bremen erhalten bleibt. Solange die
103 sogenannte "Stiefkindadoption" bei lesbischer Elternschaft Gesetz ist, wollen wir
104 die Kontrollen des Jugendamts auf das gesetzliche Minimum zurückfahren und auf
105 herabwürdigende und verunsichernde Begutachtungen verzichten. Dann kann auch das
106 Jugendamt seine Kapazitäten sinnvoller verwenden.

107 **Zivilgesellschaftliches Engagement und Teilhabe stärken**

108 Um **Sichtbarkeit** zu zeigen, soll die Progress Pride Flag am CSD und am
109 Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter-, Trans- und Asexuellenfeindlichkeit
110 (IDAHOBITA*), sowie die trans* Flagge am International Transgender Day of
111 Visibility (TDoV) und Transgender Day of Remembrance (TdoR) an der Bürgerschaft
112 hängen.

113 Die CSDs in Bremen und Bremerhaven sollen weiterhin stattfinden, finanziert und
114 sicher sein. Genauso wie die Arbeit des **queerpolitischen Beirats**. Auch hier sehen
115 wir weiterhin Bedarf zur Verbesserung, die Interessen queerer Menschen abzubilden.
116 Um dies zu gewährleisten, setzen wir uns für eine Konsultationspflicht für
117 betreffende Gesetze und eine Ladung des Beirats in betreffende Ausschüsse ein.

118 Der **Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie** werden wir fortführen und
119 mit konkreten Zielen hinterlegen und an die entsprechenden Ressorts binden, damit

120 dieser effektiver umgesetzt wird.

121 Zur gesellschaftlichen Teilhabe gehören Kultur- und Sportangebote. Aufgrund
122 historisch ausschließender Faktoren und immer noch bestehender Diskriminierung
123 kommt hier explizit queeren Orten eine besondere Relevanz zu. Wir setzen uns für
124 den **Schutz und die Stärkung queerer Orte in Bremen und Bremerhaven** ein. Wir wollen,
125 dass die Arbeit von selbstorganisierten Gruppen wie z.B. Queeraspora finanziell
126 unterstützt wird, da diese die Grundlage queerer Community-Arbeit sind. Dafür muss
127 das Budget für queere (Kultur-)Projekte erhöht werden. Auch Bremerhaven braucht ein
128 festes Budget für queere Projekte, um fehlende Strukturen zu etablieren.

129 Gleichzeitig sprechen wir uns auch für einen integrativen Ansatz im **Sport** aus, der
130 durch queersensible Lehrinhalte in den Ausbildungen für Übungsleiter*innen des
131 Landessportbunds angeboten, unterstützt werden soll. Wir stehen hinter einer
132 Förderung von trans* Athlet*innen und wollen, dass diese Personen im Land Bremen in
133 einer ihrer Identität entsprechenden Weise trainieren können. Weiterhin fordern
134 wir, dass der Senat sich auch auf Bundesebene dafür einsetzt.

135 Wir fordern die Aufnahme des Schutzes geschlechtlicher und sexueller Identität ins
136 Artikel 3 Absatz 3 des **Grundgesetzes**.

Antrag L 03-20: Antidiskriminierung und Partizipation - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Antidiskriminierung und Partizipation

2 Plurale Stadtgesellschaften: Partizipation ohne Diskriminierung

3 Bremen und Bremerhaven sind vielfältige Städte. Nach Berlin leben im Bundesland
4 Bremen die meisten Menschen mit Migrationserbe oder nicht-deutscher
5 Staatsangehörigkeit. Jedes zweite Kind in Bremen hat mindestens ein im Ausland
6 geborenes Eltern- oder Großeltern-Teil – das Bundesland Bremen ist wichtiger Teil
7 der Migrationsgesellschaft und das ist eine Stärke. Wir machen eine Politik, die
8 den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, Teilhabe und Partizipation für alle
9 zugänglicher macht.

10 Gleichzeitig machen uns und vielen Bremer*innen und Bremerhavener*innen die
11 gesellschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre Sorge: Diskriminierung von
12 Menschen aufgrund von Herkunft, religiöser Zugehörigkeit, genauso wie
13 Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung oder Behinderung nimmt dramatisch zu.
14 Das wird begleitet von rassistischer Hetze, aber auch einer rassistischen Politik,
15 die Migrant*innen und ihre Nachkommen als Sündenböcke für über Jahre
16 vernachlässigte Lebensbereiche wie Wohnen, Bildung und Gesundheitsversorgung
17 angreift. Diese Strategie verstärkt sich wechselseitig mit rassistischen
18 Einstellungen und Übergriffen. Wir stellen uns auf allen Ebenen gegen diese
19 rassistische und diskriminierende Politik und Hetze. Maßnahmen zum Schutz vor
20 Diskriminierung und Gewalt werden wir mit hoher Priorität vorantreiben: **Solidarität**
21 **ist die Anleitung unserer Politik.**

22 Landesantidiskriminierungsstelle ausbauen und Angebote für Antidiskriminierung in 23 Verwaltung, Schule, Polizei und Feuerwehr stärken

24 Damit Bremer*innen bei diskriminierenden Erfahrungen Schutz und Unterstützung
25 erfahren, stärken wir den Kampf gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und
26 weitere Diskriminierungsformen mit einer starken **Antidiskriminierungsstelle** für das
27 Land Bremen (LADS). Diese wurde auf unsere Initiative hin eingerichtet und hat im
28 Herbst 2026 endlich ihre Arbeit aufgenommen. Gemeinsam mit den im Netzwerk gegen
29 Diskriminierung organisierten zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen steht die
30 LADS Betroffenen von Diskriminierung zur Seite.

31 Als allgemeine und intersektionale Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffene
32 soll die LADS Lücken in der Beratungslandschaft schließen, zum Beispiel in den
33 Bereichen **Wohnen, Gesundheit und Alltagsdiskriminierung**. Wir werden, entsprechend

- 34 der entstehenden Beratungsbedarfe, die Kompetenzen und Kapazitäten der LADS
35 ausbauen. Wir werden in Bremerhaven eine Zweigstelle der LADS einrichten, sodass
36 diese auch in Bremerhaven vor Ort erreichbar ist.
- 37 Wir werden der LADS Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie die Dokumentationen
38 der Beratungsstellen des Netzwerks gegen Diskriminierung auswerten und in einem
39 **Landesantidiskriminierungsbericht** ein umfangreiches Lagebild von Diskriminierung im
40 Land Bremen erstellen kann. Wir werden außerdem darauf hinwirken, dass die LADS
41 ausreichende Kapazitäten hat, um ihre Aufgaben in der Beratung von Betroffenen,
42 Beteiligung in Gesetzgebungsprozessen, Koordinierung des Netzwerks gegen
43 Diskriminierung, Berichterstattung, Beratung öffentlicher Institutionen zum Aufbau
44 eigener Strukturen gegen Diskriminierung und Öffentlichkeitsarbeit angemessen
45 wahrzunehmen. Darüber hinaus wollen wir Kapazitäten bereitstellen für die
46 Erarbeitung einer Antidiskriminierungsstrategie gemeinsam mit dem Netzwerk gegen
47 Diskriminierung.
- 48 Auch im Arbeitsleben erleben viele Bremer*innen und Bremerhavener*innen
49 Diskriminierungen. Um sie zu unterstützen und auf den Abbau diskriminierender
50 Strukturen hinzuwirken, werden wir das Beratungsangebot von „ADA –
51 **Antidiskriminierung in der Arbeitswelt**“ verstetigen.
- 52 Ergänzend zur LADS setzen wir uns außerdem für ein **Landesantidiskriminierungsgesetz**
53 (LADG) ein. Mit dem LADG können die Bremerhavener*innen und Bremer*innen ihr Recht
54 auf Nichtdiskriminierung gegenüber öffentlichen Institutionen durchsetzen.
55 Perspektivisch wollen wir prüfen, wie das LADG Menschen helfen kann, ihre Rechte
56 gegenüber dem Jobcenter sowie Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben des Landes
57 und der Kommunen durchzusetzen.
- 58 Antidiskriminierung ist auch eine Frage der **Organisationsentwicklung** Bremer
59 Institutionen. Diskriminierung ist auch in Bremen ein Alltagsphänomen in Schulen,
60 Polizei, Feuerwehr, Verwaltung und anderen öffentlichen Institutionen wie dem
61 öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das Agieren von Mitarbeitenden in Behörden und
62 Schulen muss dem Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsgrundsatz folgen.
- 63 Wir fordern die konsequente Einrichtung beschlossener **AGG-Beschwerdestellen** in den
64 Verwaltungen.
- 65 Werbung für Jobangebote in Bremer Behörden sollen gezielt Gruppen der Bremer
66 Stadtgesellschaft ansprechen, die bisher noch **unterrepräsentiert** sind.
- 67 Bremens **öffentlich-rechtlicher Rundfunk** soll sich weiterhin bei seiner
68 Berichterstattung auch an externer Fachexpertise in- und außerhalb Bremens
69 orientieren.
- 70 Das Beratungsangebot für Diskriminierungsschutz und Beratung für Schüler*innen
71 (DIBS) für Schüler*innen in Bremen und Bremerhaven werden wir evaluieren und nach
72 Möglichkeit um ein unabhängiges Beratungsangebot für **Kinder und Eltern** ergänzen.
73 Dabei sollen die positiven Erfahrungen mit dem Modellprojekt „Respect Kids“ im
74 Kita- Bereich einbezogen werden.
- 75 Die **Polizei- und Feuerwehrbeauftragte** werden wir personell aufstocken.

- 76 **Kontrollquittungen** bei Polizeikontrollen müssen verpflichtend von der Polizei
- 77 ausgegeben werden, auf ihnen muss ein konkreter Anlass vermerkt werden, statt
- 78 allgemeiner Formulierungen.

Antrag L 03-21: Antidiskriminierung und Partizipation - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Bremen zusammenschweißen – Zusammenhalt und Teilhabe durch geförderte**
- 2 **Selbstorganisation**
- 3 Bremen und Bremerhaven sind vielfältige Städte. Menschen mit unterschiedlichen
- 4 Herkunftsgeschichten, Religionen, Sprachen und kulturellen Erfahrungen leben hier
- 5 gemeinsam. Diese Vielfalt ist ein Reichtum der Gesellschaft – sie bedeutet aber
- 6 nicht automatisch Zusammenhalt. Dafür braucht es Orte, an denen Menschen einander
- 7 begegnen, miteinander sprechen und gemeinsam Verantwortung für ihre Stadtteile
- 8 übernehmen.
- 9 **Migrantische Selbstorganisationen** sind wichtige Anlaufstellen für viele Menschen.
- 10 Sie vermitteln Wissen, unterstützen bei Problemen, schaffen Vertrauen und
- 11 ermöglichen gesellschaftliches Engagement. Wir werden ihre Arbeit dauerhaft
- 12 absichern und sie zugleich stärker dabei unterstützen, über die eigene Community
- 13 hinaus in die Stadtgesellschaft hineinzuwirken, damit sie als Brückenbauerinnen für
- 14 die gesamte Stadtgesellschaft wirken können.
- 15 Den bisherigen **Selbsthilfe- und Projektfonds** werden wir erweitern und um eine
- 16 verlässliche, mehrjährige Strukturförderung ergänzen. Förderfähig sein sollen
- 17 insbesondere Personal, Räume, Qualifizierung, Digitalisierung, Nachwuchsarbeit und
- 18 eine angemessene Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements. Außerdem wollen wir
- 19 bei der Förderung einen Schwerpunkt auf Projekte legen, die Begegnung zwischen
- 20 unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen schaffen. Dazu gehören gemeinsame
- 21 Nachbarschaftsfeste, Kulturveranstaltungen, Bildungsangebote, Gesprächsformate,
- 22 Sportangebote sowie generationsübergreifende und aufsuchende Projekte.
- 23 Wer hier lebt, muss gleiche Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung haben. In
- 24 Stadtteilen mit hohen Anteilen von nicht-deutschen Bewohner*innen wird einem
- 25 Großteil der Stadtteilbevölkerung die politische Teilhabe auf dieser Ebene
- 26 verwehrt. Wir Linke fordern, dass alle Menschen, die seit mindestens fünf Jahre
- 27 hier leben, das **Wahlrecht** erhalten. Dafür muss das Grundgesetz geändert werden oder
- 28 das Verfassungsgericht muss seine um Jahrzehnte veraltete Rechtsprechung anpassen.
- 29 Bis das erfolgt ist, wollen wir zumindest das Wahlrecht in den Beiräten erweitern.
- 30 Migrantische Selbstorganisationen sollen frühzeitig, kontinuierlich und verbindlich
- 31 an politischen Vorhaben beteiligt werden, die Integration, Teilhabe und das
- 32 Zusammenleben in Bremen und Bremerhaven betreffen. Dafür wollen wir den **Bremer Rat**
- 33 **für Teilhabe und Diversität** zu einem repräsentativen Beteiligungsorgan
- 34 weiterentwickeln. Bei wichtigen Gesetzen, Programmen und Verwaltungsvorhaben soll

35 eine verbindliche Anhörung stattfinden. Senat und Bürgerschaft sollen darlegen
36 müssen, wie sie mit den Stellungnahmen umgehen.

37 Auch in den **Stadtteilbeiräten** wollen wir die Beteiligung migrantischer Communities
38 nachhaltig stärken. Migrantische Selbstorganisationen sollen regelmäßig angehört,
39 in Ausschüsse einbezogen und bei Vorhaben beteiligt werden, die das Zusammenleben
40 im Stadtteil betreffen.

41 In migrantischen Communities übernehmen oft Einzelpersonen die Arbeit als
42 informelle und unbezahlte **Community-Sozialarbeiter*innen**. Sie agieren als
43 Anlaufstelle für Fragen des Alltags, helfen in Notfällen und sind eine Brücke im
44 Kontakt zu Behörden, sozialen Einrichtungen, Kitas und Schulen. Damit füllen sie
45 Lücken, die das reguläre Sozialsystem oft lässt. Wir wollen diese Form der
46 Community-Sozialarbeit besser fördern und würdigen und einen Rahmen entwickeln,
47 indem als Community- Sozialarbeiter*innen agierende Personen auch ohne offizielle
48 Qualifikation als Sozialarbeiter*in offiziell angestellt werden können.

49 **Zivilgesellschaft schafft Teilhabe, Integration und Zusammenhalt: Fördern statt**
50 **einschränken!**

51 Ein großer Teil der Integrations-, Beratungs- und Antidiskriminierungsarbeit wird
52 in Bremen von **zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereinen und Ehrenamtlichen**
53 getragen. Angebote wie z.B. Soliport, Fluchtraum, das LidiceHaus, Queeraspora
54 Bremen, der Flüchtlingsrat, Rat & Tat so wie viele weitere leisten unverzichtbare
55 Arbeit. Innerhalb der sich nach rechts verschiebenden politischen Debatte wird die
56 Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen immer mehr torpediert und
57 Bundesförderungen wie aus dem Programm „Demokratie Leben“ fallen weg. Wir wissen,
58 wie wichtig diese Organisationen und Angebote für Bremen und Bremerhaven sind und
59 setzen uns mit allen Möglichkeiten für ihren Erhalt ein und werden sie langfristig
60 absichern und ausbauen.

61 Die Zivilgesellschaft ist der wichtigste Ort demokratischen Zusammenlebens. Sie
62 springt auch immer wieder dort ein, wo staatliche Politik versagt oder Unrecht
63 produziert. Soli-Asyl, Kirchenasyl und Proteste gegen die diskriminierende
64 Bezahlkarte zeigen: **Solidarisches Engagement** verhindert konkret Unrecht. Gerade das
65 Kirchenasyl macht deutlich, wie wichtig geschützte Räume und humanitäre
66 Einzelfallprüfung sind. Wo Abschottung, Entrechtung und bürokratische Kälte
67 Menschen gefährden, geben wir politische Rückendeckung für diejenigen, die
68 Menschenwürde praktisch verteidigen.

69 Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft braucht verlässliche öffentliche
70 Angebote statt Kürzungspolitik. Die Streichung von **Sprachkursen** auf Bundesebene ist
71 verantwortungslos. Sprache ist kein Privatproblem, sondern öffentliche
72 Infrastruktur. Als Willkommensland und Willkommenskommune werden wir ausreichende
73 Deutschkursangebote auf Landesebene sichern und ausbauen.

74 **Interreligiösen Dialog stärken, Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus**
75 **entgegentreten**

76 Fragen religiöser Selbstbestimmung behandeln wir aus der Perspektive von Freiheit,

77 Gleichberechtigung und Antidiskriminierung. Der Staat darf Menschen nicht wegen
78 religiöser Kleidung oder sichtbarer Zugehörigkeit benachteiligen. Unser Ziel ist
79 ein Bundesland, in dem alle Menschen sicher leben, sich frei entfalten und mit
80 gleichen sozialen und politischen Rechten teilhaben können.

81 Religionsgemeinschaften und säkulare Organisationen werden wir dabei unterstützen,
82 gemeinsame Veranstaltungen und Projekte zu organisieren, die als **Begegnungsorte**
83 dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und sich für ein friedliches Zusammenleben
84 einzusetzen. Dabei setzen wir uns gegen jede Form von religiösem Fanatismus ein.

85 **Antisemitismus** bekämpfen wir entschlossen und in allen gesellschaftlichen
86 Bereichen. Gerade im Bildungsbereich braucht es mehr Sachmittel für externe
87 Expertise, Fortbildungen und die Überarbeitung von Schulmaterialien. Bestehende
88 Ansätze wie die Kompetenzstelle „Zusammenleben in Schule“ vom LiS werden wir
89 verstetigen. Die beschlossene Meldestelle für antisemitische Vorfälle werden wir
90 dauerhaft absichern.

91 **Anti-muslimischer Rassismus** und anti-muslimische Vorfälle nehmen stark zu. Auch in
92 Bremen erleben Muslime und Menschen, denen zugeschrieben wird, Muslime zu sein,
93 eine zunehmende Normalisierung von Vorbehalten und Anfeindungen, während ihre
94 Sorgen häufig als unbegründet abgetan werden. Insbesondere die extreme Rechte nutzt
95 anti-muslimischen Rassismus, um Hass und Hetze gegen Menschen mit
96 Migrationsgeschichte und Geflüchtete salonfähig zu machen. Aber auch in der
97 vermeintlichen Mitte der Gesellschaft ist anti-muslimischer Rassismus weit
98 verbreitet und wird von Teilen der Politik aktiv befördert. Deshalb fördern wir
99 Projekte, die sich auf institutioneller und gesellschaftlicher Ebene gegen anti-
100 muslimischen Rassismus einsetzen. Dazu zählen die Überarbeitung von
101 Bildungsmaterialien, die Sensibilisierung von Lehrkräften sowie die stärkere
102 Förderung von Zivilgesellschaft und Forschung in diesem Bereich.

103 Sicherheit entsteht nicht durch Generalverdacht, sondern durch Prävention, Bildung
104 und soziale Sicherheit. Grundrechte gelten für alle. Deshalb lehnen wir auch die
105 pauschale, oft rassistisch motivierte **Kriminalisierung und Repression** von
106 politischen Aktivist*innen, die Solidarität mit den Palästinenser*innen bekunden,
107 ab. Demokratische Rechte dürfen nicht je nach politischer Opportunität
108 eingeschränkt werden.

Antrag L 03-22: Migration - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Migration

2 Migration gehört zu unserer Welt – gute Ankommensstrukturen sind notwendig

3 Migration ist menschlich, sie zu bekämpfen unmenschlich. Bremen und Bremerhaven
4 sind eng mit Migration verbunden. Über den Überseehafen verließen Millionen
5 Menschen Deutschland, während andere hier ankamen – um in einer schönen Stadt eine
6 Karrieremöglichkeit wahrzunehmen, eine Familie zu gründen oder zusammenzuleben, als
7 angeworbene Arbeiter*innen und als Flüchtende – und in den beiden Städten ihre neue
8 Heimat fanden. Die Linke steht für eine Migrationspolitik, die **Menschenrechte**
9 **schützt und Teilhabe ermöglicht**. Wir wollen legale und sichere Wege der Aufnahme
10 von Schutzsuchenden stärken und sorgen dafür, dass Bremen im Bundesrat keinen
11 Verschärfungen zustimmt, die Grund- und Menschenrechte einschränken. Wir wollen,
12 dass Menschen, egal aus welchen Gründen sie in Bremen leben, gleiche Teilhabe und
13 die gleichen Möglichkeiten im Leben haben. Die ausufernde Sondergesetzgebung gegen
14 Bremer*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist eine unbegründete, rassistische
15 Mischung aus Gängelung durch Bürokratie und Deklassierung.

16 Die von rechts angetriebene Debatte wurde in den vergangenen Jahren ganz besonders
17 auf dem Rücken von und zu Lasten Schutzsuchender ausgetragen. Rassistische Hetze,
18 die Geflüchtete und Migrant*innen zu Sündenböcken für tatsächliche oder
19 vermeintliche soziale oder wirtschaftliche Probleme macht, begleiten die
20 rassistische Politik der brutalen Entrechtung von Schutzsuchenden - mit oft
21 tödlicher Konsequenz. Wir stellen uns gegen dieses menschenverachtende, von der
22 extremen Rechten übernommene, Selbstverständnis der „Festung Europa“. Wir wollen
23 vor Ort handeln: Wir verstehen Bremen und Bremerhaven, als Städte, die **sichere und**
24 **solidarische Häfen** für Menschen in Not sein sollen. Wir wollen, dass das Bundesland
25 jegliche Handlungsspielräume ausnutzt, um Schutz zu bieten und Ankommen zu
26 erleichtern - gemeinsam mit Geflüchteten und einer aktiven und unterstützenden
27 Zivilgesellschaft.

28 Unsere Leitlinien sind: Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit bei der Verwaltung,
29 Wohnungs- und Arbeitssicherung und der Unterbringung; Selbstbestimmung und sichere
30 Perspektiven statt dauerhafter Unsicherheit; Schutz besonders vulnerabler Gruppen
31 (insbes. Kinder, allein reisende Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende,
32 queere Geflüchtete, traumatisierte Menschen).

33 Abschiebelager verhindern!

34 Alle Menschen verdienen ein Zuhause, niemand verdient ein willkürliches Gefängnis.
35 In der **GEAS-Reform** der EU sind massive Verschlechterungen für Geflüchtete angelegt
36 wie die Errichtung sogenannter „Sekundäre Migrationszentren“. Das sind faktisch
37 Gefängnisse für Menschen, die nie eine Straftat begangen haben, auch Kinder ab 2
38 Jahren. In Bremen und Bremerhaven darf es solche Zentren nicht geben – auch nicht
39 in abgewandelter Form, indem das Verlassen von Unterkünften bestraft wird.

40 SPD und CDU sind im Bund bei der Umsetzung des Europäischen GEAS-Systems weit über
41 das Nötige hinaus gegangen und haben zusätzliche **Schikanen und rassistische**
42 **Regelungen** erlassen, von denen mehrere sogar eindeutig gegen EU-Recht verstoßen.
43 Leider werden auch in Bremen EU-rechtswidrig Leistungen von Schutzsuchenden
44 gekürzt. Schutzsuchende sind Menschen, kein Mittel zur Haushaltssanierung.

45 Daher werden wir alle landesrechtlichen Spielräume nutzen, um die **Auswirkungen von**
46 **GEAS zu minimieren**. Wir werden keine sekundären Migrationszentren oder Kontroll-
47 und Sanktionsregime einrichten, die Bewohner*innen von Einrichtungen einsperren.
48 Bei der Auslegung der Gesetze werden wir Menschenwürde einhalten und keine
49 grundsätzliche Fluchtgefahr oder Gefahr für Sicherheit und Ordnung annehmen. Die
50 bewussten deutschen Verstöße gegen EU-Recht bei der Lebensunterhaltssicherung von
51 Schutzsuchenden werden wir nicht weiter tragen.

52 **Aufenthaltsrecht und Verwaltungspraxis: Ermessensspielräume nutzen, Willkür**
53 **verhindern und angemessene Erreichbarkeit des Migrationsamts gewährleisten**

54 Viele Probleme entstehen nicht nur durch Gesetze, sondern durch ihre Anwendung. Wir
55 wollen eine Verwaltungspraxis, die Rechte sichert und Menschen mit ihren
56 individuellen Bedarfen unterstützt. Bestehende Spielräume nutzen wir, um
57 ankommenden Menschen bei Zugang und Teilhabe zu unterstützen statt sie an den Rand
58 zu drängen. Dafür müssen unter anderem **Kettenduldungen in Aufenthaltstitel**
59 **umgewandelt** werden. Damit verhindern wir, dass Menschen über Jahre in
60 Massenunterkünften und/oder ohne Arbeitserlaubnis und teils ohne Integrationskurse
61 festhängen.

62 Ein zentraler Baustein ist die Erreichbarkeit und die Schwerpunktsetzung des
63 **Migrationsamts**, das für alle Verfahren – egal ob Duldung, Aufenthaltstitel oder
64 Einbürgerung – aktuell viel zu lange braucht und Prozesse durch unnötige
65 Nachforderungen, Verlust von eingereichten Unterlagen in die Länge zieht und damit
66 Betroffene teils vor existenzielle Probleme wie Verlust der Arbeit Wohnung,
67 Krankenversicherungsschutz oder Sozialleistungen stellt.

68 Daher werden wir **Ermessensspielräume ausschöpfen**, um sichere Aufenthaltstitel zu
69 ermöglichen, statt Menschen in Kettenduldungen zu halten. Dabei werden wir
70 Verfahrenswechsel ermöglichen und unterstützen, damit der Übergang vom
71 Asylverfahren in Arbeitsmigration und Aufenthaltstitel gelingt. Um
72 Planungssicherheit zu erhöhen, werden wir dafür sorgen, dass einzelne Duldungen für
73 längere Zeiträume ausgestellt werden. Wir werden das Migrationsamt auf
74 Einbürgerungen und Aufenthalte fokussieren und wo dann noch nötig personell so
75 ausstatten, dass Termine, Aufenthaltstitel und Einbürgerungen zügig bearbeitet
76 werden. So können wir Arbeitserlaubnisse schneller und verlässlicher erteilen und

ermöglichen so Teilhabe. Darüber hinaus werden wir ein digitales Antrags- und Terminportal für Aufenthalt, Arbeitserlaubnis und Einbürgerung einführen. Bei den Sozialämtern werden wir durch Verwaltungsanweisung sicherstellen, dass die Lebenssicherung nicht am Bearbeitungsstau im Migrationsamt scheitert.

Wir halten uns an Rechtsstaatlichkeit und stärken den **Rechtsschutz**. Daher werden wir das Widerspruchsverfahren in aufenthaltsrechtlichen Verfahren wieder einführen und Abschiebungen aus dem Hinterhalt (verharmlosend „Schreibtischabschiebungen“) beenden. Wir werden die Härtefallkommission stärken und ihre Verfahren transparenter, niedrigschwelliger und schneller machen. Die Bezahlkarte machen wir zum optionalen Mittel für Leistungsauszahlungen, diskriminierende Einschränkungen wie das Bargeldlimit wollen wir abschaffen und den Zugang zu Bankkonten vereinfachen.

Landesaufnahmeprogramme für gefährdete Verwandte von Bremer*innen aus Kriegs- und Krisenregionen werden wir wieder auflegen.

Sprache, Bildung und Partizipation: Bremen unterstützt Teilhabe

Bildung ist Menschenrecht und Sprache ist zentral für Ankommen und Teilhabe in Bremen. Deshalb braucht es ausreichende Angebote zum Deutschlernen. Wer jahrelang in Verfahren festhängt, darf nicht von Bildung und Sprache ausgeschlossen werden. Beseitigung von Hindernissen zur und Unterstützung bei der Partizipation ist öffentliche Aufgabe. Wenn der Bund Integrations- und Sprachkurse kürzt oder Gruppen ausschließt, muss Bremen mehr Verantwortung übernehmen und ausreichend Kurse organisieren.

Wir werden uns aus dem Senat heraus auf Bundesebene gegen die Zugangsbegrenzung zu Integrationskursen und für ihre angemessene Finanzierung einsetzen. Um Lücken auszugleichen, werden wir mit kommunalen oder Landesmitteln finanzierte **Deutschkurse** einrichten, wenn der Bund Integrationskurse kürzt oder Personengruppen ausschließt. Erstorientierungs- und berufsbezogene Sprachkurse werden wir ausbauen, genauso wie Kurse für Mütter mit Betreuungsbedarf. An Schulen werden wir den Unterricht für Deutsch als Fremdsprache und die Sprachförderung so ausstatten, dass alle Kinder daran teilnehmen können.

Willkommenschulen wollen wir mittelfristig überwinden und in reguläre inklusive Oberschulen umwandeln. Dabei sehen wir die in Willkommenschulen gesammelten Expertise als Ressource, die weiterhin genutzt werden soll.

Das **Recht auf Bildung** gilt für jedes Kind, unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder Wohnort. Kinder in Landesaufnahmestellen dürfen nicht abgehängt und durch die europarechtswidrige Beschulung in Lagerschulen sozial ausgeschlossen werden. Neu angekommenen Kindern muss (entsprechend EU-Recht) unverzüglich nach Ankunft den Besuch von Regelschulen ermöglicht werden. Um Schulwechsel durch häufige Umzüge zu vermeiden, werden wir deshalb Familien im kommunalen Unterbringungssystem, in Übergangswohnheimen oder privaten Wohnungen unterbringen, nicht in Landesaufnahmezentren.

Bei der beruflichen Qualifizierung Zugewanderter braucht es schnellere und

119 flexiblere **Anerkennungsverfahren für ausländische Ausbildungen** sowie
120 Qualifizierungsprogramme, die Spracherwerb und fachliche Ausbildung verbinden. Wir
121 werden dafür Qualifizierungsprogramme für zugewanderte Fachkräfte, Pflegekräfte,
122 Lehrkräfte und Erzieher*innen ausbauen. Mehrsprachige Sozialberatung in
123 Unterkünften, Quartieren und Bürgerhäusern werden wir sichern und weiterentwickeln.
124 So können wir zum Beispiel zugewanderte Familien beim Kita-Zugang, bei
125 Schulanmeldung und bei Behördenwegen aktiv begleiten. Ebenfalls werden wir
126 Sprachmittlung in Sozialämtern, Schulen, Kitas, Gesundheitsdiensten und
127 Beratungsstellen verbindlich bereitstellen.
128 Dazu soll die Arbeit des bereits etablierte **Welcome Center** für alle ankommenden
129 Menschen ausgeweitet werden und ihnen die Möglichkeit geben schnell und
130 unkompliziert einen qualifizierten Zugang zum Arbeitsmarkt zu erlangen.

Antrag L 03-23: Migration - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Unterbringung und Wohnen: Dezentral, bezahlbar, sicher**
- 2 Das **Unterbringungssystem** für Geflüchtete in Bremen ist weiterhin unzureichend
- 3 ausgestattet und erschwert Ankommen und ein Leben in Würde. Die Träger tun mit den
- 4 vorhandenen Mitteln viel, um Menschen zu unterstützen. Für besonders
- 5 Schutzbedürftige braucht es verbindliche Gewaltschutzkonzepte sowie höhere und
- 6 kontrollierte Mindeststandards für Unterkünfte. Oberstes Ziel muss bleiben,
- 7 Geflüchteten schneller Zugang zu Übergangwohnheimen oder eigenen Wohnungen zu
- 8 ermöglichen. Es ist nicht akzeptabel, dass Menschen, darunter Familien, teils über
- 9 12 Monate auf den Auszug aus einer Landesaufnahmestelle warten. Projekte wie
- 10 "Zukunft Wohnen" oder ähnliche sind dafür wichtige Bausteine und müssen langfristig
- 11 abgesichert werden.
- 12 Besonders absurd ist, wenn Bewohner*innen in Unterkünften mit Mehrbettzimmern teils
- 13 horrenden "Mieten" als Nutzungsgebühren zahlen müssen, weil sie arbeiten, aber noch
- 14 keine eigene Wohnung finden konnten. Gegen den Mangel an geeignetem Wohnraum
- 15 braucht es ein **Ankaufprogramm für Wohnraum**, der zu angemessenen Mieten
- 16 bereitgestellt werden kann. Zugleich müssen bestehende Mietverhältnisse mit
- 17 privaten Vermietern für Unterkünfte auf Verhältnismäßigkeit und Wirtschaftlichkeit
- 18 geprüft werden.
- 19 Wir werden **Zelt- bzw. Leichtbauhallenlager** schließen und Mietverträge und
- 20 Kostenstrukturen im Unterbringungssystem überprüfen. Die Wohnraumvermittlung für
- 21 Geflüchtete werden wir ausbauen und Vermieter*innen aktiv beraten, wenn es Fragen
- 22 oder Zweifel bei der Vermietung an Geflüchtete gibt. Wir werden Unterbringung
- 23 dezentral über die Stadt verteilen und die Kooperationen mit öffentlichen
- 24 Wohnungsbaugesellschaften ausbauen, um Übergänge in eigenen Wohnraum zu
- 25 erleichtern. Darüber hinaus werden wir Wohnraum ankaufen und Programme für
- 26 integratives Wohnen (z.B. WG-Modelle) entwickeln.
- 27 In Unterkünften werden wir **Gewaltschutzkonzepte** verbindlich umsetzen und
- 28 weiterentwickeln, insbesondere für Frauen, Kinder, queere Geflüchtete, Menschen mit
- 29 Behinderung und traumatisierte Personen in allen Unterkünften. Für queere
- 30 Geflüchtete werden wir eine eigene kommunale Unterkunft einrichten.
- 31 Mindeststandards für Unterkünfte werden wir verbindlich kontrollieren und zur
- 32 Umsetzung öffentlich berichten.
- 33 Wir werden eine kommunale **Unterkunft für queere Geflüchtete** einrichten.
- 34 Nutzungsgebühren in Unterkünften schaffen wir ab.

35 **Beratung, Beschwerdemanagement und Zivilgesellschaft: Strukturen verlässlich**
36 **finanzieren**

37 In Bremen anzukommen ist für viele Menschen mit mehreren Hürden verbunden, darunter
38 eine komplizierte Rechtslage sowohl im Asyl- als auch im Aufenthaltsverfahren.

39 Damit das Recht für alle gilt, braucht es **unabhängige, zivilgesellschaftliche**
40 **Beratungsangebote** mit langfristiger Finanzierung und festen Austauschformaten
41 zwischen Beratungsangeboten sowie Verwaltung.

42 Wir werden die unabhängigen Beratungsstellen und Träger langfristig absichern,
43 insbesondere in den Beratungsfeldern Asylverfahrensberatung, Wohnen und
44 psychosozialer Unterstützung. Das **Unabhängige Beschwerdemanagement** werden wir
45 evaluieren und bei Bedarf ausbauen. Um besser auf Missstände und Bedarfe reagieren
46 zu können werden wir feste Austauschformate mit relevanten Akteur*innen (z.B.
47 Flüchtlingsrat, Paritätischer, Fluchtraum) etablieren.

48 Viele Bremer*innen wollen sich ehrenamtlich für ein gutes Ankommen neuer
49 Bremer*innen engagieren. Dafür braucht es Projekte wie "Gemeinsam in Bremen", die
50 das **Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe** trägerübergreifend fördern und koordinieren.
51 Die Ehrenamtskoordination in der Flüchtlingshilfe werden wir dauerhaft finanzieren,
52 insbesondere "Gemeinsam in Bremen" als trägerübergreifende Koordination.

53 **Gesundheitsversorgung und Schutz: Zugang sichern, Lücken schließen**

54 Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit darf in Bremen nicht vom
55 Aufenthaltsstatus abhängen, sondern muss vollumfänglich gewahrt werden. Menschen,
56 die vor Krieg fliehen und unsichere Fluchtrouten nehmen müssen, haben oft einen
57 besonderen Bedarf an therapeutischer Unterstützung. Dazu gehört, den Zugang zu
58 **medizinischer Versorgung** über die Krankenkassen bereits unmittelbar nach dem
59 Ankommen zu ermöglichen sowie niedrigschwellige, dezentrale Angebote zur
60 Gesundheitsberatung auszubauen. In Bezug auf die Gesundheitsversorgung von
61 Minderjährigen setzen wir damit EU-Recht um, das eine gleichwertige Versicherung
62 aller Minderjährigen vorsieht. Bestehende Angebote zur medizinischen Versorgung
63 werden wir evaluieren und bedarfsgerecht ausbauen. **Psychosoziale Unterstützung** und
64 mehrsprachige Angebote werden wir stärken, insbesondere für vulnerable Gruppen
65 (unbegleitete minderjährige Geflüchtete, queere Geflüchtete, Menschen mit Traumata
66 und von Folter Betroffene). Die Förderung von REFUGIO werden wir erweitern, um die
67 psychologische Versorgung Geflüchteter Personen sicherzustellen. Die
68 Gesundheitsberatung und niedrigschwellige psychosoziale Angebote in den Stadtteilen
69 werden wir ausbauen.

70 **Jugendliche Geflüchtete schützen und fördern**

71 Junge Menschen und insbesondere unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die zu uns
72 kommen, sind oft besonders von Traumata und schwierigen Lebensumständen betroffen
73 und verdienen gezielte Unterstützung. Dennoch treffen sie häufig auf ein System, in
74 dem ihre Umstände, Interessen und Schutzbedarfe nicht ausreichend berücksichtigt
75 werden. Wir wehren uns gegen Versuche, Jugendlichen den **Zugang zur Jugendhilfe**
76 weiter zu erschweren – etwa durch Vorschläge, Jugendliche ab 16 Jahren in regulären
77 Unterkünften mit Erwachsenen unterzubringen. Diese Vorschläge sind gefährlich; wir

78 werden ihnen im Bundesrat nicht zustimmen. Falls entsprechendes Bundesrecht
79 geschaffen wird, wollen wir es in Bremen nicht anwenden. Genauso werden wir Hilfen
80 für junge Volljährige weiterhin gewähren.

81 Jugendliche, die aus Bremen in andere Bundesländer umverteilt werden sollen, sind
82 per Verwaltungsanweisung Gewaltandrohungen zur Durchsetzung der Umverteilung
83 ausgesetzt, auch Minderjährige. Diese Praxis gibt es in keinem anderen Bundesland.
84 Wir werden die entsprechende Verwaltungsanweisung abschaffen und das **Gewaltverbot**
85 **in der Jugendhilfe** einhalten.

86 Viele Gesetze, die das Leben von Geflüchteten betreffen, werden nicht auf
87 Länderebene beschlossen oder geändert. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass das
88 Land Bremen sich im Bundesrat engagiert, z.B. den Familiennachzug zu erleichtern
89 und Wartezeiten zu reduzieren. Außerdem gehört das **Asylbewerberleistungsgesetz**
90 abgeschafft, das schon jetzt zu niedrige Leistungen für ein würdiges Leben
91 vorsieht.

92 Außerdem ist es notwendig, dass Geflüchtete und Geduldete schnell und
93 unbürokratisch eine **Arbeitserlaubnis** erhalten.

94 Wir setzen uns für **Bundesratsinitiativen** ein, um den Familiennachzug zu erleichtern
95 und Wartezeiten bei Visa- und Nachzugsverfahren abzubauen. Ebenso wollen wir das
96 Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und Geflüchtete vollständig in die regulären
97 Sozialleistungssysteme einbeziehen. Bundesratsinitiativen sind auch nötig, um
98 schneller und unbürokratischer Arbeitserlaubnisse für Geflüchtete und Geduldete zu
99 ermöglichen und um Einbürgerungsverfahren bundesweit zu vereinfachen und zu
100 beschleunigen. Wir wollen den Bund auffordern, humanitäre Aufnahmeprogramme
101 auszuweiten und Abschiebungen in Krieg, Verfolgung, Elend und Perspektivlosigkeit
102 zu stoppen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, den Zugang zu
103 Integrationskursen unabhängig vom Aufenthaltsstatus zu öffnen und Bundesmittel für
104 Kommunen bei Unterbringung, Partizipation, Schule, Kita und Gesundheitsversorgung
105 dauerhaft zu erhöhen.

Antrag L 03-24: Kultur - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Kultur

- 2 Kultur ist für ein freies demokratisches Zusammenleben unerlässlich. Sie schafft
3 einen Raum der Freiheit, der Kritik, der Austausches und der Humanität. Wir als
4 Linke stehen für das Bremer Kulturleben in seiner ganzen Breite ein – von der
5 freiberuflichen Soloselbständigen bis hin zum großen Kulturbetrieb. Die lokale
6 Kultur lebt von dieser Vielfalt und muss als Ganzes erhalten bleiben. Dabei wissen
7 wir aber auch, dass Einsparungen den kleinen Betrieb viel schneller an den Rand der
8 Existenz bringen als eine etablierte Einrichtung. Deshalb wollen wir die Förderung
9 für kulturelle Einrichtungen und Projekte stärken.
- 10 In unserer Kulturpolitik nehmen wir die Förderung der **freien Szene und der**
11 **Soziokultur** besonders in den Blick. Wir werden durch verlässliche Förderzusagen und
12 regelmäßige Erhöhungen der Zuwendungen mindestens auf dem Niveau der Inflation
13 dafür sorgen, dass auch kleine Einrichtungen dauerhaft in Bremen bestehen können.
- 14 Mit zusätzlichen Mitteln wollen wir sicherstellen, dass Künstler*innen von ihrer
15 Arbeit auch leben können. Die **Mindesthonorare in der Projektförderung** werden wir in
16 enger Absprache mit den Verbänden der freien Kulturschaffenden regelmäßig an
17 steigende Kosten anpassen. Für bildende Künstler*innen führen wir ein
18 Ausstellungshonorar in öffentlich geförderten Museen und Galerien verbindlich ein.
19 An der VHS entwickeln wir die Rahmenvereinbarung weiter, mit deren Hilfe eine
20 angemessene Bezahlung der selbständig tätigen Honorarkräfte ermöglicht wird.
- 21 Um die freie Szene zu unterstützen, werden wir auch neue Förderungen etablieren.
22 Mit einem **Matching-Fonds** werden Kultur-Akteur*innen die notwendigen ergänzenden
23 Mittel erhalten, wenn sie Bundes- oder EU-Mittel beantragen. Außerdem wollen wir
24 einen Austausch zwischen Bremen und Bremerhaven fördern und so die Kulturarbeit im
25 Bundesland insgesamt stärken. Neu aufbauen wollen wir eine Wiederaufnahmeförderung,
26 mit deren Hilfe bereits erfolgreich aufgeführte Projekte erneut gezeigt werden
27 können. Die Förderung der Subkultur und Jungen Szene mit einem eigenen Projekttopf
28 führen wir fort, um die Vielfalt der künstlerischen Aktivität sicherzustellen.
- 29 Insbesondere Festivals und Clubs haben die Krisen der letzten Jahre besonders zu
30 spüren bekommen. Um ein Festivalsterben zu vermeiden, wollen wir die
31 Projektförderung durch einen **Festivalfonds** ergänzen. Die Mikroförderung für
32 Konzerte in Clubs soll unbürokratisch fortgeführt werden, um diese als Kulturorte
33 zu stärken. Unterstützung wollen wir dazu beim Lärmschutz geben, um

34 Nachbarschaftskonflikte zu entschärfen. In Bremen fehlen weiterhin Proberäume für
35 Bands, über den Erhalt bestehender Strukturen hinaus ist die Neuschaffung von
36 Problemöglichkeiten dringend nötig.

37 Bewährt hat sich die **Konzeptförderung**, mit deren Hilfe freie Akteur*innen eine Idee
38 über mehrere Jahre ausprobieren. Dieses wollen wir beibehalten, aber um die klare
39 Zusage ergänzen, dass im Fall einer positiven Evaluation die dauerhafte Förderung
40 im Anschluss gesichert ist.

41 Viele freie Einrichtungen stehen vor einem **Generationenwechsel**. Die Gründer*innen
42 gehen und mit ihnen oft Erfahrung und Wissen über den Kulturbetrieb. Wir wollen die
43 Szene bei diesem Wechsel unterstützen, beispielsweise durch die Finanzierung einer
44 Doppelbesetzung für eine Einarbeitungszeit.

45 Im Jahr 2023 wurde Bremen durch die UNESCO zur City of Literature gekürt. Aus
46 dieser Auszeichnung ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Pflege in
47 unserer Stadt. Wir begrüßen, dass die Bremer **Literaturszene** mit dem neu
48 geschaffenen Stadtmusikanten- und Literaturhaus einen eigenen Ort in der Innenstadt
49 bekommt und setzen uns dafür ein, dass das lokale Literatur-Netzwerk weiter
50 gestärkt wird.

51 Zugänglichkeit von Kultur ist für uns als Linke zentral, deswegen setzen wir auf
52 Soziokultur und die gemeinwesensorientierten Strukturen in den Stadtteilen und
53 wollen diese als Netz demokratischer Resilienz stärken. Die Quartierszentren,
54 Bibliotheken und Bürgerhäuser sind **Begegnungsorte** ohne Konsumzwang, offen für alle
55 mit niedrigschwelligen Angeboten. Sie müssen als demokratische Aushandlungsräume
56 weiterentwickelt und unterstützt werden – auch im Hinblick der vermehrten Angriffe
57 auf Zivilgesellschaft. Die Verknüpfung von kultureller Bildung und zugänglicher
58 Erinnerungspolitik möchten wir hierbei besonders fördern.

59 Gerade der **Stadtbibliothek Bremen** gelingt es bereits vorbildlich, mit ihrer
60 Zentrale, ihren Filialen in den Stadtteilen, durch einen Bibliotheksbus und durch
61 Angebote für Kitas und Schulen in die gesamte Stadt hineinzuwirken. Diese Angebote
62 sollen noch weiter ausgebaut werden. Das Anliegen, zwei weitere Stadtteilstfilialen
63 zu schaffen, unterstützen wir ausdrücklich. Dringend benötigt wird ein zweiter
64 Bibliotheksbus, um noch mehr Quartiere anfahren zu können. Angesichts gestiegener
65 Schüler*innenzahlen ist zudem weiteres Personal notwendig, um die
66 Vermittlungsarbeit für Kita-Gruppen und Schulklassen zu übernehmen.

67 Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen **Schulen und Kultureinrichtungen** soll
68 der Senat einen „Rahmenplan kulturelle Bildung erarbeiten“. Hierbei ist
69 insbesondere der schulische Ganzttag in den Blick zu nehmen, für den
70 Kulturakteur*innen der freien Szene schon vielfältige Angebot entwickelt haben. Die
71 „Tourende Bühne“ als Vernetzungsplattform für Schulen und Kulturszene wollen wir
72 erhalten.

73 Auch die etablierten Kulturinstitutionen müssen eine regelmäßige Etaterhöhung
74 mindestens im Rahmen der Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst erhalten. Wir
75 unterstützen sie außerdem dabei, ihre Häuser für **neue Publikumsschichten** zu öffnen.
76 Dies kann entweder geschehen, indem sie die Innenstadt verlassen und gezielt in

77 benachteiligten Quartieren Angebote schaffen oder indem sie die Zugangshürden
78 bei sich im Haupthaus senken (z.B. durch freie Eintrittstage in Museen).

79 Das versuchsweise mit EU-Mitteln durchgeführte Programm „Kultur auf Rezept“ zur
80 **Stärkung der psychischen Gesundheit** wollen wir wiederbeleben und hierfür Gespräche
81 mit den Krankenkassen zur Unterstützung dieser wertvollen Präventionsarbeit
82 aufnehmen.

83 In den letzten Jahren sind **sexualisierte und diskriminierende Übergriffe** im
84 Kultursektor zunehmend in das Licht der Öffentlichkeit gerückt – vor und hinter der
85 Bühne. Zum Schutz des Publikums beim Ausgehen werden wir die Arbeit der Awareness-
86 Teams im Nachtleben verstetigen. Für Kulturschaffende wollen wir eine Ombudsperson
87 benennen, die bei Übergriffen in Kultureinrichtungen beratend zur Seite steht und
88 präventiv Institutionen bei der Etablierung von Schutzkonzepten unterstützt.

89 All diese Ideen für eine Weiterentwicklung der Bremer Kulturlandschaft treffen auf
90 einen **Kulturetat**, der unter massivem Druck steht. Selbstausbeutung, ehrenamtliche
91 Mehrarbeit und Unterbezahlung sind seit Jahren fester Bestandteil der Kulturpraxis.
92 Die geringen Aufwüchse bei den Kultureinrichtungen konnten oft mit Preis- und
93 Mietsteigerungen nicht mithalten und wurden deswegen als kalte Kürzungen erlebt. Um
94 die kulturelle Arbeit ausreichend finanzieren und auch neue Projekte ermöglichen zu
95 können, müssen für die Kultur zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Hierzu
96 werden wir unter anderem einen größeren Anteil der Einnahmen aus der Citytax direkt
97 für kulturelle Angebote einsetzen.

98 **Gute Bedingungen für Kunst- und Kulturschaffende**

99 Die Arbeit in der Kulturszene ist häufig von unsicheren Einkommen und schlechten
100 Arbeitsbedingungen geprägt. Die Arbeit wird gesellschaftlich oft nicht angemessen
101 vergütet, gleichzeitig fehlt den Kulturschaffenden die Möglichkeit, ihre Interessen
102 über Tarifverhandlungen durchzusetzen. Deshalb fordern wir, die bestehenden
103 **Honorarempfehlungen zu verbindlichen Honoraruntergrenzen** weiterzuentwickeln und
104 diese bei Vergaben zu berücksichtigen.

105 Künstlerische Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft, lässt
106 sich aber häufig nicht allein über ihre Einnahmen finanzieren. In Irland gibt
107 deswegen ein **Grundeinkommen** für eine begrenzte Zahl von Künstler*innen, das es
108 ihnen ermöglicht, sich ohne existenzielle finanzielle Sorgen ihrer Kunst zu widmen.
109 Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass ein ähnliches Projekt geschaffen
110 wird und Bremen als Modellregion dient.

Antrag L 03-25: Kultur - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Kultur- und Kreativwirtschaft**

2 Als Motor für kreative Prozesse hat die Kreativwirtschaft große Bedeutung und
3 Einfluss auf den wirtschaftlichen Strukturwandel, betriebliche Innovationen und das
4 ökonomische Wachstum. Die Kreativwirtschaft ist immer noch bedeutsam für das Image
5 einer modernen Metropole und gleichzeitig auch eine eigenständige Branche, die
6 stark am Markt beteiligt ist. Damit übernimmt die Kreativwirtschaft eine wichtige
7 Funktion im Innovationsprozess.

8 Wichtige Hotspots der Kreativwirtschaft sind das Tabakquartier, das
9 Ostertorviertel, das Steintor, die Überseestadt, die Plantage sowie in Bremerhaven
10 das Goethequartier.

11 Mit den Pusdorfstudios und den dort ansässigen neuen Firmen im Bereich Film und dem
12 in der Nähe befindlichen Tabakquartier mit dem Zentrum für Kunst und vielen Büros
13 für kreative Unternehmen, wird ein ganzer Stadtteil neu entdeckt. Diese Entwicklung
14 wurde unter Linker Verantwortung möglich gemacht.

15 Mit dem Creative Hub hat sich neben BRIDGE und dem STARTHAUS eine weitere
16 mittlerweile unverzichtbare Struktur für Vernetzung und Beratung herausgebildet.
17 Hier haben u.a. Kunst- und Kulturschaffende die Möglichkeit, Räumlichkeiten zu
18 nutzen, sich mit anderen Themenbereichen zu vernetzen. Dieses Angebot gilt es
19 langfristig abzusichern, um das **Gründungsökosystem** in all seinen Facetten bedienen
20 zu können. Zu diesem Zweck wollen wir das Projekt institutionalisieren und zu einem
21 zentralen Instrument für junge Gründer*innen ausbauen.

22 Bei vielen dieser Themen arbeiten die Ressorts **Kultur und Wirtschaft** eng zusammen,
23 diese Zusammenarbeit wollen wir noch weiter ausbauen.

24 Durch Linkes Engagement konnte der **Musikstandort** Bremen weiter gestärkt werden. Mit
25 der Musikszene gibt es ein Angebot an Räumen und Veranstaltungen. Mit dem POP
26 Office Bremen haben wir eine Ansprechstelle für Musiker*innen aus dem Bereich der
27 Populärmusik, die sich professionalisieren möchten, geschaffen.

28 Die Förderprogramme für Vernetzung, Wissenstransfer und finanzielle Unterstützung
29 werden wir verstetigen, um das übergeordnete Ziel des „**POP Office**“ zu erreichen,
30 ein stabiles und dynamisches musikalisches Ökosystem im Bundesland zu schaffen. Wir
31 wollen das POP Office noch stärker mit dem Clubverstärker als Interessenvertretung
32 der Bremer Clubs und Musik-Livestätten verzahnen und die Strukturen
33 institutionalisieren. Auf diese Weise können wir die Ressourcen besser einsetzen

34 und noch effizienter Fördermittel aus Bund und EU einwerben.

35 Wir wollen Ansätze und private Investments für **Festivals** mit regionaler und
36 überregionaler Strahlkraft finanziell unterstützen. Das stärkt auch die
37 grundsätzliche Attraktivität des Standorts und nicht zuletzt den Tourismus.
38 Beispielhaft sind hier das „Überseefestival“ , das „Turnup Brmn“ und das
39 „Hellseatic“ zu nennen. Die großen Stadtteilstädte, wie „Breminale“, „Summersounds“,
40 „Festival Maritim“, „La Strada“, usw. werden wir selbstverständlich ebenfalls
41 auskömmlich finanzieren, da sie zentral für das Leben in der Stadt aber auch für
42 den Tourismus sind.

43 Die **Breminale** ist in unseren Augen eine der wichtigsten kulturellen Veranstaltungen
44 im Land Bremen und hat für uns hohe Priorität. Daher werden wir sicherstellen, dass
45 die Breminale auskömmlich finanziert wird und das Festival auch in Zukunft
46 eintrittsfrei bleibt.

47 Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld mit Potential ist die **Filmförderung**. Wir
48 wollen die Förderung der „nordmedia“ aufstocken, um aufbauend auf den Erfolgen der
49 letzten Legislatur noch mehr Beschäftigung zu schaffen und Bremen als Filmstandort
50 zu stärken. Eine besondere Chance liegt hier im Bereich der internationalen
51 Kooperation im Film- und Serienbereich. Um diese Potentiale zu nutzen, werden wir
52 gemeinsam mit Niedersachsen an der Förderkulisse arbeiten und wir werden uns dafür
53 einsetzen, das erfolgreiche Filmfest Bremen weiter auszubauen.

54 Die Etats im Kulturbereich sind knapp. Daher wollen wir die Zusammenarbeit zwischen
55 Kultur und Wirtschaft verstärken. Viele Unternehmen nutzen die Möglichkeit des
56 Sponsorings, um das eigene Image zu stärken oder auch aus gesellschaftlicher
57 Verantwortung. Besonders gut funktioniert das im klassischen Bereich. Anders als
58 z.B. beim Musikfest, bei dem jedes Jahr große Summen zusammenkommen, ist es für den
59 populären Bereich oft deutlich schwerer, Unternehmen zu aktivieren. **Bremische**
60 **Gesellschaften**, wie z.B. „bremenports“ nutzen Veranstaltungsformate zur
61 Präsentation von Künstler*innen, wodurch nicht nur Locations attraktiver werden,
62 sondern auch Künstler*innen Sichtbarkeit erhalten. Das wollen wir auf andere
63 bremische Gesellschaften übertragen.

64 Wir werden kulturelle Einrichtungen im Bereich **bildende Künste**, wie zum Beispiel
65 das „Künstler*innenhaus“ stabilisieren. Gerade hier führen Auflagen und
66 Investitionen oft zu Mehrkosten, die die Budgets überfordern. Es bedarf daher einer
67 ausreichenden institutionellen Absicherung

68 Ein wichtiger Baustein für den Wirtschaftsstandort Bremen ist auch die **Clubkultur**.
69 Wir wollen dafür sorgen, dass die Eventbranche vielfältig bleibt und die
70 Unternehmen in Bremen und Bremerhaven weiterhin ein attraktives Angebot an
71 Konzerten, Events und Kongressen anbieten kann. Dazu planen wir eine Reihe von
72 Maßnahmen.

73 Wichtig ist uns die Sicherung der **Livemusik-Infrastruktur** und die strukturelle
74 Absicherung von Livemusik-Spielstätten durch eine strukturelle Förderung für kleine
75 und mittelgroße Spielstätten, Die Finanzierung baulicher und technischer
76 Investitionen sowie zur Deckung von Produktionskosten förderfähiger

- 77 Kulturveranstaltungen („Bremer Spielstätten Etat“) und die Verstetigung der
78 Programmförderung (Bremer Bühnenprogramm).
- 79 Die **Programmförderung** werden wir als eigenen Haushaltstitel absichern. Wir werden
80 den Clubkulturtopf beim Senator für Kultur aufstocken. Auf Bundesebene werden wir
81 uns dafür einsetzen, dass relevante Förderprogramme fortgeführt werden, wie der
82 LiveMusicFund.
- 83 Wir werden auch darüber nachdenken, wie wir den Bestand an **Clubs und Event-**
84 **Einrichtungen** halten und ausbauen können, weil wir die Nachtkultur als existenziell
85 für den Fachkräfte- und Innovationsstandort ansehen. Dazu werden wir Konzepte wie
86 in Groningen prüfen, wo eine kulturelle Förderung möglich ist. Auch Konzepte der
87 Umverteilung von großen Veranstaltungsorten zu kleinen wie den Hamburger „Clubeuro“
88 werden wir hinsichtlich einer Übertragbarkeit nach Bremen und Bremerhaven prüfen.
- 89 Wir werden ergänzend Stipendien- bzw. Förderprogramm für **Nachhaltigkeitsprojekte** in
90 Clubs und Spielstätten entwickeln, orientiert an bestehenden Modellen aus Hamburg
91 und Köln, um soziale Verantwortung und ökologische Transformation gezielt zu
92 stärken.
- 93 Darüber hinaus setzen wir uns für die Weiterentwicklung des **Kulturflächenkatasters**
94 ein, um Kulturrorte konsequent erfassen zu können und Nutzungskonflikten
95 vorzubeugen.
- 96 Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass ein angemessener Anteil der
97 **Flächen** auch für kulturelle Nutzung zur Verfügung steht. Mit starker
98 Eigeninitiative getragene Projekte wie das Irgendwo und der Güterbahnhof wurden vom
99 Senat langfristig abgesichert.
- 100 Die unter linker Verantwortung entstandene **Awareness-Teams** im Viertel werden wir
101 auf andere Stadtteile ausweiten.
- 102 In diesem Zusammenhang werden wir auch die Subventionierung von sogenannten „
103 **Frauen- Taxis**“ sicherstellen.
- 104 Wir werden eine Nachtökonomische/nachtkulturelle Studie umsetzen, die eine
105 fundierte Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen, Bedarfe und
106 Herausforderungen liefern und darauf aufbauend konkrete Handlungsmöglichkeiten
107 aufzeigen soll.

Antrag L 03-26: Medien

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Medien

- 2 Die Linke steht für einen starken **öffentlichen Rundfunk**, der unabhängige, regionale
3 und kritische Berichterstattung garantiert. Radio Bremen ist als eigenständige
4 Sendeanstalt für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der ARD, die wir stärken
5 wollen.
- 6 Die **Pressevielfalt** im Land Bremen hat zuletzt aus kapitalistischen Konzentrations-
7 und Marktgründen eher abgenommen. Diese Entwicklung wollen wir bekämpfen.
- 8 Wir kämpfen gegen die digitalen **Tech-Konzerne**, die die Medienplattformen weitgehend
9 monopolisiert haben, kaum Steuern zahlen, die Meinungsfreiheit einschränken, das
10 Urheberrecht brechen und Hatespeech unterstützen oder offensichtlichen Faschisten
11 gehören. Das neu geschaffene EU-Recht muss endlich konsequent angewendet und die
12 finanziellen Strafmaße ausgeschöpft werden.
- 13 Durch die **Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** wird es in den kommenden
14 Jahren zu wesentlichen Veränderungen beim Programm und Senderstrukturen kommen.
15 Viele Inhalte werden nur noch digital über das Internet und Plattformen abzurufen
16 sein. Uns ist wichtig, dass ein sozial-verträglicher Umstieg bei der Abschaltung
17 von Radio-Frequenzen gesichert wird. Die barrierefreie, internetunabhängige und
18 katastrophenresiliente Empfangbarkeit von öffentlich-rechtlichen Angeboten ist
19 abzusichern.
- 20 Insgesamt darf die Reduktion von Programmen nicht dazu führen, dass Inhalte
21 komplett wegfallen oder Zielgruppen nicht mehr angesprochen werden. Insbesondere
22 das in der Migrationsgesellschaft wichtige „**Radio Cosmo**“ muss mindestens digital
23 weitergeführt werden. Wir wollen Phoenix in einen echten öffentlich-rechtlichen
24 Nachrichtensender mit 24/7 Nachrichtenberichterstattung umwandeln. In Kindheit und
25 Jugend werden Hör- und Sehgewohnheiten sowie Nutzungsmuster ausgeprägt. Deshalb
26 müssen die öffentlich-rechtlichen Sender ihre Angebote für Kinder und Jugendliche
27 wesentlich ausbauen.
- 28 Die Linke steht zum Verfahren der Beitragsermittlung über eine unabhängige
29 Kommission, um eine bedarfsgerechte Finanzierung und Absicherung des Programms zu
30 gewährleisten. Stärken möchten wir den **öffentlich-rechtlichen Rundfunk** als
31 nichtkommerziellen, werbefreien Anbieter. Steigende Rundfunkbeiträge sehen wir aus
32 sozialen Gründen kritisch - unterstützen aber den vollen Programmauftrag von Radio
33 Bremen. Die Befreiungskosten sollen in Zukunft vom Sozialleistungsträger übernommen

34 werden. Die Ausgaben für die Sportrechte sind zu senken, Verträge mit korrupten
35 Organisationen wie die FIFA müssen verboten werden. Die Anzahl übertariflich
36 bezahlter Beschäftigter im nicht-redaktionellen Bereich wollen wir zu Gunsten der
37 Redakteur*innen reduzieren. All diese Maßnahmen würden einen erheblichen Spielraum
38 zur **Stabilisierung des Beitrages** über mehrere Beitragsperioden ermöglichen. Die
39 Reformen des Medienstaatsvertrags haben in den letzten Jahren jedoch auch dazu
40 geführt, dass feste Stellen abgebaut wurden und Arbeit an sogenannte feste Freie
41 oder externe Firmen außerhalb des üblichen Tarifvertrags ausgelagert wurden. Diese
42 Tendenz muss umgekehrt werden, gute und sichere Arbeitsverhältnisse sollen auch bei
43 Radio Bremen die Regel sein. Die Rechte des Personalrates wollen wir stärken.

44 Die staatsferne Gestaltung der **Aufsicht und Organisation** der Rundfunk- und
45 Landesmedienanstalten ist wichtig. Wir wollen die Fortbildungsangebote für die
46 Mitglieder der Aufsichtsgremien stärken und unterstützen die starke Stellung der
47 Bremer Anstalten im föderalen System und gegenüber dem Bund.

48 Die **Bremische Landesmedienanstalt** (brema) leistet sehr wichtige Arbeit bei der
49 Aufsicht über den privaten Rundfunk, Streamingdienste und bei der Plattform-
50 Regulierung. Insbesondere bei der Aufsicht über soziale Medien hat sie neue
51 Aufgaben von der EU übertragen bekommen. Um diese angemessen ausführen zu können,
52 muss sie auskömmlich ausfinanziert werden. Darüber hinaus leistet die brema einen
53 wesentlichen Beitrag zur Förderung der Medienkompetenz in allen Altersgruppen, der
54 Barrierefreiheit und zur Diversity in den Medien. Hier muss sie ihr Angebot
55 ausbauen können. Die wichtigen Angebote der Bürgermedien wollen wir als
56 eigenständiges Bremer Programm erhalten.

57 Wir werden das **Förderprogramm für Zeitungsabos** auf den schulischen Tablets
58 fortführen.

Antrag L 03-27: Inneres

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Inneres

- 2 Die Linke Bremen steht für einen breiter gefasste Sicherheitspolitik, die soziale
3 Bedingungen und Hintergründe von Straftaten mitbetrachtet, um Kriminalität als
4 Ganzes vorzubeugen und zu reduzieren. Prävention von Straftaten ist uns ebenso so
5 wichtig, wie gute Arbeitsbedingungen und Ausstattung bei Polizei, Feuerwehr und
6 Bürgerservice. Ein **sicheres Umfeld** gehört für uns zu **einer lebenswerten Stadt** dazu
7 - in allen Quartieren und für alle **Menschen, unabhängig ihres Einkommens**.
- 8 Im langjährigen Vergleich sind Bremen und Bremerhaven gemessen an der Bevölkerung
9 und den Straftaten pro Polizist*insicherer geworden. Der erhebliche Aufwuchs der
10 Ausbildungsjahrgänge bei der Polizei trägt dazu bei, zeitnah die Zielzahl im
11 Polizeivollzug von 3100 Stellen in Bremen und 580 in Bremerhaven zu erreichen (2016
12 lagen die Zielzahlen noch um etwa 20 Prozent niedriger). Mit Erreichen dieser
13 Zielzahl wollen wir das **Stellenniveau halten und sichern**, aber nicht noch weiter
14 pauschal anheben.
- 15 Gleichzeitig haben sich aber qualitativ und zahlenmäßig **Verschiebungen bei der**
16 **Kriminalität** ergeben: Die Zahl der ermittelten Sexualstraftaten steigt stark, auch
17 (vorwiegend männliche) Beziehungsgewalt nimmt zu. Die Polizei wird von der Politik
18 als Scheinlösung für Versäumnisse in anderen Bereichen von Staat, Wirtschaft und
19 Gesellschaft missbraucht. Die Probleme bleiben, Zwangsmaßnahmen und Repression
20 nehmen zu.
- 21 Dazu zählen wir Zwangsräumungen von Wohnungen, die vermieden werden müssen, die
22 strafrechtliche Verfolgung von Fahren ohne Fahrschein, Verdrängung von
23 Drogennutzer*innen aus dem öffentlichen Raum, aber auch unangebrachte Großeinsätze
24 bei Versammlungen und der Begleitung von Fußballspielen.
- 25 Deshalb ist uns ein ganzheitlicher Ansatz bei der Betrachtung von gefühlter und
26 erfasster Sicherheit wichtig. Wir wollen eine bürgernahe, modern ausgestattete
27 Polizei. Es kann beispielsweise nicht sein, dass verschiedene Wachen noch immer
28 kein funktionierendes WLAN haben. Wir wollen aber keine flächendeckende Einführung
29 neuer **Waffensysteme wie dem Taser**, der stattdessen nur besonders geschulten
30 Einheiten vorbehalten bleiben soll. Denn diese Elektroimpulsgeräte sind extreme
31 Gewaltmittel und nachweislich in bestimmten Konstellationen todbringende Waffen.
- 32 Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Verdrängungsmaßnahmen gegen
33 obdachlose und andere Menschen an einem Ort regelmäßig zu Folgeeffekten in anderen

34 Straßen führen. Auch die Ausweitung von polizeilicher **Videoüberwachung** an Orten wie
35 dem Viertel sehen wir deshalb kritisch und fordern eine belastbare Evaluation der
36 befristeten Maßnahme vor dem Hintergrund des Eingriffs in den Datenschutz und den
37 offensichtlichen Verdrängungseffekten. Diese Art der Kontrolle bietet niemandem
38 Sicherheit.

39 Den Einsatz von KI-gestützten Überwachungssystemen insbesondere auf Plattformen
40 von Unternehmen wie Palantir lehnen wir strikt ab. Das gleiche gilt für
41 **verdachtsunabhängige Personenkontrollen** anhand des Aussehens (Racial Profiling),
42 hier wollen wir die Kontrollquittungen obligatorisch machen. Das sogenannte
43 Bettelverbot hat ebenfalls nur Verdrängung begünstigt und soll aufgehoben werden.

44 **Quellen-TKÜ und Staatstrojaner** und vergleichbare Instrumente gefährden nachhaltig
45 die Integrität und Sicherheit von IT-Systemen und damit der gesamten Bevölkerung.
46 Der Staat muss solche Sicherheitslücken schließen und nicht fördern, deshalb werden
47 wir solche Instrumente weiterhin nicht einführen und auch im Bundesrat gegen die
48 Überwachung unserer Leben vorgehen. Auch die Vorratsdatenspeicherung, die das
49 Kommunikationsverhalten der gesamten Bevölkerung erfasst, haben wir stets abgelehnt
50 und damit Grundrechte der Entfaltung der Persönlichkeit und des
51 Berufsgeheimnisschutzes geschützt.

52 Im Bereich der **Organisierten Kriminalität** wollen wir die Wirtschafts- und
53 Finanzermittlung und Vermögensabschöpfung konsequent ausweiten.

54 Den Einsatz gegen Organisierte Kriminalität im Bereich **Drogenhandel**,
55 **Menschenhandel und Gewalt** betreiben wir aus der Perspektive der Verletzbarsten: Die
56 Notlage von illegalisierten Migrant*innen, Drogenabhängigen, illegalisierten Opfer
57 von Menschenhandel, jungen Menschen mit schlechten Zukunftschancen und anderen
58 vulnerablen Personengruppen wird von kriminellen Netzwerken ausgenutzt, um auf
59 brutalste Art und Weise Profit aus ihnen zu schlagen. Deshalb darf die Antwort auf
60 diese Form der Organisierten Kriminalität sich nicht darin erschöpfen,
61 öffentlichkeitswirksame Razzien durchzuführen, sondern muss als Erstes darauf
62 abzielen, Menschen aus der Abhängigkeit von Netzwerken der organisierten
63 Kriminalität zu befreien bzw. dafür zu sorgen, dass sie ihnen nicht in die Arme
64 getrieben werden: durch Legalisierung von Aufenthalt, Existenzsicherung und
65 langfristige Unterstützung bei Problemen. Netzwerke der Organisierten Kriminalität
66 müssen konsequent aufgedeckt, entmachtet und strafrechtlich verfolgt werden - im
67 Sinne derjenigen, die unter ihnen am meisten leiden. Wir widersprechen
68 Sicherheitspolitik, die den Kampf gegen Organisierte Kriminalität auf rassistisch
69 aufgeladene „Law-and Order“-Parolen verkürzt und ganze Communities unter
70 Generalverdacht stellt.

71 Die Polizei im Land Bremen soll bürgernah und gut erreichbar sein. Dazu gehöre aus
72 Linker Sicht auch gute **Arbeitsbedingungen**: Die Zahl der Überstunden muss abgebaut
73 oder ausbezahlt werden, freie Wochenenden sollen im Schichtplan auch tatsächlich
74 realisierbar sein.

75 Die unabhängige **Polizei- und Feuerwehrbeauftragte** hat sich bewährt und wird
76 personell von uns gestärkt werden. Hierhin können sich Bürger*innen und

77 Beschäftigte mit Kritik und Anregungen wenden. Die Stelle soll sich auf diese
78 beiden Kerninstitutionen der Exekutive konzentrieren können, wir wollen sie nicht
79 mit weiteren, fachfremden Aufgaben versehen. Den Reformprozess bei der Feuerwehr
80 wollen wir konsequent fortführen und die Empfehlungen der
81 Landesfeuerwehrbeauftragten umsetzen. Die begonnene Modernisierung von Wachen und
82 Fuhrpark bei Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren ist wichtig und soll fortgesetzt
83 werden. Die wichtige Verbandsarbeit der Jugendfeuerwehr wollen wir stärken.

84 Zugewanderte sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung häufiger jung, männlich, arm,
85 arbeitslos, befinden sich öfter in ungesicherten oder prekären Aufenthalts-,
86 Lebens- und Arbeitsverhältnissen und waren häufiger von Gewalt und traumatischen
87 Erfahrungen betroffen. Sie sind daher überdurchschnittlich oft Opfer von
88 Kriminalität und werden auch überdurchschnittlich häufig straffällig. Das stellt
89 höhere Anforderungen an Prävention, aber auch an die Kapazitäten von
90 Strafverfolgung und Rechtswesen. Wir stellen uns entschieden **gegen alle Versuche,**
91 **diesen Zusammenhang rassistisch zu wenden,** und setzen uns stattdessen dafür ein,
92 die Bedingungen zu verbessern und die nötigen öffentlichen Kapazitäten auszubauen.
93 Wir wollen weg von ungesicherten aufenthaltsrechtlichen Verhältnissen, von der
94 Unterbringung in Massenunterkünften und vom Ausschluss von Arbeitsmöglichkeiten.
95 Wir wollen, dass Straffälle zügig bearbeitet werden und wir wollen, dass alle
96 zuständigen öffentlichen Institutionen zuwanderungssensibel aufgestellt werden.

97 Die **Versammlungsfreiheit** haben wir durch ein Landesgesetz gestärkt, hiermit werden
98 demokratische Teilhabe und Meinungsfreiheit gestärkt. Wir werden sicherstellen,
99 dass das Gesetz in der Praxis gut umgesetzt wird.

100 Den **Inlandsgeheimdienst** Verfassungsschutz sieht Die Linke kritisch und lehnt eine
101 Ausweitung der Kompetenzen und Befugnisse ab. Den Einsatz von V-Leuten wollen wir
102 grundsätzlich beenden, haben ihn in der vergangenen Legislatur bereits strikter
103 geregelt und die parlamentarische und richterliche Kontrolle über den Geheimdienst
104 ausgeweitet. Die Trennung von Polizei und Geheimdienst muss unbedingt aufrecht
105 erhalten bleiben.

106 Wir setzen uns für ein **AfD-Verbotsverfahren** vor dem Bundesverfassungsgericht ein.
107 Mitgliedern dieser Partei müssen kurzfristig sämtliche Waffenscheine entzogen
108 werden. Bremen muss sich auch stärker für ein Verbot der Grauen Wölfe auf
109 Bundesebene und den lokalen Vereinigungen einsetzen.

110 Das **Waffenrecht** wollen wir verschärfen und die Aufbewahrung von Waffen in
111 Privathaushalten engmaschiger kontrollieren.

112 Im Bereich des Katastrophenschutzes müssen insbesondere vor dem Hintergrund der
113 **Klimakrise und Extremwetterereignissen** Strukturen und Prozesse stetig überprüft und
114 angepasst werden. Hier wollen wir auch den Bund finanziell stärker in die Pflicht
115 nehmen.

116 Der **Bürgerservice, das Standesamt und das Migrationsamt** sind wichtige bürgernahe
117 Dienstleister. Sie sollen von der Personaleinsparung ausgenommen werden. Wir setzen
118 uns für ein Migrationsamt ein, dass wieder für die Menschen erreichbar ist und
119 seine Grundaufgaben zuverlässig erfüllt.

- 120 Der **ruhende Verkehr** soll stärker als bislang vom Ordnungsamt kontrolliert werden,
121 insbesondere in Straßen, wo Falschparken die Barrierefreiheit und die Durchfahrt
122 von Löschfahrzeugen gefährdet.

Antrag L 03-28: Justiz

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Justiz

- 2 Wir stehen für einen starken, demokratischen und widerstandsfähigen Rechtsstaat,
3 der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde schützt. Gerade in Zeiten des
4 Rechtsrucks verteidigen wir den Rechtsstaat – mit rechtsstaatlichen Mitteln statt
5 autoritären Antworten. Dafür müssen Justiz und Strafvollzug, sowie die
6 Straffälligenhilfe mit den notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen
7 ausgestattet werden. Ziel ist eine Resozialisierung Straffälliger, ein
8 menschenwürdiger Strafvollzug und der Ausbau der Straffälligenhilfe.
9 Rechtsanwält*innen müssen bei der Ausübung ihres Berufs vor Einschüchterung und
10 Behinderung geschützt werden, und es muss eine niedrigschwellige Mandatierung für
11 Rechtsschutzsuchende gewährleistet sein.
- 12 **Justiz besser ausstatten: für schnellere Verfahren und zusätzliche Schwerpunkte auf**
13 **geschlechtsspezifischer Gewalt und Wirtschaftskriminalität**
- 14 Überlange Gerichtsverfahren schaden dem Vertrauen in den Rechtsstaat und damit auch
15 dem Rechtsfrieden. Wir fordern daher die **kontinuierliche Aufstockung des**
16 **Gerichtspersonals** in sämtlichen Dienstgruppen. Das Ziel ist eine mindestens dem
17 geltenden Personalbedarfsbemessungssystem PEBB\$Y100 entsprechende
18 Personalausstattung. Zentrales Steuerungsinstrument für die Personalgewinnung und -
19 bindung ist unter anderem eine faire Besoldung, die nicht niedriger als im Land
20 Niedersachsen ausfallen darf. Darüber hinaus wollen wir die Gründe für das
21 Ausscheiden aus der Bremischen Justiz statistisch erfassen, um so noch
22 zielgerichteter gegensteuern zu können.
- 23 Eine fortschreitende Digitalisierung der Justiz trägt zur Beschleunigung der
24 Gerichtsverfahren und zu einer Entlastung der Gerichte bei. Wir werden auf
25 Bundesebene auf eine Vereinheitlichung und einen Ausbau der **IT-Strukturen**
26 hinwirken, die den Bedürfnissen einer modernen Justiz gerecht werden.
- 27 Bei der Staatsanwaltschaft wollen wir ein Schwerpunktdezernats zur Verfolgung von
28 **geschlechtspezifische und queerfeindlicher Gewalt** einrichten. Richter*innen und
29 Staatsanwält*innen wollen wir zu regelmäßigen Fortbildungen im Umgang mit
30 Geschädigten und Zeug*innen insbesondere im Bereich sexualisierter Gewalt
31 verpflichten. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwiefern die Erreichbarkeit der
32 Justiz für Nachfragen von Betroffenen optimiert werden kann.
- 33 Bremen muss mit der ganzen Härte des Rechtsstaats gegen diejenigen vorgehen, die

34 durch Steuerhinterziehung und Geldwäsche die Allgemeinheit schädigen. Nach dem
35 Vorbild anderer Bundesländer wollen daher wir eine gemeinsame **Ermittlungsgruppe**
36 „**Wirtschafts- und Finanzkriminalität**“ einrichten. Diese Ermittlungsgruppe muss mit
37 dem benötigten Personal ausgestattet werden und soll auch moderne Mittel zur
38 Verfolgung von Wirtschaftskriminellen wie bspw. die Unternehmensdatenbank ORBIS
39 nutzen können.

40 **Aus- und Fortbildung stärken und Sexualstrafrecht als verpflichtenden Inhalt ins**
41 **Examen**

42 **Die Ausbildung der Referendar*innen** bedarf einer Professionalisierung und
43 Vereinheitlichung mit den Ländern des Gemeinsamen Prüfungsamts (Bremen, Hamburg und
44 Schleswig-Holstein). Zu diesem Zweck soll u.a. die Ausbildung bei den
45 Arbeitskraftanteilen der Dezernent*innen berücksichtigt werden. Darüber hinaus
46 setzen wir uns für mehr Fortbildungsangebote für die mit der Ausbildung befassten
47 Personen, sowie in allen drei Ländern standardisierte Ausbildungsmaterialien ein.

48 Delikte gegen die **sexuelle Selbstbestimmung** müssen in den verpflichtenden
49 Prüfungsstoff des juristischen Examens aufgenommen werden.

50 **Rechtsstaat verteidigen!**

51 Der demokratische Rechtsstaat steht aktuell durch rechts-autoritäre Tendenzen stark
52 **unter Druck**. Dass die Verfassungsschutzämter und Staatsanwaltschaften anderer
53 Bundesländer in der Zukunft womöglich von Rechtsextremen geleitet werden könnten,
54 stellt aus unserer Sicht eine ernstzunehmende Bedrohung dar. Wir wollen daher
55 sicherstellen, dass ein kritischer Umgang mit den Erkenntnissen dieser Behörden
56 vonseiten der Bremer Justiz stattfindet.

57 Eine Ausweitung der Befugnisse des **Verfassungsschutzes** durch den Bund und auf
58 Landesebene lehnen wir entschieden ab.

59 Wir verteidigen die freie Advokatur gegenüber geplanten Einschränkungen der StPO.
60 Anwält*innen spielen eine besonders wichtige Rolle in autoritären Zeiten. Sie sind
61 diejenigen die stets für die Einhaltung von rechtsstaatlichen Grundsätzen vor
62 Gericht kämpfen und somit den Rechtsstaat verteidigen.

63 **Fahren ohne Fahrschein dauerhaft entkriminalisieren und Resozialisierungschancen**
64 **Inhaftierter verbessern**

65 **Ersatzfreiheitsstrafen** in Fällen, wo Menschen in der JVA landen, weil Geldstrafen
66 nicht gezahlt werden, sind unsozial und kosten die öffentliche Hand Unsummen. Diese
67 können etwa durch gemeinnützige Arbeit ersetzt werden. Daher wollen wir
68 Haftvermeidungsprojekte in Bremen ausbauen.

69 Wir fordern die dauerhafte **Entkriminalisierung des “Schwarzfahrens”**. Als Linke
70 haben wir dafür gesorgt, dass die BSAG als kommunaler Verkehrsbetrieb bis Ende 2027
71 keine Strafanzeigen wegen Fahrens ohne gültigen Fahrschein mehr stellt.
72 BremerhavenBus stellt schon länger keine Strafanträge mehr, sondern erhebt
73 ausschließlich das erhöhte Beförderungsentgelt. Dadurch konnten unnötige
74 Ersatzfreiheitsstrafen für zahlungsunfähige Personen vermieden und Steuergelder
75 gespart werden. An diesen Erfolg wollen wir anknüpfen und Fahren ohne Fahrschein in

76 Bremen und im Bund dauerhaft entkriminalisieren.

77 Wir werden die Möglichkeiten für **Ausbildung und Erlangung von Schulabschlüssen in**
78 **den Gefängnissen** ausweiten. Die Löhne von arbeitenden Inhaftierten wollen wir
79 schrittweise auf Mindestlohn-Niveau anheben. Sie sollen außerdem Rentenpunkte
80 erhalten. Aus einer Zeit im Gefängnis entstehen immer wieder
81 Überschuldungsproblematiken bei den Krankenversicherungen. Dieses Problem kann
82 durch eine noch in der Haft stattfindende, unbürokratische Beratung gelöst werden
83 und leistet einen weiteren Beitrag zur Vermeidung von Rückfällen in die
84 Straffälligkeit.

85 Einen besonderen Unterstützungsbedarf haben außerdem **psychisch- und suchtkranke**
86 **Inhaftierte**, hier sind weitere Substitutionsprogramme und psychotherapeutische
87 Hilfe wichtig.

88 Die Arbeit im Gefängnis ist ein verantwortungsvoller Beruf. Die Personalentwicklung
89 und Zulagen für **Vollzugsbedienstete der JVA Bremen** müssen im Ländervergleich
90 wettbewerbsfähig sein. Außerdem wollen wir die freie Heilfürsorge wie bei Polizei
91 und Feuerwehr auch für Vollzugsbedienstete einführen. Die Sanierung der **JVA**
92 **Oslebshausen** soll zügig abgeschlossen werden. Eine Verlegung des
93 Jugendstrafvollzugs nach Niedersachsen aus finanziellen Gründen lehnen wir ab, da
94 dies mit einer deutlich schlechteren Erreichbarkeit für Jugend- und
95 Straffälligenhilfeträger, Familienangehörige und Anwält*innen einhergehen würde.
96 Dies hätte negative Folgen für die Resozialisierung jugendlicher Inhaftierter, was
97 im Ergebnis zu deutlich höheren Kosten führen würde.

Antrag L 03-29: Antifaschismus und Erinnerungskultur

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Antifaschismus und Erinnerungskultur

2 Antifaschismus – solidarisch gegen rechts

3 Als antifaschistische Partei stehen wir für ein solidarisches Miteinander gegen den
4 Rechts-Ruck. Wir nehmen nicht hin, dass inzwischen in vielen Teilen der
5 Gesellschaft rechte Positionen geteilt und verbreitet werden, dass viele Menschen
6 Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder sexuellen
7 Orientierung machen und dass verbale, mediale und physische Gewalt immer mehr
8 zunehmen. Der Spaltung von rechts setzen wir **solidarisches Handeln von links**
9 entgegen. Wir widersprechen laut, wo wir Diskriminierung erleben, unterstützen die
10 Opfer rechter Gewalt und tun dies gemeinsam mit der kritischen Zivilgesellschaft in
11 unseren beiden Städten.

12 **Antifaschistischen Protest** in der Öffentlichkeit unterstützen wir wo immer möglich.
13 Protest am rechten Info-Stand, Sitzblockade gegen den Nazi-Aufmarsch,
14 antifaschistische Recherchearbeit und die Beratung von Betroffenen rechter Gewalt
15 oder Diskriminierung sind wichtige Bausteine einer antifaschistischen Praxis, deren
16 Teil wir sind. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren und sind solidarisch mit
17 antifaschistischen Gruppen, die aufgrund ihres Engagements vom Verfassungsschutz
18 beobachtet oder anderweitig kriminalisiert werden.

19 Diese Grundhaltung prägt auch unsere Parlamentsarbeit. Wir werden weiterhin keine
20 Abgeordneten extrem rechter Parteien in Ämter oder zu Ausschussvorsitzenden wählen
21 sowie keinen rechten Anträgen zustimmen. Im Parlament versuchen wir, mit allen
22 anderen demokratischen Parteien ein gemeinsames Vorgehen gegen rechts zu
23 organisieren, um die Aufmerksamkeit für ihre Positionen so gering wie möglich zu
24 halten. Ein auf wissenschaftlichen Grundlagen und öffentlichen Quellen
25 durchgeführtes **Verbotsverfahren gegen die AfD** halten wir dringend für erforderlich
26 und werden dies weiterhin mit allen parlamentarischen Mitteln vorantreiben.

27 Stärkung der Zivilgesellschaft

28 Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen Rassismus,
29 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen von Menschenfeindlichkeit und
30 Diskriminierung stellen. Diese Initiativen stehen aktuell unter massivem Druck von
31 rechts. Angestachelt von der AfD hat sich die CDU in einen Kulturkampf gegen
32 Beratungsstellen, Vereine, Buchläden, Cafés und Jugendeinrichtungen aufgemacht -
33 sobald sie ihnen nicht rechts genug sind. Eine starke Zivilgesellschaft ist aber

34 ein unverzichtbarer Bestandteil, um demokratische Strukturen vor Ort
35 aufrechtzuerhalten, Beratung für Opfer rechter Gewalt anzubieten, über Faschismus
36 aufzuklären oder Bildungsarbeit für eine vielfältige Gesellschaft und Stadtkultur
37 zu leisten. Wir akzeptieren die Angriffe auf und die Kürzungen bei diesen wichtigen
38 Projekten und Einrichtungen nicht. Wir kämpfen auf Bundesebene dafür, dass
39 Kürzungen der CDU/SPD-Koalition beim Programm „**Demokratie leben!**“ zurückgenommen
40 werden, damit im gesamten Bundesgebiet weiterhin und konsequent Demokratieförderung
41 betrieben wird. Dies gilt in Bremen beispielsweise für die bundespolitischen
42 Kürzungen bei Projekten des LidiceHauses, aber auch für die Angriffe auf die Mittel
43 des Sielwall-Hauses. Die Durchleuchtung der Zivilgesellschaft durch das Bundes-
44 oder das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine politisch gewollte
45 Delegitimierung dieser Projekte und wir lehnen diese Praxis ab. Die **Förderung von**
46 **Trägern und Zuwendungsempfängern** muss ohne diese rechtsstaatswidrige Prüfung
47 erfolgen.

48 Wo sich der Bund aus der finanziellen Verantwortung stiehlt, muss die **lokale**
49 **Infrastruktur** aus dem Landeshaushalt aufgefangen werden. Denn einmal zerstört,
50 lassen sich viele Projekte nicht wiederbeleben. Dies gilt insbesondere für die
51 wichtige Beratung von Opfern rechter Gewalt, die wir konsequent weiterführen
52 müssen.

53 Die **Landeszentrale für politische Bildung** wollen wir in ihrer Unabhängigkeit
54 stärken und ausbauen. Mit Hilfe eines eigenen Gesetzes soll sie besser verankert
55 und gegen Angriffe von rechts abgesichert werden. Außerdem muss sie mit
56 zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet werden, um ihre Bildungsarbeit auch in die
57 sozialen Medien tragen zu können.

58 **Freie Kulturentfaltung statt staatlicher Gesinnungsprüfung**

59 Uns entsetzt, dass der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien die Kulturförderung
60 des Bundes durch das Bundesamt für Verfassungsschutz überprüfen lässt. Durch dieses
61 aberwitzige Verfahren wurde in Bremen eine linke Buchhandlung von Preisgeldern
62 ausgeschlossen – ohne Begründung und entgegen allen Beschlüssen durch eine
63 unabhängige Jury. Aber auch in Bremen stellen rechte Kräfte von der CDU bis zur AfD
64 einzelne Kulturinitiativen immer wieder an den Pranger, wenn diese politisch
65 unbequem werden. Diese **Eingriffe der Politik in die Freiheit der Kunst** lehnen wir
66 entschieden ab. Wir stehen weiterhin für die Unabhängigkeit der Kulturförderung und
67 der öffentlichen Kulturbetriebe. Auf Bundesebene werden wir den Druck auf den
68 Bundesbeauftragten erhöhen, damit dieser wieder zu einer Vergabep Praxis mit wirklich
69 unabhängigen Juries zurückkehrt. Das sog. Haber-Verfahren wollen wir abschaffen.

70 **Schulen und Hochschulen als Einrichtungen kritischer Bildungsarbeit fördern**

71 Schulen und Hochschulen haben die Aufgabe, demokratische Werte zu vermitteln,
72 Diskriminierung entgegenzutreten und junge Menschen zur aktiven Teilhabe in der
73 Gesellschaft zu befähigen. Daher können sie gegenüber rechtsextremen Parteien gar
74 nicht neutral agieren, sondern sind verpflichtet, der wiedererstarkenden
75 Demokratiefeindlichkeit aktiv entgegenzutreten. Wir möchten das demokratische
76 Bewusstsein an diesen Institutionen stärken und Lehrkräfte und Dozierenden Mut

77 machen, für demokratische Werte aktiv Partei zu ergreifen. Wenn diese für ihr
78 **demokratisches Engagement** angegriffen werden, unterstützen wir sie bei der
79 Wahrnehmung ihres politischen Auftrags.
80 Insgesamt müssen Schulen als Ort politischer Bildung gestärkt werden. Hierzu wollen
81 wir **Erziehung zur Demokratie** als Querschnittsaufgabe für alle Lehrkräfte in der
82 Lehramtsausbildung verankern, die Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen
83 Anbietern politischer Bildung stärken und garantieren, dass an allen Schulen
84 Politik bzw. Gesellschaftskunde in vollem vorgesehen Stundenumfang erteilt wird.

85 **Gegen das Vergessen**

86 Seit dem 19. Jahrhundert haben sich in Deutschland Nationalismus, Antisemitismus
87 und Rassismus immer zügelloser Bahn gebrochen. Im Rahmen der kolonialen Herrschaft
88 verübten von 1904 bis 1908 deutsche Truppen den ersten Völkermord des 20.
89 Jahrhunderts an den Herero und Nama in Namibia. Aber auch auf dem Gebiet des
90 heutigen Tansania oder China war Deutschland aktiv an massiven kolonialen
91 Verbrechen beteiligt.

92 Tiefpunkt der deutschen Geschichte waren die **Nationalsozialistische Herrschaft** und
93 der zweite Weltkrieg. Während dieser Zeit hat sich Deutschland der Shoah, also dem
94 geplanten und mit industrieller Präzision ausgeführten Genozid an Jüdinnen*Juden,
95 schuldig gemacht, ebenfalls an Sinti und Roma einen Völkermord verübt und in
96 Osteuropa einen brutalen Vernichtungskrieg geführt. Politische Gegner*innen, queere
97 Menschen, Behinderte und als „asozial“ markierte Personen wurden verfolgt und
98 ermordet.

99 All diese Verbrechen mahnen uns bis heute, die Opfer dieser Gewalt nicht zu
100 vergessen, sich aktiv dem Wiedererstarken des Faschismus entgegenzustellen und
101 Rassismus sowie Antisemitismus in all seinen Formen zu bekämpfen. Deswegen
102 unterstützen wir lokale Akteur*innen, die den verschiedenen historischen
103 Ereignissen in ihrer jeweiligen Eigenheit gedenken und die **Erinnerung** an die
104 verschiedenen Abschnitte deutscher Geschichte lebendig halten.

105 Wir beteiligen uns aktiv am neugebildeten Beirat Dekolonisierung und teilen dessen
106 Bestrebungen, **koloniale Spuren in der Stadt** sichtbar zu machen und das Thema
107 koloniale Geschichte stärker im Schulunterricht zu berücksichtigen. Neubenennungen
108 von Straßen und Plätzen sollen insbesondere antikoloniale Widerstandskämpfer*innen
109 ehren. Wir unterstützen Initiativen in den Stadtteilen, Straßen umzubenennen, deren
110 Namen einen kolonialen Bezug haben. Das Verfahren zur Umbenennung von Straßen
111 wollen wir vereinfachen und eine verbindliche Regelung für Anwohnende einführen,
112 wie die durch eine Umbenennung entstehenden Kosten von der Kommune übernommen
113 werden können. Außerdem befürworten wir ergänzende erinnerungspolitische und
114 kolonialismuskritische Kontextualisierungen vor Ort.

115 Mit dem Denkort Bunker Valentin hat das Land Bremen inzwischen einen zentralen
116 Gedenkort an die Opfer des Nationalsozialismus, dessen Arbeit wir weiterentwickeln
117 wollen. Den Ausbau des Denkorts mit einem neuen Veranstaltungsraum unterstützen
118 wir. Wir wollen aber auch an weiteren Orten in der Stadt Bremen dem **Gedenken an den**
119 **Nationalsozialismus** einen Raum geben. Hierzu gehört für uns das ehemalige

120 Foltergefängnis der Gestapo in der Ostertorwache, das dauerhaft der Öffentlichkeit
121 als Gedenkstätte zugänglich gemacht werden muss. Sowohl an der Reitbrake als auch
122 auf dem Osterholzer Friedhof wollen wir ein Gedenken an die Opfer von Zwangsarbeit
123 ermöglichen und hierzu ein gemeinsames Gedenkkonzept erarbeiten. Zur Pflege
124 antifaschistischer Erinnerungspolitik gehört für uns auch die Beteiligung am
125 Gedenken an die Bremer Räterepublik.

126 Es gibt in Bremen viele kleine ehrenamtliche Initiativen, die mit Hinweistafeln,
127 Stolpersteinen und ähnlichem in den Stadtteilen ein Gedenken ermöglichen wollen.
128 Damit solche Initiativen nicht an kleinen finanziellen Summen scheitern, etablieren
129 wir eine **Mikroförderung für Erinnerungskultur** im Kulturhaushalt.

Antrag L 04-00: Transformation sozial gestalten

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

¹ Transformation sozial gestalten

Antrag L 04-01: Wirtschaft - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wirtschaft

- 2 Die Bundesregierung sagt den Menschen: Beschäftigtenrechte müssen eingeschränkt
3 werden, Löhne gesenkt werden, gesetzliche Auflagen für Unternehmen müssen
4 wegfallen, damit die Wirtschaft wächst.
- 5 Das Bundesland Bremen ist der klare Gegenbeweis. Bremen hat zwischen 2021 und 2026
6 das zweitstärkste Wirtschaftswachstum von allen Bundesländern, nur Berlin lag
7 darüber. Und das, obwohl es hier den höchsten Landesmindestlohn gibt, die
8 strengsten Regelungen zur Tariftreue, Klimaauflagen für Gewerbegebiete, und einen
9 solidarischen Landesausbildungsfonds, in den vor allem die Großbetriebe einzahlen.
- 10 Wirtschaft funktioniert nämlich **nicht ohne Beschäftigte**. Wenn die Beschäftigten gut
11 abgesichert sind, sich qualifizieren können, mitbestimmen können, dann funktioniert
12 die Wirtschaft besser. Zudem hat die rot-grün-rote Landesregierung in der Krise
13 auch in Zukunftsumbau und Klimaneutralität investiert, was sich auszahlt. Und vor
14 allem wir als Linke stehen **für ein weltoffenes Bremen und Bremerhaven** mit einer
15 humanen und liberalen Zuwanderungspolitik und dafür, dass die Interessen von
16 Auszubildenden, Studierenden, jungen Kreativen und jungen Gründer*innen immer
17 mitgedacht werden. Deshalb ist das Bundesland jünger, migrantischer und wächst
18 schneller als alle anderen. Allein darauf geht ein erheblicher Teil des
19 Wirtschaftswachstums direkt zurück.
- 20 Aber wir haben auch harte Grenzen erfahren müssen. Trotz der Bereitstellung von
21 mehr als einer Milliarde Euro an Fördergeldern (darunter 250 Millionen Euro an
22 Landesmitteln) hat **ArcelorMittal** sich gegen die Anschaffung einer
23 wasserstoffbetriebenen Direktreduktionsanlage entschieden, mit der CO2-neutraler
24 "grüner Stahl" hergestellt werden kann. Das gefährdet die Zukunft der
25 Primärstahlerzeugung in Bremen und die damit verbundenen Arbeitsplätze. Die
26 Beschäftigten und die Werksleitung waren für den Umbau – aber die Konzernleitung
27 hat den Prozess abgebrochen. Das ist ein Beispiel, wo kurzsichtiges Profitinteresse
28 auf Kosten von Zukunftsorientierung und Beschäftigungssicherung geht. Kapitalismus
29 nervt, weil sich Eigentum immer wieder gegen Demokratie durchsetzen kann.
- 30 Wir erleben eine Zeit tiefgreifender Umbrüche und komplizierter werdender
31 Rahmenbedingungen. US-amerikanische Strafzölle, chinesische Konkurrenz, hohe
32 fossile Energiepreise in Deutschland und die kurzfristigen Renditeerwartungen von
33 Kapitaleigentümer*innen machen vielen Industriebranchen schwer zu schaffen und

34 gefährden Arbeitsplätze. Gleichzeitig breitet sich Künstliche Intelligenz immer
35 schneller in nahezu allen Wirtschaftszweigen aus und führt bereits jetzt zu
36 massiven Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt. Dabei gerät zunehmend aus dem Fokus,
37 dass die Verpflichtung, die Wirtschaft klimaneutral umzubauen, so dringend ist wie
38 nie zuvor. Klar ist: Fossile Geschäftsmodelle haben keine Zukunft, weder beim Stahl
39 noch in der Automobilindustrie. Die Industrie der Zukunft ist klimaneutral oder sie
40 ist Geschichte.

41 **Acht Jahre von der Linken verantwortete Wirtschaftspolitik** für Bremen und
42 Bremerhaven können sich sehen lassen.

43 In der Hafenwirtschaft und der Raumfahrt haben wir unserem Bundesland bundesweit
44 die nötige Sichtbarkeit verschafft, um öffentliche und private Investitionsmittel
45 in Milliardenhöhe nach Bremen und Bremerhaven zu lenken. Diese werden Tausende gut
46 bezahlter Arbeitsplätze sichern und enorme Wertschöpfungseffekte generieren. Unter
47 schwierigen finanziellen Bedingungen ist es uns gelungen, zentrale
48 Infrastrukturvorhaben in den Häfen umzusetzen. Auch die Dekarbonisierung der
49 Hafenwirtschaft treiben wir voran.

50 Wir haben uns erfolgreich für den Anschluss Bremens und Bremerhavens an das
51 Wasserstoffkernnetz eingesetzt, haben 24 Millionen Euro Fördergelder für den Aufbau
52 weiterer Wasserstoff-Forschungsinfrastruktur in Bremerhaven und 9 Millionen Euro
53 für die Etablierung eines „Hydrogen Valleys“ in Bremen eingeworben. Mit einem
54 Landesbürgerschaftsprogramm unterstützen wir außerdem die Bewerbung der Lloyd Werft
55 auf den Bau von Offshore-Konverterplattformen.

56 Wir haben wichtige Standorte der Kreativwirtschaft wie das "Irgendwo" in der
57 Airport City oder den Güterbahnhof verteidigt und langfristig gesichert. Wir haben
58 die Startup-Förderung gestärkt, insbesondere auch die Beratung für gründende
59 Frauen. Wir haben gemeinsam mit den Koalitionspartnern vereinbart, dass keine
60 Gewerbegebiete mehr "auf die grüne Wiese" gebaut werden, sprich in den Grüngürtel
61 rund um Bremen. Wir machen die bremische Wirtschaft **jünger, moderner und**
62 **zukunftsorientiert** - mit einer aktiven wirtschaftspolitischen Steuerung.

63 **Industriepolitik**

64 Bremen ist als Wirtschaftsstandort durch eine starke Industrie charakterisiert,
65 Bremerhaven durch den Hafenumschlag. Das soll auch so bleiben. Unser Ziel ist es,
66 dass die für Bremen und Bremerhaven prägenden industriellen Kerne –
67 Automobilproduktion, Stahl, Luft- und Raumfahrt, Nahrungsmittelindustrie, Schiffbau
68 und Hafenumschlag **gut durch die vielfältigen wirtschaftlichen Veränderungsprozesse**
69 **kommen**, damit Tausende gut bezahlte, mitbestimmte und tariflich abgesicherte
70 Arbeitsplätze erhalten bleiben.

71 Wirtschaftsressort und Senat sind gefordert, weiterhin eine aktive
72 Interessenvertretung für Bremen und Bremerhaven auf überregionaler Ebene zu
73 betreiben, insbesondere gegenüber der Bundesregierung und den Bundesministerien.

74 Wir unterstützen die Forderungen des **Stahlwerks** nach einer fairen Importpolitik der
75 EU und nach der Einführung Grüner Leitmärkte. ArcelorMittal ist im Gegenzug

76 gefordert, mindestens einen Elektrolichtbogenofen in Bremen zu bauen. Wir sehen
77 zudem Potenzial in der Direktreduktion. Wir wollen, dass dieses Verfahren auch für
78 das Bremer Stahlwerk geprüft wird und werden entsprechende Forschungsvorhaben
79 unterstützen.

80 Ebenso brauchen **kleine und mittlere Unternehmen** eine aktive Vertretung ihrer
81 Interessen in der Energiepreiskrise und in der anstehenden klimapolitischen
82 Transformation. Wir werden weiterhin auf Bundesebene die notwendige Unterstützung
83 für sie fordern, konkrete Vorschläge einbringen und für gemeinsame Initiativen mit
84 anderen Bundesländern werben.

85 ‚ECOMAT Forschungszentrum für ökoefiziente Materialien und Technologien‘ werden
86 wir zu einem ‚ECOMAT Hydrogen Campus‘ weiterentwickeln, um weitere Fortschritte
87 beim CO₂-neutralen Fliegen zu erzielen und den Airbus-Standort mit seinen vielen
88 guten Arbeitsplätzen langfristig abzusichern. Auch in der maritimen Wirtschaft
89 werden wir die Nutzung neuer, klimaneutraler Kraftstoffe weiter vorantreiben, die
90 Schiffsflotte von bremenports erneuern und die Voraussetzungen für die Bebungung
91 von Handelsschiffen schaffen, um die ökologische Nachhaltigkeit der bremischen
92 Häfen noch weiter zu steigern.

93 Wir werden einen **Masterplan „Kreislaufwirtschaft“** entwickeln, der Innovationen,
94 Beschäftigungswachstum und Nachhaltigkeit zusammenbringt. Vor allem im Recycling
95 von Schiffen und Windkraftanlagen sehen wir Potenzial für Bremen und Bremerhaven,
96 das wir heben wollen.

97 **Automobilindustrie**

98 Die deutsche Automobilindustrie steckt in einer tiefen Krise. Der Umstieg auf
99 Elektrofahrzeuge wurde aus kurzfristigem Profitstreben verschlafen und die
100 internationale Konkurrenzsituation hat sich massiv verschärft. Der **Bremer Mercedes-**
101 **Standort** kam bislang gut durch die Krise, doch das angekündigte konzernweite
102 Sparprogramm sorgt für Verunsicherung bei den Beschäftigten. Diesen
103 Einschüchterungsversuch des Managements kritisieren wir scharf. Wir stehen
104 solidarisch an der Seite der Beschäftigten und werden alles in unserer Macht
105 Stehende tun, damit es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt. Mercedes ist
106 gefordert, gemeinsam mit dem Betriebsrat und der IG Metall eine tragfähige
107 Perspektive für den Bremer Standort zu entwickeln. Diese muss zwingend eine
108 strategische Personalplanung beinhalten.

Antrag L 04-02: Wirtschaft - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Luft- und Raumfahrt**

2 Bremen ist ein bedeutender Luft- und Raumfahrt-Standort, den wir stärken wollen.
3 Mit dem ESA BIC (Gründungszentrum der Europäischen Raumfahrtagentur) haben wir
4 Bremen zu einem **Gründungsstandort** im Bereich Luft- und Raumfahrt entwickeln können.
5 Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesrepublik sowohl bei den ESA-Programmen wie
6 auch mit dem nationalen Programm eine führende Rolle spielt. Die Bremer Luft- und
7 Raumfahrtstrategie bietet hier den Handlungsrahmen.

8 Wir setzen uns dafür ein, dass die deutsche Seite bei **Airbus** ihre Beteiligung am
9 Gesamtkonzern besser organisiert und zielgerichteter einsetzt, um Einfluss auf die
10 Standortstrategie des Konzerns zu nehmen. Es muss sichergestellt werden, dass
11 wesentliche Arbeitspakete mit entsprechender Wertschöpfung für die Entwicklung der
12 neuen Airbus Flieger-Generation am Standort verankert werden.

13 Der **Flughafen** ist für Bremen unverzichtbar. Der in der letzten Legislatur begonnene
14 Sanierungsprozess BRE:start wird daher konsequent fortgesetzt, um die
15 Leistungsfähigkeit des Bremer Flughafens zu erhalten und langfristig abzusichern.

16 Mit der **Erschließung des Gebietes Airport Süd** sichern wir die wirtschaftliche
17 Entwicklung der Airportstadt auf viele Jahre ab.

18 **Rüstungsindustrie**

19 Mittlerweile beschäftigen die Bremer Betriebe in diesem Bereich weit über 5.000
20 Menschen und bieten zumeist sehr gute Arbeitsbedingungen und
21 Verdienstmöglichkeiten. Wir wollen diese Beschäftigung in Bremen, aber wir wollen
22 keine Industrie ohne gesellschaftliche Wertschöpfung. Die Wirtschaft muss der
23 Gesellschaft dienen, deswegen werden wir uns weiterhin mit aller Kraft für eine
24 **Übergewinnsteuer** und die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie einsetzen. Wir
25 erkennen die veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen und die Notwendigkeit,
26 Verteidigungsfähigkeit herzustellen, an und betrachten daher die Rüstungsbetriebe
27 als Teil der Wirtschaft in Bremen und zumindest teilweise auch als gesellschaftlich
28 notwendig. Wir werden aber nicht zulassen, dass sich die Bremer Wirtschaftsstruktur
29 **einseitig auf diesen Bereich fokussiert** oder dass andere, zivile Wirtschaftszweige
30 verdrängt werden. Wir werden mit den Unternehmen an Konzepten arbeiten, wie wir
31 perspektivisch eine Sicherung der Wertschöpfung erreichen, wenn der große Boom
32 vorbei sein sollte.

33

34

35 **Alternatives Wirtschaften, Gemeinwohlökonomie**

36 In traditionellen Betrachtungen wird der Blick verengt auf Warenexport und
37 Warenproduktion, um Mehrwert zu generieren. Viel wichtiger ist es, Werte zu
38 schaffen, die ein „gutes Leben“ für alle ermöglichen.

39 Daher bildet die Förderung von alternativen und gemeinwohlorientierten
40 Unternehmensformen einen wichtigen Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik.

41 **Genossenschaften, Social Entrepreneurship, belegschaftsgeführte Betriebe,**
42 gemeinwohlorientierte Unternehmen und Kooperationsformen von Kleinbetrieben erhöhen
43 die Resilienz der Wirtschaftsstruktur und können wichtige Beiträge zu Innovation
44 und Transformation leisten. Schon jetzt spielen diese Betriebe eine wichtige Rolle
45 in der Wirtschaftsstruktur Bremens und Bremerhavens, wie die von uns in Auftrag
46 gegebene Studie „Die Alternativwirtschaft im Land Bremen“ gezeigt hat. Ihre
47 Förderung und Unterstützung müssen daher ein bewusster Teil der
48 zukunftsorientierten Strukturpolitik sein. Wir werden ein Förderprogramm für die
49 Gründung von gewerblichen Genossenschaften auflegen. Wir werden außerdem gezielt
50 Gewerbeflächen und -immobilien für gemeinwohlorientierte Betriebe reservieren und
51 bereitstellen. Dabei werden wir stets gute Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und
52 betriebliche Mitbestimmung einfordern.

53 Um die genossenschaftliche Übernahme von Betrieben zu fördern, werden wir eine
54 entsprechende Beratungsstelle einrichten. Damit wollen wir auch dem Problem
55 entgegenwirken, dass viele Handwerksbetriebe keine Nachfolger*innen finden.

56 **Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, Gründungsförderung**

57 Die Zeiten, in denen Städte allein als „Autostadt“, „Chemiestadt“ oder „Hafenstadt“
58 überleben konnten, sind vorbei. Attraktive Wirtschaftsstandorte müssen heute
59 vielgestaltige, diversifizierte **Wirtschafts- und Innovationslandschaften** sein, wo
60 technische Innovationen sich branchenübergreifend entwickeln. Wo
61 Produktionsbetriebe mit hoher eigener Entwicklungsleistung koexistieren und
62 vernetzt sind mit einer aktiven Gründer*innen-Szene, wissensbasierten
63 Dienstleistungen und einer innovativen Kreativwirtschaft.

64 Für Beschäftigungswachstum sorgt inzwischen nicht mehr die Industrie alleine,
65 sondern Sektoren wie die **wissenschaftsintensiven Dienstleistungen oder die**
66 **Gesundheitswirtschaft**, aber auch die Kreativwirtschaft, die Nahrungs- und
67 Genussmittelindustrie und die Logistik. Wir wollen diese Branchen aufwerten und
68 haben sie in der vergangenen Legislaturperiode bereits verstärkt zum Gegenstand von
69 Wirtschaftsförderung gemacht.

70 Typischerweise sind Branchen mit einem hohen Frauenanteil, einem hohen Anteil an
71 migrantischer Beschäftigung und einem hohen Anteil an Jobs auch für
72 Geringqualifizierte diejenigen, deren Beitrag heruntergespielt und deren Potenziale
73 nicht gefördert werden. Das wollen wir ändern, denn das ist auch eine Frage der
74 Geschlechtergerechtigkeit, der Migrationsgerechtigkeit und der
75 Qualifikationsgerechtigkeit.

76 Unser Linkes Wirtschaftsressort hat mit dem Programm „SHE STARTS NOW!“ im Starthaus
77 erreicht, dass deutlich mehr Frauen von den Angeboten zur Gründungsberatung
78 profitieren konnten. Das Ziel für die kommende Legislaturperiode ist es, dieses
79 Potenzial in nachhaltig erfolgreiche Gründungen zu überführen.

80 Wir werden mit gezielten Angeboten den **Anteil migrantischer Gründungen** deutlich
81 erhöhen und regionale Informationszentren aufbauen, damit die Ansprache
82 potenzieller Gründer*innen direkt im Quartier erfolgen kann. Darüber hinaus wollen
83 wir die erfolgreiche aufsuchende Beratung gezielt auch auf migrantische Gründungen
84 übertragen.

85 Das **STARTHAUS** hat sich mittlerweile gut positioniert. Gleichwohl haben wir immer
86 noch eine fragmentierte Beratungsstruktur, die wir in der kommenden Legislatur
87 optimieren wollen. Hierzu wollen wir eine neue Netzwerkstruktur aufbauen, in der
88 das STARTHAUS den Schwerpunkt der Finanzierung bedient und das Creative Hub den
89 Schwerpunkt

90 Coaching und Beratung. Die Institutionen sollen zukünftig noch gezielter mit
91 weiteren Akteuren wie BRIDGE für den Universitätsbereich und „Bremen Startups“ als
92 Veranstaltungsplattform kooperieren.

93 Nach wie vor ist die Bereitstellung von notwendigem Start- und Wachstumskapital
94 neben der Beratung der zentrale Erfolgsfaktor für den Gründungsstandort Bremen. Es
95 bedarf daher neuer Formen der Finanzierung und auch der direkten Zuschussförderung
96 für Start-ups. Insbesondere werden wir auch Investitionsmittel in kleineren
97 Größenordnungen verstärkt anbieten. Wir werden die Beteiligungsprogramme ausbauen
98 und stärken.

99 Die Anforderungen der Transformation sind für kleine und mittlere Unternehmen eine
100 besondere Herausforderung. Wir werden die Förderprogramme **Digitalisierung für**
101 **Kleinst- und Kleinbetriebe**, inklusive Handwerk und Einzelhandel, fortsetzen und in
102 einem Mix aus Information, Beratung und Finanzierung begleiten. Wir werden kleine
103 und mittlere Unternehmen verstärkt dabei unterstützen, Fachkräfte-Marketing zu
104 betreiben, ihre Organisationsentwicklung zu modernisieren und gute Arbeit zu
105 ermöglichen. In diesem Kontext sind Tarifverträge ein zentrales Instrument einer
106 modernen Unternehmenskultur, das wir fördern werden.

Antrag L 04-03: Wirtschaft - Teil 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Innovationsförderung**

2 Die Bedeutung von Innovation als Standortfaktor nimmt in Zeiten der Transformation
3 weiter zu.

4 Daher ist es entscheidend, bei allen Programmen, die sich mit der wirtschaftlichen
5 Transformation beschäftigen, **Aus- und Weiterbildung konsequent mitzudenken** und
6 eigenständige Maßnahmen sowie Ressourcen dafür vorzusehen. Das haben wir vor Jahren
7 mit dem Bremen-Fonds so gemacht, und das erwarten wir auch von dem Umgang mit den
8 LuKIFG-Mitteln, die dem Land zusätzliche Möglichkeiten für Investitionen bieten,
9 sowie von allen anderen Paketen zur Krisenbewältigung oder Innovationsförderung.
10 Wir erwarten, dass Unternehmen die Qualifizierung von Beschäftigten, die Ausbildung
11 von Nachwuchs und strategische Personalplanung als ihre elementare Aufgabe ansehen.
12 Wir stärken kooperative Ansätze in Zusammenarbeit mit Betrieben, Wissenschaft,
13 Bildung und der öffentlichen Hand.

14 Wir haben mit der aktuellen **Innovationsstrategie** des Wirtschaftsressorts die
15 richtigen Weichen gestellt. Innovative Maritime Technologien, CO₂-neutrales Fliegen
16 und andere Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien zeigen den Weg in eine
17 klimaneutrale Zukunft. Flankiert wird dies durch die Schlüsseltechnologien im
18 Bereich von Digitalisierung oder Künstlicher Intelligenz (KI). Wir werden die
19 Programme zur Innovationsförderung in Industrie, Logistik, Handwerk, Einzelhandel
20 überarbeiten und an die Bedürfnisse der Unternehmen und Beschäftigten anpassen. Wir
21 sorgen für die Umsetzung der regionalen Innovationsstrategie durch Förderung von
22 Digitalisierung, KI, Leichtbau- und Wasserstofftechnologien oder sozialen
23 Innovationen wie neuen Arbeits- und Organisationsformen.

24 KI stellt aber auch viele Unternehmen und Beschäftigte vor große Herausforderungen.
25 Uns ist wichtig, dass nicht die Beschäftigten ersetzt werden, sondern neue Aufgaben
26 gefunden und Organisationen neu strukturiert werden. So kann die KI zum Gewinn für
27 alle werden.

28 Dies wird nur durch Wissenstransfer und Qualifizierung gelingen. Wir werden die in
29 der letzten Legislatur entwickelten Förderprogramme für KI ebenso fortsetzen, wie
30 das Programm ‚Gender Diversity KMU‘, um die Unternehmen bei Veränderungen ihrer
31 Prozesse und Organisationsstrukturen zu begleiten. Ebenso wichtig sind Angebote für
32 den Einzelhandel, wie z.B. die Digitallotsen. So werden die Bremer Unternehmen in
33 die Lage versetzt, neue Technologien einzusetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu
34 erhöhen und gleichzeitig diverse Unternehmenskulturen aufzubauen.

35 Die **WFB (Wirtschaftsförderung Bremen)** werden wir neu aufstellen. Bremen braucht
36 eine schlagkräftigere Wirtschaftsförderung, die neben den eigentlichen
37 Dienstleistungen die sozial-ökologische Wende begleitet, nachhaltiges
38 Gewerbegebietsmanagement betreibt, branchenübergreifende Projekte entwickelt und
39 neue Formate zum interdisziplinären Wissensaustausch über Zukunftstrends
40 bereitstellt.

41 Wir werden die Innovationskompetenzen zurück in die WFB bringen, damit hier im
42 engen Dialog mit den Unternehmen und den Instituten Innovationsprojekte initiiert
43 und kompetent begleitet werden können. Dabei führen wir die
44 Digitalisierungsangebote für den Einzelhandel mit den Innovationsprogrammen für
45 Mittelstand und Industrie zusammen, um wieder ein dynamisches, an den
46 Notwendigkeiten der Unternehmen ausgerichtetes Förderportfolio aufzubauen.

47 Dazu gehört auch, dass wir die Innovationsförderung von der Bremer Aufbaubank (BAB)
48 zurück in die WFB überführen, um alle unternehmenszentrierten Aufgaben an einer
49 Stelle zu bündeln und so eine hohe Transparenz gegenüber der Wirtschaft zu schaffen
50 und vor allem eine intensive und kompetente Begleitung bei allen Herausforderungen
51 der Transformation. Die BAB wird sich auf alle Fragen der Finanzierung fokussieren
52 und ausweiten, um hier ein vollständiges Finanzierungsportfolio für alle
53 Unternehmensformen bieten zu können. Die inhaltliche Begleitung der Unternehmen
54 soll zukünftig wieder in einer Gesellschaft konzentriert werden. So wird die WFB
55 zum zentralen Ansprechpartner für die Wirtschaft und wird in die Lage versetzt,
56 aktiven Wissenstransfer zu organisieren und zukunftsfähige Innovationsprojekte zu
57 initiieren.

58 Dabei werden wir eine wirksame politische Steuerung der WFB und eine regelmäßige
59 Evaluierung ihrer Tätigkeiten sicherstellen.

Antrag L 04-04: Wirtschaft - Teil 4

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Gewerbeflächen**

- 2 Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik braucht Ansiedlungen und
3 Betriebserweiterungen. Industrie, Handwerk, Dienstleistung müssen auch weiterhin
4 Raum dafür in Bremen und Bremerhaven finden. Nachverdichtung schafft mehr
5 Möglichkeiten auf begrenztem Raum. Wir wollen Gewerbeflächen weiterhin nach
6 ökologischen Kriterien erschließen und nach den Konzepten der produktiven Stadt für
7 eine gute Durchmischung von Gewerbe und Wohnen, sozialer und kultureller Nutzung
8 sorgen. Grundstücke wollen wir konsequent in Erbpacht vergeben, damit das Land auch
9 in späteren Jahren noch die Hand auf kostbaren Flächen hat und für eine vernünftige
10 Nutzung sorgen kann. Dort wo ein Verkauf unvermeidlich ist, wird nach klar
11 definierten Kriterien vergeben und Rückkaufrechte vereinbart.
- 12 Wir werden bei der Vergabe von Fördermitteln und von Gewerbeflächen gute
13 Arbeitsbedingungen, betriebliche Mitbestimmung und Tarifbindung zur Voraussetzung
14 machen.
- 15 Transformation braucht Platz, Gewerbe braucht Schutz vor Verdrängung. Weil
16 Wirtschaft, Stadt und Region sich nur zusammen entwickeln können, haben wir das im
17 **Gewerbeentwicklungsprogramm Stadtentwicklung und Wirtschaft** zusammengedacht. Um ein
- 18 intelligentes und nachhaltiges Flächenmanagement, die Entwicklung von modernen
19 Modellprojekten und Orten der produktiven Stadt sicherzustellen, braucht die
20 Wirtschaftsförderung Bremen eine agile Umsetzungsstruktur. Unser Ziel ist es,
21 Planungsverfahren für die Erschließung von Gewerbeflächen deutlich zu
22 beschleunigen. Die **Eigenstromerzeugung von Betrieben** wollen wir vereinfachen.
- 23 Im **Überseehafen** werden durch die Automatisierung des Containerumschlags und die
24 potenzielle vertikale Lagerung von Fahrzeugen perspektivisch Flächen frei. Dabei
25 setzen wir uns dafür ein, dass frühzeitig alternative Flächennutzungen
26 identifiziert werden, die eine maximale Arbeitsplatzdichte versprechen.
- 27 Wir wollen Photovoltaik und regenerative Energien bei gewerblichen Investitionen
28 konsequent berücksichtigen. Neue Gebäude in Gewerbegebieten wird es nicht mehr ohne
29 Photovoltaik auf den Dächern geben. Wir setzen uns für bessere gesetzliche
30 Rahmenbedingungen ein, damit die Stromerzeugung aus Solarenergie auch
31 wirtschaftlich wird. Außerdem wollen wir Elektromobilität und Sharing-Konzepte
32 fördern, um Wirtschaftsverkehre zu dekarbonisieren. Die **ÖPNV-Anbindung** und die
33 Fahrradinfrastruktur der Bremer und Bremerhavener Gewerbegebiete werden wir

34 verbessern.

35 Die Ansätze, Flächen in Bremerhaven explizit für die **Green Economy** zu entwickeln,
36 werden wir konsequent fortführen.

37 Wir werden brachliegende oder erst absehbar zu entwickelnde Flächen aktivieren, um
38 auf ihnen temporäre Angebote, wie z.B. Skateparks umzusetzen. Hierzu werden wir
39 den

40 bereits bestehenden Dialog mit der Bauwirtschaft fortsetzen und Mittel für die
41 Quartiere zur Verfügung stellen. Wir wollen die Aktivitäten der

42 **Zwischenzeitzentrale**

43 fortführen. Als Schnittstelle zwischen den verschiedenen städtischen Behörden, den
44 Eigentümer*innen und den Nutzer*innen ist sie ein wichtiger Faktor, um weiter
45 Zwischennutzungen zu ermöglichen.

46 Die Horner Spitze werden wir als Naturfläche erhalten.

47 Wir haben im Wirtschaftsressort die Förderung der **Kultur- und Kreativwirtschaft**
48 massiv intensiviert und die Interessen der Kulturschaffenden priorisiert. Bremen
49 ist lebenswert durch eine bunte Mischung kultureller Angebote - vom Punk-Konzert
50 bis zur Philharmonie. Dafür braucht es Räume und die nötige, verlässliche
51 Unterstützung. Wir werden an unserer Strategie zur Stärkung der Kulturlandschaft im
52 Land Bremen festhalten.

53 **(siehe Kapitel Kultur)**

54 **Eine durchmischte, lebenswerte Innenstadt**

55 Die Innenstadt entwickelt sich positiv, braucht aber auch neue Experimentierräume.
56 Wir wollen Trends aufgreifen und Geschäftsräume für neue Ideen öffnen, zum Beispiel
57 über Zwischennutzungen. So können wir Gründer*innen die Möglichkeit geben, sich
58 auszuprobieren, und gleichzeitig innovative Angebote und Vielfalt erzeugen.
59 Sogenannte B- und C-Lagen wollen wir aufwerten, um auch diese Gebiete
60 wirtschaftlich und kulturell zu stärken.

61 Um neuen Konzepten für Einzelhandel und Gastronomie eine Chance zu geben, ist es
62 zwingend erforderlich, die **Mieten der Gewerbeimmobilien zu deckeln**. Wir werden uns
63 auf Bundesebene dafür einsetzen, dass den Kommunen entsprechende Instrumente an die
64 Hand gegeben und Regelungen wie die Mietpreisbremse für Wohnimmobilien auch auf
65 Gewerbeimmobilien übertragen werden.

66 Wir werden uns dafür einsetzen, **Immobilien durch das Land und seine Gesellschaften**
67 **anzukaufen** und zu vermieten, damit wir mehr Einfluss auf die Gestaltung der
68 Innenstadt und innenstadtnahen Lagen nehmen können.

69 Das in der vergangenen Legislaturperiode gestartete Innenstadtprogramm wollen wir
70 nachhaltig fortführen und für die Quartiere erweitern.

71 **Städtemarketing und Tourismus**

72 Die Tourismusbranche im Land Bremen sichert **knapp 30.000 Arbeitsplätze**. Der
73 Tourismus-Sektor ist ein Geflecht von Angeboten und Dienstleistungen, das wiederum
74 aufs Engste mit dem Stadtmarketing und der städtischen Imagepflege verbunden ist.

- 75 Die unter linker Verantwortung entwickelte und erfolgreichen Marketingstrategie der
76 WFB wollen wir konsequent umsetzen und weiterentwickeln, um die bisherige äußerst
77 positive Entwicklung im Tourismus zu verstetigen.
- 78 Wir wollen das **Messe- und Kongresswesen** durch Ertüchtigung der
79 Veranstaltungsinfrastruktur (ÖVB-Arena, Glocke, CCB – Congress Centrum Bremen) und
80 neue Formate in die Lage versetzen, auch in schwierigen Zeiten wettbewerbsfähig zu
81 bleiben. Den begonnenen Prozess zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit werden wir
82 konsequent fortsetzen und dabei auch Kooperationen mit privaten Unternehmen prüfen.
- 83 Die erfolgreiche Nutzung der **Citytax** werden wir fortführen und dynamisch anpassen,
84 um weiterhin ausreichend Mittel für Tourismus und Veranstaltungen in Bremen und
85 Bremerhaven vorhalten zu können.
- 86 Wir werden das Fachkräftemarketing der Stadt durch die WFB in enger Kooperation mit
87 der Wirtschaftslandschaft weiterentwickeln.

Antrag L 04-05: Klimaschutzstrategie

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Klimaschutzstrategie

- 2 Die Weltgesellschaft hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen das Ziel gesetzt, den
3 Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf „deutlich unter 2 Grad“ zu
4 begrenzen. Das ist nur erreichbar, wenn alle Länder zwischen 2040 und 2080
5 klimaneutral werden, d.h. kein CO2 mehr in die Atmosphäre freisetzen. Da das große
6 Anstrengungen und Investitionen erfordert, müssen die **reicheren Länder dabei**
7 **vorangehen**. Bislang sind die globalen CO2-Emissionen immer weiter gestiegen;
8 vermutlich stehen wir aber kurz davor, dass der Höhepunkt überschritten ist. Das
9 liegt vor allem daran, dass China, der größte CO2-Emittent weltweit, wahrscheinlich
10 gerade den Punkt erreicht hat, wo auch dort die Emissionen sinken statt zu steigen.
11 Die EU hat sich auf das Ziel verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden.
12 Deutschland hat das Ziel 2045 erklärt.
- 13 Die Auswirkungen des globalen Klimawandels sind bereits jetzt in Deutschland,
14 Europa und weltweit deutlich spürbar z.B. durch monatelange **Dürren und Hitzewellen**
15 mit langen verheerenden Waldbränden, Starkregenereignissen und Überflutungen. Ein
16 "Weiter-so" mit beschleunigten Temperaturanstiegen oder gar das Überschreiten
17 globaler Kipppunkte hieße, die stabilen klimatischen Bedingungen, die über
18 Jahrtausende die menschliche Zivilisation ermöglicht haben, zu verlassen. Das hieße
19 für Bremen und Bremerhaven konkret, dass sie im 22. Jahrhundert vollständig vom
20 Meer überflutet werden würden.
- 21 Ein zügiger Umbau hin zur Klimaneutralität ist **auch ein Gebot wirtschaftlicher**
22 **Vernunft**. In absehbarer Zukunft werden CO2-neutral hergestellte Produkte und CO2-
23 neutrale Technologien den Markt bestimmen – für Verbrennerautos und traditionell
24 hergestellten Stahl wird es dann global keine Nachfrage mehr geben.
- 25 **Am Bremer Klimaziel festhalten**
- 26 Das Land Bremen hat sich in einem langen Prozess das Ziel gesetzt, bis 2038
27 klimaneutral zu werden. Dafür wurde eine Enquetekommission eingesetzt, die einen
28 konkreten Maßnahmenplan erarbeitete, wie das möglich ist. Dieser wurde von der
29 Landesregierung in einen **Klimaschutzplan** übersetzt, der die wichtigsten Maßnahmen
30 umfasst. Um diese Maßnahmen zu finanzieren, wurde 2023 die Klimakrise als
31 Ausnahmegrund für die Schuldenbremse erklärt. Ein eigener Parlamentsausschuss
32 kontrolliert die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen und bilanziert die Ergebnisse.
33 Dieser Weg hat inzwischen zwei Rückschläge erlitten. Die CDU hat auf Bundes- und

34 Landesebene gegen die Haushalte geklagt und damit durchgesetzt, dass keine
35 notlagenfinanzierten mehrjährigen Rücklagen für Klima-Ausgaben gebildet werden
36 dürfen. Parallel hat ArcelorMittal entschieden, das Bremer Stahlwerk nicht für
37 grüne Primärstahl-Produktion umzubauen, und nachträglich die schon fertigen
38 Förderverträge gekündigt.

39 Aber: Der Bremer Staatsgerichtshof hat entschieden, dass die Klimakrise sehr wohl
40 ein Grund für eine **Ausnahme von der Schuldenbremse** sein kann. Allerdings muss die
41 entsprechende Ausnahme jährlich vom Parlament neu beschlossen werden, und die
42 Maßnahmen müssen detailliert im Einzelnen begründet werden.

43 Diesen Weg wollen wir gehen. Dafür muss die Klimaschutzstrategie aktualisiert und
44 erweitert werden.

45 **Die Bremer Klimaschutzstrategie auf den Stand bringen**

46 Die Bremer Klimaschutzstrategie ist in vier Obergruppen, die sogenannten „Fastlanes
47“, gegliedert: Wärmewende, Mobilität, energetische Sanierung der öffentlichen
48 Gebäude, Transformation der Wirtschaft.

49 Wir wollen die Fastlanes aktualisieren und **um drei weitere ergänzen**: „
50 **Klimaanpassung**“, „Maßnahmen zum sozialen und wirtschaftlichen **Ausgleich**“ sowie „
51 **CO2- Bindung**“. Der Bereich Klimaanpassung war in der bisherigen
52 Klimaschutzstrategie und in den Fastlanes nicht enthalten und soll jetzt
53 aufgenommen werden, damit auch hierfür die nötigen Maßnahmen finanziert werden
54 können. Aktuell werden aus dem Hitzeschutzplan des Landes lediglich
55 Beratungsmaßnahmen umgesetzt - das ist zu wenig. Ebenso waren soziale und
56 wirtschaftliche Ausgleichsmaßnahmen bislang nicht enthalten. Auch sie sind nötig,
57 weil z.B. klimabedingte Preiserhöhungen ärmere Haushalte oder Kleinbetriebe
58 überproportional treffen - und die Bundesregierung das versprochene „Klimageld“
59 nicht umsetzt.

60 Neben der Begrünung und Aufwertung von Brachen wollen wir durch Aufforstung CO2
61 dauerhaft binden. Hierfür könnte z.B. auf dem Rennbahngelände ein Klimawald
62 entstehen, bei dem Bremer*innen privat durch Baumspenden ihren persönlichen Carbon
63 Footprint ausgleichen könnten. Die Wiedervernässung von Mooren sowie von weiterhin
64 zu nutzenden Agrarflächen bieten weiteres erhebliches Potenzial, Treibhausgase zu
65 binden.

66 Die **Fastlane „Wärmewende“** wollen wir durch die Gründung einer kommunalen
67 Wärmegesellschaft beschleunigen. Auch den erforderlichen Ausbau der Stromnetze
68 wollen wir in den Blick nehmen und gleichzeitig die dezentrale Eigenversorgung
69 stärken, z.B. über eine Förderung für private Stromspeicher. Wir wollen daher die
70 Fastlane breiter fassen, als „Wärme- und Energiewende“. Dazu gehört auch der Ausbau
71 der Erneuerbaren Energien sowie Maßnahmen, um die dezentrale Eigenversorgung von
72 Betrieben mit Strom und Wärme schneller voranzutreiben.

73 Den Bau nicht profitorientierter genossenschaftlicher Erdwärmenetze werden wir
74 regulatorisch ermöglichen, politisch begleiten und fördern. Wir fördern und
75 unterstützen den Ausbau von Stecker-PV-Anlagen insbesondere auch mit der

76 Kombination von Batteriespeichern und "Smart Metern". Dabei schaffen wir die
77 Verpflichtung von Wohnungsbaugesellschaften bei Neubau und Sanierungen die
78 Möglichkeiten zur Installation und Betrieb von Stecker-PV-Anlagen an Balkonen und
79 Terrassen zur Verfügung zu stellen. Die Solar-Dachpflicht verändern wir so, dass
80 bisher ausgenommene kleine Dachflächen miterfasst werden und dass bei mittleren
81 Dachflächen auch durch eine vollwertige Stecker-PV-Anlage (2000 Watt, Speicher und
82 Smart Meter) die Pflicht erfüllt ist. Dadurch beschleunigen wir den Solar- und
83 Speicherausbau, verringern die Investitionskosten und senken dauerhaft die
84 Energiekosten für Mieter*innen und Eigentümer*innen kleiner Reihenhäuser.

85 Auch die **Fastlane „energetische Sanierung im Gebäudebestand“** wollen wir breiter
86 fassen und nicht nur die öffentlichen Gebäude einbeziehen. Damit wollen wir
87 insbesondere Lösungen für Gebäude mit besonders hohem Energieverbrauch („worst
88 performing buildings“) angehen und unterstützen.

89 Die **Fastlane „Wirtschaftstransformation“** hängt nicht nur, aber vor allem an der
90 Entwicklung des Stahlwerks. Wir halten an der Zielsetzung fest, dass in Bremen
91 perspektivisch nur noch grüner Stahl produziert wird. Das wird bedeuten, dass statt
92 Primärstahlerzeugung nur noch Sekundärstahl erzeugt wird, indem (anderswo)
93 klimaneutral erzeugte Vorprodukte und/oder Stahlschrott in Bremen weiterverarbeitet
94 werden. Unser Ziel bleibt die klimaneutrale Stahlerzeugung und -verarbeitung am
95 Standort Bremen spätestens ab 2038, etwa über ein strombetriebenes Walzwerk,
96 Elektrolichtbogenöfen oder Investitionen in die Zukunftstechnologie Eisenoxid-
97 Elektrolyse. Wir werden die Bremer Wasserstoffstrategie weiter fortsetzen,
98 insbesondere was den Anschluss Bremens und Bremerhavens an das Wasserstoffkernnetz
99 angeht, um Betrieben auch jenseits von Arcelor Mittal die Möglichkeit zu geben,
100 Produktionsprozesse klimaneutral umzustellen. Wir halten weiter am Ziel der
101 Dekarbonisierung der Bremer Häfen fest. Den EnergyPort in Bremerhaven wollen wir
102 umweltgerecht umsetzen. Weiter wollen wir zunächst in einem Pilot-Projekt
103 Carbonbeton einsetzen, um die Einsparung von CO2 Emissionen in der Bauwirtschaft
104 voranzutreiben.

105 Im Bereich der **Fastlane „Mobilität“** sind die grundlegenden Maßnahmen weiter
106 aktuell.

Antrag L 04-06: Energie, Rekommunalisierung und Daseinsvorsorge - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Energie, Rekommunalisierung und Daseinsvorsorge**

2 Wirtschaft darf der demokratischen Steuerung nicht entzogen sein. Das gilt ganz
3 besonders für Bereiche, in denen **allgemeine Infrastruktur und Versorgung** zur
4 Verfügung gestellt werden, die für das gesellschaftliche Zusammenleben unerlässlich
5 sind.

6 Diese Bereiche - zum Beispiel das Gesundheitswesen, der öffentliche
7 Personennahverkehr, die Energie- und Wasserversorgung, die kommunalen
8 Wohnungsgesellschaften oder die öffentliche Verwaltung - werden unter dem Begriff
9 der „**öffentlichen Daseinsvorsorge**“ zusammengefasst. Dort arbeiten fast 100.000
10 Menschen im Land Bremen. Die öffentliche Daseinsvorsorge bildet das Fundament
11 unseres materiellen Wohlergehens, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer
12 Demokratie. Deswegen ist es von essenzieller Bedeutung, dass diese Leistungen allen
13 Menschen bedarfsgerecht, in guter Qualität, nachhaltig und zu bezahlbaren Preisen
14 zur Verfügung zur stehen.

15 Das ist leider nicht überall der Fall, etwa in der Kinderbetreuung, im
16 Wohnungswesen oder im Energiesektor. Das liegt einerseits an der chronischen
17 Unterfinanzierung öffentlicher Haushalte aufgrund mangelnder Steuergerechtigkeit in
18 Deutschland. Andererseits liegt die Ursache in marktwirtschaftlichen Logiken.
19 Entgegen dem Begriff „öffentliche Daseinsvorsorge“ sind manche dieser Bereiche
20 nicht in öffentlichem Eigentum, sondern privatwirtschaftlich organisiert, etwa im
21 Energiesektor. Der Markt regelt eben nicht, dass alle gut versorgt sind oder
22 strategische Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls oder der sozialen
23 Gerechtigkeit getroffen werden.

24 Hinzu kommt, dass wir alle für die privaten Profite der Kapitaleigentümer*innen
25 draufzahlen. Die sind gerade in diesen Bereichen oft besonders hoch, weil alle auf
26 diese Leistungen angewiesen sind, die aber von einem oder wenigen Anbieter
27 kontrolliert werden. Es sind Monopolstrukturen, wo **Monopolprofite** abgeschöpft
28 werden. Deswegen wollen wir, dass alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge
29 rekommunalisiert, d.h. in öffentliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle
30 gebracht werden. Diese **Rekommunalisierung unserer Daseinsvorsorge** ist grundlegend
31 für unsere sozialistische Politik: Unsere Infrastruktur wird in demokratischer
32 Kontrolle zum Nutzen aller verwaltet.

33 Dabei liegt unser Fokus auf Dienstleistungen wie Müllabfuhr, Straßenreinigung und

34 Abwasserentsorgung bzw. der Versorgung mit Wasser, Strom und Wärme, auf die wir
35 alle angewiesen sind. Damit sorgen wir für niedrige Gebühren, die keine Profite
36 abwerfen müssen, gewährleisten gute und tarifgebundene Arbeitsplätze und haben
37 wichtige strategische Entscheidungen unter demokratischer Kontrolle. Und wir haben
38 schon einiges geschafft: Die **Müllabfuhr ist seit 2018 wieder in kommunaler Hand** und
39 die **Straßenreinigung wird es ab 2028** wieder sein. Bei Hansewasser haben wir die
40 **Rekommunalisierung des Abwasserbetriebs** in der vergangenen Legislatur ebenfalls
41 bereits erfolgreich angestoßen, sie befindet sich in der Umsetzung.

42 **Nächster Halt: Strom- und Wärmenetz und Stadtwerke in kommunale Hand**

43 In der kommenden Legislatur muss der Fokus auf den Netzen für Strom- und
44 Wärmeversorgung liegen. Nur so können wir unsere Ziele für die Energiewende
45 erreichen und die gleichwertige Versorgung in allen Stadtteilen und bezahlbare
46 Preise sicherstellen. Außerdem müssen Weichen für die Wasserversorgung gestellt
47 werden.

48 Im Jahr 2033 laufen die Konzessionen der Energienetzbetreiber **wesernetz Bremerhaven**
49 und **wesernetz Bremen** aus. 2014 wurde dieses Auslaufen genutzt, um 25 % der beiden
50 Netzbetreiber durch eine stille Beteiligung zu erwerben. Von 2014 bis 2023 hat
51 diese Beteiligung allein für die Stadtgemeinde Bremen abzüglich der
52 Refinanzierungskosten Mehreinnahmen von ca. 21,5 Mio. Euro erbracht. Allerdings
53 haben die Unternehmen in diesem Zeitraum hinsichtlich ihrer Klimaschutzambitionen
54 und Servicefreundlichkeit nicht gegläntzt. Deshalb wollen wir sie mit den restlichen
55 Netzen in 100%ig kommunale Unternehmen umwandeln, um Zukunftssicherheit für die
56 Bürger*innen (klimaneutral und bezahlbar), Erhalt der tariflichen Beschäftigung und
57 Sicherung der kommunalen Finanzen zu erreichen. Die Synergien der unterschiedlichen
58 Netzinfrastrukturen der Daseinsvorsorge wollen wir dabei erhalten und stärken.

59 Um die notwendigen Investitionen des Fernwärmeausbaus und die Leistbarkeit der
60 Wärmeversorgung für die Bürger*innen sicherstellen zu können, ist ein **mehrheitlich**
61 **kommunaler Fernwärmebetrieb** notwendig. Deshalb wollen wir schrittweise die Anteile
62 an den wesernetz-Betrieben erhöhen oder über Kapitalerhöhungen bei den notwendigen
63 Investitionen für klimaneutralen Ausbau die Anteilsmehrheit an diesen realisieren.

64 In diesem Zusammenhang streben wir schnellstmöglich auch die mehrheitliche
65 Übernahme der swb-Anteile an. Hier wollen wir von der „Golden Aktie“ wieder zu
66 **kommunalen Stadtwerken** kommen. Weder private Investoren noch andere Kommunen
67 sollten hier auf Kosten der Bremerhavener und Bremer Bürger*innen Gewinne machen.
68 Die Einnahmen der swb müssen unserer Energieinfrastruktur und den öffentlichen
69 Haushalten zugutekommen.

70 Wasser ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Deshalb werden wir die kommunale
71 Sicherung unserer Wasserverträge und -netze über den Erwerb der wesernetz-Anteile
72 weiter vorantreiben.

73 Bei der swb AG wollen wir prüfen, wie diese stärker in die Erzeugung erneuerbarer
74 Energien, ggf. auch über einen eigenen Windpark, einsteigt.

Antrag L 04-07: Energie, Rekommunalisierung und Daseinsvorsorge - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Tempo machen bei der Wärmewende!**

2 Bis 2038 wollen wir die Wärmewende in Bremen und Bremerhaven geschafft haben. Unser
3 Ziel ist eine Stadt, in der alle zuverlässig mit klimaneutraler und bezahlbarer
4 Wärme (und perspektivisch auch: Kälte) versorgt werden. Durch eine drastisch
5 erhöhte Sanierungsquote brauchen wir weniger Energie fürs Heizen als vorher. Strom,
6 Wasser und Wärme dürfen keine Kostenfallen sein und das Klima nicht mehr belasten.
7 Damit das erreichbar ist, müssen Land und Kommune eine aktivere Rolle bei der
8 Wärmewende und Daseinsvorsorge spielen: durch zielgenaue Förderprogramme und
9 Beratung, eine auf Langfristigkeit angelegte und verlässliche Wärmeplanung und
10 durch Netze, die wieder in städtischer Hand sind. Dafür wollen wir in der kommenden
11 Legislatur die Weichen stellen.

12 Die **kommunale Wärmeplanung** weist für viele Quartiere noch Lücken auf. Diese müssen
13 geschlossen werden, sodass Hauseigentümer*innen Planbarkeit bekommen. Wir setzen
14 auf integrierte Lösungen, bei denen Industrieabwärme, Saisonwärmespeicher und
15 Großwärmepumpen mitgedacht und -geplant werden. Damit das gelingt, muss die
16 kommunale Wärmeplanung schneller und verbindlicher werden.

17 Um Wärme- und Energiewende zu koordinieren, fordern wir Klimaschutzmanager*innen in
18 den Quartieren. Diese sollen Konzepte (mit)erarbeiten und im Dialog mit den
19 Anwohner*innen vorantreiben, sodass quartiersbezogen gute und akzeptierte Lösungen
20 gefunden werden.

21 Genossenschaftliche Akteur*innen, die in ihren Quartieren Lösungen für **Wärmenetze**
22 entwickeln, wollen wir finanziell, rechtlich und organisatorisch unterstützen.

23 In Quartieren, in denen die Wärmewende nicht „von unten“ getragen wird und die
24 nicht an Fernwärme anschließbar sind, sollen die Kommune oder die kommunalen
25 Wohnungsbaugesellschaften eine aktive Rolle spielen beim Bau von Nahwärmenetzen und
26 Angeboten zum Heizungstausch, auch mit klaren Zeitvorgaben. Benachteiligte
27 Quartiere dürfen nicht zulasten von Mieter*innen abgehängt werden!

28 Die Sanierungsquote wollen wir drastisch erhöhen, auf 3 % pro Jahr. Dafür
29 unterstützen wir auch Modellprogramme für serielles Sanieren in Quartieren, in
30 denen sich dies anbietet. Das **Klimabauzentrum** wollen wir erhalten. Einer Absenkung
31 von Standards beim Neubau erteilen wir eine Absage. Ziel bleibt weiter das Passiv-,
32 wenn möglich das Plus-Energie-Haus. Anstatt durch Absenkung von Energiestandards

- 33 sollen serielles Bauen, Erbpachtvergaben und einfachere Verfahren die Bau- und
34 Mietkosten senken.
- 35 Die Beratungsangebote von **energiekonsens – Klimaschutzagentur für Bremen und**
36 **Bremerhaven** wollen wir weiterführen und vor allem in Quartieren besser zugänglich
37 machen, die bei der Wärmewende derzeit hinterherhinken .
- 38 Das Kreditförderprogramm der Bremer Aufbaubank, mit dem arme und ältere
39 Hausbesitzer*innen bei Heizungstausch und Dämmung unterstützt werden, wollen wir
40 evaluieren und bedarfsgerecht weiterentwickeln.
- 41 Mieter*innenschutz ist unsere Bedingung für finanzielle Förderung: Staatliche
42 Gelder dürfen nicht im Sinne der Profitsteigerung genutzt werden. Für Unterstützung
43 bei der Wärmewende verlangen wir eine Gegenleistung: **Warmmietenneutralität** und die
44 Fortführung der Sozialbindung.
- 45 Wir erstellen einen klaren Zeitplan für den Ausstieg und den Rückbau der Gasnetze,
46 um Planungssicherheit zu schaffen. Zielhorizont ist die Klimaneutralität bis 2038.
- 47 Wir werden keine öffentliche Unterstützung für den Einbau von Heizsystemen, die mit
48 Wasserstoff oder sog. „Green Gas“ betrieben werden, gewähren.
- 49 **Ohne Stromwende geht es nicht!**
- 50 Für die sozial-ökologische Transformation braucht es grünen Strom - verlässlich,
51 klimaneutral und bezahlbar. Nachdem die Bremer Kohlekraftwerke abgeschaltet wurden,
52 geht es jetzt vor allem um den Netzausbau.
- 53 Privathaushalte und Industrie werden **durch die Klimatransformation mehr Strom**
54 **brauchen**. Die Netze müssen so ausgebaut werden, dass Wärmepumpen besser
55 angeschlossen werden können, auch in dünner besiedelten Gebieten am Stadtrand. Wir
56 werden darauf hinarbeiten, dass die Stromnetze in allen Stadtteilen so ausgebaut
57 werden, dass sie die zusätzliche Last von strombasierten Heiz- und Ladesystemen
58 verlässlich tragen können. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in Bremen und
59 Bremerhaven leistungsfähige und sichere Stromspeicher gebaut werden, die Wohn- und
60 Gewerbegebiete bei Dunkelflaute zuverlässig versorgen können.
- 61 **Stromerzeugung**
- 62 Die Nutzung von Gas für die Strom- und Wärmeerzeugung wollen wir bis 2038
63 schrittweise auf Null herunterfahren. Bremen erzeugt dann größere Teile seines
64 Strombedarfs aus erneuerbaren Energien selbst. Dies wollen wir vor allem durch
65 einen starken Ausbau der **Solarstromerzeugung** erreichen.
- 66 Die seit 2024 bzw. 2025 geltende Pflicht, bei Neubauten und größeren
67 Dachsanierungen PV-Anlagen zu installieren, werden wir beibehalten und auf ihre
68 Effizienz evaluieren. Analog zur Wärmewende wollen wir einkommensschwache
69 Hausbesitzer*innen dabei fördern, z.B. indem das zinslose Kreditprogramm der BAB
70 weitergeführt wird.
- 71 Mit dem Programm für die Förderung von Balkonsolaranlagen haben wir Mieter*innen
72 ermöglicht, eigenen Strom zu erzeugen. Diesen Erfolg wollen wir weiter ausbauen.
73 Die technischen Anpassungen in den Wohnungen müssen kostenlos von Wesernetz

74 übernommen werden. Die Hürden von Wohnungsbaugesellschaften für die Anbringung und
75 Nutzung von Balkonsolar für Mieter*innen müssen gesenkt werden.

76 Hürden bei der Einrichtung von Mieterstrommodellen wollen wir abbauen und setzen
77 uns dafür auch auf Bundesebene ein.

78 Wir wollen Energiepreise auch über Genossenschaften senken. Wir werden wir uns über
79 eine Bundesratsinitiative für Verbesserungen des „Energy Sharings“ von
80 Bürgergesellschaften einsetzen, um diese Modelle für die Bürger*innen attraktiver
81 zu machen.

82 Bei der **Windkraft** setzen wir auf Repowering der bestehenden Anlagen, wollen aber
83 auch weiter neue Vorrangflächen ausweisen, teilweise auch auf landwirtschaftlichen
84 Flächen. Bremen sollte sich, zum Beispiel über die SWB, darüber hinaus direkt an
85 Windparks an Land und an ökologisch geprüften Offshore-Standorten beteiligen.

86 **Stromspeicher und Netze**

87 Wir setzen uns dafür ein, dass die Stromspeicherkapazitäten in Bremen ausgebaut
88 werden. Stromspeicher sind essentiell für das Gelingen der Energiewende, da sie
89 Strom liefern in Zeiten, in denen kein Wind weht und die Sonne nicht scheint
90 (Dunkelflauten). Bremen braucht Kurz- und Langzeitspeicher in der Größenordnung von
91 etwa 1 TWh.

92 Den Ausbau der Stromnetze behandeln wir in den kommenden Jahren prioritär. Gewerbe,
93 Industrie und Privathaushalte brauchen belastbare Stromnetze, die den Mehrbedarf
94 von Wärmepumpen, strombasierter Produktion etc. aushalten.

95 **Energiewende zur Stärke von Bremen und Bremerhaven machen**

96 Auch standortlogisch ist es nicht nur ein klimapolitisches Gebot, sondern
97 wirtschaftlich geboten, die Energiewende voranzutreiben. Bremen und Bremerhaven
98 sind bereits jetzt herausragende Standorte erneuerbarer Energien und grüner
99 Technologien. Wir werden die Bremer Wasserstoffstrategie weiter konsequent umsetzen
100 und uns um Unternehmensansiedlungen aus den Bereichen Wasserstoff, Offshore-
101 Windenergie und anderen grünen Technologien im nachhaltigen Bremerhavener
102 Gewerbegebiet Lune Delta bemühen. Die vorhandenen Forschungseinrichtungen und -
103 projekte wie das Hydrogen Valley in Bremen wollen wir verstetigen und
104 weiterentwickeln.

Antrag L 04-08: Hafen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Hafen**

2 **Logistik und Hafenwirtschaft**

3 Die Logistikwirtschaft ist neben der Kontraktlogistik und dem GVZ nicht zuletzt
4 durch die Häfen ein zentraler Wirtschaftsfaktor für Bremen und Bremerhaven.
5 Tausende von Menschen arbeiten hier auf allen Qualifikationsniveaus. Die
6 Logistikbranche steht im starken nationalen und internationalen Wettbewerb und wird
7 sich zunehmend digitalisieren und auf Veränderungen reagieren müssen. Wir werden
8 die Modernisierung der Logistik- und Hafenwirtschaft vorantreiben. Die teilweise in
9 die Jahre gekommenen Infrastrukturen der Häfen wie z. B. die Kaje müssen auf Basis
10 der in der dieser Legislaturperiode getroffenen Beschlüsse an die Erfordernisse
11 angepasst und erneuert werden, um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben und so
12 Beschäftigung zu sichern. Die **Sanierung der Bremer und Bremerhavener Hafenkajen**,
13 **die Modernisierung der Hafenumschlagsinfrastruktur** und der **Ausbau der**
14 **schienengebundenen Verkehrsanteile** sind deshalb zentrale Aufgaben, die dringend
15 fortgesetzt werden müssen. Nach Möglichkeit werden wir die davon profitierenden
16 Unternehmen an der Finanzierung beteiligen und auf Standortgarantien, Tarifbindung
17 und Dekarbonisierung verpflichten.

18 Dazu gehört auch die zivilmilitärische Umsetzung der **vom Bund bereitgestellten**
19 **umfangreichen Mittel** für die Infrastrukturen in Hafen und Flughafen. Hier werden
20 wir sicherstellen, dass die notwendigen Investitionen zeitnah umgesetzt werden und
21 dabei nur Unternehmen zum Einsatz kommen, die gute Arbeitsbedingungen und
22 Tariflöhne garantieren. Mit uns wird es keine Privatisierung der Hafeninfrastruktur
23 geben.

24 Um die enormen Investitionen auf die Straße zu bringen, werden wir die Prozesse in
25 der Bremer Verwaltung neu und effizienter gestalten. Dabei werden wir ein
26 verstärktes Augenmerk auf die Zielerreichung legen und das projektorientierte
27 Arbeiten der Ressorts einfordern. Wir werden dabei sicherstellen, dass die
28 Beschäftigten mitgenommen werden und ihre Arbeitsbedingungen möglichst
29 profitieren.

30 **Nachhaltige Hafenpolitik**

31 Mit der konsequenten Fortführung der „**Greenports-Strategie**“, den festgelegten
32 Zielen zur Dekarbonisierung der BLG Logistics Group, dem hohen schienengebundenen
33 Verkehrsanteil der Bremischen Häfen, den anwendungsbezogenen Wasserstoffprojekten

34 in Bremerhaven, den Kompetenzen im Offshore-Windanlagenbereich haben wir gute
35 Voraussetzungen für eine nachhaltige Hafenpolitik geschaffen. Dazu gehören
36 Infrastrukturen für Landstrom und die Möglichkeit, alternative Kraftstoffe zu
37 bebunkern.

38 Die Bremer Häfen sind unter linker Verantwortung bereits weit fortgeschritten bei
39 den Themen Digitalisierung und Klimaneutralität. Diesen Weg werden wir konsequent
40 fortsetzen. Der Hafen soll 2038 klimaneutral sein. Ebenso ambitioniert werden wir
41 die Umsetzung der Bremer „**Smartport-Strategie**“ verfolgen, um den
42 Digitalisierungsgrad in den Häfen weiter zu steigern. Digitalisierungsvorhaben sind
43 sozialverträglich und mitbestimmt umzusetzenwerde.

44 Auf diesem Weg müssen in den kommenden Jahren aber auch schwierige Entscheidungen
45 mit grundlegenden Zielkonflikten getroffen werden:

46 Wir sehen die Vertiefung der **Unterweser** bis nach Brake aus klima- und
47 umweltpolitischen Gründen nach wie vor kritisch.

48 Die geplante und beantragte Vertiefung der **Außenweser** auf 13,5 Meter
49 Fahrrinnentiefe ist allerdings für den Standort Bremerhaven unverzichtbar, um
50 wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir haben diesen Prozess in der vergangenen Legislatur
51 beschleunigt und so die Hafenwirtschaft überzeugen können, mehr als 1 Mrd. Euro in
52 die Suprastruktur zu investieren. Diesen Weg werden wir konsequent gemeinsam mit
53 Niedersachsen fortsetzen, damit sich diese Investitionen auch realisieren.

54 Wir fordern eine enge **norddeutsche Hafenkooperation** mit folgenden Zielen: Die
55 gesamten Logistikketten vom Hersteller über die Seehäfen bis zu den Endkund*innen
56 müssen schnellstmöglich klimaneutral gestaltet werden. Die Häfen sollen als ein
57 gemeinsames System verstanden und synergetisch im Rahmen ihrer jeweiligen Stärken,
58 Spezialisierungen und geografischen Gegebenheiten genutzt werden. Hierdurch wird
59 eine natur- und ressourcenschonende Hafenwirtschaft möglich. Ein „Weiter so“ im
60 Sinne ‘Größer, schneller, tiefer’ können wir uns nicht mehr leisten. In diesem
61 Kontext werden wir uns im Bund und auf EU-Ebene dafür einsetzen, den
62 Standortwettbewerb einzudämmen und gemeinsame Gebührenstrukturen sowie
63 komplementäre Umschlagsportfolios zu entwickeln. Wir werden prüfen, inwiefern eine
64 Verstaatlichung der Hafenbetreiber auf europäischer Ebene der ruinösen
65 Standortkonkurrenz ein Ende bereiten kann.

66 **Trimodale Wirtschaftsstandorte**, die LKW-, Zug- und Schiffsverkehre optimal
67 miteinander verbinden, wollen wir stärken, sanieren und ausbauen. Dies gilt
68 insbesondere für den Holz- und Fabrikenhafen und die Verzahnung des Gewerbegebiets
69 GVZ (Güterverkehrszentrum) in Strom mit dem Neustädter Hafen.

70 Der Bau des **Energy Port** am Blexer Bogen ist weiterhin das primäre Ziel für den
71 Ausbau der Offshore-Industrie in Bremerhaven. Wir wollen den Bau auf die
72 tatsächlich bestehenden Bedarfe begrenzen und dabei möglichst viel Fläche
73 naturbelassen erhalten und den Eingriff in das Ökosystem möglichst gering halten.

74 Die städtische BLG muss als weltweiter Konzern eine Vorreiterrolle bei sozialen und
75 klimaneutralen Lieferketten einnehmen.

76 Wir werden die begonnenen Projekte zur **sozialen Transformation und Qualifizierung**
77 (Change4Port und PortKIDialog) zusammen mit den Sozialpartnern und den Kammern
78 fortsetzen, um für die Beschäftigten im Hafen bestmögliche Rahmenbedingungen in der
79 Transformation zu schaffen.

80 **Gute Arbeit in den Häfen sichern**

81 Flächentarifverträge und betriebliche Mitbestimmung müssen in allen **Hafenbetrieben**
82 gesichert und gestärkt werden. Für Die Linke bedeutet moderne Hafenpolitik, gute
83 Arbeitsplätze zu erhalten und den Hafen sozial und ökologisch weiterzuentwickeln.
84 Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus.

85 Gute Arbeit endet nicht an der Kaimauer. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein,
86 dass die notwendigen Ressourcen für die zuständigen Stellen der Hafenstaatskontrolle
87 zur Verfügung gestellt werden, damit die **Rechte von Seeleuten** geschützt werden.
88 Dazu gehören das Recht auf Landgang, die vertragsmäßige Zahlung von Heuer, Achtung
89 von Sicherheitsstandards und Wahrung von Ruhezeiten. Ebenfalls setzen wir uns für
90 die auskömmliche Finanzierung der Seemannsmissionen in Bremen und Bremerhaven ein.

91 Die **Automatisierung der Häfen** wollen wir im Interesse der Beschäftigten gestalten.
92 Deshalb müssen alle Hafenbetriebe nachhaltige Personalkonzepte vorlegen, die auch
93 die Beschäftigung beim GHBG (Gesamthafenbetrieb im Lande Bremen GmbH) einbeziehen
94 und absichern. Produktivitätsgewinne durch Automatisierung müssen bei den
95 Beschäftigten ankommen, durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich oder
96 durch höhere Löhne.

97 Umstrukturierungen in Hafenbetrieben mit Beteiligung des Landes Bremen dürfen nicht
98 zu Tarifabsenkungen führen. Neue Berufsbilder dürfen den Flächentarifvertrag der
99 deutschen Seehäfen nicht unterlaufen. Auch die Fernsteuerung von Großgeräten
100 („Remote Operators“) muss Hafenarbeit bleiben und tariflich gleichwertig
101 eingruppiert werden. Laschen und Ladungssicherung gehören in die Hände
102 qualifizierter Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter und dürfen nicht auf die
103 Schiffsbesatzungen verlagert werden.

104 Für den Ausbau und die Ertüchtigung der Hafeninfrastruktur sind ausschließlich
105 Betriebe mit Tarifbindung zu beauftragen.

Antrag L 04-09: Bremerhaven – Stadt am Wasser - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Bremerhaven – Stadt am Wasser

2 Unser Bundesland Bremen hat deutschlandweit eine einzigartige Struktur: Es besteht
3 aus zwei Städten. Bremerhaven ist neben der Landeshauptstadt Bremen die zweite
4 Kommune in unserem Bundesland.

5 Bremerhaven, die einzige deutsche Großstadt an der Nordsee, ist mit seinen
6 Gründerzeithäusern in Lehe, den zahlreichen Museen und Veranstaltungen, einer
7 lebendigen Kneipenszene, seinen großen Stadtparks und seinen renommierten
8 wissenschaftlichen Einrichtungen eine **vielfältige und lebendige Stadt**. Aber
9 Bremerhaven ist auch eine Stadt mit einer hohen Anzahl an Menschen, die von Armut
10 betroffen sind.

11 Als Linke werden wir uns dafür einsetzen, Bremerhaven **solidarisch und gemeinsam mit**
12 **den Bremerhavener*innen** zu gestalten. Für uns ist es besonders wichtig, dass sich
13 die Menschen in ihrer Stadt wohl fühlen. Junge Menschen brauchen eine Perspektive,
14 um zu bleiben, ältere Menschen Sicherheit in ihrer gewohnten Umgebung.

15 Nachhaltige Bildung und Forschung

16 **Bremerhaven braucht starke Bildungseinrichtungen und eine verlässliche**
17 **Forschungspolitik**. Wir werden die **Hochschule (HS) Bremerhaven** als wichtigen
18 Standort für Wissenschaft, Innovation und Fachkräfteentwicklung weiter stärken.
19 Hierzu wollen wir **zusätzliche Master-Angebote** schaffen, z.B. in Sozialer Arbeit. Um
20 weiterhin genügend Wohnraum für Studierende an der HS Bremerhaven zur Verfügung zu
21 stellen, bauen wir die Kooperation von Studierendenwerk und Städtischer
22 Wohnungsbaugesellschaft weiter aus.

23 Auch die eigenständigen Forschungseinrichtungen müssen kontinuierlich und besser
24 unterstützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanierung des **Scharoun-Baus**
25 am Deutschen Schifffahrtsmuseum (DSM) endlich umgesetzt wird, um wieder eine
26 vollständige Dauerausstellung präsentieren und die Vorgaben der Leibniz-
27 Gemeinschaft erfüllen zu können. Auch muss der **Museumshafen** am DSM endlich
28 auskömmlich finanziert werden, um die historisch wertvollen Schiffe dauerhaft zu
29 erhalten und der Öffentlichkeit weiterhin zugänglich zu machen.

30 Die „**Polarstern**“, das am Alfred-Wegener-Institut angesiedelte Forschungsschiff, ist
31 in die Jahre gekommen. Den geplanten Ersatzbau treiben wir konsequent voran, um
32 ohne Unterbrechungen Forschungsfahrten zu ermöglichen. Dies trägt auch zur **Stärkung**

33 **der Forschung zu Gesichtspunkten des Klimaschutzes und zu Folgen des Klimawandels**
34 **bei.**

35 **Verlässliche Gesundheitspolitik und Ärzteversorgung in Bremerhaven**

36 Eine **gute medizinische Versorgung** braucht leistungsfähige Krankenhäuser. Das
37 **Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide** ist als kommunales Krankenhaus ein
38 **unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge** – nicht nur für
39 Bremerhaven, sondern auch für die Umgebung in den Landkreisen Cuxhaven und
40 Wesermarsch. In der jüngeren Vergangenheit gab es aufgrund von
41 Finanzierungsproblemen Diskussionen über den Verkauf des Klinikums oder die
42 Schließung einzelner klinischer Abteilungen wie der Kinderklinik. **Die Zukunft des**
43 **Klinikums Reinkenheide muss dauerhaft gesichert werden.** Die Menschen müssen sich
44 darauf verlassen können, dass eine hochwertige stationäre Versorgung rund um die
45 Uhr gewährleistet ist. Wir setzen uns dafür ein, dass für notwendige Investitionen
46 in das Gebäude, moderne Medizintechnik und gute Arbeitsbedingungen die finanziellen
47 Mittel bereitgestellt werden.

48 In Bremerhaven besteht akuter Ärzt*innen-Mangel. Besonders bei Hausärzt*innen,
49 Kinderärzt*innen und Hautärzt*innen ist die Versorgung dramatisch. Die aktuelle
50 Situation führt zu langen Wartezeiten auf Termine sowie einer unzureichenden
51 Versorgung in einigen Stadtteilen. Wir setzen uns für eine flächendeckende,
52 wohnortnahe und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in Bremerhaven ein. Zur
53 Verbesserung der medizinischen Versorgung **wollen wir gemeinwohlorientierte**
54 **Gesundheitszentren in den Stadtteilen Bremerhavens** schaffen. Unter einem Dach
55 sollen Haus- und Fachärzt*innen, Pflegekräfte, Physiotherapeut*innen,
56 Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen, Psychotherapeut*innen, Hebammen und
57 Sozialarbeiter*innen zusammenarbeiten.

58 Angebote, die wir in den letzten Jahren bereits aufgebaut haben - wie das
59 **Hebammenzentrum in Bremerhaven** oder die **Gesundheitsfachkräfte im Quartier** - werden
60 wir ausbauen und mit den Gesundheitszentren verbinden, sodass es eine **zentrale**
61 **Anlaufstelle für Gesundheitsanliegen in den Stadtteilen** gibt. So können Wege
62 verkürzt, Behandlungen besser koordiniert und die Versorgung insbesondere für
63 ältere Menschen, Familien und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen verbessert
64 werden.

65 Neben der medizinischen Versorgung brauchen wir eine bessere **pflegerische**
66 **Versorgung** und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige wohnortnah im Quartier,
67 damit Menschen möglichst lange ein selbstständiges Leben in ihrer gewohnten
68 Umgebung verbringen können. Hierfür wollen wir eine entsprechende Infrastruktur in
69 den Quartieren aufbauen, beispielsweise um pflegebedürftige Menschen bei der
70 Bewältigung ihres Alltages besser zu unterstützen und pflegende Angehörige zu
71 beraten und zeitweise von ihren Aufgaben zu entlasten. Damit haben wir bereits mit
72 dem Modellprojekt „**Heidjer Hilfe – Nebenan im Einsatz**“ in Leherheide begonnen und
73 werden diesen Weg fortsetzen.

74 Für z.B. Menschen ohne Papiere oder obdachlose Menschen, die mangels
75 Krankenversicherung bisher kaum Zugang zur Gesundheitsversorgung) haben, wollen

- 76 wir die Gesundheitsversorgung vor Ort verbessern und hierfür, wie in Bremen-Stadt,
- 77 ein **Projekt zum anonymen Behandlungsschein** finanzieren und umsetzen.

Antrag L 04-10: Bremerhaven – Stadt am Wasser - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Hafen absichern**

2 Die Häfen gehören zu den **wichtigsten Ankerpunkten Bremerhavens**. Tausende Menschen
3 haben hier ihren Arbeitsplatz.

4 Die Häfen haben bereits wichtige Schritte bei der Digitalisierung, Automatisierung
5 und Klimaneutralität gemacht. Diese Entwicklungen sind **unter Beteiligung und**
6 **Berücksichtigung der Beschäftigten** fortzuführen. Die Automatisierung darf nicht zu
7 weiterer Arbeitslosigkeit führen. In den Bereichen, in denen sich die Arbeit
8 zunehmend verändert, müssen die Beschäftigten durch Umschulungsangebote mitgenommen

9 werden. Darüber hinaus teilen wir die Forderungen der Beschäftigten und der
10 Gewerkschaften nach Tarifverträgen und Mitbestimmung. Die Transformation der
11 Hafenwirtschaft darf nicht zulasten der Beschäftigten gehen, sondern muss politisch
12 im Sinne ihrer Interessen gestaltet werden.

13 **Magistratsreform und Wahl des Oberbürgermeisters**

14 In fast allen deutschen Städten werden die Bürgermeister*in oder
15 Oberbürgermeister*in direkt gewählt (abgesehen von Berlin, Hamburg und Bremen, wo
16 die Bürgermeister*in gleichzeitig Ministerpräsident*in des entsprechenden
17 Bundeslandes ist). Es gibt keinen Grund für die Ausnahme Bremerhavens: Die OB-
18 Auswahl durch eine Regierungskoalition vor Ausschreibung darf sich nicht
19 wiederholen.

20 Entsprechend müssen die hauptamtlichen Dezernenten nach ihrer Qualifikation für
21 ihre Aufgaben ausgewählt werden - und nicht nach vorher von Koalitionsparteien
22 ausgehandelten Partei-Zugriffen. Eine Abschaffung der ehrenamtlichen Dezernenten
23 ist überlegenswert

24 Die Bremische Bürgerschaft hat darauf zu achten, dass Änderungen der Beamtenetze
25 im Rahmen einer Magistratsreform nicht zu einer Verfassung führen, die die
26 Beteiligungsrechte der Bürger*innen und der Stadtverordnetenversammlung
27 einschränkt.

28 **Förderung der Wirtschaft in Bremerhaven**

29 Bremerhaven braucht eine Wirtschaftspolitik, die konkrete Arbeitsplätze schafft,
30 gute Löhne sichert und die Stadt langfristig stärkt. Die Linke setzt sich dafür
31 ein, Bremerhaven als Hafen-, Logistik- und Industriestandort – insbesondere im
32 Lebensmittelbereich – gezielt weiterzuentwickeln.

33 Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen stärken, Existenzgründungen erleichtern
34 und kommunale Förderprogramme gezielt auf Zukunftsbranchen ausrichten.

35 Deshalb fordert die Linke eine **starke öffentliche Wirtschaftsförderung**, gezielte
36 Investitionen in Zukunftsbereiche und eine Politik, die Bremerhaven als sozial
37 gerechte und wirtschaftlich starke Stadt voranbringt.

38 Wirtschaft ist für uns aber nicht allein Hafen und Industrie. Auch Kultur belebt
39 die Wirtschaft. **Die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft wollen wir**
40 **ausbauen.**

41 **Bremen und Bremerhaven verbinden**

42 Bremerhaven ist durch die Regionalbahnen RE8 und RE9 und die Nordwestbahn gut mit
43 Bremen verbunden. Allerdings ist die Bahntrasse zwischen Bremen und Bremerhaven
44 durch den ebenfalls starken Güterverkehr am Rande ihrer Kapazität – was immer
45 wieder zu Einschränkungen im Personen- und im Güterverkehr führt. **Damit der**
46 **Personenverkehr attraktiver wird und der Güterverkehr von der Straße auf die**
47 **Schiene** verlagert werden kann, setzt sich Die Linke setzt sich für einen **Ausbau der**
48 **Bahntrasse** ein.

49 Zudem werden wir uns für mehr Verbindungen in den Abend- und Nachtzeiten zwischen
50 Bremerhaven und Bremen einsetzen, insbesondere bei Großveranstaltungen und
51 Veranstaltungen am Wochenende.

52 Bahnfahren muss inklusiv sein: Wir werden den Druck auf Alstom erhöhen, damit die
53 versprochenen **barrierefreien Züge** auf den Linien RE 8 und 9 endlich zum Einsatz
54 kommen. Außerdem werden wir sicherstellen, dass der Schienenersatzverkehr während
55 der Generalsanierung barrierefrei gestaltet wird.

56 Eine weitere Einbindung des Bahnverkehrs mit der Region ist wünschenswert. Hierzu
57 gehört eine **Bahnverbindung über Langen nach Bad Bederkesa**, die über den zu
58 reaktivierenden Bahnhof Speckenbüttel auch dem innerstädtischen Verkehr dient. Die
59 gemeinsamen Planungen mit dem Land Niedersachsen müssen verstärkt werden.

60 Bremerhaven braucht zudem eine **Fernverkehrsanbindung**: Die Gespräche mit der DB AG
61 sind dazu zu intensivieren.

62 Im Hafen muss der Bau der **Hafenrandstraße** die Stadt weiter von den Belästigungen
63 durch den Güterverkehr entlasten.

Antrag L 04-11: Wissenschaft

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wissenschaft

- 2 Die Bremischen Hochschulen sind als Ort der Wissenschaft ein Ort der Freiheit und
3 des kritischen Diskurses, sie sollen aber auch ein Ort der Haltung und der guten
4 Arbeit sein. Wir werden die Hochschulen entsprechend stärken und fördern. Ihre
5 Rolle im gesellschaftlichen Leben reicht weit über die Aufgaben als
6 Ausbildungsstätte für den regionalen Arbeitsmarkt, den öffentlichen Dienst oder als
7 Impulsgeber für die lokale Wirtschaft hinaus. Sie leisten Grundlagenforschung, etwa
8 zu Fragen von Klimakrise und Nachhaltigkeit oder zu aktuellen Herausforderungen
9 gesellschaftlichen Zusammenhalts, des Sozialstaates oder des Rechtsrucks.
- 10 In all diesen Funktionen sind die Wissenschaftseinrichtungen aktuell bedroht –
11 weltweit, in Deutschland und auch hier in Bremen. Wo Rechtspopulisten an Einfluss
12 und Macht kommen, versuchen sie, in die Freiheit der Forschung einzugreifen,
13 Aufklärung über den menschengemachten Klimawandel zu verhindern,
14 gesellschaftskritische Forschung der Gender- oder postkolonialen Studien
15 abzuwickeln und die Internationalisierung der Hochschulen zurückzudrehen. Es ist
16 unverantwortlich, Hochschulen finanziell auszutrocknen und die Wahrnehmung ihrer
17 Aufgaben als Forschungs- und Lehrbetrieb einzuschränken. Ein großer Teil der Arbeit
18 wird bereits für das Schreiben von Drittmittelanträgen verwendet, die Lehre ächzt
19 unter Raumnot und der Zustand der Gebäude bedroht reibungslose Abläufe.
- 20 Diesem Zustand setzen wir eine **emanzipatorische Hochschulpolitik** entgegen. Die
21 Hochschulen in Bremen müssen angemessen ausfinanziert werden. Im kommenden Haushalt
22 muss mindestens sichergestellt sein, dass Preis- und Tarifsteigerungen an den
23 Wissenschaftseinrichtungen voll vom Land übernommen werden, um eine Kürzung durch
24 die Hintertür an den Hochschulen zu vermeiden. Mittelfristig kämpfen wir dafür,
25 dass der Wissenschaftshaushalt des Landes Bremen deutlich erhöht wird und sich die
26 Finanzierung der Bremer Hochschulen an den durchschnittlichen Ausgaben pro
27 Studierenden der anderen Bundesländer orientiert.
- 28 Aber auch ein mit Landesmitteln erhöhter Etat würde nicht ausreichen, den **massiven**
29 **Sanierungsstau** an den Hochschulgebäuden zu beseitigen. Für diesen Zweck müssen
30 Bundesmittel eingesetzt werden. Die Bedarfe sind beträchtlich: Gebäudesanierung und
31 Neubauten müssen anhand aktueller energetischer Standards (geringer
32 Energieverbrauch, Einbau von Photovoltaik und Hitzeschutz) erfolgen. Prioritär
33 müssen neue Sportanlagen und ein Hörsaal für das Jura-Studium in der Innenstadt

34 gebaut werden, auch den Umbau der alten Sporthallen zu einem Hörsaalzentrum wollen
35 wir beschleunigen.

36 **Studierende im Mittelpunkt**

37 Die Linke steht dafür, dass sich alle Menschen ein Studium leisten können –
38 unabhängig vom eigenen Einkommen oder dem der Eltern. Hierfür fordern wir ein
39 auskömmliches, alters- und elternunabhängiges **BAföG**, das an die realen
40 Studienzeiten angepasst ist. Die aktuellen Reformen der Bundesregierung beim BAföG
41 sind zu geringfügig und kommen zu spät. Bremen wird sich daher auf Bundesebene noch
42 intensiver für eine echte BAföG-Reform einsetzen.

43 Als Bundesland können wir aber auch vor Ort viel dazu beitragen, die soziale Lage
44 der Studierenden zu verbessern. Den Verwaltungskostenbeitrag wollen wir abschaffen
45 und damit den inzwischen deutlich zu hohen **Semesterbeitrag** spürbar und dauerhaft
46 absenken. Der Zuschuss des Landes an das Studierendenwerk muss erhöht werden, um
47 auch hier Mieten und Beiträge zu stabilisieren. Das Essen in den Mensen muss nicht
48 nur preisgünstig bleiben, sondern noch verstärkt auf regionale, biologische und
49 fleischfreie Angebote umgestellt werden. Mit zusätzlichem Personal wollen wir dafür
50 sorgen, dass die Bearbeitungszeit beim BAföG verkürzt und die Beratung im BAföG-Amt
51 verbessert wird. Wir kämpfen dafür, dass eine von der Hochschule für einen
52 Nachteilsausgleich anerkannte chronische Krankheit oder Behinderung automatisch
53 auch beim BAföG-Amt als Verlängerungsgrund für die Förderdauer gilt.

54 Nach wie vor gibt es in Bremen zu wenig **Wohnraum für Studierende**. Wir treiben den
55 Bau eines neuen Wohnheims am Niedersachsendamm in der Neustadt voran. Bei
56 Neubauprojekten in der Innenstadt werden wir studentisches und junges Wohnen
57 stärker berücksichtigen. In Bremerhaven werden wir die Kooperation mit der
58 Städtischen Wohnungsgesellschaft ausbauen, um auch dort genügend günstigen Wohnraum
59 anzubieten.

60 Zur Öffnung des Studiums für alle müssen sich aber auch **Studienstruktur und -**
61 **inhalte** verändern. Brückenkurse beispielsweise in Mathematik sollen den Einstieg in
62 das Studium erleichtern. Gerade für Studierende, die zum ersten Mal in ihrer
63 Familie studieren oder auch internationale Studierende, sind solche Kurse eine
64 große Hilfe. Frauen fördern wir besonders in den MINT-Fächern z.B. durch Mentoring-
65 Angebote. Wir wollen das Studium flexibilisieren, um es auch in Teilzeit parallel
66 zu familiären Aufgaben oder Erwerbsarbeit absolvieren zu können.

67 Die Interdisziplinarität des Studiums stärken wir durch den Ausbau der General
68 Studies an allen Hochschulen. Hierzu gehören für uns auch Angebote zur
69 gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft, die wir absichern (z.B. in Form
70 des Nachhaltigkeitszertifikats BRENA). Prüfungsformate müssen angesichts der
71 Herausforderungen durch den Einsatz von KI kritisch auf ihre pädagogische Funktion
72 überprüft werden. Dies muss eingebettet werden in eine allgemeine
73 hochschuldidaktische Fortentwicklung der Studienformate. Für diesen Zweck stellen
74 wir den Hochschulen zusätzliche Mittel zur Verfügung.

75 **Demokratische Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung**

76 Wir wollen Hochschulen, die sich noch stärker gegenüber der Gesellschaft **öffnen**.
77 Hierfür sind neben dem (Gast-)Studium auch andere Weiterbildungsformate anzubieten,
78 gerne auch hochschulübergreifend als gemeinsame Kurse. Für uns steht dabei im
79 Mittelpunkt, dass diese nicht kommerziell sind und sich an die Breite der
80 Bevölkerung richten.

81 Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung müssen auch öffentlich zugänglich
82 sein. Daher treten wir für eine konsequente Umstellung der Veröffentlichungspraxis
83 auf **Open-Access-Modelle** ein.

84 Eine Voraussetzung für gute Lehre und Forschung an Hochschulen sind gute
85 Arbeitsverhältnisse. Dazu gehört für uns ein **Tarifvertrag für die studentischen**
86 **Beschäftigten**, ausreichend Zeit für eine Promotion und im Anschluss hieran schnell
87 eine dauerhafte Karriereperspektive z.B. mit einem Tenure-Track (befristeter
88 Einstieg in eine dauerhafte Professur). Auch in diesem Bereich werden wesentliche
89 Regelungen auf Bundesebene getroffen, deswegen muss sich Bremen dort für
90 Veränderungen einsetzen. Für die Phase nach der Promotion wollen wir das
91 Wissenschaftszeitvertragsgesetz abschaffen. Auch Vorgaben des Bundes, die eine
92 zwingende Befristung von Beschäftigten in Drittmittelprogrammen vorsehen, lehnen
93 wir ab. Statt vieler einzelner Sonderprogramme muss der Bund eine dauerhafte
94 Aufstockung der Grundhaushalte der Universitäten sicherstellen. Dies gilt z.B. für
95 die Exzellenzinitiative, für deren Auslaufen nach der jetzt beginnenden
96 Förderperiode wir zugunsten einer stabilen Grundfinanzierung eintreten.

97 Aber Bremen muss auch selbst für gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen sorgen.
98 Wir wollen die **Mindestlaufzeiten von vier Jahren für Promotionsverträge** aus
99 Landesmitteln festschreiben, die Zahl der Lehraufträge zurückdrängen und hierfür
100 die Sonderrechte der Hochschule für Künste bei der Vergabe von Honorarverträgen
101 aufheben. Auch wollen wir die Verlängerung von befristeten Verträgen aufgrund von
102 Familienzeiten vereinheitlichen und die Fortentwicklung des Rahmenkodex für gute
103 Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen eng begleiten.

104 Hochschulen müssen noch mehr zum Ort gelebter Demokratie werden. Nach Thüringer
105 Vorbild werden wir die **Viertelparität** für Professor*innen, Studierende,
106 wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sowie Mitarbeiter*innen aus Technik und
107 Verwaltung einführen. Zu einer demokratischen Kultur an den Hochschulen gehört für
108 uns außerdem, dass die Vereinbarungen zwischen dem Land Bremen und den Hochschulen
109 (wie die Zielvereinbarungen oder der Wissenschaftsplan) gemeinsam in einem
110 transparenten Prozess mit allen Statusgruppen an den Hochschulen und der
111 Landespolitik entwickelt sowie öffentlich evaluiert werden.

112 Die **Zivilklausel** ist ein von den Hochschulmtgliedern erkämpftes Recht und wurde als
113 solches vom Gesetzgeber anerkannt. Diese selbstbestimmte Entscheidung für einen
114 Raum frei von militaristischen Interessen verteidigen wir gegen jedwede Angriffe.
115 Ebenso verteidigen wir das Recht der Studierenden, sich innerhalb der Verfassten
116 Studierendenschaften selbst zu organisieren und politisch zu artikulieren.

117 Sozial- und Gesellschaftswissenschaften wollen wir stärken.

Antrag L 04-12: Nachhaltig miteinander füreinander: Umwelt-, Natur-, und Tierschutz - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Nachhaltig miteinander füreinander: Umwelt-, Natur-, 2 und Tierschutz

3 Eine intakte Umwelt ist die Grundlage für ein lebenswertes Leben. **Natur-, Klima-**
4 **und Artenschutz** gehören dabei untrennbar zusammen: Wo wir Grünflächen erhalten,
5 Flächen entsiegeln oder Gewässer renaturieren, schützen wir gleichzeitig das Klima,
6 fördern die biologische Vielfalt und die Lebensqualität der Menschen.

7 Umwelt- und Klimaschutz sind für uns auch **Küstenschutz**: Wir wollen eine Weser,
8 deren Ökosystem geschützt wird und die zum Hochwasserschutz beiträgt. Und wir
9 wollen eine konsequente Agrar- und Ernährungswende hin zu ökologischer
10 Landwirtschaft und flächenbasierter Tierhaltung, die Böden, Gewässer und Klima
11 schont.

12 Der **Schutz von Haus-, Nutz- und Wildtieren** gehört für uns zum Selbstverständnis
13 einer sozial-ökologischen Partei.

14 **Stadtsauberkeit von links**

15 Stadtsauberkeit ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit und öffentlicher
16 Verantwortung. Wir fordern mehr Personal für die **Stadtreinigung in belasteten**
17 **Quartieren** sowie Klimaschutzmanager*innen in allen Quartieren, die u.a.
18 niedrigschwellige Beratungsangebote zu Müllvermeidung, Kreislaufwirtschaft und
19 Mülltrennung anbieten. Auch die schnellere Beseitigung wilder Müllablagerungen ist
20 zentral, um Nachahmung zu vermeiden.

21 **Wilde Müllentsorgung** tritt unter anderem auf, wo nicht offiziell gemeldete Menschen
22 in zu kleinen Wohnungen leben, so dass die Müllentsorgung über die Mülltonnen nicht
23 ausreicht. In einzelnen Fällen kommen auch Vermieter ihrer Pflicht nicht nach,
24 überhaupt Mülltonnen zur Verfügung zu stellen. Das wollen wir unterbinden. Auch
25 extra anzumeldender Sperrmüll stellt für viele Menschen eine große Barriere dar.
26 Wir wollen daher dezentrale wohnortnahe Unterfluranlagen in Quartieren mit starker
27 wilder Müllentsorgung, die ohne Zugangscode nutzbar sind, sowie regelmäßig durch
28 die Entsorgung anzufahrende wohnortnahe offizielle Sperrmüllabstellflächen.

29 Wir fordern, dass die **Abfallwirtschaft** als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge
30 vollständig rekommunalisiert wird. Damit wollen wir private Gewinnmaximierung
31 ausschließen sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit für alle Beschäftigten

32 durchsetzen. Abfallgebühren sollten reale Kosten widerspiegeln und sozial gerecht
33 gestaffelt sein. Müllimporte aus dem Ausland sowie Exporte in das Ausland lehnen
34 wir ab. **(Hier Verweis auf das Kapitel Rekommunalisierung)**

35 Allgemein steht für uns Abfallvermeidung vor Recycling und Recycling vor
36 Verbrennung. Deshalb setzen wir uns für **Kreislaufwirtschaft in öffentlichen**
37 **Beschaffungen** ein. Re-Use-Produkte und Reparaturen sollten in allen öffentlichen
38 Einrichtungen gefördert und gefordert werden. Auch Repair-Cafés und
39 Materialtauschbörsen sollen ausgebaut werden.

40 In Bremerhaven fordern wir die sofortige Einführung der gesetzlich seit 2015
41 vorgegebenen Biotonne.

42 Die Kapazitäten der **Blocklanddeponie** werden (unter Berücksichtigung der
43 Erweiterung) spätestens 2042 ausgereizt sein. Wir fordern eine frühzeitige
44 Standortsuche unter Berücksichtigung unserer Forderungen, dass Abfallwirtschaft in
45 die öffentliche Hand gehört, dass keine neuen Flächen versiegelt werden und keine
46 Naturschutzgebiete belastet werden. Eine Erweiterung der Deponie darf allerdings
47 nicht den Effekt haben, dass die Ziele zur Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft
48 missachtet werden.

49 Wir wollen das breite Angebot dezentraler Recyclingstationen erhalten und stärken.

50 **Das Ökosystem steht am Kipppunkt**

51 Der Verlust der Biodiversität ist neben der Klimakrise der Bereich, in dem die
52 planetaren Belastungsgrenzen bereits überschritten sind. Das **Artensterben**, gerade
53 bei Insekten, ist dramatisch: Die Biomasse an Insekten ist in Deutschland seit 1990
54 um 75 % zurückgegangen. Das hat verheerende Folgen für die Vogelwelt und
55 Bestäubung. Städten kommt hier – im Kontrast zu agrarischen Monokulturen – eine
56 zunehmend wichtige Funktion zu.

57 Jahrzehntelanges Bauen auf der grünen Wiese hat **Grünflächen**, Grüngürtel und
58 Naturschutzgebiete immer weiter verkleinert. Gleichzeitig haben
59 einkommensschwächere Quartiere weniger Grün, leiden unter mehr Lärm und
60 schlechterer Luft.

61 Wir wollen den Umweltbetrieb Bremen (UBB) und das Gartenbauamt Bremerhaven in ihrer
62 Rolle zur Erhaltung und ökologischen Transformation öffentlicher Grünflächen
63 personell stärken und den Baumbestand insbesondere in verdichteten Quartieren
64 erheblich erweitern. Bei der Baumpflege im Bestand sollen die Eigenbetriebe so
65 aufgestellt werden, dass sie auf Untervergaben an Dritte verzichten können. Die
66 Pflegestufen für Bestandsbäume wollen wir überprüfen. Die Azubis des UBB müssen
67 nach ihrer Prüfung unbefristet eingestellt werden.

68 Frei werdende Friedhofsflächen werden wir als Grünflächen erhalten und eine
69 Bebauung ausschließen. Das Bestattungswesen wollen wir weiter modernisieren und
70 auch neue Formen wie die „Reerdigung“ in Bremen erlauben.

71 **Grünflächen und Schutzgebiete erhalten und ausbauen**

72 Es bedarf verbindlicher Maßnahmenpläne für die bestehenden Natur- und
73 Landschaftsschutzgebiete Bremens. Die überfälligen Ausweisungen der Bremer

74 **Mittelweseraue** als Naturschutzgebiet (Lebensraum von Löffler und Biber) sowie der
75 Rohrniederung und des **Fehrmoors** in Bremerhaven müssen endlich umgesetzt werden.
76 Weiter wollen wir Naturschutzflächen am Stahlwerk langfristig sichern, damit sie
77 nicht später einer Gewerbeansiedlung weichen müssen.

78 Wir wollen die erfolgreichen **Renaturierungsmaßnahmen für die Kleine Wümme**
79 ausweiten: Das Projekt „Naturnahe Kleine Wümme“, das Naturschutz, Naherholung und
80 Entsiegelung zusammen denkt, ist hier ein richtiger erster Schritt.

81 Das **Gewerbeentwicklungsprogramm** unserer Landesregierung, das erstmals auf
82 Innenverdichtung statt Flächenfraß setzt, ist ein wichtiger Erfolg – wir bekennen
83 uns zu diesem Weg und zur Aufwertung bestehender Gewerbeflächen durch städtisches
84 Quartiersmanagement zur Nutzung von Synergieeffekten statt zu weiterer
85 Versiedelung.

86 Wir wollen Bremen und Bremerhaven von **Silvesterfeuerwerk** entlasten, bestehende
87 Verbotsmöglichkeiten konsequent ausschöpfen und ausweiten. Besonders geschützt
88 werden sollen dabei Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Naturschutzgebiete und
89 dicht besiedelte Bereiche. Mit einer Kampagne „Bremen. Bremerhaven. Böllerfrei.“
90 wollen wir Geschäfte, die freiwillig auf den Verkauf von Feuerwerk verzichten,
91 sichtbar auszeichnen. Zugleich wollen wir zentrale, kostenlose
92 Silvesterveranstaltungen mit Lasershows und ggf. sogenannter Low-Noise-Pyrotechnik
93 als attraktive Alternative fördern.

Antrag L 04-13: Nachhaltig miteinander füreinander: Umwelt-, Natur-, und Tierschutz - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Biodiversität erhalten, Ökosysteme schützen**
- 2 Bremen muss seine **Biodiversitätsstrategie** kontinuierlich weiterentwickeln. Die
- 3 Pflege des öffentlichen Grüns ist konsequent an Biodiversität und Klimaanpassung
- 4 auszurichten, mit heimischen, insektenfreundlichen und klimaangepassten Pflanzen
- 5 und O2-bindenden Bäumen und Mooren. Die seit 2025 laufende systematische
- 6 **Datenerhebung zum Insektenrückgang** in Bremen ist ein weiterer wichtiger Schritt zur
- 7 Verbesserung der Biodiversität.
- 8 Wir wollen die **Aufforstung von Gehölzen** fortsetzen sowie wo möglich die
- 9 Wiedervernässung von Mooren zur CO2-Bindung und Wiederherstellung städtischer Natur
- 10 für Vögel, Säugetiere, Reptilien, Amphibien und Insekten.
- 11 Trockengelegte **Moore** setzen große Mengen Treibhausgase frei. Im Land Bremen werden
- 12 ca. 40 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche als Grünland auf Moorboden
- 13 bewirtschaftet. Wir setzen uns dafür ein, landwirtschaftlich genutzte Moorflächen
- 14 in Absprache mit der Landwirtschaft zu vernässen, sodass eine nachhaltige
- 15 landwirtschaftliche Nutzung weiterhin möglich ist. Der erfolgreiche Vogelschutz
- 16 insbesondere im Blockland soll weiter gestärkt werden.
- 17 Biodiversitäts- und Klimaschutz enden für ein Küstenbundesland nicht an der Küste.
- 18 Marine Sedimente binden Kohlenstoff, und ihre Zerstörung durch bodenberührendes
- 19 Fanggerät setzt ihn wieder frei. Über Bundesrat und EU setzen wir uns deshalb für
- 20 ein Verbot von Grundschleppnetzen in marinen Schutzgebieten ein, für wirksamen
- 21 Schutz vor Unterwasserlärm bei Bauvorhaben und für Geschwindigkeitsbegrenzungen in
- 22 den Wander- und Aufzuchtzonen von **Schweinswalen** und Seehunden. Wir streben eine
- 23 Kooperation mit Niedersachsen an für die Bergung und Recycling von Geisternetzen
- 24 und verlorenem Fanggerät im Mündungsbereich und den Küstengewässern.
- 25 Wir wollen die Entwicklung des ehemaligen **Rennbahngeländes** zu einem **naturnahen**
- 26 **Stadtnaturpark** vorantreiben – einem Naherholungsgebiet, das Wildtiere und
- 27 ökologisch wertvolle Pflanzen mit deren Bedarfen mitdenkt. Insgesamt soll die Stadt
- 28 auch für Tiere zu einem barrierearmen Ort werden. Für Tiere undurchdringliche
- 29 Stahlmattenzäune, steile Uferböschungen und unüberwindbare Bordsteinkanten sind zu
- 30 vermeiden oder durch Durchlässe und Stiege anzupassen.
- 31 **Keine weitere Weservertiefung, konsequenter Küstenschutz**
- 32 Eine weitere Vertiefung der **Unterweser** ist mit uns nicht zu machen. Die geplante

- 33 Vertiefung der Außenweser auf 13,5 Meter Fahrrinnentiefe muss die letzte
34 Ausbaustufe bleiben. Statt immer neuer Eingriffe in das Flusssystem wollen wir die
35 **Renaturierung der Nebengewässer** ausweiten und die Ziele der EU-
36 Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen.
- 37 Beim Neubau des **Deiches an der linken Weserseite** („Stadtstrecke“) liegt unser Fokus
38 neben Sicherheit darauf, den Deich als grüne Oase inmitten der Stadt zu erhalten.
39 Hohe Aufenthaltsqualität, Hochwasserschutz und eine ökologisch hochwertige Lösung
40 sollen verbunden werden.
- 41 Der Deichschutz in Bremen muss konsequent verfolgt und ausfinanziert werden.
42 Hierbei ist insbesondere der Deichschutz der Überseeinsel zu gewährleisten.
- 43 Auch die Binnendeiche sind konsequent zu ertüchtigen. Ein Hochwasserereignis wie
44 2024/2025 in Borgfeld darf uns nicht wieder unerwartet treffen.
- 45 **Ökologische Landwirtschaft weiter stärken, gesunde Ernährung ermöglichen**
- 46 In Bremen werden bereits heute über 36 % der landwirtschaftlichen Flächen
47 ökologisch bewirtschaftet. Für den notwendigen weiteren Ausbau der
48 Biolandwirtschaft in Bremen wollen wir **verbindliche regionale Absatzmärkte** durch
49 Verwendung von Bioprodukten in Schulen, Krankenhäusern und weiteren öffentlichen
50 Einrichtungen schaffen. Kitas, Schulen, Kantinen und Krankenhäusern sollen auf die
51 sog. Planetary-Health-Diet umgestellt werden mit möglichst regionalen und wenig
52 tierischen Produkte. Die Umstellung auf 100 % Bio-Produkte wird angestrebt. Die
53 Versorgung mit nicht nur ökologischem, sondern auch gesundem Essen muss gerade in
54 Kitas, Schulen und Krankenhäusern endlich zur Selbstverständlichkeit werden.
- 55 In der Landwirtschaft streben wir die **Umstellung auf Biolandwirtschaft und die**
56 **Abkehr von der Massentierhaltung** an, um neben mehr Tierwohl und Biodiversität den
57 Nitratreintrag und die daraus folgende Bodenbelastung zu minimieren.
- 58 Konventionelle Betriebe sind durch **finanzielle Förderung und verlässliche regionale**
59 **Absatzmärkte** beim Umstieg auf Ökolandbau zu unterstützen. Vom Wechsel von
60 intensiver zu extensiver Landwirtschaft profitieren Klima, Böden-, Wasserqualität
61 und Biodiversität.
- 62 Für mehr Nachhaltigkeit wollen wir das „**Containern**“ **entkriminalisieren**, um
63 Lebensmittelverschwendung einzudämmen. Hauswirtschaft und Gartenbau wollen wir als
64 Teil der **Umweltbildung in Schulen** verankern. Die außerschulischen Umweltlernorte
65 wie die Ökologiestation oder die Kinderwildnis wollen wir finanziell stärken.
- 66 Auch nachhaltige Initiativen - Reparaturwerkstätten wie die Klimawerkstatt und
67 Selbsthilfewerkstätten wie die freischrauber* - wollen wir finanziell stärker
68 fördern.
- 69 **Stadtgärten** und Urban Farming wollen wir wo möglich unterstützen und fördern.
- 70 Auf Bundesebene setzen wir uns für die Senkung der Mehrwertsteuer auf nachhaltig
71 produzierte Lebensmittel ein, für ein Ende nicht-nachhaltiger Subventionen und für
72 das Ziel von 100 % Bio-Produkten in öffentlichen Einrichtungen.
- 73 Die **Kleingärten** im Land Bremen werden wir stärker fördern. Die Vereine leisten für

74 unsere Städte eine gesellschaftlich und ökologisch zentrale Aufgabe. Die
75 Straßenbäume in den Parzellengebieten sollen von der Stadt gepflegt werden, wir
76 wollen das Baumpflegebudget dafür erhöhen. Brachgefallene Kleingärten dürfen nicht
77 für allgemeine Bebauung umgewidmet werden. Für intakte Kisenhäuser wollen wir
78 rechtliche Spielräume nutzen, um Wohnraum zu sichern. Auch einfaches Wohnen soll
79 nach Rücksprache mit den Vereinen unbürokratisch ermöglicht werden. Wir wollen auch
80 im Land Bremen neue Wochenendhausgebiete ausweisen.

Antrag L 04-14: Tierschutz

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Tierschutz

2 Verantwortung für Tiere übernehmen

3 In Bremen setzen wir uns für die **Beendigung der Primatenversuche** an der Universität
4 Bremen ein. Dieses scheiterte bislang an den Bundesregelungen. Auf Bundesebene
5 setzen wir uns für ein deutlich strengeres Tierschutzrecht und einen restriktiveren
6 Umgang mit Tierversuchen. Gleichzeitig wollen wir das Hochschulgesetz reformieren
7 und auf Landesebene alle Möglichkeiten ausschöpfen, um weitere Versuche an Makaken
8 zu verhindern.

9 Der in der letzten Legislatur erreichte **Sachkundenachweis für Hundehaltung** zielt zu
10 sehr auf die Vermeidung von Gefahren für Menschen und zu wenig auf Tierwohl und
11 artgerechtes Leben. Hier wollen wir nachbessern. Die sog. Rasseliste für verbotene
12 Hunderassen ist fachlich nicht zu halten, wir wollen sie analog zu Niedersachsen
13 abschaffen.

14 Wir wollen eine bessere Finanzierung des **Tierheims** sicherstellen, nötige
15 Erweiterungen ermöglichen und eine Wildtierauffangstation aufbauen.

16 Für mehr Tierwohl wollen wir **zusätzliche Hundeauslaufflächen** ohne Leinenzwang
17 schaffen. Um das menschengemachte Leiden der Tauben durch Überpopulation zu
18 beenden, wollen wir die **Taubenschläge nach Augsburger Vorbild ausbauen**. Wir fordern
19 ein Verbot des Freilassens von Hochzeitstauben als „Einwegtieren“ bei
20 standesamtlichen und kirchlichen Trauungen.

21 Auf **Bundesebene** setzen wir uns ein für ein **Verbot des Internethandels mit Tieren**,
22 ein Verbot des Imports lebender Wildtiere, für strengere Haltungs- und
23 Transportbedingungen sowie für eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für
24 Heimtiere. Wir wollen ein Verbot von Nutztier-Transporten ab einer erwarteten
25 Tagestemperatur von 25 °C. Wir setzen uns weiter ein für die **Begrenzung der**
26 **Konzernmacht großer Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzerne** sowie für eine
27 Erleichterung von Hofschlachtungen.

Antrag L 04-15: Globale Solidarität und Zusammenarbeit

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Globale Solidarität und Zusammenarbeit**

2 Im Oktober 2024 hat der Bundesrat in leicht geänderter Fassung einen vom Bremer
3 Senat initiierten Entschließungsantrag zur Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit
4 von Ländern und Kommunen angenommen. Die damalige Bundesregierung reagierte offen.
5 Sie sicherte unter anderem zu, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und das
6 Eine-Welt-Promotor*innen-Programm trotz angespannter Haushaltslage „auf hohem
7 Niveau“ fortzuführen. Der ebenfalls geforderte Bund-Länder-Dialog auf Ministerebene
8 wurde im März 2026 unter Bundesentwicklungsministerin Reem Alabali Radovan
9 eröffnet.

10 Die Linke Bremen steht unverändert hinter dieser Initiative sowie den 2022
11 erneuerten "Entwicklungspolitischen Leitlinien der freien Hansestadt Bremen", die
12 sich ihrerseits an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen orientieren
13 (Agenda 2030). Denn globale Solidarität gehört zur DNA der Linken als
14 internationalistischer Partei – gerade in einer Stadt, die historisch vom
15 transatlantischen Versklavungshandel, vom Kolonialismus und von ungerechten
16 Weltmarktstrukturen enorm profitiert hat. In diesem Sinne wollen wir in mindestens
17 sechs Bereichen dazu beitragen, das ungerechte Gefälle zwischen Globalem Norden und
18 Globalem Süden abzubauen:

19 **1. Eine-Welt-Promotor*innen-Programm weiterentwickeln:**

20 Das von Bund und Ländern
21 gemeinsam getragene Programm soll nicht nur erhalten, sondern perspektivisch
22 ausgebaut werden – auch über die fünf Bremer Stellen hinaus. Wichtige Bereiche
23 sind unter anderem Klimagerechtigkeit, Lieferketten, fairer Handel, globale
24 Teilhabe und dekoloniale Bildungsarbeit.

25 **2. Globales Lernen verankern:**

26 Bildung ist Ländersache. Wir wollen globales Lernen
27 zum verbindlichen Bestandteil von Lehrplänen und Lehrkräfteausbildung machen
28 sowie Kooperationen zwischen Kitas, Schulen und entwicklungspolitischer
29 Zivilgesellschaft kontinuierlich ausbauen.

30 **3. Migrantische Diaspora stärken:**

31 Migration ist unter anderem Folge globaler
32 Ungleichheiten. Gleichzeitig unterstützen Migrant*innen durch ihr Wissen, ihre
33 Erfahrungen und ihre Rücküberweisungen Angehörige und Freund*innen in ihren
34 jeweiligen Herkunftsländern. Entsprechend gilt es, migrantisch-diasporische

35 Gemeinschaften nicht nur bei der Integration, sondern auch als Akteure
36 selbstbestimmter Entwicklung und autonomer Gestaltung zu stärken, z.B. über
37 die erfolgreiche BreGlob-Kleinprojektförderung.

38 **4. Internationale Partnerschaften vertiefen:**

39 Bremens langjährige Beziehungen zu
40 Städten im globalen Süden müssen in beiden Richtungen intensiviert werden –
41 anknüpfend an die schon bestehenden Städtepartnerschaften mit Durban in
42 Südafrika und Windhoek in Namibia. Hierzu gehört auch, zivilgesellschaftliche
43 Organisationen in Bremen bei gemeinsamen Projekten mit Partnern im Globalen
44 Süden finanziell und logistisch auf möglichst unbürokratische Weise zu
45 unterstützen.

46 **5. Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe ernst nehmen:**

47 Bei Bundesgesetzen
48 und EU-Vorhaben, die eine Zustimmungs- oder Beratungspflicht des Bundesrates
49 vorsehen, werden wir noch stärker darauf achten, potenzielle Konflikte mit den
50 Entwicklungspolitischen Leitlinien frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden
51 oder zumindest zu minimieren.

52 **6. Global Village in Bremen umsetzen:**

53 Als Linke setzen wir uns dafür ein, die
54 Realisierung des bereits im aktuellen Koalitionsvertrag (2023) erwähnten
55 Projektes eines Global Village proaktiv zu fördern. Ziel ist es, in Bremen
56 einen zivilgesellschaftlichen Ort zum Arbeiten, zum Vernetzen und zur
57 Fortbildung zu schaffen – auch als integraler Bestandteil einer diversen und
58 weltoffenen Quartiersentwicklung.

7. Zukunftsgestaltung statt Entwicklungsbegriff

: Das Land Bremen setzt auf die
Gestaltbarkeit globaler Lebensverhältnisse und hinterfragt überholte Begriffe,
die Solidarität und Partnerschaft auf Augenhöhe behindern. Daher werden wir
als Linke die Umbenennung des Referats „Internationale Kooperationen und
Entwicklungszusammenarbeit“ in Bezug auf den Entwicklungsbegriff prüfen
(mögliche Alternative: „Internationale Kooperationen und Zusammenarbeit“).

Antrag L 04-16: Friedenssicherung in unsicheren Zeiten

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Friedenssicherung in unsicheren Zeiten

2 Friedenssicherung ist eines der wichtigsten Ziele für eine demokratische und humane
3 Gesellschaft. Wir sind entsetzt und besorgt darüber, dass Krieg von verschiedenen
4 Staaten als vermeintlich legitimes Mittel, eigene Interessen durchzusetzen,
5 angesehen und eingesetzt wird. Die geopolitische Unsicherheit darf nicht zu einer
6 weiteren Normalisierung von Krieg führen. Das **Völkerrecht und die UN-Charta** müssen
7 stattdessen der Maßstab sein und bleiben. Staaten haben ein Recht auf
8 Selbstverteidigung, aber Angriffskriege, unverhältnismäßige Kriegsführung,
9 Kriegsverbrechen, auch die einseitige Androhung von Gewalt sind ein Bruch des
10 Völkerrechts sind niemals zu rechtfertigen, egal, um welchen Staat es sich
11 handelt.

12 Verteidigungsfähigkeit muss in einer Weise organisiert werden, die möglichst
13 defensiv ausgerichtet ist, die Gesellschaft nicht militarisiert, und die anderen
14 gesellschaftlichen Aufgaben und Ziele nicht untergräbt. Den aktuellen
15 **Aufrüstungskurs** der Bundesregierung lehnen wir ab. Die Einseitigkeit ist mit Händen
16 zu greifen. Es ist absurd, wenn das Geld, um Brücken und Häfen zu sanieren oder den
17 Zivil- und Katastrophenschutz zu stärken, nur zur Verfügung steht, wenn und weil
18 damit auch ein militärischer Nutzen verbunden ist. Das macht diese Investitionen
19 nicht falsch, aber dass einseitig Rüstungsausgaben vom Diktat der Schuldenbremse
20 befreit wurden und nicht etwa Zukunftsinvestitionen in Bildung, Klimaschutz und
21 technologische Souveränität, ist grundfalsch.

22 Die Ausgestaltung einer verantwortlichen und defensiven Verteidigungspolitik muss
23 politisch und auf Bundesebene entschieden werden. Eine aktive Lobbypolitik der
24 Bundesländer im Interesse der dort ansässigen Rüstungsfirmen lehnen wir ab. Der
25 Maßstab „so viel wie nötig, so wenig wie möglich“ ist auch ein Gebot
26 wirtschaftlicher Vernunft. Der wirtschaftliche Effekt von Bildungsausgaben ist um
27 ein Vielfaches höher als der von Rüstungsausgaben. Bremen und Bremerhaven wären
28 schlecht beraten, sich einseitig vom Rüstungsboom abhängig zu machen, denn er wird
29 in dieser Form endlich sein.

30 Wir werden daher **keine militärische Lobbypolitik** des Bundeslandes betreiben und
31 keine Ansiedlungs- und Förderprogramme für die Rüstungsproduktion auflegen. Wir
32 halten daran fest, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit und breite
33 Aufstellung des Wirtschaftsstandorts weitergehen müssen und dass Belegschaften in

34 krisenbedrohten Branchen nicht auf die Rüstungsproduktion als vermeintlicher Ausweg
35 verwiesen werden. Wir wollen die Zivilklauseln an den Hochschulen erhalten,
36 bekräftigen und weiterentwickeln und die Rolle der Hochschulen stärken in der
37 Friedens- und Konfliktforschung sowie in der Auseinandersetzung um Entspannung,
38 defensive Verteidigung, Möglichkeiten der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

39 Wir begrüßen die Bundesförderung für die Sanierung der **Bremischen Häfen**. Wir
40 erwarten, dass eine damit verbundene militärische Nutzung die zivile Funktion der
41 Häfen nicht einschränkt, und dass für etwaige Vorhaltekapazitäten bezahlt wird. Wir
42 sprechen uns dagegen aus, dass der geplante zusätzliche Nordsee-Marinehafen nach
43 Bremerhaven kommt. Wir wollen Bremerhaven nicht wieder zum Marinestützpunkt machen.

44 Wir kritisieren, dass **Investitionen in technologische Souveränität**, wie z.B. eigene
45 europäische Satellitensysteme oder eigene digitale Systeme,
46 Kommunikationstechnologien und Speicherkapazitäten, häufig nur unter dem Aspekt
47 ihres verteidigungspolitischen Nutzens gefördert und finanziert werden. Bremen
48 verfügt hier über starke Kompetenzen und Kapazitäten, deren wirtschaftspolitischer
49 und technologischer Nutzen eingeschränkt wird, wenn sie nur unter militärischen
50 Vorgaben entwickelt werden.

51 Auf Bundesebene setzen wir dafür ein, dass die **Wehrpflicht** nicht wieder eingeführt
52 wird. Eine demokratische Armee beruht auf Freiwilligkeit, Parlamentsvorhalt und
53 innerer Demokratisierung. Wir setzen uns ein für die Abschaffung der Schuldenbremse
54 und für eine gleichberechtigte Berücksichtigung von Ausgaben für Bildung,
55 Sozialstaat und öffentlichen Reproduktionssektor. Wir fordern von der
56 Bundesregierung die Einführung einer Übergewinnsteuer für Unternehmen der
57 Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, eine bessere Kontrolle durch staatliche
58 Beteiligung an den großen Rüstungskonzernen, den Ausbau der Mitbestimmung gerade in
59 diesem Sektor und eine enge haushalterische Kontrolle der Beschaffung bei der
60 Bundeswehr, um zu vermeiden, dass zu überhöhten Preisen eingekauft wird. Wir wollen
61 keine EU-Armee, aber mehr europäische Kooperation bei Produktion und Beschaffung
62 statt teure nationale Alleingänge.

63 Die **Bundeswehr** steht nicht außerhalb der Gesellschaft. Das ist unsere Anforderung
64 an sie, und das bestimmt unsere Haltung zu ihr. Der Einsatz der Bundeswehr für
65 zivile Aufgaben muss auf absolute Ausnahmesituationen begrenzt bleiben. Zuerst
66 müssen THW, Feuerwehr und Katastrophenschutz gestärkt werden. Wir wollen keine
67 einseitige Unterrichtung und Werbung durch die Bundeswehr an Schulen.

Antrag L 04-17: Digitalisierung und Netzpolitik - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Digitalisierung und Netzpolitik

- 2 Digitalisierung gewinnt durch den Hype rund um alles, was man allgemein unter
3 Künstlicher Intelligenz (KI) versteht, einen noch stärkeren Einfluss auf die
4 Gesellschaft. Sie droht Arbeit zu prekarisieren und verspricht, kurzfristige
5 Profite zu erhöhen. Für viele Menschen ist Digitalisierung jedoch auch eine Chance
6 für mehr gesellschaftliche Teilhabe, zur Vereinfachung lästiger Arbeitsprozesse
7 oder für alternative Produktionsweisen wie Open Source.
- 8 Die **Abhängigkeit von US-amerikanischen Tech-Konzernen** in der Verwaltung muss auch
9 im Sinne der öffentlichen Sicherheit reduziert werden. Entsprechende Verträge
10 wollen wir nicht verlängern, weshalb wir einen Ausstiegsplan entwickeln.
- 11 Der Trend zur **Nutzung von KI** ist unumkehrbar. Daher braucht es demokratische und
12 soziale Leitplanken, um Menschen, Umwelt und Gesellschaft vor den Folgen einer
13 Deregulierung digitaler Standards zu schützen. Digitalisierung und KI sind kein
14 Selbstzweck. Richtig eingesetzt können neue Technologien Verwaltungsprozesse
15 vereinfachen und den allgemeinen Zugang zu Bildung und Informationen erleichtern.
- 16 Wir stehen für ein gemeinwohlorientiertes und dezentrales Internet, in dem
17 Selbstbestimmung, Datensicherheit und digitale Souveränität an vorderster Stelle
18 stehen. Wir wehren uns gegen Deregulierungsversuche durch Lobbyisten und
19 politische Interessen und lehnen die auf EU-Ebene geplante Aufweichung der KI-
20 Verordnung ab.
- 21 An öffentlichen Orten wollen wir **kostenfreie Internetzugänge** fördern, damit
22 Menschen unabhängig vom Einkommen digitale Angebote nutzen können. Dieser Zugang
23 muss den Anforderungen für Sicherheit des BSI-Grundschutzkompendiums (Bundesamt für
24 Sicherheit in der Informationstechnik) folgen.
- 25 **Für eine verantwortliche Digitalwirtschaft**
- 26 Die Bundesregierung hofft, durch Förderprogramme von KI-Start-Ups und KI-Produkten
27 in einem weltweiten Wettbewerb mithalten zu können. Auf der Strecke bleiben dabei
28 in der KI-Verordnung der EU festgeschriebene Kriterien wie der Schutz sensibler
29 Persönlichkeitsdaten. Wir setzen uns dafür ein, dass **wirtschaftliche Förderung in**
30 **Bremen an klare Kriterien** gebunden wird: Die Entwicklung von
31 Überwachungsinstrumenten wie biometrischer Gesichtserkennung, deren
32 Anwendungsmöglichkeiten hybride zwischen zivil und militärisch angesiedelt sind,

33 muss als solche gekennzeichnet werden. Explizite militärische Verwendungszwecke
34 sollen nicht gefördert werden.

35 Geförderte Projekte müssen europäische Datenschutzstandards einhalten und ihre
36 Datenverarbeitung transparent offenlegen.

37 Im Kampf gegen digitale Monopolisierung spielt **Open-Source-Software** eine immer
38 wichtigere Rolle. Damit diese langfristig konkurrenzfähig bleibt, müssen auch
39 hierfür Wege der Finanzierung und der organisatorischen Unterstützung – wie etwa
40 einer vereinsähnlichen Struktur – gefunden werden. Wir wollen uns im Bundesrat für
41 eine Förderentwicklung von Open Source einsetzen.

42 **Öffentliche Verwaltung als Vorreiter**

43 E-Governance bleibt eine zentrale Aufgabe für die Bremische Verwaltung. Wir wollen
44 **digitale Verwaltungsangebote** ausbauen, mehrsprachig gestalten und bekannter machen,
45 damit alle Menschen einfachen Zugang zu Behörden erhalten. Das Ziel ist, dass alle
46 Verwaltungsdienstleistungen digital und medienbruchfrei nutzbar sind. Dabei
47 ersetzen digitale Angebote das Angebot vor Ort nicht. Die Möglichkeit der analogen
48 Antragstellung erhalten wir.

49 Eine Herausforderung für die effiziente Umsetzung von Verwaltungsdigitalisierung ist
50 die föderale Struktur der Verwaltung. Wir unterstützen die gemeinsam
51 vorangetriebene Entwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen nach dem Prinzip
52 "Einer für Alle" innerhalb des IT-Planungsrats bzw. durch die FITKO (Föderale IT-
53 Kooperation). Außerdem befürworten wir den gemeinschaftlichen Aufbau von
54 **Cloud-Kapazitäten** für die öffentliche Verwaltung auf Servern in Deutschland.

55 Gerade im Bereich Künstliche Intelligenz ist es wichtig, die Sinnhaftigkeit von
56 Anwendungsbereichen und -formen abzuwägen und nicht aus einem Hype heraus zu
57 entscheiden. Es ist richtig, dass der Bremer Senat sich mit der **KI-Strategie für**
58 **die öffentliche Verwaltung** auf den Weg gemacht hat, Regeln und sinnvolle
59 Anwendungsbereiche für KI im öffentlichen Dienst zu definieren und daraus Projekte
60 zu entwickeln. Wir wollen diesen Weg weiterverfolgen.

61 Die politische Entwicklung in den USA zeigt, wie problematisch die Abhängigkeit von
62 einzelnen globalen Technologiekonzernen ist. Deshalb setzen wir uns für **digitale**
63 **Souveränität** der öffentlichen Verwaltung ein. Öffentliche Stellen sollen bevorzugt
64 Open-Source-Software oder datenschutzkonforme Lösungen aus Staaten der EU einsetzen
65 („Public Money, Public Code“). Neue Software darf nur beschafft werden, wenn sie
66 offene Standards unterstützt und ein Wechsel des Anbieters jederzeit möglich bleibt
67 (Vendor-lock-in vermeiden).

68 Langfristige Vertragsbindungen mit IT-Dienstleistern wollen wir regelmäßig auf
69 Kosten, Effizienz, Datensicherheit und bestehende Abhängigkeiten überprüfen. Auf
70 monopolartige Tech-Konzerne wollen wir dabei verzichten.

71 Bei neu aufgesetzten Fachverfahren sollen Schnittstellen geschaffen werden, um
72 Datenmanagement in der Verwaltung unter Wahrung von datenschutz- und
73 bürgerrechtlichen Gesichtspunkten perspektivisch zu zentralisieren. Hierfür ist es
74 zudem wichtig, die Verzahnung von verwaltungsinterner IT-Expertise mit der des

75 öffentlichen Dienstleisters **Dataport** zu verbessern, damit die Digitale Strategie
76 innerhalb der Verwaltung besser vorangetrieben werden kann.

77 Am Beispiel des in der Verwaltung eingesetzten Systems „**LLMoin**“ wollen wir
78 evaluieren, wie KI-Anwendungen Verwaltungsprozesse sinnvoll unterstützen können,
79 ohne Beschäftigte zu ersetzen oder Datenschutzstandards abzusenken.

80 Darüber hinaus wollen wir vollständige Transparenz über die in der Verwaltung
81 eingesetzte Software schaffen. Bürger*innen haben ein Recht darauf zu erfahren,
82 welche Systeme ihre Daten verarbeiten und welche Unternehmen daran beteiligt sind.
83 Deshalb fordern wir ein öffentlich einsehbares **Softwarekataster**, das neben der
84 eingesetzten Software auch beteiligte Cloudanbieter, Subunternehmen und zentrale
85 technische Abhängigkeiten offenlegt.

86 Für uns ist das **Informationsfreiheitsgesetz** ein wichtiges Mittel, um Transparenz
87 und Demokratie zu festigen. Versuchen, das Informationsfreiheitsgesetz
88 einzuschränken, werden wir im Bundesrat nicht zustimmen. Im Bereich OpenData stellt
89 Bremen bereits viele Informationen zur Verfügung, jedoch wenig konkrete Daten.
90 Daten und andere Dokumente, wie z.B. Plenarprotokolle, müssen auch in anderen
91 Formaten als PDF zugänglich werden, um besser maschinenlesbar zu sein.

Antrag L 04-18: Digitalisierung und Netzpolitik - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Datensicherheit und Datenschutz**

2 Gesellschaftliche Probleme dürfen nicht mit immer weitergehender Überwachung
3 beantwortet werden. Wir lehnen den Ausbau staatlicher **Überwachungsinfrastruktur** ab.
4 Bestehende Systeme müssen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und
5 Auswirkungen auf Grundrechte überprüft werden.

6 **Personenbezogene Daten** öffentlicher Stellen müssen grundsätzlich auf Servern
7 innerhalb der Europäischen Union verarbeitet werden und dürfen nicht von
8 ausländischen Regierungen abgerufen werden können. Wo dies technisch oder rechtlich
9 nicht gewährleistet werden kann, müssen bestehende Systeme ersetzt oder
10 schrittweise abgelöst werden.

11 Wir stehen ein für kompromisslose Datensicherheit und den Schutz von
12 Persönlichkeitsrechten. Das tun wir sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene,
13 weshalb wir uns als starke Stimme inner- wie außerparlamentarisch klar
14 positionieren, damit geplante Datenaustausche mit nicht-europäischen Regierungen
15 nicht umgesetzt werden können.

16 Den **Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** wollen wir
17 personell, technisch und gesetzlich stärken.

18 **Verantwortliche Digitalisierung für eine offene Gesellschaft**

19 **Netzneutralität**, das bedeutet die Grundidee, dass alle Daten im Internet
20 gleichbehandelt werden, wird unter anderem durch Entwicklungen wie dem 5G-Ausbau
21 ("5G-Network-Slicing") weiter bedroht. Wir setzen uns im Bundesrat für eine
22 gesetzlich abgesicherte und kompromisslose Netzneutralität ein.

23 **Generative KI-Systeme** dürfen nicht auf Kosten von Urheberrechten, kreativer Arbeit
24 und kultureller Vielfalt entwickelt werden. Neben Open-Source- und Open-Access-
25 Anwendungen setzen wir uns für die Förderung europäischer KI mit klaren und
26 verbindlichen Regulierungen ein. Wir lehnen Uploadfilter, Vorratsdatenspeicherung,
27 Chatkontroll-Gesetze sowie KI-gestützte Überwachungssoft- und Hardware strikt ab.
28 Unser Ziel ist eine digitale Gesellschaft, in der Technologie den Menschen dient –
29 demokratisch kontrolliert, sozial gerecht und datenschutzkonform. Digitalisierung
30 darf nicht zur Konzentration von Macht beitragen, sondern muss Teil öffentlicher
31 Daseinsvorsorge und gesellschaftlicher Teilhabe sein.

32 Beim Ausbau der **Glasfaserinfrastruktur** wollen wir die Anbieter verpflichten, ihre
33 Bauarbeiten so abzustimmen, dass Tiefbaumaßnahmen in Bürgersteigen nur einmal

34 vorgenommen werden.

35 Wir fördern die Medienkompetenz aller Generationen. Das Recht auf digitale Teilhabe
36 bezieht sich auch auf Kinder und Jugendliche. **Social Media Verbote für Kinder und**
37 **Jugendliche lehnen wir ab.** Es braucht deutliche Regulierung von Inhalten und
38 Funktionsweisen, die Mediensucht begünstigen und Kinder und Jugendliche gefährden
39 können. Social Media Plattformen müssen konsequent zur Verantwortung gezogen
40 werden, für Kinder- und Jugendschutz zu sorgen.

Antrag L 04-19: Für eine moderne Verwaltung und einen zeitgemäßen öffentlichen Dienst

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Für eine moderne Verwaltung und einen zeitgemäßen 2 öffentlichen Dienst

3 Ohne eine gute öffentliche Verwaltung und einen starken öffentlichen Dienst geht
4 nichts. Die Anforderungen sind beträchtlich: Ständig kommen neue Aufgaben hinzu.
5 Digitalisierung, die erhöhten Anforderungen an Krisenresilienz und Sicherheit sowie
6 neue Technologien sind eine Herausforderung. Als öffentliches Gesicht des Staates
7 kommt gut funktionierenden, erreichbaren, bürgernahen Ämtern eine besondere, auch
8 demokratiefördernde Bedeutung zu. Die öffentliche Verwaltung soll mehr steuern und
9 weniger verwalten. Und all dies vor dem Hintergrund eher knapper öffentlicher
10 Kassen.

11 Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen

12 Mitbestimmung ist dabei besonders wichtig. Wir stehen zum **Personalvertretungsgesetz**
13 und wollen die Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume der Beschäftigten weiter
14 stärken. Ihr Erfahrungswissen und ihre Verbesserungsvorschläge müssen die
15 Weiterentwicklung von Arbeitsabläufen prägen. Veränderungsprozesse im Zuge von
16 Digitalisierung, der Einführung von KI und der Anpassung an neue Arbeitskonzepte
17 wie Desk Sharing wollen wir in Betriebsvereinbarungen verlässlich gestalten. Die
18 damit einhergehende Verwaltungsmodernisierung muss vor allem auf
19 Arbeitserleichterung und Bürger*innenfreundlichkeit zielen und darf kein Deckmantel
20 für heimliche Kürzungen sein. Beschäftigte und ihre Personalvertretungen müssen
21 bereits bei der Auswahl und Einführung neuer digitaler Systeme beteiligt werden.
22 Eine automatisierte Leistungs- und Verhaltenskontrolle lehnen wir ab.

23 Beim Einsatz von KI müssen Entscheidungen nachvollziehbar bleiben und einer
24 wirksamen menschlichen Überprüfung zugänglich sein. Wir wollen die eigene IT-
25 Kompetenz der öffentlichen Verwaltung stärken und auf offene Standards sowie nach
26 Möglichkeit auf Open-Source-Software setzen, um Abhängigkeiten von einzelnen
27 Anbietern zu verringern.

28 Wir wollen eine Verwaltung, die ressortübergreifend zusammenarbeitet und auf neue
29 Aufgaben schneller reagieren kann. Dafür wollen wir **Projektarbeit** mit klaren
30 Verantwortlichkeiten und ausreichenden Zeit- und Personalressourcen zusätzlich
31 erleichtern und verankern. Neue Aufgaben dürfen dabei nicht dauerhaft zusätzlich

32 zum Tagesgeschäft aufgebürdet werden; Daueraufgaben brauchen verlässlich
33 ausgestattete, unbefristete Stellen.

34 Die **Bremer Erklärung zu fairen Beschäftigungsbedingungen** im öffentlichen Dienst
35 zwischen Senat und Gesamtpersonalrat unterstützen wir und wollen sie
36 fortentwickeln. Wir wollen einen öffentlichen Dienst mit selbstbewussten und
37 kritischen Beschäftigten, daher setzen wir uns für eine Stärkung und Ausweitung der
38 Fortbildungsangebote und -rechte ein. Die beamtenrechtliche Überprüfung von
39 Bewerber*innen durch den Verfassungsschutz wollen wir auslaufen lassen.

40 Eine bürger*innenfreundliche Verwaltung muss allen Menschen ermöglichen, ihre
41 Rechte tatsächlich wahrzunehmen. Dafür wollen wir neben digitalen Angeboten die
42 persönliche und telefonische Erreichbarkeit ausweiten, Informationen und
43 Antragsverfahren barrierefrei gestalten und mehrsprachige Angebote sowie Zugänge
44 mit Sprachmittlung ausbauen. Die Verwaltung soll Menschen, auch im Rahmen
45 aufsuchender Angebote, aktiv dabei unterstützen, ihnen zustehende Leistungen in
46 Anspruch zu nehmen.

47 **Personalpolitik**

48 Die rot-grün-rote Landesregierung hat ein Modell der **Personalsteuerung** entwickelt,
49 das eine Umsteuerung zu neuen Aufgabenbereichen ermöglicht: In den Kernbereichen
50 wird die Personalmenge jährlich um 1,45 Prozent verringert, damit im Gegenzug mehr
51 Personal für neue oder unterausgestattete Bereiche zugewiesen werden kann. Die
52 Bereiche Polizei, Justiz, Schule, Kita und Steuerverwaltung sind ausgenommen, hier
53 soll weiterhin ein genereller Personalaufbau möglich sein. Dieses Modell hat sich
54 bewährt. Wir wollen die Umverteilungsquote leicht erhöhen.

55 In Bereichen, wo es nicht um hoheitliche Aufgaben geht, wollen wir **keine**
56 **automatischen Verbeamtungen** mehr. Die ständigen gerichtlich erzwungenen Erhöhungen
57 der Beamt*innenbesoldung (über die Übernahme der Tarifabschlüsse hinaus)
58 untergraben die Tarifautonomie und sind ungerecht gegenüber öffentlichen
59 Angestellten. (Dass Angestellten die Inanspruchnahme von Wohngeld „zugemutet“
60 werden kann, Beamt*innen aber nicht, ist ebenso ungerecht wie die Tatsache, dass
61 Erhöhungen bei den unteren Eingruppierungen automatisch Erhöhungen selbst bei den
62 höchsten Eingruppierungen nach sich ziehen müssen.) Wir setzen uns dafür ein,
63 perspektivisch TVÖD und TV-L zusammenzuführen und als ersten Schritt zeitgleich und
64 gemeinsam zu verhandeln.

65 Wir fordern, die Beamt*innenbesoldung wieder bundesweit einheitlich zu gestalten
66 und die Arbeitszeiten an die der Angestellten im öffentlichen Dienst anzugleichen.
67 Die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 41 Stunden wollen wir wieder
68 auslaufen lassen. Es ist gut und richtig, dass Beschäftigte mit Kindern, mit
69 pflegebedürftigen Angehörigen oder im Schichtdienst von der Arbeitszeiterhöhung
70 ausgenommen sind, aber sie ist – gerade vor dem Hintergrund von
71 Arbeitsintensivierung und Vereinbarkeit – auch für die Beschäftigten falsch, die
72 nicht unter diese Ausnahmen fallen.

73 Wir wollen die Zahl der **Staatsrät*innen** auf die Zahl der Senator*innen verringern.

74 Wir wollen Staatsrät*innen nach Möglichkeit künftig nicht mehr verbeamten.

75 Der öffentliche Dienst bietet gute Voraussetzungen, Gleichstellung und Diversität
76 in besonderem Maße zu verwirklichen. Dies ist aber kein Selbstlauf. Insbesondere
77 zum höheren Dienst existiert eine Gläserne Decke. Wir wollen das
78 **Landesgleichstellungsgesetz** auch auf die öffentlichen Gesellschaften anwenden und
79 systematisch mit dem Entgeltgleichheitscheck arbeiten. Bei Leitungspositionen
80 setzen wir uns dafür ein, stärker Modelle geteilter Führung zu nutzen, die eine
81 stärkere Vereinbarkeit von Beruf und Familie herstellen könnten.

82 Um den Anteil von **Beschäftigten mit Migrationsbiografie** zu erhöhen (der im
83 öffentlichen Dienst sehr viel niedriger ist als in der Gesamtbevölkerung), werden
84 wir Ausschreibungen und Besetzungsverfahren insbesondere unter dem Aspekt der
85 mittelbaren Benachteiligung überprüfen. Zudem müssen bestehende Möglichkeiten der
86 Nachqualifikation, bspw. im Rahmen der Unterstützung berufsbegleitender
87 Masterprogramme, gestärkt und ausgebaut werden.

88 Wir wollen Azubis in allen öffentlichen Eigenbetrieben und Gesellschaften
89 unbefristet übernehmen und setzen uns für einen unbefristeten Übernahmeanspruch im
90 Tarifvertrag ein.

Antrag L 04-20: Regierungszusammenarbeit: Gleichberechtigt und auf Augenhöhe

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Regierungszusammenarbeit: Gleichberechtigt und auf** 2 **Augenhöhe**

3 Landesregierungen kommen durch Koalitionen zustande. Sie sind getragen von der
4 Einigung zwischen Parteien, die sich auf Zeit über ein gemeinsames
5 Regierungsprogramm verständigen, das programmatische Übereinstimmungen und eigene
6 Akzente der Koalitionsparteien enthält. Diese Arbeit der Verständigung hört nicht
7 mit dem Koalitionsvertrag auf, sondern muss während der gesamten Legislaturperiode
8 weitergehen: Weil die äußeren Umstände sich ständig verändern, und weil vereinbarte
9 Maßnahmen und Projekte auch wirklich den Sprung in die Realität schaffen müssen.

10 Der Senat darf sich daher nicht von den Fraktionen und Parteien der
11 Regierungskoalition abkoppeln. Im Falle einer Regierungsbeteiligung bestehen wir
12 auf regelmäßige Tagungen des **Koalitionsausschusses** und auf regelmäßige Beratungen
13 des Senats mit den Fraktionsvorsitzenden der Koalition. Damit Senatsentscheidungen
14 auch im Parlament eine Mehrheit finden, müssen die Regierungsfractionen wichtige
15 Senatsvorlagen rechtzeitig kennen und frühzeitig in Abstimmungsprozesse eingebunden
16 werden.

17 Die **Praxis der Senatskommissionen** sehen wir kritisch, weil sie dazu führen kann,
18 die Regierungsfractionen von fachlichen Einigungsprozessen auszuschließen.
19 Beschließende Senatskommissionen lehnen wir ab, Beschlüsse müssen im Gesamt-senat
20 fallen. Die Bildung von Arbeitsgruppen des Koalitionsausschusses ist ein
21 Instrument, das wir öfter nutzen wollen. Wir wollen die Zahl der sogenannten
22 „Spiegelreferate“ bei der Senatskanzlei und im Finanzressort senken und den starken
23 Personalaufbau bei der Senatskanzlei kritisch überprüfen.

24 Auch das Parlament selbst muss arbeitsfähig bleiben. Fraktionen sollen ihren
25 Vorsitz teilen können — durch eine Änderung des Abgeordnetengesetzes ermöglichen
26 wir geteilte Fraktionsvorsitze aufkommensneutral.

27 Das Verhalten im **Bundesrat** muss den Interessen des Bundeslandes Rechnung tragen.
28 Steuersenkungen, Sozialkürzungen und Entscheidungen, die finanzielle Belastungen
29 hin zu Ländern und Kommunen verschieben, kann Bremen im Bundesrat nicht zustimmen.
30 Absprachen und Festlegungen im Senat über das Stimmverhalten im Bundesrat sind
31 einzuhalten.

Antrag L 04-21: Haushalt und Finanzen - Teil 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Haushalt und Finanzen

Die öffentlichen Einnahmen haben sich in den letzten Jahren in etwa parallel zur Inflation und zum durchschnittlichen Lohnniveau entwickelt. Die Aufgaben der öffentlichen Hand sind aber erheblich gestiegen. Mehr Ausgaben für Kinderbetreuung und für den Klimaumbau, für das Bildungswesen und die Auflösung des Investitionsstaus, für ausgleichende soziale Leistungen und für mehr Resilienz gegenüber den Unwägbarkeiten der globalen Entwicklung: All das erfordert eine Stärkung der öffentlichen Einnahmen, die aber blockiert wird durch die Schuldenbremse und durch die unzureichende Besteuerung großer Vermögen und Gewinne. Das ist der Kern der zunehmenden **Haushaltsprobleme**, mit denen alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder und besonders die Kommunen – zu kämpfen haben.

Im Gegensatz zum Bund sind die Möglichkeiten von Ländern und Kommunen zur **Einnahmesteigerung** begrenzt. Die Kommunen können die Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer bestimmen. Die Länder haben dagegen praktisch nur die Grunderwerbsteuer, die sie gestalten können. Maßgeblich für die Finanzen der Bundesländer sind auf der positiven Seite die Bevölkerungsentwicklung, weil die Gemeinschaftssteuern nach Einwohner*innenzahl verteilt werden, und auf der negativen Seite die Armutsentwicklung, denn Armut und soziale Spaltung treiben die Ausgaben hoch.

Dass es den öffentlichen Finanzen gut geht, wenn es „**der Wirtschaft**“ gut geht, gilt nicht in jedem Fall. Unternehmensgewinne, die durch Innovation und technische Fähigkeiten zustande kommen, sind gut für die öffentliche Hand. Unternehmensgewinne dagegen, die durch bloße Umverteilung von unten nach oben zustande kommen, sind dagegen schlecht für die öffentliche Hand: Lohndrücken oder überhöhte Mieten oder Preise führen dazu, dass mehr Menschen auf Wohngeld, aufstockende Leistungen und andere soziale Ausgleichs angewiesen sind. Dasselbe gilt für Gewinne, die durch das Verschieben von Verantwortung auf die öffentliche Hand erzeugt werden, z.B. indem Unternehmen sich selbst nicht um Klimaschutz, Vereinbarkeit, Aus- und Weiterbildung kümmern.

Es daher finanzpolitisch richtig, dass die rot-grün-rote Landesregierung z.B. durch den Ausbildungsfonds sich dieser Verschiebung von finanzieller Verantwortung widersetzt hat – oder durch das Festhalten an Klimaauflagen.

33 Chancen nutzen statt Kaputtsanieren

34 Das Bundesland Bremen kann auf einige positive Entwicklungen verweisen. Das
35 **Wirtschaftswachstum** der letzten Jahre war überdurchschnittlich, auch unabhängig von
36 der Konjunkturentwicklung. Das ist das Ergebnis einer klugen und nachhaltigen
37 Nutzung von Notlagenfinanzierungen, aber vor allem das Ergebnis eines
38 überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums. Letzteres hat sowohl das
39 Wirtschaftswachstum als auch die öffentlichen Einnahmen unmittelbar und
40 beträchtlich gestärkt. Ursache dafür waren die **Zuwanderung** aus Drittstaaten und das
41 Steigen der **Studierendenzahlen**. Das Bundesland Bremen ist jünger, migrantischer,
42 und es wächst schneller als andere Bundesländer, die es teilweise bereits mit einem
43 Schrumpfen der Bevölkerung zu tun haben.

44 Wir halten deshalb daran fest: Wir gehen nicht den kurzsichtigen Weg, die
45 öffentlichen Finanzen durch Kürzungen bei Bildung und Soziales „sanieren“ zu
46 wollen. Wir halten fest an einer weltoffenen Integrationspolitik, am **Investieren in**
47 **Menschen**, an einem Maß von Auflagen und Besteuerung, das den vielen Vorteilen des
48 Standorts und den damit verbundenen öffentlichen Aufgaben) Rechnung trägt. Wir
49 halten fest daran, uns gegen die Art von Unternehmensgewinnen zu stemmen, die nur
50 darauf beruhen, Menschen mehr Geld aus der Tasche zu ziehen oder sich aus der
51 betrieblichen Verantwortung für Zukunftsausgaben zurückzuziehen – mit einer aktiven
52 Wohnungspolitik, Landesmindestlohn und Tarifbindung, öffentlichen Auflagen bei
53 privaten Investitionen.

54 **Bremen und der Bund**

55 Bremen ist chronisch unterfinanziert. Das ist kein Betriebsunfall, sondern
56 wesentlich das Ergebnis einer föderalen Struktur, die **Stadtstaaten benachteiligt**,
57 und einer Schuldenbremse, die öffentliche Investitionen als Bedrohung behandelt,
58 während privater Reichtum ungestört wächst.

59 Wir setzen uns auf Bundesebene weiterhin für eine substanzielle Altschulden-
60 Entlastung ein. Dass unser Bundesland bei jüngsten Entlastungsgesetzen für die
61 Länder und Kommunen (LKEG) leer ausging, weil Stadtstaaten explizit ausgenommen
62 wurden, ist eine unhaltbare Entscheidung. Wir wollen, dass diese Fehlkonstruktion
63 korrigiert wird, ein weitgehender Altschuldenfonds für alle Kommunen inklusive
64 Stadtstaaten eingerichtet wird und der föderale Bund-Länder-Finanzausgleich die
65 Bedarfe sozialräumlicher Ballungsgebiete höher gewichtet als die Bayerns.

66 Wir fordern weiterhin eine Abschaffung, mindestens eine grundlegende Reform der
67 bundesweiten **Schuldenbremse**. Der neoliberale Kurs, Staatsfinanzen seit etwa 15
68 Jahren auf die Schwarze Null zu orientieren - mit Einführung einer Schuldenbremsen-
69 Regelung auf Landesebene 2015, die seit 2020 greift -, hat notwendige Investitionen
70 in soziale Infrastruktur und öffentliches Eigentum zur Bedrohung erklärt und
71 blockiert. Die Folge: Der Sanierungsstau ist bundesweit auf einem Rekordniveau, und
72 auch in Bremen und Bremerhaven wurde jahrelang zu wenig investiert, um formale
73 Kreditgrenzen einzuhalten. Die Aufweichung dieser Doktrin im Zuge der letzten
74 großen Finanzpakete des Bundes gilt für Verteidigungsausgaben, aber nicht für
75 Investitionen in Bildung. Der Länderanteil am Sondervermögen „Infrastruktur und
76 Klimaneutralität“ ist viel zu gering und kein Ersatz dafür, Investitionen außerhalb

77 der Schuldenbremse tätigen zu können.

78 Mit der Politik der Steuersenkung und Steuerzurückhaltung gegenüber **großen Vermögen**
79 **und Gewinnen** fährt die Bundesregierung Länder und Kommunen an die Wand. Wir fordern
80 dringend die Reaktivierung der Vermögensteuer, denn diese käme den Ländern zugute
81 und hat das Potenzial, Bremen mit jährlich 1 Milliarde Euro mehr auszustatten.
82 Ebenso fordern wir dringend eine Reform der Erbschaftsteuer, die große Erbschaften
83 angemessen besteuert, denn auch dies käme unmittelbar den Ländern zugute.

84 Einige eigene Fehler der Vergangenheit haben die Problemlage unnötig verschärft.
85 Dass Bremen sich mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU seinerzeit die schärfste
86 Länderschuldenbremse in der Landesverfassung gegeben hat und damit u.a. als
87 einziges Bundesland eine kommunale Schuldenbremse verankert hat, war ein solcher
88 Fehler und ist maßgeblich für die kommunale Finanzkrise Bremerhavens
89 verantwortlich. Wir wollen, dass mindestens **Bremerhaven** als eigenständige, räumlich
90 getrennte Kommune im Stadtstaat anerkannt und von der Schuldenbremse befreit wird –
91 und dass für eine entsprechende Änderung der Landesverfassung auch die CDU über
92 ihren Schatten springt und die nötige Zweidrittelmehrheit mitträgt.

Antrag L 04-22: Haushalt und Finanzen - Teil 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Den finanziellen Spielraum erweitern**

- 2 Das Bundesland Bremen muss seine Möglichkeiten nutzen, aus eigener Kraft seinen
3 finanziellen Spielraum zu erhalten und auszuweiten. Wir wollen die **Klimakrise als**
4 **Ausnahme von der Schuldenbremse** nutzen, wie es das Urteil des Staatsgerichtshofs im
5 Grundsatz als Möglichkeit bestätigt hat. Sogenannte finanzielle Transaktionen, d.h.
6 das (schuldenbremsenneutrale) Ausstatten von öffentlichen Gesellschaften mit
7 Startkapital für wichtige investive Aufgaben, sind nötig, um diese öffentlichen
8 Investitionen tätigen zu können. Um mehr Flexibilität gegenüber der starren
9 „Jährlichkeit“ der Schuldenbremse zu gewinnen, sind ebenfalls Kassenkredite und
10 Betriebsmittelkredite ein wichtiges Instrument.
- 11 Bremen wird nicht umhinkommen, die **Grundsteuer und die Gewerbesteuer** maßvoll zu
12 erhöhen – wir werden diese Möglichkeit nutzen, um die notwendigen öffentlichen
13 Aufgaben weiterhin finanzieren zu können. Bei der **Grunderwerbsteuer** wollen wir eine
14 progressive Ausgestaltung: Kleine Vorgänge wie der Erwerb eigenen Wohnraums werden
15 dadurch entlastet, große Immobilieninvestitionen stärker herangezogen, und
16 insgesamt die Einnahmehasis des Landes verbessert. Das hilft jungen Familien, die
17 derzeit große Schwierigkeiten haben, Wohneigentum zu erwerben. Ungerechte
18 Preisfindungsmechanismen, durch die derzeit Wohngrundstücke zu teuer und
19 Gewerbegrundstücke zu billig vergeben oder verkauft werden, werden wir ändern.
- 20 Für einen gerechten Steuervollzug ist die Arbeit von **Steuerfahnder*innen und**
21 **Betriebsprüfer*innen** unerlässlich. Pro Betriebsprüfer*in wird ein jährliches
22 Steuermehraufkommen von etwa einer Million Euro erzielt. Dass in Bremen fast jede
23 zweite Stelle in der Betriebsprüfung unbesetzt ist, kann so nicht bleiben. Dieser
24 Personalmangel kostet Bremen jährlich ungefähr 60 Millionen Euro. Wir fordern, dass
25 Fachkräfte, die sich für einen Verbleib in der Finanzverwaltung entscheiden,
26 stärker unterstützt und gefördert werden. Einen weiteren wichtigen Baustein kann
27 und muss hierfür die Digitalisierung der Verwaltung darstellen. Automatisierte
28 Kontrollmitteilungen und länderübergreifender Datenabgleich sind vor allem dort
29 wirksam, wo Kapital mobil ist und sich der Kontrolle einzelner Bundesländer
30 entzieht. Wir fordern eine Digitalisierungsstrategie der bremischen
31 Finanzverwaltung, die Personalaufbau und technische Modernisierung zusammen denkt.
- 32 Wohnungsnot und gleichzeitig Spekulation mit Bauland? Nicht mit uns! Wir fordern
33 eine hohe Besteuerung von baureifen Grundstücken, auf denen nicht gebaut wird.
34 Durch die Einführung der **Grundsteuer C** mit einem Hebesatz von 8.000 % nach dem

35 Beispiel Hamburgs können so Mehreinnahmen erzielt und Wohnungsbau angeregt werden.

36 Steuern auf "Vergnügen" – natürlich ohne die Kulturszene zu schädigen. Steuern auf
37 Spielautomaten und Wettbüros senken das Suchtpotenzial und fließen direkt in die
38 kommunalen Kassen. Wir setzen uns für eine erneute Erhöhung dieser
39 Vergnügungssteuern in Bremen ein. Feiern, Musik und Kino bleiben natürlich ohne
40 zusätzliche Steuern.

41 Die **Rekommunalisierung** von Wohnungsbau und Energieversorgung werden wir weiter
42 vorantreiben.

43 Wo es möglich ist, sollen öffentliche Leistungen wie Bildung, Betreuung, Gesundheit
44 etc. kostenfrei zur Verfügung stehen. Das ist angesichts der begrenzten
45 finanziellen Spielräume nicht durchweg möglich. Wir halten es in jedem Fall für
46 besonders wichtig, Abgaben und Gebühren (und ggf. auch Preise) **sozial zu staffeln**
47 und dafür zu sorgen, dass es zu allen öffentlichen Leistungen auch einen günstigen
48 oder kostenfreien Zugang für diejenigen gibt, die sie anders nicht nutzen können.

49 **Im Bundesrat aktiv werden**

50 Rund 5.000 Menschen besitzen ein Viertel des Gesamtvermögens in Deutschland. Durch
51 diese Anhäufung an Reichtum ist hier ein massiver Vorteil der politischen
52 Einflussnahme entstanden. Zudem beteiligen sich sogenannte Superreiche
53 unterdurchschnittlich viel im Vergleich zum Rest der Bevölkerung an der
54 Finanzierung des Gemeinwesens. Daher ist das **Wiedereinsetzen der Vermögensteuer** ein
55 Muss, nicht zuletzt, um auch eine höhere politische Gerechtigkeit
56 wiederherzustellen. Das werden wir in Zusammenarbeit mit der Bundespartei weiter
57 vorantreiben.

58 Wir setzen uns für ein striktes **Verbot des anonymen Immobilienerwerbs**, eine
59 lückenlose Pflicht zur Offenlegung wirtschaftlich Berechtigter im
60 Transparenzregister sowie eine spürbare personelle und technische Aufrüstung der
61 Finanzermittlungsbehörden ein. Illegale Vermögen aus Schmuggel und organisierter
62 Kriminalität müssen konsequent beschlagnahmt werden.

63 Die massive Erhöhung von Finanzvermögen ist hauptsächlich durch Dividenden
64 entstanden. Diese unterliegen lediglich der Abgeltungssteuer in Höhe von 25 % und
65 nicht dem Einkommensteuertarif mit bis zu 45 %. Um hier für mehr steuerliche
66 Gerechtigkeit zu sorgen und auch die starken Schultern im Sinne des
67 Leistungsfähigkeitsprinzips angemessen mehr zu belasten, wollen wir die
68 Abgeltungssteuer abschaffen.

69 Rüstungsunternehmen erzielen, auch durch das Sondervermögen, immense Gewinne,
70 finanziert durch Steuergelder. Krisen, wie die Covid-Pandemie, haben die Gewinne
71 von Pharmakonzernen in exorbitante Höhen steigen lassen. Finanziert wurde das durch
72 das Gemeinwesen. Seit Jahren fahren Ölkonzerne immense Gewinne ein. Die durch den
73 Irankrieg ausgelöste Krise machen sich diese Unternehmen zunutze und steigern ihre
74 Profite bis zu neuen Rekorden. Die Zeche zahlen die Verbraucher*innen. Und all das,
75 ohne dass irgendwelche betrieblichen Entscheidungen dies verursacht hätte. Diese
76 Übergewinne müssen abgeschöpft werden: Unmittelbar durch eine **Übergewinnsteuer**,

77 langfristig durch eine **Monopolsteuer**, die sich gezielt auf Bereiche richtet, wo
78 durch Monopol- oder Oligopolstellungen überhöhte Preise abgeschöpft werden.

79 Wir halten die aktuelle Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen für
80 verfassungswidrig. Keine der zuständigen Regierungen ist hier ihrer Pflicht
81 nachgekommen, die überfällige Reform voranzutreiben. Sie haben sich der
82 Verantwortung entzogen. Wir finden diese Tatenlosigkeit skandalös. Wir werden uns
83 weiterhin für eine **Reform der Erbschaftsteuer** einsetzen, die für eine höhere
84 Gerechtigkeit sorgt und die aktuelle Ungleichheit minimiert. Wir unterstützen das
85 Konzept der Bundespartei, welches einen Freibetrag in Höhe von 150.000 EUR ausruft.
86 Dieser verdoppelt sich für über 60-Jährige, minderjährige Kinder bzw. einer von
87 der*dem Erblasser*in bestimmten Person, um zu verhindern, dass durchschnittliches
88 Wohneigentum besteuert wird. Außerdem wird der Steuertarif vereinheitlicht mit
89 einem Spitzensteuersatz von 60 Prozent. Das gilt ab einem zu versteuernden Erbe von
90 3 Millionen, unabhängig vom Verwandtschaftsverhältnis. Großzügige
91 Stundungsregelungen verhindern, dass das Fortbestehen von kleinen und mittleren
92 Unternehmen gefährdet wird. Die völlig zurecht umstrittene
93 Verschonungsbedarfsprüfung, bei der sich bei einer Erbschaft von mehr als 26
94 Millionen von der gesamten Erbschaftssteuer befreien lassen können, gehört
95 abgeschafft. Auch dazu dienen die Stundungsregelungen.

96 Immer wieder wird über eine Erhöhung der **Umsatzsteuer** diskutiert. Dies würde
97 speziell niedrige Einkommen noch mehr belasten. Daher fordern wir nicht nur, dass
98 der aktuelle Satz in Höhe von 7 Prozent für Güter des täglichen Bedarfs und 19
99 Prozent im Regelsatz erhalten bleiben, sondern gehen noch einen Schritt weiter. Um
100 eine reale Entlastung für Menschen mit einem geringen Einkommen zu erreichen,
101 fordern wir, die Mehrwertsteuerbelastung für Grundnahrungsmittel, ÖPNV und
102 Hygieneprodukte auf 0 Prozent zu senken. Um hier sicherzustellen, dass die Menschen
103 tatsächlich entlastet werden und die Unternehmen sich die Steuersenkung nicht
104 einverleiben, benötigt es selbstverständlich entsprechende Kontrollen in Form von
105 z. B. mit einem stärkeren Kartellrecht.

106 Mit der sogenannten Tonnagebesteuerung können Reedereien ihren zu versteuernden
107 Gewinn künstlich kleinrechnen. 2022 war sie die zweitgrößte Subvention überhaupt in
108 Deutschland, 2026 betrugen die Mindereinnahmen noch 1,5 Milliarden Euro, der
109 Großteil davon wird den Ländern und Kommunen aufgebürdet. Seit 2009 gab es keine
110 Evaluation mehr, ob die Subvention überhaupt ihren Zweck erfüllt, Reedereien in
111 Deutschland zu halten, und ob sie nicht zumindest reduziert werden kann. Wir
112 fordern die Abschaffung des Steuerprivilegs "Tonnagebesteuerung" und die reguläre
113 Besteuerung tatsächlicher Reedergewinne über die Körperschaft- und Gewerbesteuer.

114 Wir setzen uns auf Bundesebene für die **Abschaffung des Ehegattensplittings** und die
115 Einführung einer Alternative ein.

Antrag R 00: Geschäftsordnung der Linken Bremen und Bremerhaven

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	R - Regularien

- 1 1 Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block auf Vorschlag des
2 Landesrates und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch erhoben wird, in offener
3 Abstimmung für die Dauer der Amtszeit⁸
- 4 • der Delegierten.
 - 5 • das Tagungspräsidium,
 - 6 • die Mandatsprüfungskommission,
 - 7 • die Wahlkommission,
 - 8 • die Antragskommission.
- 9 Wählbar sind alle, sofern sie Mitglied der Partei Die Linke sind.
- 10 2 Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet.
- 11 3 Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des
12 Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen. Die Geschäftsordnung bleibt
13 für die Dauer der Amtszeit der Delegierten gültig.
- 14 4 Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die
15 Bundes- oder die Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist
16 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten stimmberechtigten
17 Delegierten oder Ersatzdelegierten anwesend sind. Mitglieder des Landesverbandes
18 haben Rederecht.
- 19 5 Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag
20 beschlossenen Tagesordnung.
- 21 6 Wortmeldungen sind dem Tagespräsidium anzuzeigen. Das Tagungspräsidium hat das
22 Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der
23 Redner*innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge
24 der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Erstredende Delegierte werden
25 innerhalb ihrer Redeliste vorgezogen. Die Redezeit für Diskussionsredner*innen
26 beträgt maximal vier Minuten. Längere Redezeiten sind durch die*den Redner*in vor
27 Beginn der Rede zu beantragen und bedürfen der Bestätigung durch den
28 Landesparteitag. Delegierte haben das Recht, Anfragen an die
29 Diskussionsredner*innen zu stellen. Die Tagungsleitung kann die Anzahl der
30 Anfragen begrenzen.
- 31 7 Anträge, die nach Antragsschluss gestellt werden (Dringlichkeits- und
32 Initiativanträge), sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen und
33 erfordern, wenn sie zur Behandlung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von

- 34 mindestens zehn anwesenden angemeldeten Delegierten.
- 35 Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller*innen
36 das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt vier Minuten. Danach erhält jeweils ein*e
37 Redner*in dagegen und ein*e Redner*in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt hierfür
38 jeweils maximal zwei Minuten. Der Landesparteitag kann mit der absoluten Mehrheit
39 der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte
40 beschließen.
- 41 8 Die Abstimmung über Anträge erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt Anträge, falls
42 der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.
43 Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf vorliegende Anträge beziehen und diese
44 ändern sollen. Sie können durch jede*n Delegierte*n gestellt werden.
45 Dringlichkeits- und Initiativanträge sind Anträge, die nach Antragsschluss auf
46 besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw.
47 gesellschaftliche Veränderungen reagieren und der Landesparteitag sich durch
48 entsprechende Beschlussfassung dazu verhalten muss. Anträge an die Kommissionen des
49 Landesparteitages können durch jede*n Delegierte*n gestellt werden.
- 50 9 Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten mündlich und außerhalb
51 der Reihenfolge der Redeliste gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält
52 höchstens ein*e Redner*in dagegen und eine Redner*in dafür das Wort. Die Redezeit
53 beträgt jeweils maximal zwei Minuten. Bei laufender Abstimmung sowie während
54 Wahlgängen können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden. Die Anträge
55 „Schluss der Debatte“, „Schluss der Redeliste“ und „Übergang zur Tagesordnung“
56 können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Tagesordnungspunkt noch
57 nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Redeliste zu verlesen.
- 58 10 Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden
59 angemeldeten Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum
60 Abstimmungsverfahren beschlossen ist und sofern die Bundes- und Landessatzungen und
61 diese Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen.
- 62 11 Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der delegierten Frauen ein Frauenplenum
63 des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Über einen in diesem
64 Frauenplenum gefassten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter
65 Beratung des gesamten Landesparteitages abschließend entschieden werden.
- 66 12 Persönliche Erklärungen beziehen sich auf Angriffe gegen oder Zitierungen der
67 eigenen Person. Persönliche Erklärungen können nur nach Beendigung des
68 Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal zwei Minuten.
- 69 13 Die Sitzungen des Landesparteitages sind grundsätzlich öffentlich. Über die
70 Durchführung geschlossener Sitzungen entscheidet der Landesparteitag auf
71 begründeten Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden
72 angemeldeten Delegierten. Geschlossene Sitzungen werden parteiöffentlich
73 durchgeführt.
- 74 14 Über den Ablauf des Parteitages ist in Verantwortung des Tagungspräsidiums eine
75 Niederschrift zu fertigen und zu archivieren. Beschlüsse des Parteitages sind

- 76 schriftlich zu protokollieren und durch die Versammlungsleitung unverzüglich zu
77 beurkunden. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort. Es kann
78 eine Ton- bzw. Videoaufzeichnung erfolgen.
- 79 15 Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.
- 80 16 Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der
81 angemeldeten anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung
82 sind nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden angemeldeten Delegierten möglich.

Antrag R 01: Tagesordnung und Zeitplan

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Regularien

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Erster Beratungstag**

2 Anmeldung für Delegierte - 10.00 Uhr

3 TOP 1.1 Begrüßung - 10.30 Uhr

4 TOP 1.2 Tagesordnung und Zeitplan - 10.15 Uhr

5 TOP 2 Grußwort - 10.20 Uhr

6 TOP 3 Programmatik zur Bürgerschaftswahl

7 3.1 Einbringung des Leitantrages - 10.30 Uhr

8 3.2 Rede der Spitzenkandidatin - 10.45 Uhr

9 3.3 Behandlung von Änderungsanträgen - 11.00 Uhr

10 Mittagspause - 13.02 Uhr

11 3.3 (Forts.) Behandlung von Änderungsanträgen - 13.46 Uhr

12 Ende des ersten Beratungstages - 18.00 Uhr

13 -----

14 **Zweiter Beratungstag**

15 Anmeldung für Delegierte - 10.00 Uhr

16 3.3 (Forts.) Behandlung von Änderungsanträgen - 10.30 Uhr

17 Mittagspause - 12.59 Uhr

18 3.3 (Forts.) Behandlung von Änderungsanträgen - 13.47 Uhr

19 3.4 Beschluss des Wahlprogrammes - 15.30 Uhr

20 TOP 4 Nachwahlen - 15.45 Uhr

21 4.1 zur Landesschiedskommission

22 4.2 zur Landesfinanzrevisionskommission

23 TOP 5 weitere Anträge - 16.00 Uhr

24 TOP 6 Schlusswort - 17.45 Uhr

25 gemeinsames Aufräumen - 17.52 Uhr

26